



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Der Neoliberale Reformdiskurs in Polen und der  
Tschechoslowakei/Tschechien in den frühen 1990ern“

Verfasser

Matthias Holl

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Dezember 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuer:

Univ.-Prof.-Dr.Philipp Ther

# Inhaltsverzeichnis

1.Einführung.....	4
1.1.Fragestellung und Thesen.....	4
1.2.Struktur und Methodik.....	5
1.3.Forschungsstand und Potenzial.....	6
2.Neoklassische Theorien in den modernen Wirtschaftswissenschaften.....	7
2.1.Die Anfänge der modernen Wirtschaftstheorie.....	7
2.2.Frühe Neoklassik.....	8
2.3.Keynesianische Dominanz und Neoklassische Synthese.....	11
2.4.Repositionierung des konservativen Zweiges.....	15
2.5.Neoliberalismus in der Transformation.....	18
3.Die wirtschaftliche Transformation in Polen und der Tschechoslowakei/Tschechien in den frühen 1990ern.....	21
3.1.Länderspezifische Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in der zweiten Hälfte des 20.Jahrhunderts.....	21
3.1.1.Allgemein.....	21
3.1.2.Polen.....	23
3.1.3.Tschechoslowakei/Tschechien.....	26
3.2.Wirtschaftliche Reformpolitik.....	30
3.2.1.Allgemein.....	30
3.2.2.Polen 1989-1993.....	35
3.2.2.1.Ausgangslage.....	35
3.2.2.2.Reformen und Akteure.....	37
3.2.2.3.Resultate und Probleme.....	47
3.2.3.Tschechoslowakei/Tschechien 1989-1997.....	54
3.2.3.1.Ausgangslage.....	54
3.2.3.2.Reformen und Akteure.....	55
3.2.3.3.Resultate und Probleme.....	64
3.2.4.Vergleichende Zusammenfassung.....	69
4.Die Reformdebatte in Polen und der Tschechoslowakei/Tschechien von 1989-1997.....	72
4.1.Leitbegriffe der Reformdebatte.....	72
4.1.1.Theorie, Strategie und Politik – Neoklassisch, Radikal, Neoliberal ?.....	72

4.1.2.Schocktherapie gegen Gradualismus ?.....	77
4.2.Václav Klaus und Leszek Balcerowicz – Diskursanalyse anhand von Ego-Dokumenten zentraler Transformationsakteure.....	86
4.2.1.Methodischer Ansatz.....	86
4.2.2.Václav Klaus.....	87
4.2.3.Ego-Dokumente – Václav Klaus.....	88
4.2.3.1.Finance Minister of Czechoslovakia Speaks on Economic Reform (April 1990).....	88
4.2.3.2.No Third Way Out – Creating A Capitalist Czechoslovakia (Juni 1990).....	94
4.2.3.3.Klaus on Conservative Ideology, Slovak Issue (März 1992).....	98
4.2.3.4.Interplay of Political and Economic Reform Measures in the Transformation of Postcommunist Countries (Oktober 1993).....	102
4.2.3.5.Wohlfahrt untergräbt Moral (Mai 1996).....	105
4.2.4.Leszek Balcerowicz.....	108
4.2.5.Ego-Dokumente – Leszek Balcerowicz.....	109
4.2.5.1.Leszek Balcerowicz: „Vielen Firmen droht die Pleite“ – Finanzminister Leszek Balcerowicz über die polnischen Wirtschaftsreformen (Mai 1990).....	109
4.2.5.2.Leszek Balcerowicz Defends the Shock Therapy – Interview with the man behind the Polish stabilization program (September 1992).....	112
4.2.5.3.Lessons and Consequences of the Left’s Victory in Poland (Oktober/November 1993).....	117
4.2.6.Vergleichende Gesamtanalyse – “technopol” und “technocrat”.....	121
5.Epilog.....	123
6.Bibliographie.....	127
6.1.Wissenschafts- und Theoriegeschichte.....	127
6.2.Wirtschaft und Politik.....	130
6.3.Ego-Dokumente in der Diskursanalyse.....	134
6.4.Sonstiges.....	135

# 1.Einführung

## 1.1.Fragestellung und Thesen

Diese Arbeit und die Problemstellungen, welche in ihrem Rahmen bearbeitet werden sollen, haben ihre Wurzeln in folgender Frage: Was ist „Neoliberalismus“? Die jährlich weiter aufgehende Einkommensschere, der hohe Kosten verursachende Sozialstaat, der Reformstau und viele andere Themen, welche in den Medien tagtäglich diskutiert werden, stellen hier sozusagen den unscharf bleibenden Kontext dar. Gefragt wird also, weil der tägliche Medienkonsum keine bzw. zu viele Antworten gibt und diese meist implizit bleiben. Man hat sozusagen die Teile unzähliger Puzzles vor sich und hat dabei noch nicht einmal einen recht großen Teil der jeweils notwendigen Puzzlestücke zur Verfügung. Hinzu kommt, dass unklar ist, welche der Informationsfetzen zu welchem Puzzle gehören und wo genau diese zu liegen kommen. Die Antwort kann hier also nicht gefunden werden. Die Neugierde bleibt aber.

Um jedoch eine wissenschaftlichen Kriterien entsprechende Antwort geben zu können, muss zunächst die Forschungsfrage spezifiziert werden. Der schwammige Begriff des Neoliberalismus alleine wird dafür als unzureichend erachtet, da dieser über die Jahre mit den verschiedensten Bedeutungsgehalten gefüllt wurde und stark negativ konnotiert ist. Zusätzlich muss hier auf Begriffe, wie „Neoklassische Ökonomie“ und „Neoklassische Synthese“ eingegangen werden, um die theoretischen Grundlagen des Neoliberalismus verstehen zu können. Es ist also nicht nur die Implementierung ideologisch neoliberal geprägter Wirtschaftspolitik zu untersuchen, sondern muss auch ein Blick auf die, aus dem westlichen Forschungs-Mainstream stammenden theoretischen Grundlagen dafür, geworfen werden. Es wird vor allem nach dem Stand der Dinge in den späten 1980er Jahren gefragt und nach der Art und Weise, wie sich das neoklassische Paradigma in den ehemaligen Ostblock ausbreitete. Die ausgewählten Beispielländer sind Polen und die Tschechoslowakei bzw. Tschechien. Dabei werden die politischen und wissenschaftlichen Akteure, sowie Institutionen, ihre Reformempfehlungen und die Debatten darum im Mittelpunkt stehen.

Hauptziel dieser Arbeit ist es die Argumentationsweise zweier Vertreter radikaler Reformen, nämlich Václav Klaus<sup>1</sup> und Leszek Balcerowicz, vor dem theoretischen, ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Hintergrund und im Vergleich mit alternativen Konzepten zu analysieren. Dementsprechend wird auch die Reformpraxis, wie im Zusammenhang mit technischen Fragen und in Bezug auf die Resultate der Reformen, angesprochen. Es soll jedoch nicht in erster Linie Erfolg oder Misserfolg dieser oder jener Reform festgestellt werden. Vielmehr sollen diese Informationen dabei helfen, die Argumentationsweise der beiden Reformer besser untersuchen zu können und diese möglichst im Diskurs und in seinen Zusammenhängen verorten zu können. Diese Arbeit stellt also in

erster Linie einen Versuch dar den Diskurs anhand der beiden Beispiele, aber eben auch darüber hinausgehend, darzustellen.

Es wird davon ausgegangen, dass die wirtschaftliche Transformation in diesen beiden Ländern von neoklassischen Theorien geprägt war und dass sie sich für eine sogenannte „Schockstrategie“ zur Implementierung der Reformen entschieden. Des Weiteren wird angenommen, dass diese Prägung sich zumindest teilweise durch die wirtschaftliche Notlage dieser Staaten, das ideologische Vakuum und die Dominanz des neoklassischen Paradigmas im Westen erklären lässt.

## **1.2.Struktur und Methodik**

Der Aufbau der Diplomarbeit stellt sich im Anschluss an diese Einführung wie folgt dar:

Zunächst wird es zu einer kurzen Darstellung moderner Wirtschaftstheorien und ihrer Auswirkungen auf Wirtschaftspolitik kommen, wobei es einerseits zur Beschäftigung mit der Entwicklung seit der Großen Depression in den 1930ern kommen wird. Andererseits wird ein Blick auf die Entwicklung des Neoklassischen Paradigmas in den 1980ern geworfen und gefragt, in welcher Form dieses in den postkommunistischen Staaten auftrat.

Dieser eher oberflächliche Blick auf die Theorie ermöglicht einen glatten Übergang zum dritten Kapitel, in welchem länderspezifische Entwicklungen anhand zweier Beispiele untersucht werden. Hier soll die wirtschaftliche Transformation Polens und der Tschechoslowakei/Tschechien ab 1989 besprochen werden, wozu zunächst ein Blick auf die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft und vor allem die Rezeption westlicher Ideen vor 1989 geworfen werden muss. Die wirtschaftliche Transformation an sich soll für die beiden Fallbeispiele separat und in jeweils drei Teilen besprochen werden. Erstens wird nach der wirtschaftlichen Ausgangslage gefragt. Zweitens nach der Reaktion, also dem Inhalt und der Durchführung der Reformen, sowie nach den Akteuren. Hier wird vor allem die Rolle der führenden Politiker und Berater, sowie der internationalen Finanzinstitutionen beleuchtet. Abschließend werden die Resultate dieser Reformen im Positiven wie im Negativen besprochen.

Die Reformdebatte an sich wird vor allem im vierten Kapitel behandelt. Grundlegend ist dabei der Überblick über die Reformdebatte in den ersten Jahren der Transformation. Ausgehend vom Gegensatz zwischen radikalen und gradualistischen Zugängen wird versucht, die Debatte um die „beste“ Reformstrategie mithilfe des vorher etablierten Kontextes analytisch zu verarbeiten. Ziel ist es dabei vor allem die Argumentationsweise der Proponenten und der Kritiker der Schocktherapie darzustellen. Schließlich werden Dokumente herangezogen, in denen während der ersten Transformationsjahre Leszek Balcerowicz und Václav Klaus persönlich ihre Ansichten zur Transformationspolitik geäußert haben. Anhand des vorher etablierten Kontextes und mithilfe einer Diskursanalyse werden dann die Aussagen dieser beiden zentralen Reformpolitiker untersucht werden.

### 1.3.Forschungsstand und Potenzial

Das Potenzial dieser Diplomarbeit liegt vor allem in der disziplinübergreifenden Forschung begründet. Einerseits ist eine recht herkömmliche Behandlung der vorliegenden Literatur zur post-kommunistischen Transformation der Wirtschaft in der Tschechoslowakei/Tschechien und Polen geplant, die notwendig ist, um den diskursanalytischen Teil kontextualisieren zu können. Andererseits wird aber auch Wert darauf gelegt grundlegende Charakteristika neoklassischer Theorien und deren Institutionalisierung in den behandelten Ländern, in welcher Ausformung auch immer, zu behandeln. Ein zumindest oberflächliches Verständnis dieser Fragen sollte unter anderem die Interpretation ideologisch geprägter rhetorischer Formen im diskursanalytischen Teil erleichtern. Letzterer wiederum wird insofern als sinnvolle Ergänzung zur bestehenden wissenschaftlichen Literatur angesehen, da in der verwendeten Literatur zum Transformationstopos eine vergleichende Diskursanalyse in einer systematischen und ausführlichen Form, wie sie hier durchgeführt werden wird, nicht vorgefunden worden ist.

Hanley, Szczerbiak und Orenstein beispielsweise behandeln vor allem die politische Entwicklung und gehen dabei auch auf Fragen der Ideologie und am Rande auf die Kommunikationsweise der Reformer ein. Hanley<sup>1</sup> und<sup>2</sup> Szczerbiak<sup>3</sup> sind dabei besonders an der Entwicklung der Rechts- bzw. Mitte-Rechts-Parteien interessiert, während Orenstein<sup>4</sup> Fragen der politischen und institutionellen Entwicklung verbindet. Am nächsten kommen der hier versuchten Diskursanalyse noch Stroehlein<sup>5</sup> und Potůček,<sup>6</sup> welche in den Texten *Three Vaclavs* bzw. *Havel versus Klaus: Public policy making in the Czech republic* in erster Linie auf die zentralen Persönlichkeiten der tschechischen Transformation eingehen. Ein Text, welcher diese in einen länderspezifischen Vergleich der politischen und wirtschaftlichen Transformation vor dem

---

<sup>1</sup> Seán Hanley, Blue Velvet: the rise and decline of the new Czech right. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics Vol.20, No.3 (2004) 28-54, <http://dx.doi.org/10.1080/1352327042000260797>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>2</sup> Seán Hanley, Aleks Szczerbiak, Tim Haughton, Brigid Fowler, Sticking Together. Explaining Comparative Centre-Right Party Success in Post-Communist Central and Eastern Europe, In: Party Politics Vol.14, No.4 (SAGE Publications 2008) 407-434, <http://ppq.sagepub.com/content/14/4/407.full.pdf>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>3</sup> Aleks Szczerbiak, The Polish centre-right's (last?) best hope: the rise and fall of Solidarity Electoral Action, In: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Vol.20, No.3 (2004) 55-79, <http://dx.doi.org/10.1080/1352327042000260805>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>4</sup> Mitchell A. Orenstein, Out of the Red. Building Capitalism and Democracy in Postcommunist Europe (Development and Inequality in the Market Economy, Ann Arbor 2006<sup>3</sup>)

<sup>5</sup> Andrew Stroehlein, Three Vaclavs. In: Central Europe Review Vol.1, No.10 (1999) <http://www.ce-review.org/99/10/stroehlein10.html>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>6</sup> Martin Potůček, Havel versus Klaus: Public policy making in the Czech republic. In: Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice Vol.1, No.2 (1999) 163-176, <http://dx.doi.org/10.1080/13876989908412622>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

wirtschaftstheoretischen und –wissenschaftlichen Hintergrund einbaut, konnte während der Recherchen jedoch nicht gefunden werden.

## **2. Neoklassische Theorien in den modernen Wirtschaftswissenschaften**

Dieser Abschnitt der Arbeit ist dazu gedacht einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften, mit besonderem Augenmerk auf die neoklassische Tradition, zu bieten. Auf diese Weise sollen die kontextuellen Grundlagen für die folgenden beiden Kapitel gelegt werden, welche zeitlich und räumlich sehr viel enger angelegt sind. Kapitel Zwei wird zunächst kurz auf die Anfänge der modernen Wirtschaftstheorie eingehen, um dann über die neoklassischen Wurzeln zu den wirtschaftstheoretischen und –politischen Fragen des 20. Jahrhunderts zu kommen.

### **2.1. Die Anfänge der modernen Wirtschaftstheorie**

Die klassischen Wirtschaftswissenschaftler behandelten bereits alle für die spätere Forschung wichtigen Bereiche und legten damit die Grundlagen für deren Entwicklung. Damalige mikroökonomische Ansätze haben zwar heute kaum noch Bedeutung, einige Konzepte in Bezug auf Handel, Wachstum und Geld bewiesen dagegen jedoch ein erstaunliches Durchhaltevermögen.<sup>7</sup> Das Hauptwerk des Schotten Adam Smith – *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* (1776) – ist in diesem Zusammenhang von überragender Bedeutung, da hier die im kapitalistischen System ablaufenden ökonomischen Prozesse erstmals systematisch und in schlüssiger, ausgefeilter Weise dargestellt wurden.<sup>8</sup>

Eines der wichtigsten Konzepte Smiths war die Metapher von der „Unsichtbaren Hand“, welche bis heute umstritten ist. Dieser Deus ex machina sorgte seiner Meinung nach dafür, dass die Aktionen der aus Eigeninteresse handelnden Individuen und die dadurch entstehenden Konflikte, durch die im Hintergrund arbeitenden Naturgesetze in allgemeine Harmonie aufgelöst würden. Diese Ansicht und die Widersprüche, welche dadurch entstehen, finden sich auch bei Ricardo. Diese stellen den wesentlichen Grund dafür dar, dass die Wurzeln, nicht nur einer, sondern beider wesentlichen

---

<sup>7</sup> Denis P. O'Brien, Classical Economics. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.) A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 127, <http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>, Zuletzt gesichtet am 05.12.2012

<sup>8</sup> E. K. Hunt, History of Economic Thought. A Critical Perspective (New York 2002<sup>2</sup>), 41

wirtschaftlichen Denkströmungen der folgenden beiden Jahrhunderte, bei Smith und Ricardo zu finden sind.<sup>9</sup>

Der Grund, warum Smiths Werk auf recht unterschiedliche Weise rezipiert und weiterverwendet wurde, war, dass trotz der Annahme der Existenz einer „Unsichtbaren Hand“ viele seiner Argumente in der Tradition der Arbeitswerttheorie stehen. Ein Beispiel dafür ist die Feststellung, dass der einzige ursprüngliche Wertschöpfer Arbeit gewesen sei.<sup>10</sup> Ähnlich verhält es sich mit der Annahme, dass Regierungen vor allem „...for the defence of the rich against the poor.“ gedacht seien. Smith erkannte also die große Bedeutung der Konflikte zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen an.<sup>11</sup>

Im Rahmen von Smiths geschichtlicher Theorie stellte der Kapitalismus die höchste Stufe der Zivilisation dar und ihm zufolge würde dieser seine höchste Entwicklungsstufe erst erreichen, sobald staatliche Einschränkungen abgeschafft wären und individuelle Akteure und die Angebots-Nachfragedynamik die Wirtschaft bestimmten. Trotz der Tatsache, dass Smith sich der sozialen Konflikte seiner Zeit offenbar bewusst war, wird in seinem Hauptwerk schließlich der Schluss gezogen, dass ein Laissez-faire-System das bestmögliche wirtschaftliche System sei.<sup>12</sup> Auch wenn bedacht werden muss, dass Smith zu diesem Schluss in einem historischen Kontext kam, welcher von autoritären Regimen und merkantilistischen Systemen dominiert war, so finden sich hier doch einige Implikationen, welche für spätere Theoretiker von großer Bedeutung waren. Auch die Tatsache, dass die Laissez-faire-Idee, trotz des stark veränderten Kontextes teilweise immer noch auf recht ähnliche Weise vertreten wird, zeigt die große Bedeutung von Smiths Werk auf.

## **2.2. Frühe Neoklassik**

Eine der Folgen der beschriebenen Widersprüche war die zunehmende Verschiebung von der Arbeits- oder Produktionsperspektive hin zur Nutzentheorie. Diese zeichnet sich vor allem durch die Annahme aus, dass das kapitalistische System universelle Gültigkeit besitzt und dessen Spezifika von unveränderlichen natürlichen Charakteristika aller Menschen in allen Gesellschaften abgeleitet werden können.<sup>13</sup> Diese „natürlichen“ Charakteristika veranlassen nach Ansicht der in dieser Tradition stehenden Wirtschaftstheoretiker alle Menschen zu einer rationalen, kalkulierten Handlungsweise, wobei diese Angenehmes gegen Unangenehmes abwägen würden. Auf diese Weise werden angeblich Profit bzw. Nutzwert maximiert. Diese Ansichten haben sich bis heute gehalten und sind Teil der neoklassischen Mikroökonomie. Dieses Ideengebäude formte zusammen mit Individualismus, dem

---

<sup>9</sup> Hunt, History of Economic Thought. 45

<sup>10</sup> Hunt, History of Economic Thought. 63

<sup>11</sup> Hunt, History of Economic Thought. 49 f.

<sup>12</sup> Hunt, History of Economic Thought. 58

<sup>13</sup> Hunt, History of Economic Thought. 127 f.

Markt und der Finanzierung der Industrialisierung aus Profiten die intellektuelle Basis der „...neoclassical theory of utility and social harmony in the late nineteenth and twentieth centuries.“ Jeremy Bentham (1748-1832), in *An Introduction to the Principles of Morals and Legislation* formulierte utilitaristische Sozialphilosophie, wurde in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zur Basis der neoklassischen Philosophie.<sup>14</sup>

Ironischerweise förderten sozialistische Konzepte, welche im unruhigen England der 1790er im Rahmen der Industriellen Revolution entstanden, utilitaristische Ideen noch.<sup>15</sup> Theoretiker wie Thompson und Hodgskin vertraten unter anderem radikale Ideen, was konservativere Wirtschaftswissenschaftler wie Senior dazu veranlasste die Arbeitswerttheorie Ricardos fallen zu lassen, da sie begannen diese mit der Arbeiterbewegung zu assoziieren.<sup>16</sup>

Während also „sozialistische“ Theoretiker begannen die Arbeitswerttheorie stärker zu betonen, versuchten Jean-Baptiste Say und Nassau Senior den klassischen Zugang von diesen Einflüssen zu „säubern“. Das Auseinanderstreben der beiden Perspektiven war jedoch noch nicht abgeschlossen. John Stuart Mill etwa versuchte diese innerhalb des klassischen Kontextes zu erhalten. Frédéric Bastiat's Ideen stehen dagegen klar in der Tradition eines reinen Utilitarismus. Er reduzierte seine Idee von Nationalökonomie explizit auf Austausch, sodass der Produktionsbereich und die Arbeitswerttheorie außen vor gelassen werden konnten. Der Austausch wird dabei als einvernehmlich und als gleichermaßen vorteilhaft für alle beteiligten Parteien angenommen. Letztlich laufen diese Annahmen auf soziale Harmonie durch die Erfüllung individueller Eigeninteressen hinaus.<sup>17</sup>

Während Bastiat damit ein Vorläufer der Vertreter der Österreichischen Schule und der Chicagoer Schule ist, welche einen rigiden, kompromisslosen Laissez-faire-Kapitalismus befürworten, kann Mills Werk als Inspiration für die moderat neoklassische Cambridger Schule gesehen werden.<sup>18</sup> Besonders Mills Ansicht, dass staatliche Interventionen notwendig seien, um die negativen sozialen Auswirkungen des freien Marktbetriebes abzuschwächen, erlangte einige Bedeutung.<sup>19</sup>

Besonders während der frühen 1870er, einer Zeit in welcher es zur zunehmenden Entstehung von Großkonzernen kam, formulierten Jevons, Menger und Walras die Version der Nutzentheorie, die bis heute den Kern des neoklassischen Mainstreams darstellt. Leon Walras' Allgemeines Volkswirtschaftliches Gleichgewicht stellte dabei die wichtigste Erweiterung der Theorie dar.<sup>20</sup> Die dazugehörige Theorie sollte alle in einem bestimmten Zeitraum und in einer bestimmten Wirtschaft ausgetauschten Güter und Preise erklären.<sup>21</sup> Die zentrale Frage dabei ist, ob Marktkräfte

---

<sup>14</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 130 f.

<sup>15</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 154-158

<sup>16</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 167

<sup>17</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 175-179

<sup>18</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 187

<sup>19</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 197

<sup>20</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 249-251

<sup>21</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 266

Ungleichgewichte automatisch korrigieren. Selbst jedoch, wenn dies der Fall sein sollte, bleibt noch das Problem, dass diese Korrekturen möglicherweise lange dauern und große soziale Kosten involviert sein können. Hier bestanden in den Wirtschaftswissenschaften recht klare Trennlinien, wobei die neoklassische Tradition von einer schnellen und effektiven Anpassung ausging und dazu keine zusätzlichen Maßnahmen nötig seien.<sup>22</sup>

Auch die Einführung des Marginalismus, in dessen Rahmen es erstmals gelang eine konsistente Werttheorie zu erstellen, lässt sich hierher zurückverfolgen. Mit Jevons und Walras ging außerdem eine zunehmende Betonung der logischen und mathematischen Aspekte von Theorien einher.<sup>23</sup>

Streissler weist jedoch im Zuge der Finanzkrise von 2008 auf die Probleme mit dem Fokus der Mainstream-Ökonomie auf diesen Aspekt hin, der zum Irrglauben veranlasse, dass man es mit einer exakten Wissenschaft zu tun habe. Die Neigung alles in mathematische Formeln zu gießen und die Welt möglichst zu generalisieren, um präzise Aussagen machen zu können, führe zu sich widersprechenden Theorien, unentdeckten mathematischen Fehlern, realitätsfernen Annahmen und undefinierten Feldern der Anwendung.<sup>24</sup> Ein Kommentar eines Vertreters der Chicagoer Schule von 1949 zum Konzept der Marktunvollkommenheiten, illustriert diese Kritik punktgenau. Stigler kritisierte, dass der Wert einer Theorie nicht in „...the realism of its assumptions,...“, sondern in „...the realism of its predictions.“ liege. Außerdem ließe dieses Konzept Generalisierbarkeit vermissen und sei außerdem „...empirically empty...“. <sup>25</sup> Diese Art von Denken steht mit der in den 1940ern und 1950ern begonnenen Formalistischen Revolution, welche die Neigung beinhaltet, weit mehr Wert auf die (oft mathematische) Form eines Argumentes, als auf den Inhalt desselben zu legen, in Verbindung. Blaug zufolge habe dies dazu geführt, dass der orthodoxe neoklassische Mainstream sich nur mehr mit „...end-state equilibrium theorizing,...“ beschäftige.<sup>26</sup> Seit dieser Zeit wird also gar nicht erst mehr danach gefragt, wie ein Markt-Gleichgewicht erreicht werden kann, bzw. ob es überhaupt erreicht werden kann. Blaug bezeichnet diese Revolution als eine Wasserscheide in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften und beschreibt die heutigen Ökonomen als in dieser Tradition stehend.<sup>27</sup>

---

<sup>22</sup> Hunt, History of Economic Thought. 274 f.

<sup>23</sup> Hunt, History of Economic Thought. 248-251

<sup>24</sup> Erich Streissler, Ökonomie: Auf Sand gebaut. In: Die Presse am Sonntag (22.04.2012) 24

<sup>25</sup> Maria Cristina Marcuzzo, The “First” Imperfect Competition Revolution. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 304, <http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>, Zuletzt gesichtet am 05.12.2012

<sup>26</sup> Mark Blaug, The Formalist Revolution of the 1950s. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 396, <http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>, Zuletzt gesichtet am 05.12.2012

<sup>27</sup> Blaug, The Formalist Revolution of the 1950s. 407 f.

### 2.3.Keynesianische Dominanz und Neoklassische Synthese

Während der Kapitalismus schon seit seiner Entstehung zur Instabilität neigte, wurde dieser Aspekt bis zur Großen Depression der 1930er immer offensichtlicher, was für die Theoriebildung einige Bedeutung hatte. Diese erhöhte Instabilität bewegte beispielsweise John Maynard Keynes dazu seine Perspektive auf die neoklassischen Theorien einer Neubewertung zu unterziehen, um diese Krisen verstehen zu können. Im Gegensatz zu Keynes und weiten Teilen der wirtschaftswissenschaftlichen Gemeinde änderten andere Teile der neoklassischen Tradition ihren Standpunkt nicht wesentlich.<sup>28</sup>

In der Folge wurden zunehmend, die vor allem auf Walras' Ideen basierende Wohlfahrtsökonomie wichtiger, welche heute den besonders in den USA dominierenden Zweig der neoklassischen Volkswirtschaftslehre darstellt. Eine wichtige Minderheit der dieser neuen neoklassischen Ausformung anhängenden wissenschaftlichen Gemeinde war zunächst als Österreichische Schule und ab den 1950ern als Chicagoer Schule bekannt.<sup>29</sup> Wohlfahrtsökonomie in ihrer Mainstream-Variante dominiert an den meisten zeitgenössischen höheren Lehranstalten die Mikroökonomische Theorie.<sup>30</sup>

John Maynard Keynes (1883-1946) dagegen stellte, wie bereits beschrieben, gewisse neoklassische Grundlagen in Frage. Im Wesentlichen ging es ihm dabei um die angebliche Selbst-adjustierung des Marktes. Wie Hunt schreibt, wurde spätestens im Zuge der 1930er Krise die „...unregulated anarchy...“ des Marktes zu einer Gefahr für das Fortbestehen desselben. Keynes versuchte in einem 1936 erschienenen Werk zu zeigen auf welche Gründe die Krise zurückzuführen war. Er war dabei besonders von Malthus beeinflusst.<sup>31</sup> Bei Hoover wird darauf hingewiesen, dass Keynes begriffen hatte, dass die 1930er Krise auf eine mangelnde gesamtwirtschaftliche Nachfrage zurückzuführen war.<sup>32</sup> Er empfahl staatliche Eingriffe, wenn die Spareinlagen die Investitionen überwiegen. Seine Annahme war, dass auf diese Weise bei Vollbeschäftigung ein Gleichgewicht erreicht werden könnte. Regierungen sollten in die Schaffung öffentlicher Infrastruktur investieren. Zwischen 1936 und 1940 wurde Keynes' *General Theory* heiß debattiert, bevor dann die Kriegsproduktion die Arbeitslosigkeit praktisch verschwinden ließ. Diese Entwicklung überzeugte die meisten Wirtschaftswissenschaftler von Keynes' Annahme, dass die öffentliche Hand durch überlegte Besteuerung, Staatsanleihen und Ausgaben helfen könne die Unzulänglichkeiten des kapitalistischen Systems auszugleichen. Nach 1945 wurde diese Ansicht von den meisten Politikern übernommen und

---

<sup>28</sup> Hunt, History of Economic Thought. 372

<sup>29</sup> Hunt, History of Economic Thought. 375 f.

<sup>30</sup> Hunt, History of Economic Thought. 381 f.

<sup>31</sup> Hunt, History of Economic Thought. 404

<sup>32</sup> Kevin D. Hoover, A History of Postwar Monetary Economics and Macroeconomics. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 412 <http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>, Zuletzt gesichtet am 05.12.2012

unter den keynesianischen Wissenschaftlern herrschte Optimismus vor.<sup>33</sup> In Verbindung damit ersetzten 1944 die festen Dollar-Wechselkurse des Bretton-Woods-Systems den Goldstandard und der Internationale Währungsfond (IWF) wurde als Kreditgeber gegründet.<sup>34</sup>

In diese Zeit fällt auch eine zunehmende Involvierung von Wirtschaftswissenschaftlern in den politischen Prozess, wobei der Höhepunkt in den 1960ern und 1970ern erreicht wurde. In dieser Phase waren sie nicht mehr nur als Berater und Verwaltungsbeamte tätig, sondern waren teilweise auch in hohe politische Positionen aufgerückt. Diese Entwicklung fand nicht nur in den USA, sondern durchaus auch in vielen anderen westlichen Ländern statt. Wirtschaftliche Probleme ließen den Einfluss dieser Gruppe jedoch so schnell sinken, wie er gestiegen war.<sup>35</sup>

Obwohl die Arbeitslosenzahlen niedrig blieben, kam es weiterhin regelmäßig zu wirtschaftlichen Krisen und zwischen 1973 und den frühen 1980ern musste man sich mit dem neuen Phänomen der Stagflation auseinandersetzen. Außerdem kam es zu strukturellen Änderungen, welche besonders in den Vereinigten Staaten zu einer erhöhten Bedeutung des Militärs für die Wirtschaft führte und eine problematische, auf Schulden basierende Art der Wirtschaft schuf.<sup>36</sup> Dies hatte damit zu tun, dass eine Auswirkung keynesianischer Politik war, dass Regierungen zunehmend am Effekt ihrer Politik auf Output, Beschäftigung und Preise gemessen wurden und die Zurückzahlung von Schulden sekundär wurde.<sup>37</sup> Zusätzlich hatte das wesentlich auf keynesianische Ideen zurückgreifende Bretton-Woods-System mit dem zunehmenden Kapitalverkehr seit dem Ende der 60er Jahre, wie auch den hohen Ausgaben der USA und den in der Praxis unflexiblen Wechselkursen zu kämpfen. Der Zusammenbruch des Systems führte dann zu einer unkontrollierten Geld- und Fiskalpolitik und einem inflationär bedingten weltwirtschaftlichen Boom.<sup>38</sup> Wie jedoch der britische Labour-Premierminister Callaghan bemerkte: „Wir glaubten, man könnte eine Rezession einfach durch Erhöhung der Staatsausgaben überwinden...Ich sage Ihnen heute in aller Offenheit, dass uns diese Option nicht mehr zu Gebote steht und dass sie, sofern sie es je tat, nur funktionierte...wenn gleichzeitig die Inflation angeheizt wurde, was wiederum die Arbeitslosigkeit in die Höhe trieb.“<sup>39</sup> Harcourt und Kerr<sup>40</sup>, aber

---

<sup>33</sup> Hunt, History of Economic Thought. 416-419

<sup>34</sup> Harold James, Geschichte Europas im 20.Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001 (München 2004, Original: New York 2003) 364

<sup>35</sup> Craufurd D. W. Goodwin, Economics and Economists in the Policy Process. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 616-618 <http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>, Zuletzt gesichtet am 05.12.2012

<sup>36</sup> Hunt, History of Economic Thought. 416-419

<sup>37</sup> Hoover, A History of Postwar Monetary Economics. 412

<sup>38</sup> James, Geschichte Europas im 20.Jahrhundert. 363-365.

<sup>39</sup> James, Geschichte Europas im 20.Jahrhundert. 374

<sup>40</sup> G. C. Harcourt, Prue Kerr, Keynes and the Cambridge School. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 346 <http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>, Zuletzt gesichtet am 05.12.2012

auch Streissler<sup>41</sup> weisen außerdem darauf hin, dass Keynes nur an kurzfristigen Effekten interessiert war. Kalecki zeigte, dass ein wesentlicher Unterschied darin besteht Vollanstellung zu erreichen und diese auch zu erhalten.<sup>42</sup>

Die Aufspaltung der neoklassischen Tradition im späten 19. Jahrhundert in einen radikalen und einen moderateren Zweig wurde bereits angesprochen. Ursprünglich waren die Vertreter einer Laissez faire-Politik als Liberale bekannt, wobei dieser Begriff inzwischen die Vertreter der Neoklassik beschreibt, welche staatliche Interventionen gegen Marktversagen empfehlen. Radikale Neoklassiker, welche ein staatliches Eingreifen ablehnen sind dagegen inzwischen als Konservative bekannt. Ab den 1950ern waren diese Liberalen also recht enthusiastische Anhänger eines beschränkten Interventionismus. Hunt kritisiert daran, dass der Staat in diesem Zusammenhang als, wie er sagt, "...*deus ex machina*..." erhalten muss, welche es erlaube die Einwände gegen neoklassische Theorien anzuerkennen und gleichzeitig das Zutrauen in diese aufrechtzuerhalten.<sup>43</sup>

In diesen beiden neoklassischen Traditionen hatten Paul A. Samuelson und Milton Friedman in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg am meisten Einfluss, wobei Samuelson, da er den liberalen Zweig und damit den Mainstream repräsentierte, wichtiger war.<sup>44</sup> Neoklassische Wirtschaftslehre begann in dieser Zeit zunehmend als Mikroökonomische Theorie bekannt zu werden, während keynesianische Ideen für den makroökonomischen Bereich zentral wurden. Samuelson war erfolgreich darin den Gegensatz zwischen diesen beiden Bereichen aufzulösen, der aus ihren Widersprüchen entstanden war.

Die Vertreter des Marxismus und des Institutionalismus, aber auch der konservativ-neoklassischen Denkrichtung waren gegenüber dieser neuen Ausformung der Neoklassik sehr kritisch. Dennoch hielt sich die beschriebene Zwei-Säulen-Konstellation bis ungefähr 1990. Allerdings wurde das keynesianische Element schon in den 1970ern und 1980ern schwächer und begann zunehmend als ein Spezialfall der Neoklassik gesehen zu werden, bis es 1990 völlig darin aufging.<sup>45</sup> Im Rahmen dieser Entwicklung wurden einige der grundlegenden Konzepte des Keynesianismus, welche mit neoklassischen Theorien inkompatibel waren, ausgesondert.<sup>46</sup>

Aligica und Evans zufolge stieß diese Neoklassische Synthese, welche sich aus klassischen, neoklassischen, keynesianischen und neokeynesianischen Elementen zusammensetzte, auf breite Zustimmung. Es sei dieses Konsenskonzept gewesen, welches seinen Einfluss im ehemaligen

---

<sup>41</sup> Streissler, *Ökonomie: Auf Sand gebaut*. 24

<sup>42</sup> Harcourt, *Keynes and the Cambridge School*. 346

<sup>43</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 457 f.

<sup>44</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 458

<sup>45</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 476 f.

<sup>46</sup> Ernesto Screpanti, Stefano Zamagni, *An outline of the history of economic thought*. In: Oxford University Press, 2<sup>nd</sup> Edition (2005) 11,

<http://www.compilerpress.ca/ElementalEconomics/380%20Thought/Articles/Screpanti%20&%20Zamagni%20Introduction.htm>, Zuletzt gesichtet am 05.12.2012

Ostblock entfaltet habe und nicht etwa eine der radikalen Ausformungen.<sup>47</sup> Folgt man jedoch Boettke und Leeson, so haben die Vertreter der Österreichischen Schule zu dem in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts entstandenen Konsens einen wichtigen Beitrag geleistet. Viele der gängigen wirtschaftspolitischen Konzepte haben ihren Ursprung in der Österreichischen Schule. Unstimmigkeiten mit den Ansichten des Mainstream würden eher theoretische und methodologische Fragen betreffen, und weniger die gängigen Politikempfehlungen.<sup>48</sup> Aligica und Evans weisen auf diese und andere Einflüsse hin, bleiben dabei aber vage. Es ist die Rede davon, dass der theoretische Kern der Synthese und ihre Anwendung seit 1975 zunehmend in Frage gestellt wurden, dass jedoch „...the broader paradigmatic environment...“ unangefochten blieb. Gleichzeitig wird die wichtige Feststellung gemacht, dass die Ausbreitung von Theorien klar von der Implementierung im jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Umfeld unterschieden werden müsse.<sup>49</sup>

Die Ereignisse in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Staaten zwischen 1989 und 1991 führten in den Medien und weiten Kreisen der Wirtschaftswissenschaften zu Behauptungen, dass der Marxismus damit widerlegt sei.<sup>50</sup> Um mit den Worten Aligicas und Evans zu sprechen: „That common prejudice invites a superficial and hasty answer: the ideas that win or survive are so because they are “the best“.“<sup>51</sup>

Die Kombination dieser Entwicklungen macht deutlich, dass in dieser Zeit ein Vakuum entstand und somit in der Entwicklung neuer Theorien bzw. in der Wiederbelebung alter Theorien mehr Spielraum vorhanden war. Neben der Neoklassik muss hier vor allem auf die marxistische Richtung und den Institutionalismus hingewiesen werden. Außerdem schufen Wirtschaftswissenschaftler, welche mit der Inkorporation des Keynesianismus in die Neoklassik nicht einverstanden waren, den Postkeynesianismus.<sup>52</sup> Diese belebten in den 1970ern und 1980ern einige von der Neoklassik aufgegebenen Konzepte wieder.<sup>53</sup>

Die meisten Eliteuniversitäten wurden währenddessen zunehmend von der von Samuelson geschaffenen Synthese durchdrungen. Die Krisen der 1960er und 1970er, welche sozialen, ideologischen, wirtschaftlichen und politischen Charakters waren, änderten dies jedoch schlagartig. In der Folge kam es in der Wirtschaftspolitik zu einem Vertrauensverlust in keynesianische Konzepte,

---

<sup>47</sup> Paul Dragos Aligica, Anthony J. Evans, *The neoliberal revolution in Eastern Europe. Economic ideas in the transition from Communism*, (Cheltenham [u.a.] 2009) 21

<sup>48</sup> Peter J. Boettke, Peter T. Leeson, *Postwar Heterodox Economics. The Austrian School of Economics, 1950-2000*, In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), *A Companion to the History of Economic Thought* (Oxford [u.a.] 2003) 452

<http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>, Zuletzt gesichtet am 05.12.2012

<sup>49</sup> Aligica, *The neoliberal revolution in Eastern Europe*. 23 f.

<sup>50</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 245

<sup>51</sup> Aligica, *The neoliberal revolution in Eastern Europe*. 2

<sup>52</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 477 f.

<sup>53</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 484 f.

was zu einer Stärkung des konservativen Zweiges, aber auch zu einer gewissen Wiederbelebung der sozialistischen Tradition führte.<sup>54</sup> Außerdem manifestierte sich im Rahmen der sogenannten „...second imperfect competition revolution...“ erneut eine gewisse Bereitschaft des Mainstreams Marktkräfte als begrenzt zu akzeptieren.<sup>55</sup>

#### **2.4.Repositionierung des konservativen Zweiges**

Die konservative Richtung hatte sich im Rahmen des Monetarismus in den 1970ern als Alternative zur keynesianischen Nachfragesteuerung neu etablieren können.<sup>56</sup> Infolge der Schwächen des Bretton-Woods-Systems und der Infragestellung keynesianischer Wirtschaftspolitik wurden Ideen von Anhängern der Chicagoer Schule und besonders von Frank Knights und von Milton Friedman wichtiger. Davon ausgehend, dass Geldmenge und Preisniveau eng miteinander zusammenhängen und eine Erhöhung der Geldmenge die Inflation erhöhe, wurden mikroökonomische Maßnahmen empfohlen und kurzfristige, punktuelle staatliche Eingriffe abgelehnt.<sup>57</sup> Zumindest als makroökonomisches Steuerungsmodell hat sich der Monetarismus allerdings in Europa nicht allgemein durchsetzen können. Anstatt die Geldmenge zu steuern gingen die meisten Zentralbanken in den 90ern dazu über ihre Geldpolitik an Inflationsziele zu binden.<sup>58</sup> Die Hinwendung zum Monetarismus stellte gleichzeitig eine Hinwendung zu einer angebotsorientierten Politik dar.<sup>59</sup>

Friedman vertrat die Meinung, dass Regierungen die Wachstumsrate der Geldmenge kontrollieren sollten, anstatt ökonomische Stabilität zu fördern. Eine aktive Nachfragepolitik wurde also eher abgelehnt, während stattdessen propagiert wurde, dass ein stetiges, moderates Anwachsen der Geldmenge oft ein gewisses Wirtschaftswachstum bei niedriger Inflation sichern könne.<sup>60</sup>

Es wird jedoch oft kritisiert, dass es sich bei angebotsorientierter Wirtschaftstheorie bzw. -politik lediglich um einen verschleierte "Trickle-down"-Zugang handele<sup>61</sup>, wie auch von Reagans

---

<sup>54</sup> Hunt, History of Economic Thought. 497 f.

<sup>55</sup> Marcuzzo, The "First" Imperfect Competition Revolution. 305

<sup>56</sup> Hoover, A History of Postwar Monetary Economics. 421

<sup>57</sup> James, Geschichte Europas im 20.Jahrhundert. 375; Phillip Cagan, Monetarism. In: Steven N. Durlauf, Lawrence E. Blume, The New Palgrave Dictionary of Economics (2008<sup>2</sup>)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Monetarismus#cite\\_note-1](http://de.wikipedia.org/wiki/Monetarismus#cite_note-1), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>58</sup> James, Geschichte Europas im 20.Jahrhundert. 375

<sup>59</sup> Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. (Aus: Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2009, <http://www.bpb.de/wissen/81YYNC>, Mannheim 2009<sup>4</sup>), [http://de.wikipedia.org/wiki/Angebotspolitik#cite\\_note-Stichwort:\\_Angebotspolitik-1](http://de.wikipedia.org/wiki/Angebotspolitik#cite_note-Stichwort:_Angebotspolitik-1), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>60</sup> Encyclopædia Britannica, Monetarism, <http://www.britannica.com/EBchecked/topic/389146/monetarism>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>61</sup> Douglas Martin, Jude Wanniski, 69, Journalist Who Coined the Term „Supply-Side Economics,“ Dies. In: New York Times (31.08.2005), [http://en.wikipedia.org/wiki/Supply-side\\_economics#cite\\_note-4](http://en.wikipedia.org/wiki/Supply-side_economics#cite_note-4), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

Budget-Leiter festgestellt wurde.<sup>62</sup> Neben der Inflationsvermeidung gehen mit dieser Art von Politik Steuersenkungen, die Senkung der Staatsausgaben, Deregulierung und weiteren Maßnahmen einher.<sup>63</sup> In diesem Zusammenhang ist oft vom Neoliberalismus die Rede, welcher unter anderem als „...both a doctrine and a social practice.“ beschrieben wird. Der Kern dieses Paradigmas ist die Überzeugung, dass alle oder fast alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme durch den Markt gelöst werden können und dass Staatsversagen generell schwerere Konsequenzen als Marktversagen hat.<sup>64</sup>

Politisch einflussreich wurde dieser zuerst vor allem in Großbritannien während der Amtszeit Margaret Thatchers.<sup>65</sup> Auch Ronald Reagans Politik stellte sozusagen eine Reaktion auf die anscheinend fehlgeschlagene keynesianische Agenda dar. Seine neoliberale, angebotsseitig orientierte Wirtschaftspolitik rief zu einer Reduktion der Eingriffe in die Wirtschaft auf. Dies führte auch zu dem bereits angedeuteten massiven Einflussverlust von Ökonomen auf das Politikgeschehen. Parallel kam es zu einer zunehmenden Involvierung derselben in internationalen Organisationen, wie dem IWF, der Weltbank, der OECD und anderen. In jedem Fall wurde die Lösung wirtschaftlicher Problemstellungen nun statt beim Staat, beim freien Markt gesehen. Der Fall der Sowjetunion schien diesen Ökonomen dann Recht zu geben, allerdings regte sich auch gegenüber dieser neuen Konstellation schnell die Kritik.<sup>66</sup> Wie im Rahmen dieser Arbeit gezeigt werden wird, dauerte es tatsächlich nicht lange, bis in breiten Kreisen die Desillusionierung einsetzte.

Da neoliberale Ideen und Konzepte nun bereits mehrfach genannt bzw. angedeutet wurden, ist ein kurzer Exkurs zur Begriffsbestimmung angebracht. Der Begriff des Neoliberalismus stand ursprünglich mit dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule in Verbindung, welche diesen als eine moderate Alternative zum klassischen Liberalismus sah.<sup>67</sup> Der Einfluss dieser Schule auf die deutsche Wirtschaftspolitik schwand ab Mitte der 1960er Jahre jedoch und der Keynesianismus trat an dessen Stelle.<sup>68</sup>

In den 1960ern war außerdem der Begriff *Neoliberalismo* in Lateinamerika mit unterschiedlicher Konnotation im Gebrauch. Im Zuge des Staatsstreiches Augusto Pinochets in Chile

---

<sup>62</sup> William Greider, The Education of David Stockman, In: The Atlantic (Dezember 1981)

[http://en.wikipedia.org/wiki/Trickle\\_down\\_economics#cite\\_note-7](http://en.wikipedia.org/wiki/Trickle_down_economics#cite_note-7), [^](#)

<http://www.theatlantic.com/doc/198112/david-stockman/5>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>63</sup> Duden Wirtschaft von A bis Z

<sup>64</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 3

<sup>65</sup> Hoover, A History of Postwar Monetary Economics. 421

<sup>66</sup> Goodwin, Economics and Economists. 619 f.

<sup>67</sup> Taylor C. Boas, Jordan Gans-Morse, Neoliberalism: From New Liberal Philosophy to Anti-Liberal Slogan. In: Studies in Comparative International Development. Vol.44, No.2 (2009) 145,

[http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel\\_seit\\_etwa\\_1980](http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel_seit_etwa_1980), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012;

Andreas Renner, Die zwei „Neoliberalismen“. In: Fragen der Freiheit – Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft. Heft 256 (Oktober/Dezember 2000)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel\\_seit\\_etwa\\_1980](http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel_seit_etwa_1980), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>68</sup> Boas, Neoliberalism. 137-161

Ende 1973 kamen Chilenen auf wirtschaftspolitische Positionen, welche seit 1955 in Chicago bei Friedman studiert hatten. Diese Personen, welche eine von Hayek und Friedman inspirierte fundamentalistische Wirtschaftspolitik durchsetzten, wurden als die *Chicago Boys* bekannt.

Bis 1980 setzte sich eine Bedeutungswandlung des Begriffes Neoliberalismus durch. Nun begann der Begriff auch im akademischen Kontext einen radikalliberalen Zugang zu bezeichnen und er wurde meist zur Abwertung der Ideen Hayeks und Friedmans gebraucht. Von hier aus fand er seinen Weg in die angelsächsische Welt, wo er nun breit in Verbindung mit, in der freien Marktwirtschaft auftretenden negativen Erscheinungen, verwendet wurde.<sup>69</sup> Inzwischen wird Neoliberalismus als Synonym für „Marktfundamentalismus“ verwendet, wobei oft der Verweis auf die Wirtschaftspolitik Reagans und Thatchers erfolgt.<sup>70</sup> Laut Renner ist der Begriff außerdem in der modernen Verwendung zu einem Schlagwort geworden, welches ökonomistisch verengte Politikkonzepte bezeichnet.<sup>71</sup>

Die Bezeichnung ist insofern problematisch, als dass sie negativ konnotiert ist und deshalb als Eigenbezeichnung vermieden wird. John Williamson verwendete stattdessen beispielsweise den Begriff des „Washington Consensus“,<sup>72</sup> eine Tendenz die, wie man sich vorstellen kann, für eine gemeinsame akademische Debatte nicht unbedingt förderlich war bzw. ist. Ein Ende 1994 gemachter Kommentar Alan Smiths stützt diese Annahme. Die Neoliberalen und ihre Kritiker seien sich zu dieser Zeit im postkommunistischen Transformationskontext auf verhärteten Fronten gegenüber-gestanden.<sup>73</sup> Der Konsens der internationalen Institutionen, welcher vor allem makroökonomische Stabilität und Wachstum beinhaltete,<sup>74</sup> konnte das bestehende Ideenspektrum nicht ausreichend erfassen.

Besonders von der Warte des Status Quo aus betrachtet, war der Neoliberalismus ein radikales Konzept, dass im etablierten institutionellen Kontext zu Umwälzungen in großem Maßstab führte. Dies betraf unter anderem die Strukturen der steuerlichen Umverteilung, die öffentliche Regelung von Gesundheit und Bildung, die Arbeitsbeziehungen und andere Bereiche. Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des alternativen Weltbildes des Realsozialismus verstärkte sich die Bedeutung dieser Veränderungen nur noch.<sup>75</sup>

---

<sup>69</sup> Boas, Neoliberalism. 80 f.

<sup>70</sup> Boas, Neoliberalism. 76;

Werner Plumpe, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart. (München 2010) 98

[http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel\\_seit\\_etwa\\_1980](http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel_seit_etwa_1980), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>71</sup> Renner, Die zwei „Neoliberalismen“. 78

<sup>72</sup> Boas, Neoliberalism. 87

<sup>73</sup> Alan Smith, Shock Therapy or Gradualism? Economic Controversies with Political Undercurrents, In: Slavonic & East European Review Vol.72, No.4 (1994) 700,

<http://www.jstor.org/stable/pdfplus/4211639.pdf?acceptTC=true>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>74</sup> David A. Phillips, Reforming the World Bank. Twenty Years of Trial – and Error (Cambridge [u.a.] 2009), 8 f.

<sup>75</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 4 f.

## 2.5. Neoliberalismus in der Transformation

Es gibt verschiedenste Annahmen darüber, warum das neue Paradigma in vielen ostmitteleuropäischen Ländern oftmals begeistert aufgenommen wurde. Beispielsweise wird davon ausgegangen, dass der Markt zunehmend mit wirtschaftlicher Effizienz, aber eben auch mit liberalen, gesellschaftlichen Errungenschaften verbunden wurde. Andere Autoren sehen die Veränderungen in Verbindung mit einem Propaganda-Feldzug.<sup>76</sup> Aligica und Evans wiederum beschreiben den Diskurs um die osteuropäische Transformation, als von „...myths and misunderstandings...“ und verweisen auf: „...the belief in the complete standardization and regimentation of economic thinking as a result of the spread of Western ways of doing economics, the notion that the Eastern Europeans have been passively embracing this uniformity and homogenization, and the myth that extreme forms of pro-market views (so called „market fundamentalism“) have been dominating the region.“<sup>77</sup>

Während Aligica und Evans sicherlich zuzustimmen ist, dass es in diesem Diskurs zu vielen Missverständnissen kam, so kann doch die Zentralität neoliberaler Anschauungen und die Bedeutung externer Akteure nicht verneint werden. Wie stark deren Bedeutung im jeweiligen inländischen Kontext war und in welcher Form sich diese Einflüsse manifestierten, soll dabei zunächst dahingestellt bleiben. Sicher ist jedoch, dass die wirtschaftliche Transformation im Allgemeinen mit einiger Unterstützung von Seiten westlicher Regierungen, NGOs und internationaler Organisationen erfolgte. Die Weltbank beispielsweise war wesentlich daran beteiligt das neue wirtschaftswissenschaftliche Paradigma institutionell, also im höheren Bildungsbereich und in der Forschung, zu verankern. Außerdem wurden in der Weltbank selbst institutionelle Strukturen geschaffen, welche mit dem Transfer wirtschaftlicher Ideen beschäftigt sind.<sup>78</sup>

Die internationalen Institutionen wurden außerdem oft auch über den Washington Consensus mit der Transformation verknüpft. Dieser Begriff verweist auf in Washington befindliche Institutionen, nämlich den Internationalen Währungsfond (IWF), die Weltbankgruppe und das US-Finanzministerium. Dieser Konsens enthielt eine Reihe von Entwicklungsstrategien, welche sich ursprünglich um Marktwirtschaft, Offenheit und makroökonomische Stabilität drehten. Besonders letzterer Aspekt blieb für den Konsens auch im Laufe der frühen 1990er bedeutend, es begann jedoch eine verstärkte Betonung auf Liberalisierung und Privatisierung gelegt zu werden. Tatsächlich wird der Washington Consensus, ähnlich wie der Neoliberalismus, oft mit dem ungeliebten Begriff des

---

<sup>76</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 4 f.

<sup>77</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 8

<sup>78</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 67 f.

Marktfundamentalismus assoziiert, was nicht verwunderlich ist, da Belange wie soziale Ungleichheit und die Nachhaltigkeit des Wachstums oft auf der Strecke blieben.<sup>79</sup>

Stiglitz zufolge sei der Washington Consensus gescheitert, weil dessen Ziele viel zu eng definiert worden seien. Dies betrifft besonders die Überschätzung der Aussagekraft eines steigenden Bruttoinlandsproduktes. Manche Ökonomen waren der Meinung, dass Verteilungsfragen ignoriert werden könnten, da ihr Glaube an *Trickle-down economics* das Argument zuließ, dass die gesamte Bevölkerung vom Wirtschaftswachstum profitiere. Die Beweislast gegen dieses Argument sei jedoch laut Stiglitz inzwischen überwältigend.<sup>80</sup> Zeitweise wurde das angebliche „Durchsickern“ auch für die Beziehung zwischen Liberalisierung und der Entstehung von Marktinstitutionen angenommen. Es zeigte sich allerdings auch hier bald, dass die propagierten Ergebnisse auf diese Weise nicht erreicht werden konnten.<sup>81</sup>

Andere Ökonomen vertraten wiederum die Ansicht, dass Fragen der Verteilungsgerechtigkeit nichts mit der Profession zu tun hätten und deshalb ignoriert werden müssten. Stiglitz ist gegenüber diesen Annahmen jedoch skeptisch und weist darauf hin, dass diese Einstellung aufgrund der Verbindungen zwischen Fairness und Effizienz oft sogar zur Vernachlässigung der Effizienzfrage geführt habe. Zum also ohnehin bereits ökonomistisch verengten Reformrezept kam noch hinzu, dass Reforminstrumente wie die Privatisierung in den Fokus rückten und so zum Selbstzweck verkamen. Laut Stiglitz habe besonders der IWF vergessen, dass es sich bei Liberalisierung und Privatisierung lediglich um Mittel zum Zweck handele. Auch wenn zum Beispiel Privatisierung ein nützliches Werkzeug darstellen könne, so dürfe jedoch die Anwendung im länderspezifischen Kontext nicht auf die falsche Weise erfolgen.<sup>82</sup> Hinzu kommt eine mangelnde Berücksichtigung des speziellen post-kommunistischen Kontextes durch radikale Reformer, wobei Smith unter anderem explizit auf die „...‘Washington twins‘...“ verweist.<sup>83</sup>

Kołodko etwa argumentierte, dass sich durch das Durcheinanderbringen von Mitteln und Zielen die sozialen Kosten der polnischen Transformation erhöht hätten und der wirtschaftliche Erfolg geringer als möglich ausgefallen sei. Es ist von einem in der Moderne weitverbreiteten Phänomen die

---

<sup>79</sup> Narcís Serra, Shari Spiegel, Joseph E. Stiglitz, Introduction: From the Washington Consensus Towards a New Global Governance. In: Narcís Serra, Joseph E. Stiglitz (Hg.), *The Washington Consensus Reconsidered. Towards a New Global Governance* (The Initiative for Policy Dialogue Series, Oxford [u.a.] 2008) 3; Serra, Introduction, 6

<sup>80</sup> Joseph E. Stiglitz, Is there a Post-Washington Consensus Consensus? In: Narcís Serra, Joseph E. Stiglitz (Hg.), *The Washington Consensus Reconsidered. Towards a New Global Governance* (The Initiative for Policy Dialogue Series, Oxford [u.a.] 2008) 46 f.

<sup>81</sup> Romana Careja, *Policy Coherence and Economic Reforms in Central and Eastern Europe. The Great Transformation* (Politica Band 79, Hamburg 2010) 33

<sup>82</sup> Stiglitz, Is there a Post-Washington Consensus Consensus? 47 f.

<sup>83</sup> Smith, Shock Therapy or Gradualism? 698

Rede, welches durch die Glorifizierung eines oder mehrerer Instrumente zustande komme, welche dadurch in den Vordergrund gerückt werden.<sup>84</sup>

Phillips bietet zum Washington Consensus eine etwas andere Perspektive und verweist auf die Debatte innerhalb von Weltbank und IWF in Bezug auf einige der wichtigsten Reformfragen. Dies betraf Tempo und Abfolge von Reformen, die Regelung der Wechselkurse, die Liberalisierung des Kapitalmarktes, die Frage nach den notwendigen Institutionen und andere. Diese Debatte muss jedoch in den frühen Jahren der postkommunistischen Transformationsdebatte noch in den Kinderschuhen gesteckt haben. Stiglitz begann erst relativ spät für einen gradualistischen Zugang zu argumentieren und die Finanzkrise in Asien, welche Anlass zur Infragestellung der Liberalisierung von Kapitalmärkten gab, traf die Region erst 1997.<sup>85</sup> Weitere Hinweise auf die relativ späte Haltungsänderung der Weltbank in der Transformation finden sich in einem 1993 erschienenen Sammelband Vedat Milors. Einige der beitragenden Ökonomen, welche mit der Weltbank assoziiert waren, nahmen hier gegenüber dem neoliberalen Paradigma einen kritischen Standpunkt ein. Vor allem stellten die beteiligten Autoren in Frage, dass Privatisierung der einzige Weg sei auf dem die Restrukturierung und eine Performanceverbesserung von Unternehmen erreicht werden könne.<sup>86</sup>

Tadeusz Kowalik stellt die Verbindung zur Transformation im Osten explizit her, wenn er den Übergang vom Abkommen am Runden Tisch zum „Balcerowicz-Plan“ mit einem Übergang vom „Warsaw Consensus“ zum Washington Consensus vergleicht.<sup>87</sup> Sowohl in Polen als auch der Tschechoslowakei waren die dort angewendeten neoliberalen Programme den, auf diesem Konsens beruhenden Reformen in anderen Ländern, sehr ähnlich.<sup>88</sup>

Aligica und Evans plädieren, wie oben gezeigt wurde, für die Betrachtung der Transformationen als vom westlichen wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream, also der Neoklassischen Synthese, geprägt. Dieser veränderte sich jedoch bereits in den 1970ern und 1980ern recht stark, als keynesianisch geprägte Wirtschaftspolitik unter Druck kam.<sup>89</sup> Es kam zur Entwicklung weg vom keynesianischen Interventionismus und hin zu einem stärker auf Laissez-faire

---

<sup>84</sup> Grzegorz W. Kołodko, A two-thirds of success. Poland's post-communist transformation 1989-2009, In: Communist and Post-Communist Studies 42 (2009) 343, <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0967067X09000403#>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>85</sup> Phillips, Reforming the World Bank. 30

<sup>86</sup> Smith, Shock Therapy or Gradualism? 699

<sup>87</sup> Tadeusz Kowalik, Economics - Poland. In: Max Kaase, Vera Sparschuh, Agnieszka Wenninger (Hg.), Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe. Handbook on Economics, Political Science and Sociology (1989-2001) (Berlin [u.a.] 2002) 140

<sup>88</sup> Orenstein, Out of the Red. 12

<sup>89</sup> Krzysztof Bandasz, Book reviews: The Neoliberal Revolution in Eastern Europe. Economic Ideas in the Transition from Communism, In: The European Journal of the History of Economic Thought Vol.18, No.3 (2011) 466 <http://dx.doi.org/10.1080/09672567.2011.588001>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

orientierten Zugang, wie Boettke und Leeson zeigen.<sup>90</sup> Hinzu kommt, dass sich speziell die besonders liberalen angloamerikanischen Modelle in Ostmitteleuropa großer Beliebtheit erfreuen konnten.<sup>91</sup>

Neoliberalismus im postkommunistischen Ostmitteleuropa befindet sich in einer seltsamen Position. Die Unterstützer der neoliberalen Ideologie finden sich in erster Linie bei Intellektuellen und in der Intelligenzija. Die Einstellung breiterer Bevölkerungsschichten gegenüber Reformen im Allgemeinen war auch in den späten 1990ern noch positiv, spezifisch neoliberale Konzepte befanden sich jedoch zu den Werten der meisten Menschen im Widerspruch. Besonders im späteren Verlauf der Transformation, als die grundlegenden marktorientierten Reformen durchgesetzt waren, konnte die neoliberale Ideologie oft keine überzeugenden Antworten mehr auf zunehmend auftauchende praktische Probleme bieten.<sup>92</sup>

### **3. Die wirtschaftliche Transformation in Polen und der Tschechoslowakei/Tschechien in den frühen 1990ern**

Während im vorherigen großen Kapitel der breitere wirtschaftsgeschichtliche Kontext etabliert wurde, geht es nun um zwei konkrete Länder: Polen und die Tschechoslowakei bzw. Tschechien. Einleitend wird die Frage nach den wirtschaftswissenschaftlichen Ansichten und den westlichen Einflüssen in diesen Ländern gestellt, um ab 3.3. dann mit der Behandlung der konkreten wirtschaftlichen Lage, der Implementierung der Reformen und deren Auswirkungen anzuschließen.

#### **3.1. Länderspezifische Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts**

##### **3.1.1. Allgemein**

Um die Debatte um den „besten“ Zugang zur wirtschaftlichen Transformation verstehen zu können, ist eine Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Wirtschaftswissenschaften in der westlichen Welt und in den hier untersuchten Ländern notwendig und muss die Frage gestellt werden, wie diese

---

<sup>90</sup> Boettke, The Austrian School of Economics. 452

<sup>91</sup> Bandasz, Book reviews. 466

<sup>92</sup> Andreas Pickel, Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities and confusions in the transformation debate. In: New Political Economy Vol.2, No.2 (1997) 231, <http://dx.doi.org/10.1080/13563469708406298>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

Entwicklungen interagierten. Die breitere Entwicklung moderner neoklassischer Theorien wurde bereits in Kapitel Zwei besprochen, sodass hier nun auf die beiden ausgewählten Fallbeispiele eingegangen wird, welche für eine lange Zeit von dieser Entwicklung abgekoppelt waren.

Aligica und Evans versuchen die wirtschaftswissenschaftliche Entwicklung um 1989 auf einige breite Tendenzen herunterzubrechen. Die Aufnahme westlichen Gedankengutes erfolgte zunächst auf indirekte Weise und wurde von der politischen Elite bekämpft. In den späten 1980ern und den frühen 1990ern kam es dann zu einem deutlich sichtbaren, radikalen Wandel im Diskurs, den Publikationen, der Forschung und der Lehre. In den sich anschließenden Jahren folgte die komplette Institutionalisierung des westlichen Paradigmas, wobei die Autoren sich bemühen darauf hinzuweisen, dass sich die einzelnen landesspezifischen Übergangsprozesse in vielerlei Hinsicht unterschieden.<sup>93</sup>

Kovács weist auf die Bedeutung der Mathematik hin, welche er mit jungen, an westlichen Bildungseinrichtungen ausgebildeten Wissenschaftlern in Verbindung bringt, welche die Region mit Ideen des westlichen Mainstreams überschwemmen würden und für neoliberale Politikempfehlungen verantwortlich seien. Die auf diese Weise kritisierten Wissenschaftler sahen dagegen die ehemaligen Reformer der alten Regime als weiterhin am Ruder stehend und kritisierten ihre älteren Kollegen für deren angeblich mangelhaften empirischen Methoden und einer Nähe zu keynesianischen Konzepten. Kovács zeichnete einerseits dieses Bild, verwies gleichzeitig aber auf die Gefahren, die es berge, nun die wirtschaftstheoretischen und -politischen Trennlinien bequemerweise einfach entlang des Jung-Alt-Gegensatzes zu ziehen.

Des Weiteren führt er die, auch noch eine Dekade nach der Wende geringe Sichtbarkeit von östlichen Forschern teilweise auf „...Western desinterest and condescension.“ Zurück, beschreibt diese Forscher aber gleichzeitig als „...rather different.“<sup>94</sup> Während dies nicht explizit angesprochen wird, so kann die Aussage als Hinweis darauf interpretiert werden, dass man einen möglicherweise in mancherlei Hinsicht existierenden „Ost-West“-Gegensatz nicht auf Qualitätsfragen herunterbrechen sollte.

Hankiss vertritt eine ähnlich kritische Ansicht in Bezug auf die Sozialwissenschaften. Die Stimmung in den Jahren zwischen 1992 und 1994 wird von ihm als „...a bit colonial,...“ und als „...a mixture of zeal and civilized boredom.“ beschrieben. Auch wenn die Qualität der Forschung begonnen habe sich zu verbessern, so sei es auch unerwünscht gewesen neue Fragen auf die Forschungsagenda zu setzen und quantitative Methoden hätten die Forschung dominiert.<sup>95</sup> Natürlich stehen hier Fragen,

---

<sup>93</sup> Aligica, *The neoliberal revolution in Eastern Europe*. 43 f.

<sup>94</sup> János Mátyás Kovács, *Business as (Un)usual. Notes on the Westernization of Economic Sciences in Eastern Europe*, In: Max Kaase, Vera Sparschuh, Agnieszka Wenninger (Hg.), *Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe. Handbook on Economics, Political Science and Sociology (1989-2001)* (Berlin [u.a.] 2002) 26 f.

<sup>95</sup> Elemér Hankiss, *Brilliant Ideas or Brilliant Errors? Twelve Years of Social Science Research in Eastern Europe*, In: Max Kaase, Vera Sparschuh, Agnieszka Wenninger (Hg.), *Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe. Handbook on Economics, Political Science and Sociology (1989-2001)* (Berlin [u.a.] 2002) 19 f.

welche die Sozialwissenschaften betreffen nicht im Mittelpunkt, gerade letzterer Punkt in Bezug auf die Methodik veranlasst jedoch zur Frage, ob es nicht vielleicht noch mehr Ähnlichkeiten gab.

Trotz gewisser Tendenzen, wie etwa eines wachsenden amerikanischen Einflusses auf die Universitätsausbildung, muss auf die vielen unterschiedlichen Akteure und die unklaren Trennlinien zwischen den Verfassern und Empfängern von Ideen hingewiesen werden. Verschiedene Schulen, Organisationen und Ideen übten Einfluss aus und wurden von den unterschiedlichsten Akteuren in den unterschiedlichsten Kontexten auf sehr unterschiedliche Art und Weise aufgenommen. Außerdem machen es die globalen Bewegungen und Verbindungen der Akteure schwierig zu entscheiden, welche Ideen und/oder Akteure man überhaupt als osteuropäisch bezeichnen kann. Hinzu kommt noch, dass oft einzelne Akteure wie Jeffrey Sachs so zentral waren, dass sie sozusagen der Botschaft eine persönliche Note gaben.<sup>96</sup>

Generell kann festgestellt werden, dass besonders auf lange Sicht Ausbildung und Sozialisierung der politischen Akteure Einfluss auf inländische Debatten ausüben konnten. Der Faktor der materiellen Unterstützung und der daran gebundenen Konditionalität, konnte seine Wirkung dagegen nur Hand in Hand mit einer gewissen Aufnahmebereitschaft im Inland entfalten.<sup>97</sup>

### 3.1.2. Polen

Polen und Ungarn waren die ersten Länder, in denen sich nach dem Tod Stalins Zeichen der Liberalisierung zu zeigen begannen.<sup>98</sup> Diese beiden Länder sind auch diejenigen in welchen der westliche Einfluss besonders sichtbar und tiefgreifend war.<sup>99</sup> Polen betreffend kam es besonders nach der Arbeiterrevolte im Juni 1956 in Posen zu einem rapiden Liberalisierungsprozess, was in der Wirtschaftswissenschaft zunächst zu einer breiten Rezeption der Arbeiten westlicher Marxisten führte. Diese diente auch als Möglichkeit die volkswirtschaftlichen Grundlagen des westlichen Kapitalismus zu erlernen. Es gab außerdem verschiedene Übersetzungen von keynesianisch ausgerichteten Autoren und von Samuelsons Synthese. Es war erlaubt zu bestimmten Aspekten westlicher Wirtschaftswissenschaft, wie zu Ökonometrie und Kybernetik frei zu forschen und zu publizieren. Werke von Autoren, welche gegenüber dem wirtschaftlichen System des Sowjetsozialismus kritisch eingestellt

---

<sup>96</sup> Kovács, Business as (Un)usual. 30 f.

<sup>97</sup> Stephen Haggard, Stephen B. Webb, Introduction. In: Stephan Haggard, Steven B. Webb (Hg.), Voting for Reform. Democracy, Political Liberalization and Economic Adjustment (A World Bank Book, New York [u.a.] 1994) 25 f.

[http://books.google.at/books?hl=en&lr=&id=aCm4RsrI8R8C&oi=fnd&pg=PA185&dq=gradual+shock+therapy&ots=E8qYcIH-xz&sig=ZhzDNLBYw7-Y2FdbF3yY7vEISKI&redir\\_esc=y#v=onepage&q=gradual%20shock%20therapy&f=false](http://books.google.at/books?hl=en&lr=&id=aCm4RsrI8R8C&oi=fnd&pg=PA185&dq=gradual+shock+therapy&ots=E8qYcIH-xz&sig=ZhzDNLBYw7-Y2FdbF3yY7vEISKI&redir_esc=y#v=onepage&q=gradual%20shock%20therapy&f=false), Zuletzt gesichtet am

06.12.2012

<sup>98</sup> Kowalik, Economics - Poland. 137

<sup>99</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 44

waren oder abweichende Meinungen vertraten, blieben jedoch illegal. Dies traf auch auf Denker wie Hayek und Friedman zu.<sup>100</sup>

In diesem Kontext ist es vielleicht nicht allzu überraschend, dass an den Universitäten nicht selten westliche Schulbuchökonomie gelehrt wurde, während gegenüber dem marxistischen Paradigma oft lediglich Lippenbekenntnisse abgelegt wurden. Die kritische Einstellung von wichtigen polnischen Ökonomen, wie von Kalecki und Lange war jedoch bis Ende der 1960er nicht selten mit einem fortgesetzten Glauben an den Sozialismus verbunden. Polen war also ab 1956 gegenüber dem Westen relativ offen, was nicht nur westliche Besucher, sondern auch die Möglichkeit für polnische Wissenschaftler an westlichen Universitäten zu studieren, mit sich brachte.<sup>101</sup> Außerdem war die sogenannte „Kritik am Gedankengut der Bourgeoisie“ ein wichtiges Vehikel, um westliche Forschungstrends im Auge zu behalten.<sup>102</sup>

Die zweite Hälfte der 1950er sah lebhafte Debatten und die Etablierung verschiedener Schulen, darunter auch einer neoklassischen Schule. Warschau wurde in diesen Jahren zum wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum im gesamten Sowjetblock, eine Entwicklung, welche jedoch kaum Auswirkungen auf die politische Sphäre hatte. 1968 trieb schließlich eine Welle des Antisemitismus und des Antirevisionismus viele Intellektuelle ins Ausland und beendete diese Phase.<sup>103</sup>

Nach 1989 dienten die Vorgänge in Polen in zweierlei Hinsicht als Vorbild für andere Länder. Einerseits zeigte sich wie kommunistische Systeme friedlich abgeschafft werden konnten und andererseits war Polen das erste Land, welches den rapiden Übergang hin zu einer Marktwirtschaft begann. Tatsächlich hatte der Systemwechsel in Polen noch früher begonnen, als die Vorgänge von 1989 es zu vermitteln scheinen, wobei die unabhängige Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* eine zentrale Rolle spielte. In den Gesprächen am Runden Tisch vom April 1989 kam es schließlich zu einer Machtteilung zwischen dem Regime und der Opposition und zum Beschluss eines radikalen wirtschaftlichen Reformprogrammes. Dieses Programm war ursprünglich recht nahe am schwedischen Modell und nur wenige der Ökonomen, welche an den Verhandlungen beteiligt gewesen waren, vertraten einen neoliberalen Reformzugang.<sup>104</sup>

Jerzy Hausner etwa, wies auf die Bedeutung des institutionellen Rahmens hin, der vor dem Start radikaler Reformen etabliert werden müsse. Des Weiteren wies er auf die Vielfalt der westlichen marktwirtschaftlichen Modelle hin, welche in unterschiedliche institutionelle Kontexte eingebettet waren. Diese schienen „...different solutions to the problems of a post-socialist future.“ aufzuzeigen.

---

<sup>100</sup> Kowalik, Economics - Poland. 137

<sup>101</sup> Kowalik, Economics - Poland. 137-139

<sup>102</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 44

<sup>103</sup> Kowalik, Economics - Poland. 139

<sup>104</sup> Kowalik, Economics - Poland. 139 f.

Im Herbst 1989 war die Einstellung der meisten polnischen Ökonomen gegenüber neoliberalen Reformen eher negativ und in Kongressen und Versammlungen der *Polish Economic Society* wurden eher die oben genannten Ideen diskutiert. Die Ausnahmen waren die *Warsaw Main School of Economics* (MSE) und die Volkswirtschaftliche Fakultät an der *University of Łódź*. Aus diesen Institutionen rekrutierten sich in der frühen Phase der Transformation die meisten Finanzminister.<sup>105</sup>

Wie Kowalik es beschreibt waren die Beschlüsse des „Runden Tisches“ und die Parlamentswahlen vom Juni 1989 die letzten auf einem breiten Konsens basierenden Entscheidungen im Reformprozess. Die von der *Solidarność* dominierte Regierung brachte schon einige Monate später den neoliberalen, im Zeichen der sogenannten „Schocktherapie“ stehenden „Balcerowicz-Plan“ auf den Weg. Stiglitz kritisierte die Art und Weise wie dieser Plan von einer kleinen, revolutionären Vorhut auf den Weg gebracht wurde. Nachhaltige Änderungen könnten nicht auf diese Weise erzwungen werden. Des Weiteren weist Kowalik in diesem Zusammenhang auf die politischen und soziologischen Aspekte der Transformation hin, die aufgrund neoliberaler Anschauungen oft zurückgestellt wurden.<sup>106</sup>

Sofern die Institutionalisierung des neoklassischen Paradigmas in Polen betroffen ist, so muss auf die Etablierung mehrerer wichtiger privater Forschungsgesellschaften mit klar neoliberalen Profil in den frühen 1990ern hingewiesen werden. Dies waren unter anderem das *Center for Social and Economic Research* (CASE) und das *Adam Smith Research Center* (ASRC). Ersteres steht der Politik wohl genauso nahe wie der Wirtschaftswissenschaft, was sich in den Persönlichkeiten die in CASE involviert sind, klar ausdrückt. Leszek Balcerowicz, Marek Dąbrowski, Jeffrey Sachs und Stanley Fischer sind nur einige der wichtigsten. Die Sponsoren geben ein ähnlich beeindruckendes und aussagekräftiges Bild ab: Die *Soros Foundation*, die *Ford Foundation*, USAID und andere unterstützen das Forschungszentrum mit ihren Mitteln. Das ASRC wird von Kowalik als „...probably the closest to the Chicago School...“ beschrieben. Diese Zentren zeichneten sich nach der Implementierung der Schocktherapie unter anderem dadurch aus, dass sie die sozioökonomischen Merkmale des so neuentstandenen Systems als gegeben hinnahmen. Probleme wurden vor allem im Rahmen von „Different degrees of maturity...“ gesehen und wurden keineswegs zum Anlass genommen die Modellwahl zu überdenken.<sup>107</sup> Die Tatsache, dass die grundlegenden Merkmale der polnischen Gesellschaft als gegeben angenommen werden, hat mit den Ansichten zu tun, welche im Utilitarismus über Individuen vorherrschen. Deren Gefühle, Ideen, Verhaltensweisen und Wünsche

---

<sup>105</sup> Peter Zeniewski, Neoliberalism, Exogenous Elites and the Transformation of Solidarity. In: *Europe-Asia Studies* Vol.63, No.6 (2011) 985, <http://dx.doi.org/10.1080/09668136.2011.585750>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>106</sup> Kowalik, *Economics - Poland*. 140-142

<sup>107</sup> Kowalik, *Economics - Poland*. 144

werden hier als natürlich gegeben fixiert, während der soziale Kontext im Utilitarismus ausgeschlossen wird.<sup>108</sup>

Zusammen mit dem *Gdańsk Institute for Market Economics* gründeten diese beiden Think Tanks die *Society of Polish Economists* (TEP), welche 100-200 Mitglieder hat. Dieser steht die ältere *Polish Economic Society* gegenüber, welche mit etwa 7000 Mitgliedern eine weit zahlreichere Basis hat.<sup>109</sup>

In der ersten Hälfte der 1990er war die Forschung vor allem von Fragen der Transformation und Privatisierung dominiert. Bis in die frühen 2000er begannen die Fragen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und des EU-Beitrittes wichtiger zu werden. Was dagegen kaum diskutiert wird sind die grundlegenden Merkmale des sozioökonomischen Systems. Kowalik zufolge sind weitere vernachlässigte Themen die Verteilungsgerechtigkeit und die Theorie. Letzteres wird zum Anlass genommen, darauf hinzuweisen, dass es unter diesen Umständen wenig sinnvoll sei zu versuchen, das Paradigma zu bestimmen, welches der polnischen Transformation zugrunde lag. Stattdessen habe der Washington Consensus die Rolle eines Paradigmas übernommen. Dies habe sich auch in der Zusammensetzung des Teams wiedergespiegelt, welches für das Programm zur Massenprivatisierung verantwortlich war. 19 von 21 dieser Experten stammten aus dem Ausland oder waren polnische Migranten. Kowalik betont nicht nur den Ost-West- sondern auch den Jung-Alt-Gegensatz recht stark,<sup>110</sup> was Anlass dazu gibt auf die weiter oben gezeigten Ansichten Kovács zu verweisen, welche man als Warnung vor einer Überbetonung dieser Trennlinien verstehen könnte.

### 3.1.3. Tschechoslowakei

Die Entwicklung der Tschechoslowakei folgte einem davon deutlich differierenden Pfad. Bis 1989 war das Land in Bezug auf die Wirtschaftsführung eines der konservativsten im ganzen Ostblock, wobei vor allem auf die starke Zentralisierung hingewiesen werden muss. Versuche zur Liberalisierung des Systems im Rahmen des Prager Frühlings wurden rigoros niedergeschlagen.<sup>111</sup> Die ideologische Kontrolle wurde erst in den 1980ern etwas gelockert, aber die Reformdebatte kam zu spät, um das Regime noch retten zu können.<sup>112</sup>

Dennoch hing auch hier der Beginn der Debatte mit dem Tod Stalins und der damit verbundenen Lockerung des politischen Klimas zusammen. In den frühen 1960ern begannen dann zunehmend marktsozialistische Konzepte diskutiert zu werden, eine Debatte, welche sich auch in

---

<sup>108</sup> Hunt, A History of Economic Thought. 515

<sup>109</sup> Kowalik, Economics - Poland. 144 f.

<sup>110</sup> Kowalik, Economics - Poland. 145

<sup>111</sup> František Turnovec, Economics - Czech Republic. In: Max Kaase, Vera Sparschuh, Agnieszka Wenninger (Hg.), Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe. Handbook on Economics, Political Science and Sociology (1989-2001) (Berlin [u.a.] 2002) 50

<sup>112</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 54 f.

anderen Ostblockländern abspielte. Die Diskussion in der zweiten Hälfte der 1960er führte dann auch eine Denkrichtung ein, welche sich auf westliche Mainstream-Ökonomie und Studien von Václav Klaus und von Lubomir Mlčoch stützte. Auch wenn die Niederschlagung des Prager Frühlings zu einer Unterbrechung der wirtschaftswissenschaftlichen Entwicklung führte, so wurden paradoxerweise viele der Reformvorschläge nach dem Sieg der konservativen Vertreter des Regimes dennoch implementiert. Sofern die Wirtschaftswissenschaften selbst betroffen waren, so mussten Intellektuelle jedoch mit vielfältigen Repressionen und Restriktionen leben. Damit war die tschechoslowakische Situation besonders in Hinblick auf die liberaleren Regelungen in Polen und Ungarn recht eigen.<sup>113</sup>

Die tschechoslowakische, wirtschaftswissenschaftliche Gemeinde war in eine „offizielle“, eine „inoffizielle“ und eine im Exil lebende Gruppe aufgespalten. Während zwischen der „offiziellen“ und der „inoffiziellen“ Gruppe immer gewisse Kontakte bestanden, so hatten doch beide keinen Kontakt zu den im Asyl lebenden Wissenschaftlern, welche das Land in zwei Wellen nach 1948 und 1968 verlassen hatten.<sup>114</sup> Diese Gruppe war jedoch sehr wichtig für die Aufrechterhaltung der Verbindung zu den westlichen Wirtschaftswissenschaften.<sup>115</sup>

Eine Ironie der repressiven Haltung der Autoritäten liegt darin, dass ähnlich wie bereits oben für Polen und Ungarn beschrieben, die Kritik an den westlichen Wirtschaftswissenschaften in den 1970ern und 1980ern verpflichtend Teil von Dissertationen sein musste.<sup>116</sup> Mit den Worten Aligicas und Evans‘ sprechend, hatte man es hier mit einem „...major diffusion vehicle,...“ zu tun. Auch die Wirtschaftsgeschichte nahm eine ähnliche, wenn auch eher rückwärtsgewandte Rolle ein und Debatten um die Verbesserung der Planwirtschaft fanden sowohl in der Tschechoslowakei als auch in Polen und Ungarn statt. Systemkritik und Reformideen schienen alle drei Länder in den 1960ern in Richtung marktsozialistischer Reformen zu bewegen, eine Entwicklung, die dann jedoch 1968 unterbrochen wurde.<sup>117</sup>

Moderne Standardökonomie wurde lediglich an der Akademie der Wissenschaften in Prag gelehrt. Jüngere Ökonomen, wie Klaus und Ježek, brachten neoklassische analytische Methoden zur Anwendung. Dies war möglich, da auch in der Tschechoslowakei die Ökonometrie einer der wenigen Aspekte der Wirtschaftswissenschaften war, in dem der Kontakt zur westlichen Entwicklung aufrecht erhalten werden konnte. Dies hatte zum Einen damit zu tun, dass die ideologische Überwachung mit der hier gängigen, komplizierten mathematischen Methodologie nichts anfangen konnte, aber auch damit, dass deren Nutzen zur Verbesserung der sozialistischen Wirtschaft vorgeschoben werden konnte.<sup>118</sup>

---

<sup>113</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 52 f.

<sup>114</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 52-54

<sup>115</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 47

<sup>116</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 53

<sup>117</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 46 f.

<sup>118</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 53 f.

Übersetzung und Transfer von internationalen ökonomischen Werken begannen erst in den 1980ern und bis dahin hatten die meisten anderen Felder der tschechischen Wirtschaftswissenschaften längst den Anschluss verloren. Publiziert wurde lediglich in Tschechisch und innerhalb der Tschechoslowakei. Die aus dem Exil zurückkehrenden Ökonomen waren in dieser Situation in vielerlei Hinsicht hilfreich. Dies war sowohl in Bezug auf fehlende Literatur, auf die Reform der wirtschaftlichen Bildung und Lehre, aber auch in Bezug auf die Besetzung akademischer und beratender Positionen der Fall. Zu diesen Tätigkeiten kommen außerdem noch die Beschaffung von Geldmitteln für Projekte und die Vermittlung von Stipendien hinzu.<sup>119</sup>

Der Paradigmenwechsel war in Ungarn von einem graduellen Elitenwechsel begleitet. Die meisten Universitäten beschäftigten zu einem hohen Grad alteingesessenes Personal und es kam zu vielen Wechseln in die Wirtschaft und die Politik. Dieser interne ...‘brain drain‘..., welcher mit den geringen akademischen Gehältern zusammenhängt, traf Lehre und Forschung hart. Dies scheint für nicht wenige der ostmitteleuropäischen Länder zugetroffen zu haben, zumindest in Hinblick auf den langsamen Elitenwechsel stellte die Tschechoslowakei jedoch eine Ausnahme dar. Hier erschien die neue Elite geradezu „...overnight...“.<sup>120</sup> Allerdings musste man sich auch in der Tschechoslowakei mit den schlechten Bedingungen in Forschung und Lehre auseinandersetzen, da die Gehälter der staatlichen Lehrer sehr gering waren und den Studenten im Wirtschaftssektor Arbeitslosigkeit drohte.<sup>121</sup>

Die neue Elite setzte sich aus verschiedenen Gruppen zusammen und kann zu großen Teilen mit den Reformversuchen der 1980er assoziiert werden. Viele der Forscher stammten vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut und vom Institut für Wirtschaftsprognosen, während einige weitere von den Universitäten, aus dem Exil, dem „Untergrund“ oder dem alten Establishment kamen. Wie bereits erwähnt, wechselten einige dieser Wissenschaftler während der 1990er aus dem wissenschaftlichen Kontext in den politischen Bereich, den Bankensektor oder auch in internationale Institutionen, wovon Václav Klaus einer der prominentesten war.<sup>122</sup>

In der ersten Hälfte der 1990er gewannen vor allem neoliberale Theorien (Vladimír Dlouhý, Tomáš Ježek, Václav Klaus, Dušan Tříška) einigen Einfluss, was die wirtschaftliche Transformation wesentlich beeinflusste. Nach Turnovec reflektierten diese Theorien „...the main orientation of the radical reform supporters during the discussions at the end of the 1980s and the (at least rhetorical) political affinity with Ronald Reagan and Margaret Thatcher.“ Die spätere Wende hin zu neo-keynesianischen Zugängen führt er auf Probleme, die im Zusammenhang mit der Implementierung

---

<sup>119</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 55

<sup>120</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 52 f.

<sup>121</sup> Gordon P. Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei zwei Jahre nach Spaltung der CSFR. Eine volkswirtschaftlichen Analyse (Reihe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Band 18, Regensburg [u.a.] 1995) 62

<sup>122</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 55

neoliberaler Ideen entstanden, zurück. Diese Denkrichtung kann mit der sozialdemokratischen Tradition assoziiert werden. Die meisten Ökonomen seien jedoch dem Mainstream verbunden und würden heiße ideologische Themen wie diese erst gar nicht ansprechen, sondern sich eher mit technischen Fragen beschäftigen.<sup>123</sup>

Die Transformation der tschechoslowakischen Wirtschaft, welche unter Zeitdruck stattfand, war von einer chaotischen akademischen Debatte begleitet und inländische Wissenschaftler, sowie ausländische Berater waren in den alltäglichen Politikprozess eingebunden. Sofort nach dem November 1989 bekam die Reformdebatte auf der Agenda der wissenschaftlichen Gemeinde Priorität. Diese wurde im Wesentlichen von zwei Gruppen bestritten: Einerseits von den Reformern der 1960er um František Vlasák und andererseits von den Vertretern neoliberaler Theorien. Zumindest was die ersten Schritte der Reformen betrifft, stimmten beide Gruppen überein: Schnelle makroökonomische Stabilisierung, Preisliberalisierung, Liberalisierung des Außenhandels und schnelle Einführung der Konvertibilität der Währung. Allerdings wollte Vlasáks Team zunächst Betriebe, welche zur Privatisierung vorgesehen waren, restrukturieren und erst später auf der Basis von Einzelprojekten privatisieren. Die zweite Gruppe wollte dagegen eine sofortige Privatisierung der größeren Betriebe, mit einem wesentlichen Element der Coupon-Privatisierung. Auch Fragen des Timings und die Rolle des Staates waren Punkte, in denen die beiden Teams nicht übereinstimmten. Das Transformationsszenario, welches letztendlich 1990 vom tschechoslowakischen Parlament beschlossen wurde, enthielt Elemente beider Konzepte, setzte jedoch auf eine schnelle Massenprivatisierung.<sup>124</sup>

In Bezug auf die nach 1989 einsetzende Debatte verweist Turnovec auf die prägende Bedeutung, welche 40 Jahre Nachkriegsökonomie auf diese hatten. Einige der charakteristischen Merkmale der frühen Debatte waren ihm zufolge die Ideologisierung der Wirtschaftswissenschaften, fundamentalistische und apologetische Elemente, sowie Versuche, politische Interessen als ökonomische Wahrheiten zu verkaufen.<sup>125</sup>

Die Rolle internationaler Institutionen war in Tschechien im Vergleich weniger prononciert. USAID und das Phare-Programm der Europäischen Kommission waren einige der wenigen Akteure, welche im wirtschaftlichen Bereich die Restrukturierung von Forschung und Bildung unterstützten.<sup>126</sup>

Auch wenn der Fall der kommunistischen Regime sich in den beiden Beispielländern auf recht unterschiedliche Weise vollzog, so kann doch in beiden Fällen von einem „...two- speed or two-level process of diffusion.“ die Rede sein. Damit ist gemeint, dass zu einigen mikroökonomischen Grundlagen, wie der Ökonometrie, bereits geforscht worden war und sich hier westliche Einflüsse schneller bemerkbar machten. Dieses Phänomen, welches auch die zunächst geringe Bedeutung der

---

<sup>123</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 56 f.

<sup>124</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 57

<sup>125</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 58

<sup>126</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 60

Theorieseite umfasst, wurde weiter oben implizit bereits angesprochen. Mit den Worten von Aligica und Evans: „In fact, the difference between the diffusion rate of theoretical and analytical ideas on the one hand and the formal and quantitative methods on the other was so large that we could speak of a two-speed or two-level diffusion process.“<sup>127</sup>

### **3.2. Wirtschaftliche Reformpolitik**

#### **3.2.1. Allgemein**

Der internationale Kontext, in dem sich die beiden Beispielländer wiederfanden, war von einem neoliberalen Diskurs geprägt. Dies galt für die Wirtschaftswissenschaften ebenso, wie auf politischer Ebene. Speziell muss auf die Regierungen Thatcher und Reagan und einige bedeutende internationale Organisationen verwiesen werden. Zur wachsenden Stärke des Neoliberalismus Ende der 1980er, kamen noch der Fall des Kommunismus und dessen Auswirkungen auf die Vertreter linker Konzepte hinzu. Diese Konstellation führte dazu, dass neoliberal ausgerichtete Politiker mit der Hilfe westlicher Berater neoliberale Konzepte für die postkommunistischen Länder adaptierten.<sup>128</sup>

Die Kreditvergabe der internationalen Institutionen war an Konditionen gebunden, welche die Implementierung des radikalen Reformzuganges förderten. Die oftmalige Anwendung stärker graduell ausgerichteter Strategien wird manchmal mit dem unzureichenden Umfang dieser Mittel in Zusammenhang gebracht. Gerade in den Kommentaren ehemaliger Reformakteure zeigt sich Frustration über die mangelnde Unterstützung des Westens.<sup>129</sup> Laut Haggard und Webb kann jedoch davon ausgegangen werden, dass konditionelle externe Unterstützung Reformer stärken konnte, dass dies allerdings nur im Zusammenhang mit einem günstigen inländischen Kontext der Fall war. Bei starker Opposition sei Konditionalität dagegen unzureichend, um die jeweilige inländische Reformpolitik beeinflussen zu können.<sup>130</sup>

Weitere Befürchtungen hatten damit zu tun, dass die politische Wende und damit die Etablierung demokratischer Spielregeln als problematisch für die Durchsetzung radikaler Reformen angesehen wurden, da verbliebene kommunistische Akteure und Reformverlierer sich gegen diese wenden würden. Dies führte wiederum zu Fragen darüber, wie weit die Reformer zu gehen bereit sein würden, um diese Reformen dennoch durchzusetzen. Ähnliche Befürchtungen waren mit dem steigenden Einfluss von Reformprofiteuren verbunden und wie bekannt ist, bewahrheiteten sich diese

---

<sup>127</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 45 f.

<sup>128</sup> Orenstein, Out of the Red. 1

<sup>129</sup> John Marangos, The Political Economy of Shock Therapy. In: Journal of Economic Surveys Vol.16, No.1 (2002) 65 f., <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1467-6419.00159/pdf>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>130</sup> Haggard, Introduction. 25 f.

in einigen Ländern auch. Diese Überlegungen sind damit verbunden, dass in der Vergangenheit radikale wirtschaftliche Reformen selten unter demokratischen Bedingungen stattgefunden hatten und meist wirtschaftliche Reformen politischen Umwälzungen vorausgingen. Dementsprechend waren viele Analysten gegenüber der Annahme einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung im ehemaligen Ostblock skeptisch. Allerdings scheinen nicht nur marktwirtschaftliche, sondern auch demokratische und rechtsstaatliche Ideen im Denken der Ostmitteleuropäer bereits überraschend stark verankert gewesen zu sein. Timothy Garton Ash beschrieb die Wahrnehmung dieses Ideensets in den ostmitteleuropäischen Staaten als „...the idea of ‘normality‘ ...”<sup>131</sup>

Man kann jedoch davon ausgehen, dass große Teile dieser Gesellschaften nur mangelhaft informiert waren und deshalb eine verklärte Vorstellung von westlichen, demokratischen Marktwirtschaften hatten. Die schnell ansteigende Ungleichheit war im Rahmen eines fortbestehenden postsozialistischen Wertesets auf jeden Fall nur schwer zu akzeptieren, wobei noch der Mangel eines typischen westlichen Transfer- und Sozialsystems hinzukam.<sup>132</sup> Einschränkend muss jedoch gesagt werden, dass besonders letzteres sehr viel eher auf Polen zutrifft, als auf die Tschechoslowakei.

Die drei grundlegenden Elemente der neoliberalen Wirtschaftsreformen waren Stabilisierung, Liberalisierung und Privatisierung. Die Annahmen über die Notwendigkeit von Stabilisierung und Liberalisierung und die Art ihrer Durchführung sind von der neoklassischen Gleichgewichtstheorie und monetaristischen Sichtweisen über Inflation abgeleitet. Da in diesem Kontext davon ausgegangen wird, dass Inflation hauptsächlich durch die Expansion der Geldmenge entsteht, wurden Maßnahmen zu deren Beschränkung empfohlen, wie sie sich etwa in einer strengeren Haushaltspolitik ausdrückten. Außerdem nahm man an, dass in einem makroökonomisch nachhaltigen System Handels- und Preisliberalisierung zu einem Einschwenken der Preise auf ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht führen würden. Der neoklassischen Philosophie entsprechend würden dann „Accurate price signals,...“ zu einer spontanen Anpassung der Akteure an die bisher unbekannte Marktrationalität führen.<sup>133</sup>

Gros und Steinherr zufolge waren zumindest die grundlegenden Elemente der Reformprogramme, trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen, für alle Länder gleich, dies traf jedoch nicht auf die Probleme zu, welche während des Reformprozesses auftauchten. Die Faktoren, welche hier betont werden, sind vor allem die politischen Situation, der Grad der öffentlichen

---

<sup>131</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 1-4

<sup>132</sup> Klaus Müller, Hans-Georg Petersen, *Towards a Reformulation of the Role of Tax and Social State in the Polish Transformation Process*. In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), *Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance* (Frankfurt/Main 1995) 134 f.

<sup>133</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 12 f.

Unterstützung und die Qualität der übernommenen Verwaltungsmaschinerie, wobei Ungarn und Russland als die beiden Extreme genannt werden.<sup>134</sup>

Auch Müller-Eschenbach zufolge waren diese Reformprogramme zumindest in Bezug auf die makroökonomische Stabilisierung jenen ähnlich, welche in Entwicklungsländern mit finanziellen Schwierigkeiten angewandt wurden. Diese waren grundsätzlich nicht länderspezifisch und zeichneten sich dementsprechend durch einen relativ ähnlichen Aufbau aus. Die allgemeinen Ziele der Stabilisierungspolitik waren die Reduzierung der Inflation und der externen Handels- und Zahlungsbilanzdefizite, die Schaffung positiven Wachstums, Abbau des Geldüberhanges, eine Währungsreform, weitgehende Preisfreigaben, der Abbau von Subventionen und die Eliminierung der Schattenwirtschaft.<sup>135</sup> Dies bedeutete unter anderem auch, dass die Wirtschaften der Region von nachfrageorientierten in angebotsorientierte Wirtschaften transformiert wurden.

Eines der wichtigsten Mittel zum Erreichen dieser Ziele war eine restriktive Geld- und Fiskalpolitik. In diesem Rahmen griff man zum Beispiel auf die Beschränkung der Kreditvergabe durch ein hohes Zinsniveau, die Abwertung der Währung zur Stützung der Handelsbilanz und der Wirtschaft, die Schaffung stabiler Wechselkurse und die Regulation der Nominallöhne gegen Inflation zurück.

Einige der Zielkonflikte, die dabei auftraten, waren Widersprüche zwischen den Zielen des binnenwirtschaftlichen und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts. Außerdem war Preisstabilität gefordert, was allerdings in mancherlei Hinsicht Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Einkommenssteigerungen entgegenstand.<sup>136</sup>

Im Vergleich gesehen sind Polen und Tschechien zwei der, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, relativ erfolgreichen Transformationsländer. Und dies gilt, obwohl sich die beiden Länder auf recht unterschiedlichen Reformpfaden bewegten. Während die stabile Entwicklung von Tschechien selbst durch die Auflösung der Föderation kaum negativ beeinflusst wurde, war die polnische Entwicklung eher turbulent. Dieses Verhältnis drehte sich erst in der zweiten Hälfte der 90er um.<sup>137</sup>

Die Einkommensunterschiede waren zu Beginn der Reformen, ähnlich wie in Skandinavien, relativ gering, wobei das Einkommensniveau z.B. mit dem Brasiliens oder dem der Türkei vergleichbar war. Einige der bestimmenden Merkmale der betroffenen Länder waren die Monopolbildung und die Konzentration auf die Schwerindustrie, sowie die zentrale Rolle des Staates. Die Unterschiede sind vor allem in der makroökonomischen Balance und dem Grad der

---

<sup>134</sup> Daniel Gros, Alfred Steinherr, Economic Transition in Central and Eastern Europe. (Cambridge [u.a.] 2004<sup>2</sup>) 60

<sup>135</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 81

<sup>136</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 81 f.

<sup>137</sup> Jakob Juchler, Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens im Vergleich. In: Wirtschaft und Gesellschaft 25.Jahrgang, Heft 3 (1999) 329,

[http://wug.akwien.at/WUG\\_Archiv/1999\\_25\\_3/1999\\_25\\_3\\_0329.pdf](http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1999_25_3/1999_25_3_0329.pdf), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

wirtschaftlichen Dezentralisierung zu suchen. Die Tschechoslowakei und Ungarn hatten makroökonomisch relativ stabile Wirtschaften, während Polen aufgrund eines großen Schuldenberges und der anziehenden Inflation gleichzeitig Stabilisierung und Restrukturierung angehen musste. Die Wirtschaft Polens war außerdem, besonders im Vergleich zur Tschechoslowakei, bereits relativ dezentralisiert. Dies kann ein Vorteil sein, da die verschiedenen Akteure bereits besser mit einem Marktkontext vertraut sind. Gleichzeitig war eine solche Ökonomie jedoch stärker dem globalen Wettstreit ausgesetzt und wurde an internationalen Standards gemessen, da die Exporte auf westliche Märkte eine wichtigere Rolle einnahmen. In so einer Situation wurden allerdings immer noch die Streichung bzw. Reduktion von Subventionen, sowie eine umfassende Privatisierung als notwendig angesehen, wodurch paradoxerweise teils Rezentralisierung notwendig war.<sup>138</sup>

Die Anordnung der Reformen war umstritten und musste in der Praxis an das jeweilige Land und dessen Situation angepasst werden. Für Polen hatte beispielsweise die makroökonomische Stabilisierung absolute Priorität. Ausgehend von Anfangsbedingungen, welche als zwischen Polen und der Tschechoslowakei liegend angenommen wurden, versuchten Fischer und Gelb im Herbst 1991 den Reformprozess für ein repräsentatives osteuropäisches Land zu beschreiben. Neben der Stabilisierung und der Liberalisierung von Preisen und des Handels, beinhaltete dieses Reformpaket außerdem die Etablierung des neuen rechtlichen Rahmens und einer ersten Arbeitslosenversicherung. Die Liberalisierung des Bankensystems und der Lohnaushandlung, sowie Restrukturierung, Privatisierung und institutionelle Reformen im großen Maßstab wurden oft ebenfalls früh gestartet, mussten aber über einen vergleichsweise langen Zeitraum hinweg durchgeführt werden.<sup>139</sup>

Privatisierung wurde als notwendig befunden, um Unternehmen vom staatlichen Budget abzuschneiden und somit deren Budgetdisziplin und Effizienz zu erhöhen. Des Weiteren wurde diese auch als ein Instrument zur Unterstützung der soziologischen Transformation vom Sozialismus zum Kapitalismus gesehen. Auch in der politischen Sphäre konnten verschiedene Privatisierungsszenarien nützlich sein, um die Unterstützung von Interessensgruppen zu gewinnen, bzw. um Verteilungsgerechtigkeit in den Reformprozess hineinzubringen.<sup>140</sup>

Der Privatisierungsprozess war wesentlich von den jeweiligen inländischen Bedingungen geprägt. Einerseits konnten bereits Reformen begonnen worden sein, bzw. konnte bereits Privateigentum vorhanden sein. Zweitens war die Stärke der wirtschaftlichen Schlüsselakteure ein zentraler Faktor, da Privatisierungen oft als Werkzeug dienten, um diese Gruppen einzubinden. Drittens war Ideologie ein wichtiger Einflussfaktor.<sup>141</sup>

---

<sup>138</sup> Stanley Fischer, Alan Gelb, The Process of Socialist Economic Transformation. In: Journal of Economic Perspectives Vol.5, No.4 (1991) 91-94, <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/1942867.pdf?acceptTC=true>,  
Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>139</sup> Fischer, The Process of Socialist Economic Transformation. 101 f.

<sup>140</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 62 f.

<sup>141</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 63 f.

Die Zentralität von Privatisierung für die Reformstrategie lässt sich unter anderem auch auf neoliberale Annahmen über die Funktionsweise des Marktes zurückführen, Annahmen, welche an der rationalen Reaktion von staatlichen Unternehmen auf Marktsignale Zweifel hegen. Dementsprechend wurde oft die Bedeutung eines hohen Tempos in diesem Bereich betont.<sup>142</sup> William Poole äußerte beispielsweise 1990 seine Sorge darüber, dass, falls der Privatisierungsprozess nicht mit einem gewissen Tempo voranginge, ein Zeitfenster verpasst werden würde. Deshalb sollten staatliche Unternehmen, falls nötig, unter Wert verkauft werden.<sup>143</sup> Hier ist die Rede von einem sogenannten „Giveaway“, wobei gefragt werden muss, warum die hastige Privatisierung einer ganzen Volkswirtschaft, als mit weniger Risiken behaftet gesehen wurde, als eine mit halbwegs traditionellen Methoden erfolgende. Gerade in Bezug auf die Reformierung von institutionellen Strukturen gab es aber ohnehin schon während der frühen Transformationszeit auch auf Seiten der sogenannten „Big Banger“ recht große Vorbehalte gegen ein zu hohes Tempo.

Diese Frage zu stellen ist besonders deshalb wichtig, da es absolutes Neuland darstellte, ganze Volkswirtschaften zu privatisieren. Noch dazu handelte es sich um Volkswirtschaften, in denen kaum Kapital vorhanden war und die gerade in der Krise nicht unbedingt attraktive Investitionsziele für ausländische Investoren darstellten. Des Weiteren mussten sich Reformier mit den Vorbehalten, welche es in den Unternehmen gegenüber der Privatisierung gab, auseinandersetzen. Als Lösung für einige diese Probleme wurde die Coupon- oder Massenprivatisierung gesehen, welche allen erwachsenen Bürgern die Möglichkeit gab Unternehmensanteile zu kaufen, was manchmal zu reduzierten Preisen oder kostenlos erfolgte. Die internationalen Organisationen und der Mainstream der westlichen Wirtschaftswissenschaften begannen diese Privatisierungsmethode schon früh zu unterstützen. Diese war deshalb so attraktiv, da sie die Förderung wirtschaftlicher Effizienz und des sozialen Zusammenhalts zu vereinen schien.<sup>144</sup>

Die wichtigsten Faktoren, welche die Art und Anordnung der Reformen bestimmten waren politischer und wirtschaftlicher Natur. Die Reformen waren im Wesentlichen von der Frage bestimmt, ob ein Reformpfad langfristig politisch tragfähig bleiben würde. Wie im weiteren Verlauf gezeigt werden wird, nehmen einige Aspekte der Transformation viel Zeit in Anspruch, was einer der wesentlichen Punkte war, an denen sich eine in den ersten Jahren zentrale Debatte um das Tempo der Reformen entzündete.<sup>145</sup>

Man war sich bewusst, dass es zunächst durch die abrupte Liberalisierung und Stabilisierung zu einem jähen Ansteigen der Inflation kommen würde. Dementsprechend wurden Lohnkontrollen

---

<sup>142</sup> Orenstein, Out of the Red. 96 f.

<sup>143</sup> David Lipton, Jeffrey Sachs, Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland. In: Brookings Papers on Economic Activity Vol.1990, No.1 (1990) 144, <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/2534526.pdf?acceptTC=true>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>144</sup> Orenstein, Out of the Red. 96 f.

<sup>145</sup> Fischer, The Process of Socialist Economic Transformation. 104

eingeführt, welche dazu gedacht waren, ein Ansteigen der Löhne zusammen mit den steigenden Preisen zu verhindern. Diese Art von staatlichem Eingriff wich vom damaligen neoklassischen Mainstream und auch von den Ansichten der klassischen liberalen Denker ab. Tatsächlich ist es jedoch die Neigung, sich auf „heterodox techniques“, also vom neoklassischen Mainstream abweichende Ideen und Methoden zu verlassen, welche den Neoliberalismus in der Praxis kennzeichnet.<sup>146</sup> Ein möglicher Blickwinkel auf solche Unstimmigkeiten wäre, dass der Neoliberalismus zumindest teilweise eine Ausgeburt des Zeitgeistes war,<sup>147</sup> dessen Implementierung aber oft pragmatisch den spezifischen Umständen angepasst war.

Die durch die steigenden Preise und Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Probleme wurden von der neoliberalen Warte aus als unvermeidbar angesehen. Gleichzeitig wurde oft die Notwendigkeit für die schnelle Durchführung der Privatisierung betont, unter anderem, da man davon ausging, dass sich staatliche Unternehmen nicht so schnell an die neuen vom Markt bestimmten Umstände anpassen würden können. Neoliberale Ökonomen waren sich der Notwendigkeit der Restrukturierung im Bankensektor, dem Finanz- und Rechtssystem und vielen weiteren Bereichen bewusst. Gleichzeitig unterschätzte man jedoch, wie schwierig eine dermaßen umfassende Transformierung dieser Bereiche sein würde und man sah institutionelle Reformen als sekundär an. Besonders Reformen in den Bereichen der Sozialhilfe, der Bildung und der Gesundheit blieben damit im Hintergrund. Nur die Einführung einer Arbeitslosenversicherung wurde Priorität eingeräumt. Generell machten sich die neoliberalen Lenker der Transformationen auch nur wenig Gedanken über die Spezifika der institutionellen Reformen.<sup>148</sup>

### **3.2.2. Polen 1989-1993**

#### *3.2.2.1. Ausgangslage*

Belka und Krajewski zufolge war Polen zu Beginn des Transformationsprozesses 1989 von den typischen Charakteristika einer zentralistischen Planwirtschaft gekennzeichnet, was sich folgendermaßen ausdrückte: Die institutionelle Infrastruktur war weit von dem entfernt, was man von einer Marktwirtschaft erwarten würde. Es gab keinen Kapitalmarkt, das Bankensystem funktionierte nur mangelhaft, das Rechtssystem war nicht auf die Anforderungen einer Marktwirtschaft ausgerichtet und das Steuersystem basierte auf den die Wirtschaft dominierenden Staatsunternehmen. Es bestand ein Fokus auf Schwerindustrie und Rohstoffförderung und die Wirtschaft war zu einem hohen Grad monopolisiert. Hinzu kam noch die Tatsache, dass größtenteils nur mit den Mitgliedsländern des Rats

---

<sup>146</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 13

<sup>147</sup> Boettke, *The Austrian School of Economics*, 452

<sup>148</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 13 f.

für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gehandelt wurde. Des Weiteren hatte man es mit einer Situation zu tun, in welcher durch Subventionen und Kontrollen verzerrte Preise den Normalzustand darstellten. Einige der negativen Konsequenzen dieser Verfasstheit des polnischen Wirtschaftssystems war ein chronischer Mangelzustand.<sup>149</sup> Des Weiteren nannte Sachs 1993 weitere, seiner Ansicht nach problematische „structural distortions“, nämlich einerseits den vergleichsweise große Primärsektor und andererseits die sehr geringe Vermögens- und Einkommensungleichheit.<sup>150</sup> Letzteres zeigt, dass die „...idea of ‘normality‘...“<sup>151</sup>, welche eine wesentliche Triebfeder der Reformen war, oft von Idealen geprägt war, welche nicht unbedingt mehrheitsfähig waren.

Zwei der wesentlichen Punkte, in welchen sich Polens wirtschaftliche Lage spät im Jahr 1989 von anderen Ländern in der Region unterschied, waren einerseits eine Inflationsrate von 20-30 % pro Monat und andererseits eine hohe Auslandsschuld von über 45 Milliarden US-Dollars.<sup>152</sup> Die Arbeiterproteste vom Sommer 1980 und die damit verbundenen Lohnerhöhungen in allen Sektoren der Wirtschaft waren eng mit dem Inflationsproblem verbunden. Da diese in keinem Verhältnis zur Produktivität standen, kam es zur rapiden Steigerung der Inflation. Obwohl man als Reaktion darauf die Preise anhob, erfolgten gleichzeitig Kompensationszahlungen an die privaten Haushalte.<sup>153</sup> Schon 1989 erreichte die Inflation 700 %, was einer der wesentlichen Gründe dafür war, dass die polnische Transformation im Zeichen des Balcerowicz-Planes auf den Weg gebracht wurde.<sup>154</sup> Des Weiteren befand sich Polen bei den Schulden im Zahlungsrückstand, der Złoty war dabei in die Hyperinflation abzudriften, die Zahlungsbilanz war von einem Überschuss an Importen geprägt und die Wirtschaft litt immer noch unter Mangelerscheinungen.<sup>155</sup>

Auch die Art und Weise wie sich die polnische Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* im Kampf gegen die Kommunistische Partei hervortat und sich dann an die Notwendigkeiten der Transformation anpasste, zeichnete die spezielle polnische Situation aus. Die Gewerkschaft verwandelte sich in eine politische Partei und schaffte es zwei Wahlen zu gewinnen.<sup>156</sup> Der Beginn der Verhandlungen von *Solidarność* mit den Vertretern des Regimes im Februar 1989 war nicht nur wegen krisenhafter Erscheinungen in der Sowjetunion, sondern auch wegen starker Unterstützung durch die

---

<sup>149</sup> Marek Belka, Stefan Krajewski, Polish Transformation After 5 Years – Some General Remarks. In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance (Frankfurt/Main 1995) 13 f.

<sup>150</sup> Orenstein, Out of the Red. 34

<sup>151</sup> Orenstein, Out of the Red. 4

<sup>152</sup> Belka, Polish Transformation After 5 Years. 13 f.

<sup>153</sup> Christoph Sowada, The Polish Stabilization Program: “Balcerowicz-Plan”, In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance (Frankfurt/Main 1995) 27 f.

<sup>154</sup> Katarzyna Żukrowska, It’s the economy, stupid! In: Katarzyna Żukrowska (Hg.), Transformation in Poland and in the Southern Mediterranean. Sharing Experiences (Warschau 2010) 48 f.

<sup>155</sup> Orenstein, Out of the Red. 34

<sup>156</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 140

USA und Papst Johannes Paul II. zustande gekommen.<sup>157</sup> Zumindest in Bezug auf die US-Unterstützung scheint es möglich, dass diese einen gewissen Einfluss auf die sich anschließende Diskussion und die Implementierung von wirtschaftlichen Konzepten gespielt haben könnte.

Christoph Sowada fasst einige weitere Charakteristika, die Polen von den anderen sozialistischen Ländern unterschieden, folgendermaßen zusammen: „Poland differed from other socialist countries by its largely privately organized agriculture, the extraordinarily strong position of the Catholic Church and by the relatively strong mental and political ties of its intellectuals with the Western world.“<sup>158</sup>

### 3.2.2.2. Reformen und Akteure

Es kam in Polen seit 1971 zu einer langsamen, oft halbherzigen Desintegration der Planwirtschaft und dem parallelen Wiederauftauchen von Märkten. Dies hatte mit dem öffentlichen Druck auf die kommunistische Führung zu tun, was zu einem frühen Start des Systemübergangs führte. Laut Poznanski war entsprechend dieses langsamen Übergangs und der friedlichen Machtübergabe auch die wirtschaftliche Entwicklung des postkommunistischen Systems eher langsam, wobei viele Elemente der alten kommunistischen Wirtschaft erhalten blieben.<sup>159</sup>

Während sich die makroökonomische Situation im Sommer 1989 verschlechterte, wurden zwei alternative, aber relativ ähnliche Reformprogramme diskutiert. Diese wurden von Gruppen um die beiden führenden Pro-Marktökonomien, Janusz Beksiaak und Leszek Balcerowicz verfasst. Zunächst war die Gruppe um Beksiaak einflussreicher, beide Vorschläge wichen jedoch klar von den, im „Runder Tisch“-Abkommen gefassten Beschlüssen ab. Beide lehnten es ab einen Versuch zur Verbesserung des Sozialismus zu unternehmen, sondern waren sich darin einig so schnell wie möglich Marktmechanismen einzuführen, die Preise zu liberalisieren und die Währung konvertibel zu machen.<sup>160</sup>

---

<sup>157</sup> Jadwiga Stachura, Politics is crucial for changes. In: Katarzyna Żukrowska (Hg.), Transformation in Poland and in the Southern Mediterranean. Sharing Experiences (Warschau 2010) 46 f.

<sup>158</sup> Sowada, The Polish Stabilization Program. 25

<sup>159</sup> Grzegorz W. Kołodko, D. Mario Nuti, Research for Action 33: The Polish Alternative. Old Myths, Hard Facts and New Strategies in the Successful Transformation of the Polish Economy (UNU/WIDER Publications, Helsinki 1997) 11, [http://www.wider.unu.edu/publications/working-papers/previous/en\\_GB/rfa-33/files/82530852556053245/default/RFA33.pdf](http://www.wider.unu.edu/publications/working-papers/previous/en_GB/rfa-33/files/82530852556053245/default/RFA33.pdf), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>160</sup> Simon Johnson, Marzena Kowalska, Poland: The Political Economy of Shock Therapy. In: Stephan Haggard, Steven B. Webb (Hg.), Voting for Reform. Democracy, Political Liberalization and Economic Adjustment (A World Bank Book, New York [u.a.] 1994) 193 f., [http://books.google.at/books?hl=en&lr=&id=aCm4RsrI8R8C&oi=fnd&pg=PA185&dq=gradual+shock+therapy&ots=E8qYcIH-xz&sig=ZhzDNLBYw7-Y2FdbF3yY7vEISKI&redir\\_esc=y#v=onepage&q=gradual%20shock%20therapy&f=false](http://books.google.at/books?hl=en&lr=&id=aCm4RsrI8R8C&oi=fnd&pg=PA185&dq=gradual+shock+therapy&ots=E8qYcIH-xz&sig=ZhzDNLBYw7-Y2FdbF3yY7vEISKI&redir_esc=y#v=onepage&q=gradual%20shock%20therapy&f=false), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

Die erste Regierung der Dritten Polnischen Republik unter Premierminister Tadeusz Mazowiecki und Finanzminister Leszek Balcerowicz, brachte die wirtschaftliche Transformation des Landes auf den Weg.<sup>161</sup> Die Führungsschicht von Solidarność hatte, als sie plötzlich am Ruder stand, kein umfassendes, durchdachtes Wirtschaftsprogramm und es fehlte ihr an einem Kader von ausgebildeten Bürokraten und Parlamentariern. In Kombination mit der wirtschaftlichen Krise und der Ausführung der Wirtschaftsreformen durch neoliberal eingestellte Solidarność-Mitglieder wird verständlicher, warum viele der ursprünglichen, gemäßigeren Positionen, wie in Bezug auf die Selbstverwaltung von Betrieben durch Arbeiter und das Ausmaß der Lohnregelungen, aufgegeben wurden.<sup>162</sup>

Balcerowicz und sein Team sahen sich eher als Wirtschaftsexperten denn als Politiker. Der gemeinsame Hintergrund dieser Gruppe machte schnelle Entscheidungen bezüglich der Kernfragen im Sinne eines radikalen neoliberalen Reformprogrammes möglich. Ausländische Berater wie Jeffrey Sachs bestärkten das Reformteam noch in ihren Überzeugungen<sup>163</sup> - mit den Worten Peter Zeniewskis: „...helped to legitimise the radical neoliberal reformist wing of Solidarity...“<sup>164</sup> - die Entscheidung zu radikalen Reformen hatte Balcerowicz jedoch bereits getroffen. Trotz der zweifellos wichtigen Rolle ausländische Berater in der Transformation kann die Bedeutung der schon jahrelang vor der Wende laufenden Debatte wohl als grundlegend eingeschätzt werden.<sup>165</sup>

Umgekehrt darf die Rolle ausländischer Berater aber auch nicht unterschätzt werden. Sachs und Lipton schalteten sich 1989 in die Debatte ein und halfen wesentlich dabei mit, Reformideen zu entwickeln und ihre praktische Umsetzbarkeit sicherzustellen. Diese beiden waren es auch, die im Juli dieses Jahres ein von ihnen erstelltes Reformprogramm in Umlauf brachten. Es war das erste umfassende Stabilisierungs- und Reformprogramm, wobei besonders der Vorschlag, die Konvertibilität des Złoty sofort einzuführen, bemerkenswert ist. Bemerkenswert deshalb, da die Vertreter der Weltbank und die meisten anderen Ökonomen es für ausreichend hielten, dieses Ziel innerhalb einer mehrjährigen Periode zu erreichen. Johnson und Kowalska zufolge und Orensteins Interpretation relativierend, waren Sachs' und Liptons Argumente zu dieser Zeit im polnischen Parlament bereits wichtiger als Beksiaks und Balcerowicz's. Die beratende Rolle Sachs' und Liptons war für das im September 1989 dem IWF präsentierte Programm äußerst wichtig und beide blieben in dieser Rolle, wie auch in Verhandlungen mit dem IWF und den G-7-Staaten, zumindest bis Ende 1991 sehr präsent. Allerdings weisen auch Johnson und Kowalska darauf hin, dass in Bezug auf das September-Programm die wichtigsten polnischen Berater schon unabhängig zu dem Schluss gekommen waren, dass die Notwendigkeit für ein radikales Reformprogramm bestand.<sup>166</sup>

---

<sup>161</sup> Belka, Polish Transformation After 5 Years. 14

<sup>162</sup> Orenstein, Out of the Red. 28 f.

<sup>163</sup> Orenstein, Out of the Red. 31

<sup>164</sup> Zeniewski, Neoliberalism, Exogenous Elites. 978

<sup>165</sup> Orenstein, Out of the Red. 31

<sup>166</sup> Johnson, Poland: The Political Economy of Shock Therapy. 194 f.

Jacek Rostowski, der später Teil des Balcerowicz-Teams wurde, erwähnte 1989, dass Privatisierung den Vorteil hätte die Unabhängigkeit von Unternehmen zu sichern, ohne dabei Arbeiterräten politische Macht geben zu müssen. Während die Intelligenzija der Solidarność in den frühen 1980ern Werte vertrat, welche mit einer breitangelegten sozialen Bewegung kompatibel waren, wurde „... Solidarity’s political identity...“ bis 1989 zu einem „...elite-driven vehicle, less inclined to demand labour rights and self-management...“.<sup>167</sup> Dennoch war selbst am Runden Tisch noch die Intention genannt worden eine soziale Marktökonomie zu bauen. Erst sechs Monate später wurde das radikale Reformszenario beschlossen, welches vor allem von „...top-down market reform.“ bestimmt war.<sup>168</sup> Diese Reformen waren nicht nur von der Elite bestimmt, sondern maßen auch dem Aufbau von Marktinstitutionen große Bedeutung zu. Die Argumentation, dass die Reformer im Interesse der sozialen Kräfte arbeiteten, welche im Zuge marktorientierter Reformen auftauchen würden,<sup>169</sup> kann dabei ohne allzu große Anstrengung mit „trickle-down economics“ assoziiert werden.

Die Strategie, welche Stabilisierung, Liberalisierung und Privatisierung betonte, war im Prinzip dasselbe Reformrezept, welches im Rahmen des Washington Consensus bereits Entwicklungsländern auf dem ganzen Globus verschrieben worden war.<sup>170</sup> Trotz des günstigen ideologischen Kontextes und den durch die Krise bedingten Zwängen sieht Zeniewski die externen Einflüsse als entscheidend an und auch Careja weist auf die Tatsache hin, dass Schockreformen eher in Ländern implementiert wurden, wo der Einfluss ausländischer Berater groß war.<sup>171</sup> Die primären Faktoren, welche die Implementierung der Reformen in einer vergleichsweise radikalen Schockvariante bestimmten, seien „...largely exogenous to Poland...“ gewesen. Selbst die Diskussion um alternative Modelle des Kapitalismus und die Nuancen im Aufbau einer freien Marktwirtschaft, seien durch die Stärke des neoliberalen Diskurses übertönt worden. Der Übergang zur Schocktherapie erfolgte auf eine Weise, dass auch die meisten polnischen Ökonomen unvorbereitet und nicht dazu fähig waren schnell genug gut ausgearbeitete Alternativkonzepte auf den Tisch legen zu können.<sup>172</sup> Die Feststellung, dass die wirtschaftliche Transformation in Polen ein Elitenprojekt war, trifft also auch auf den größten Teil der polnischen wirtschaftswissenschaftlichen Gemeinde zu. Es sei an das zahlenmäßige Gefälle zwischen der *Society of Polish Economists* und der *Polish Economic Society* erinnert.

In jedem Fall aber war die Unterstützung der internationalen Organisationen, sowohl in Bezug auf finanzielle Fragen, als auch in Bezug auf dringend benötigtes Know-How wichtig.<sup>173</sup> Außerdem hängt die teilweise Erlassung der polnischen Auslandsschuld eng mit den internationalen

---

<sup>167</sup>Zeniewski, Neoliberalism, Exogenous Elites. 980 f.

<sup>168</sup>Zeniewski, Neoliberalism, Exogenous Elites. 983 f.

<sup>169</sup>Zeniewski, Neoliberalism, Exogenous Elites. 989

<sup>170</sup>Orenstein, Out of the Red. 33

<sup>171</sup>Zeniewski, Neoliberalism, Exogenous Elites. 984 f.; Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 17-20

<sup>172</sup>Zeniewski, Neoliberalism, Exogenous Elites. 984 f.

<sup>173</sup>Sowada, The Polish Stabilization Program. 44

Verbindungen der Regierung zusammen, wobei der IWF in den frühen 1990ern die zentrale Rolle einnahm.<sup>174</sup> Polen verließ sich in seinen rapiden Reformen auf vorhandene Konzepte, welche vom internationalen „...system of multilevel governance.“ angeboten wurden. Damit in Zusammenhang steht der Begriff der Konditionalität, ein Mechanismus, welcher in Vereinbarungen mit internationalen Organisationen inkorporiert wird und der der Kontrolle und Bewertung der Ausführung der Vereinbarungen dient. Dementsprechend kommt es zu Folgehandlungen seitens der jeweiligen internationalen Organisation. Dieses beizeiten enge Korsett erklärt auch die oftmalige Kritik an diesen, sich eines diktatorischen „one-size-fits-all“-Zugangs zu bedienen.<sup>175</sup> Bedenkt man, dass die in ostmitteleuropäischen Ländern zur Anwendung gekommenen Strategien, zumindest was das zugrundeliegende Rezept betrifft, den lateinamerikanischen Reformprozessen ähnlich waren, so ist diese Anschuldigung in mancherlei Hinsicht gerechtfertigt. Andererseits muss bedacht werden, dass die Implementierung der Reformen sich oft den jeweils vorhandenen politischen Zwängen beugen musste. Außerdem waren die polnischen Reformen teilweise radikaler, als von den internationalen Organisationen verlangt wurde, was ebenfalls als ein Zeichen für die Unabhängigkeit der inländischen Akteure gewertet werden kann. Gleichzeitig mag es jedoch auch eine Aussage über den wirtschaftswissenschaftlichen Kontext der späten 80er und frühen 90er sein.

Für die Entwicklung der polnischen Transformation war auch der vom IWF und den USA geschaffene politische Konsens zur raschen und großzügigen Unterstützung der Transformationsprozesse im ehemaligen Ostblock wichtig. Die enge Einbindung des Landes in den internationalen Kontext hatte in Bezug auf finanzielle und technische Unterstützung einige Vorteile, beschränkte jedoch auch den innenpolitischen Spielraum. Auf diese Weise wurde der Pfad zu Marktwirtschaft und Demokratie stabilisiert, fand aber gleichzeitig auch die Einschränkung alternativer Entwicklungsmöglichkeiten statt.<sup>176</sup> Um noch spezifischer zu werden: Die westliche Schuldenentlastung und die Freigabe der Mittel des IWF-Stabilisierungsfonds waren an die Reduzierung der Inflation und des Budgetdefizits und damit an wichtige Elemente der Schocktherapie gebunden.<sup>177</sup> Der internationale Kontext beförderte also nicht nur eine demokratisch-marktwirtschaftliche Transformation, sondern, zumindest zu Beginn des Prozesses, eine Transformation im Zeichen der neoliberalen Schock-Therapie.

Das Stabilisierungsprogramm, welches am 1. Jänner 1990 auf den Weg gebracht worden war, beinhaltete die Aufgabe der meisten Preiskontrollen, sowie die Aufgabe der Zuteilung industrieller Betriebsmittel durch die Behörden. Subventionen und Steuerkonzessionen wurden aufgegeben oder stark gekürzt und die generelle Steuerlast erhöhte sich. Die mit dem drastischen Fall von

---

<sup>174</sup> Anna Visvizi, A country is never left on its own, others can be helpful. In: Katarzyna Żukrowska (Hg.), Transformation in Poland and in the Southern Mediterranean. Sharing Experiences (Warschau 2010) 76-79

<sup>175</sup> Żukrowska, It's the economy, stupid! 35

<sup>176</sup> Visvizi, A country is never left on its own. 89 f.

<sup>177</sup> Zeniewski, Neoliberalism, Exogenous Elites. 986 f.

Unternehmenssubventionen zwischen 1988 und 1992 assoziierten Zahlen von 33,2 % der Staatsausgaben auf 5,4 %, wobei der hauptsächliche Einbruch um etwa 12 % 1990 erfolgte, illustrieren diese Änderungen gut. Geldpolitische Beschränkungen sollten einen positiven Realzinssatz aufrechterhalten. Der Plan beinhaltete außerdem die Einführung der Konvertibilität des Złoty und das Versprechen gegenüber dem US-Dollar, zumindest für drei Monate einen stabilen Wechselkurs aufrechtzuerhalten. Des Weiteren wurde die Liberalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten und besonders des Außenhandels betrieben. Um übermäßige Lohnerhöhungen zu vermeiden wurde außerdem eine diesbezügliche Strafsteuer eingeführt.<sup>178</sup>

Die Privatisierung war einer der grundlegenden Bestandteile des Reformpaketes, war jedoch nicht Teil der anfänglichen Reformmaßnahmen. 1989 und 1990 beschränkte man sich in dieser Hinsicht in erster Linie auf die Debatte und Planung der Privatisierung. Die Reformierung, bzw. Neuschaffung der sozialen Sicherungen und das Ansuchen um internationale finanzielle Unterstützung wiederum wurden, zumindest von Sachs, als eher sekundär angesehen. Die schnelle Einführung einer Arbeitslosenversicherung war hier eine Ausnahme.<sup>179</sup>

Die Liberalisierung von Preisen nahm besonders während der zweiten Hälfte von 1989 Fahrt auf, einige Preise, wie vor allem im Fall gewisser öffentlicher Dienstleistungen, waren jedoch weiterhin staatlich geregelt.<sup>180</sup> Sachs zufolge wurden die Liberalisierung des Handels und der Preise, sowie zentrale Änderungen der Gesetzgebung größtenteils innerhalb weniger Wochen Ende 1989 und Anfang 1990 durchgeführt.<sup>181</sup> Gerade anhand dieses Aspekts der polnischen Transformation ist die Bedeutung von Tempo für die Reformpraxis klar ersichtlich.

Eine restriktive Währungspolitik war der Kern der Stabilisierungspolitik und, zumindest aus der Perspektive der einzelnen Unternehmen, war deren wichtigstes Instrument der Zinssatz. Die Maßnahmen der Zentralbank führten zu einem Explodieren der Zinssätze auf die Kredite der Handelsbanken, was wiederum eine jähe Verringerung der im Umlauf befindlichen Geldmenge bewirkte. Auch wenn dies bedeutete, dass ein Abdriften in die Hyperinflation verhindert werden konnte, so wurden doch Produktion und Konsum abgewürgt. Aufgrund der überoptimistischen Einschätzung der Lage wurde die Refinanzierungsrate Mitte 1990 wieder heruntergeschraubt und die Inflation begann wieder anzuziehen. Erst Ende 1991 besserte sich die Lage dann langsam. Folge dieser Geldpolitik war unter anderem, dass der summierte Wert der Bankkredite, die an den Unternehmenssektor gingen, sehr gering war.<sup>182</sup>

---

<sup>178</sup> Belka, Polish Transformation After 5 Years. 14 -16

<sup>179</sup> Orenstein, Out of the Red. 35

<sup>180</sup> Belka, Polish Transformation After 5 Years. 15 f.

<sup>181</sup> Jeffrey Sachs, The Economic Transformation of Eastern Europe: the Case of Poland. In: Economics of Planning Vol.25, No.1 (1992) 7,

[http://download.springer.com/static/pdf/216/art%253A10.1007%252FBF00366287.pdf?auth66=1354976791\\_ef48a592d2a5ea74c6338b6960d65069&ext=.pdf](http://download.springer.com/static/pdf/216/art%253A10.1007%252FBF00366287.pdf?auth66=1354976791_ef48a592d2a5ea74c6338b6960d65069&ext=.pdf), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>182</sup> Belka, Polish Transformation After 5 Years. 16 f.

Erwähnt werden muss auch die Art, wie Polen mit dem Inflationsproblem umging, da die Herangehensweise von den IWF-Standards abwich. Man bediente sich nämlich nicht nur der Standardinstrumente, wie etwa der Fixierung der Wechselkurse und der Beschränkung der Geldmenge, sondern es wurden auch Preis- und Lohnkontrollen teilweise aufrechterhalten bzw. neu eingeführt.<sup>183</sup> Die Aufmerksamkeit, die man diesem Bereich schenkte, ist nicht unwesentlich auf die oben erwähnten Lohnerhöhungen von 1980 zurückzuführen.<sup>184</sup>

Stanley Fischer wies in diesem Zusammenhang schon früh darauf hin, dass die starke Abwertung des Złoty und die Fixierung des Wechselkurses für die schnelle Reduktion der Inflation wichtig wären, riet von einer längeren Beibehaltung wegen der „...costs of overvaluation...“ jedoch ab. Außerdem weist er auf die vergleichsweise radikale Natur der polnischen Handelsreformen hin, da die meisten anderen Reformregierungen den Handel nur graduell, über einen Zeitraum von 5-10 Jahren hinweg, liberalisiert hätten, während dies in Polen praktisch über Nacht geschehen sei.<sup>185</sup> Eine der Konsequenzen dieser Politik war, dass kaum inländisches Kapital für die Privatisierung vorhanden war.<sup>186</sup> Um die Entstehung eines Handelsdefizits hinauszuschieben, wurden jedoch Zölle und Umsatzsteuern auf importierte Güter eingeführt.<sup>187</sup>

Einige der erwähnten Maßnahmen, wie die Liberalisierung von Preisen und des Handels, sowie auch die Auflösung verschiedener Handelsgesellschaften, dienten zur Demonopolisierung der polnischen Wirtschaft.<sup>188</sup> Solche Restrukturierungsmaßnahmen, die unter anderem auch Privatisierungsmaßnahmen enthielten, waren im Großen und Ganzen „...less well understood and more important.“<sup>189</sup> In Bezug auf die Privatisierungskomponente der Transformation war die Meinung relativ verbreitet, dass dieser Teil der Reformen nicht im Rahmen des „Big Bang“ erreicht werden könne und vielmehr als Teil einer evolutionären sozialen Problemstellung gesehen werden müsse. Diese wird unter anderem bei Kornai so dargestellt, welcher darauf hinweist, dass, nicht nur in der Transformation der polnischen Wirtschaft, noch lange die Ineffizienz vieler staatlicher Unternehmen berücksichtigt werden müsse. Bei Kornai scheint auch schon früh eine vergleichsweise pessimistische Haltung durch.<sup>190</sup>

Die Beschränktheit des möglichen Tempos lässt sich gut am Beispiel ~~CSBR~~ veranschaulichen, wo die Massenprivatisierung die zentrale Komponente des

---

<sup>183</sup> Sowada, The Polish Stabilization Program. 45

<sup>184</sup> Belka, Polish Transformation After 5 Years. 19

<sup>185</sup> Lipton, Creating a Market Economy in Eastern Europe. 135

<sup>186</sup> Sowada, The Polish Stabilization Program. 30

<sup>187</sup> Belka, Polish Transformation After 5 Years. 18

<sup>188</sup> Sowada, The Polish Stabilization Program. 42

<sup>189</sup> Lipton, Creating a Market Economy in Eastern Europe. 136

<sup>190</sup> Lipton, Creating a Market Economy in Eastern Europe. 140-142

Privatisierungsprogramms war und die politische Entwicklung lange erstaunlich stabil war. Selbst in diesem Fall dauerte es bis Juni 1996 etwa 74 Prozent der Wirtschaft zu privatisieren.<sup>191</sup>

In Polen konnte dagegen lediglich die Privatisierung kleinerer Betriebe bis Ende 1990 größtenteils abgeschlossen werden.<sup>192</sup> Auch wenn die sogenannte „kleine Privatisierung“ eine wichtige Komponente des Prozesses in Ostmitteleuropa und besonders in Polen darstellte, so bestand der Kern der postkommunistischen Volkswirtschaften doch aus großen Betrieben.<sup>193</sup>

Dementsprechend große Bedeutung kam der „large-scale privatisation“ zu. Bei letzterer tauchten die meisten Probleme auf, da es hier um die Frage ging, wie große und damit deutlich komplexere Betriebe privatisiert werden sollten.<sup>194</sup> Zumindest in Polen stellten Direktverkäufe die Hauptprivatisierungsmethode dar, ähnlich wie in Tschechien waren jedoch auch sogenannte MEBOs, also „Management Employee Buy-Outs“, als sekundäre Methode wichtig. Der Direktverkauf einzelner Unternehmen war dagegen wegen der Einnahmen, die dem Staatsbudget zu Gute kamen, vorteilhaft. Die neuen Eigentümer mussten außerdem vertragsmäßig meist für einen Technologie- und Kapitaltransfer sorgen und gerade von Ausländern wurde auch erwartet, die Unternehmenskultur zu ändern. Des Weiteren war die Eigentümerschaft solchermaßen privatisierter Unternehmen konzentriert, was die Restrukturierung leichter machte. Der Verkauf an Ausländer konnte jedoch negative Effekte auf die Stimmung in der Bevölkerung haben und dies galt auch für einen Mangel an Transparenz. Hinzu kam, dass diese Methode vergleichsweise langsam war und hier die Entstehung besonders starker Ungleichheit erwartet werden konnte.<sup>195</sup>

Die MEBO-Methode war in der polnischen Bevölkerung und auch in anderen ostmitteleuropäischen Ländern populär, was die Durchsetzung leichter machte. Außerdem wurde davon ausgegangen, dass diese Methode eine positive Einstellung gegenüber der eigenen Firma und gegenüber dem Privatisierungsprozess fördern würde. Die Stärkung einer sozialen Gruppe und die Verankerung einer kapitalistischen Geisteshaltung wurden als weitere Vorteile angesehen. Problematischerweise kam es in diesem Zusammenhang jedoch auch zu einer starken Streuung der Eigentümerschaft, das Staatsbudget profitierte kaum und es bestanden Zweifel über die Eignung der Angestellten für ihre neue Position.<sup>196</sup>

In Polen war die politische Lage instabiler und die Entwicklung sprunghafter als in der Tschechoslowakei. Die Frage der Massenprivatisierung war im Sejm ein umkämpftes Thema, sodass das diesbezügliche Programm jahrelang blockiert wurde. Neben diesen Interessenskonflikten kam es

---

<sup>191</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 98

<sup>192</sup> Sowada, *The Polish Stabilization Program*. 42 f.

<sup>193</sup> Catherine Samary, *The Social Stakes of the Great Capitalist Transformation in the East*. In: *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* Vol.17, No.1 (2009) 21, <http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/09651560902778345>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>194</sup> Sowada, *The Polish Stabilization Program*. 43

<sup>195</sup> Careja, *Policy Coherence and Economic Reforms*. 67 f.

<sup>196</sup> Careja, *Policy Coherence and Economic Reforms*. 69

zu vielen weiteren Auseinandersetzungen, welche dazu führten, dass das 1990 beschlossene Privatisierungsgesetz eine Reihe verschiedener Methoden beinhaltete. Außer „self-management“ und „worker-management buyouts“ erfreute sich keine dieser Methoden weitverbreiteter Beliebtheit und der Mangel an Fortschritten im Privatisierungsbereich zehrte am internationalen Ansehen der polnischen Reformbemühungen.<sup>197</sup> Ende 1994 waren lediglich etwa 15 Prozent der mittleren und großen Staatsunternehmen privatisiert worden.<sup>198</sup>

Diese vergleichsweise umstrittene Transformationszeit, lässt sich auf den langsamen Rückzug des Staates zurückführen, welcher in Polen in den 1980ern zur Stärkung der „enterprise insiders“, also der Arbeiter und des Managements geführt hatte, und es gleichzeitig erschwerte das Privatisierungsprogramm von oben durchzusetzen. Da die neoliberalen Reformer nicht willens waren, diese Gruppen im Zuge der Privatisierung ausreichend zu berücksichtigen und ganz im Gegenteil versuchten, „outsiders“, wie Investitionsbanken, Fonds und ausländische Geschäftsleute bevorzugt zu behandeln, war der Konflikt vorprogrammiert.<sup>199</sup>

Die beiden Formen der direkten Privatisierung ohne Kapital-Input, also durch den Staat und durch die Couponmethode, trugen zur Einschränkung des Arbeiter-Selbstmanagements und anderer Arbeiterrechte bei. In Polen wurde im Privatisierungsprozess in vielen Betrieben der Staat einer der wichtigen Aktionäre, was wiederum oft zu klientelistischen Vorgängen führte. Die kaum praktizierte Massenprivatisierung wiederum, war für die Arbeiter nicht vorteilhaft und erschwerte die Restrukturierung der Unternehmen durch die starke Fragmentierung der Unternehmensanteile.<sup>200</sup>

Von der Seite der Reformer lässt sich die oftmalige Äußerung von Zweifeln über die Effizienz von „insider privatization“ vernehmen. Die komplette Übereignung eines Betriebes zu niedrigen Preisen in die Eigentümerschaft der Arbeiter, wäre außerdem laut Sachs gegenüber dem Rest der Gesellschaft unfair, da die Arbeiterschaft in der staatlichen Industrie mit etwa 3,6 Millionen Arbeitern nur einen beschränkten Anteil der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung ausmache. Ebenso würden Investoren abgeschreckt, da diese Art von Eigentümerschaft zum Beispiel den Anreiz zur Folge haben könne „...to push for excessive wage increases at the expense of the outside investors.“<sup>201</sup> Wenn man bedenkt wie stark die Ungleichheit in der polnischen Gesellschaft im Rahmen der Transformation anstieg und wie sehr die Löhne fielen, so mutet es etwas seltsam an, wenn ein neoliberaler Reformer Fairness predigt. Dies trifft besonders im polnischen Reformkontext zu, da hier die soziale Komponente eine lediglich nachgeordnete Rolle spielte.

Aufgrund des abzusehenden Widerstandes sah die Mazowiecki-Regierung schließlich auch von der Transformierung der Betriebe in Aktiengesellschaften ab, was die staatliche Kontrolle wieder

---

<sup>197</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 98 f.

<sup>198</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 111

<sup>199</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 112 f.

<sup>200</sup> Samary, *The Social Stakes*. 24

<sup>201</sup> Sachs, *The Economic Transformation of Eastern Europe*. 9

stärken hätte können und begann den Direktverkauf an „outsiders“ zu erwägen. Letztendlich entschied sich die Regierung für einen „pluralism“ an Methoden, wobei jedoch im Privatisierungsgesetz von 1990 die Methode des Direktverkaufs sehr viel detaillierter ausgearbeitet war. Dennoch und obwohl hier auch die Möglichkeit der Massenprivatisierung erwähnt wird, sollten „Worker-Management Buyouts“ schnell zur erfolgreichsten Privatisierungsmethode werden. Erfolg ist dabei relativ zu verstehen, da vor allem Unternehmen betroffen waren, welche weniger als 500 Arbeiter hatten.<sup>202</sup>

Sachs sah 1992 starke Argumente für den Verkauf der meisten Anteile an Banken, da diese „...the one existing financial institution in Poland capable of holding and managing corporate equities,...“ gewesen seien. Er warnte jedoch vor einer zu starken Rolle der Investitions-Fonds in der in Polen immer wieder verzögerten Variante der Coupon-Privatisierung. Sachs vertrat hier eine Limitierung mit 10-15 Prozent der Anteile, da der Attraktivität der Möglichkeit, schnell starke Investoren zu schaffen, entgegenstehen würde, dass dies nur künstlich geschehen könne und damit weder ein „...management track record...“ vorhanden sei, noch „...the fund managers' own money...“ auf dem Spiel stehe.<sup>203</sup> Hier wird also bereits vor einigen der Probleme gewarnt, welche die Tschechische Republik später im Zusammenhang mit den IPFs plagen sollten. Wie sich bei Orenstein zeigt, war Sachs in diesen Bedenken nicht alleine.<sup>204</sup>

Die Privatisierung großer Unternehmen ging, durch diese Konflikte bedingt, in den fünf Jahren nach der Wende nur sehr langsam voran. Ein erneuter Anlauf der Bielecki-Regierung zur Coupon-Privatisierung scheiterte an der Unpopularität der ausländischen Investitionsbanken und den Mängeln im Programm.<sup>205</sup> Erst 1995 und 1996 wurde ein beschränktes Massenprivatisierungsprogramm auf Schiene gebracht, wobei sich bald ähnliche Probleme wie in Tschechien zeigten. Die postkommunistisch geführte Regierung, welche von 1993 bis 1997 am Ruder war, hielt am Direktverkauf und der Entwicklung staatseigener Betriebe fest. Trotz der misstrauischen Haltung der internationalen Organisationen gegenüber der neuen Regierung, ging die Privatisierung auch in dieser Zeit durchaus in moderatem Tempo weiter.<sup>206</sup>

Letztlich sahen sich die Reformer dazu gezwungen die Privatisierungspläne mit den Insider-Interessen in Einklang zu bringen, was auch mit der vergleichsweise stärkeren parlamentarischen Kontrolle zusammenhängt. Anders als oft propagiert, waren die negativen Auswirkungen demokratischer und gesellschaftlicher Kontrolle geringer als erwartet, was im Kapitel über die Resultate der Reformen näher besprochen werden wird.<sup>207</sup>

---

<sup>202</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 115-118

<sup>203</sup> Sachs, *The Economic Transformation of Eastern Europe*. 10-12

<sup>204</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 120

<sup>205</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 118-120

<sup>206</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 122 f.

<sup>207</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 113

Wenn man die im späteren Verlauf dieser Arbeit besprochenen Folgen der tschechischen Massenprivatisierung bedenkt, so bekommt man eine völlig neue Perspektive auf die schleppend verlaufene polnische Entwicklung. Der ungarische Finanzminister Lajos Bokros beispielsweise, betrachtete die Verzögerungen in der polnischen Massenprivatisierung als „blessing in disguise“, da dadurch mehr Zeit zur Restrukturierung geblieben sei und der Verkauf dieser Unternehmen profitabler war.<sup>208</sup>

Die stärkere demokratische Kontrolle des Privatisierungsprozesses in Polen, verlangsamte die Implementierung von Privatisierungsprogrammen, stellte gleichzeitig jedoch auch strenge Performancemaßstäbe sicher und half die langfristige Beibehaltung von fehlerhafter Reformpolitik zu vermeiden. Dieser Rahmen führte dazu, dass die sogenannten MEBOs in Polen zu einer der wichtigsten Privatisierungsmethoden wurden, was sicher nicht der ursprünglichen Intention postkommunistischer Politiker entsprochen hatte. Letztendlich waren es jedoch ohnehin die neu entstehenden Privatunternehmen, welche zu Vorreitern der jungen polnischen Marktwirtschaft wurden.<sup>209</sup>

Der Aspekt des Sozialen nahm in der polnischen Transformation eine geringere Rolle ein, als dies im Rahmen des sozialliberalen Kompromisses in der Tschechoslowakei der Fall war. Einerseits kam es zu einem radikalen Schnitt in Bezug auf die Subventionierung vieler Konsumgüter. Zweitens fielen die Ausgaben für viele soziale Dienstleistungen, wie Gesundheit und Bildung, und drittens stiegen die Zuschüsse an Sozialversicherungs- und Sozialhilfefonds, was vor allem mit steigender Arbeitslosigkeit und Armut zusammenhing.<sup>210</sup>

Der reale Wert der diesbezüglichen Ausgaben nahm 1992 um 3-4 Prozent ab. Die Struktur der Ausgaben hatte sich allerdings schon zuvor stark geändert, als das System an die massiv steigende Arbeitslosigkeit angepasst werden musste. Schon 1990 waren etwa 50 Prozent der gesamten Mittel in diesem Bereich aufgewendet worden und in den folgenden Jahren sollte dieser Prozentsatz auf 70-80 Prozent hochschnellen. Unter dieser Entwicklung hatten vor allem die Ausgaben für Bildung, Kultur, Erholung und Gesundheit zu leiden.<sup>211</sup>

Zentral für die polnische Schocktherapie waren Geschwindigkeit und Simultanität bei Stabilisierung und Transformation. Dementsprechend war die frühe Reformzeit von einer technokratischen Elite gekennzeichnet, welche isoliert agierte und versuchte die Reformen so schnell

---

<sup>208</sup> Grzegorz W. Kołodko, D. Mario Nuti, Research for Action 33: The Polish Alternative. Old Myths, Hard Facts and New Strategies in the Successful Transformation of the Polish Economy (UNU/WIDER Publications, Helsinki 1997) 20, [http://www.wider.unu.edu/publications/working-papers/previous/en\\_GB/rfa-33/files/82530852556053245/default/RFA33.pdf](http://www.wider.unu.edu/publications/working-papers/previous/en_GB/rfa-33/files/82530852556053245/default/RFA33.pdf), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>209</sup> Orenstein, Out of the Red. 112

<sup>210</sup> Stanisława Golinowska, Public Social Expenditure. In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance (Frankfurt/Main 1995) 143

<sup>211</sup> Golinowska, Public Social Expenditure. 153

wie möglich durchzuführen, um dem sich aufbauenden Druck der Gesellschaft zu entgehen. Dies ist auch der Grund, warum Befürchtungen bestanden, dass die Reformen als Rechtfertigung für die Schwächung demokratischer Standards verwendet werden könnten, wie es beispielsweise in Russland geschah. Obwohl das Reformprogramm schon 1990 und 1991 sehr unpopulär geworden war und autoritäre Tendenzen durchaus auftauchten, war die polnische Demokratie bereits stark genug, um diese Herausforderungen abwehren zu können.<sup>212</sup>

Hier muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Balcerowicz-Gruppe sich, wie beschrieben, in einem beinahe apolitischen Raum bewegte. Der Konflikt um Demokratiefragen wurde eher zwischen dem Präsidenten Lech Wałęsa und dem „Mazowiecki camp“ um den Premierminister ausgetragen. Der Präsident war für die Einführung von „special powers“ für die Regierung, um die wirtschaftliche Transformation zu erleichtern, was von Mazowiecki entschieden abgelehnt wurde.<sup>213</sup>

Die Erhaltung der demokratischen Standards führte jedoch in Verbindung mit negativen Auswirkungen der Reformen schon früh zur Aufgabe des Balcerowicz-Plans und zur Erprobung anderer Konzepte.<sup>214</sup> Die Stimmung in der Bevölkerung war schon 1991 langsam schlechter geworden und im Sommer 1992 erschütterte dann eine massive Streikwelle das Land.<sup>215</sup> Die Spaltung von Solidarność und der darauffolgende Erfolg der Opposition in den Parlamentswahlen von 1993, war Ausdruck dieser Entwicklung, wobei sich dies auch in anderen ostmitteleuropäischen Ländern wiederholte. Die Mitte-Links-Regierung, welche nun das Ruder übernahm stellte Stabilität und sozialen Zusammenhalt über die wirtschaftliche Effizienz. Der Lernprozess, der damit allgemein im politischen Spektrum einsetzte, war laut Orenstein sehr vorteilhaft für den politischen und wirtschaftlichen Reformprozess. Die nachteiligen Auswirkungen von Strategieänderungen, welche oft vorausgesagt worden waren, traten nicht ein, da Regierungswechsel und die Erfahrungen, welche die verschiedenen Parteien machten, diese dazu zwangen ihre Programme an die Gegebenheiten einer parlamentarischen Demokratie anzupassen.<sup>216</sup>

### *3.2.2.3. Resultate und Probleme*

Die wichtigsten Errungenschaften des Balcerowicz-Plans bestanden in der Einführung der wichtigsten Grundlagen für eine Marktökonomie. Mängeleliminierung, Handelsliberalisierung, Konvertibilität und

---

<sup>212</sup> Orenstein, Out of the Red. 25 f.

<sup>213</sup> Orenstein, Out of the Red. 32 f.

<sup>214</sup> Orenstein, Out of the Red. 25 f.

<sup>215</sup> Orenstein, Out of the Red. 120

<sup>216</sup> Orenstein, Out of the Red. 25 f.

einige andere Maßnahmen, sowie auch eine generelle Professionalisierung der Wirtschaftspolitik, können als das Vermächtnis des Reformteams gesehen werden.<sup>217</sup>

Die frühen offiziellen Einschätzungen der zu erwartenden Folgen der wirtschaftlichen Transformation waren sehr positiv.<sup>218</sup> Man war von einem 3-prozentigen Verlust im BIP, einem 5-prozentigen Fall der Produktion und 400 000 Arbeitslosen ausgegangen.<sup>219</sup> Zumindest Sachs ging jedoch schon 1990 davon aus, dass die Zahlen im Rahmen der wirtschaftlichen Adjustierung möglicherweise auf 10 Prozent der Arbeiterschaft (1,8 Millionen) steigen könnten.<sup>220</sup> Nach zwei Jahren war dann das BIP um 18 Prozent gefallen, die Produktion um 25 Prozent, und waren 2 Millionen Polen ohne Anstellung. Es dauerte sehr viel länger als erwartet, die Inflation auf eine einstellige Zahl zu bringen.<sup>221</sup>

„The initial deep recession which accompanied those policies is dismissed as either a statistical illusion (e.g. Berg 1992) or the inescapable cost of transformation (e.g. Gomulka 1996).“<sup>222</sup> Argumente, die in diesem Zusammenhang gemacht wurden, drehen sich einerseits darum, dass die Eliminierung von Mangel und die erhöhten Konsummöglichkeiten nicht in den Statistiken auftauchen. Des Weiteren gingen Berg und Sachs davon aus, dass zu Beginn der Reformen die Reallöhne niedriger waren, als in den Statistiken aufschien, womit hier wohl angedeutet wird, dass der Fall der Reallöhne weit weniger scharf gewesen sei, als aus den Statistiken hervorgeht. Weitere Argumente betrafen die mangelhafte Erfassung neuer Aktivitäten im Privatsektor, sowie zu geringe Angaben über Qualitätsverbesserungen in diesem Bereich.<sup>223</sup>

Laut Kołodko und Nuti haben viele dieser Argumente keine Substanz oder wurden zumindest in ihrer Bedeutung hochgespielt. Dies betrifft beispielsweise den Hinweis, dass die zahlreichen neuen Arbeitslosen wohl nicht sehr viel von einer Verbesserung der Konsumbedingungen hatten. Einige von Sachs‘ und Bergs Berechnungen hätten den schnellen Fall des öffentlichen Bedarfs nicht ausreichend mit einbezogen, was auf sogenanntes „...massaging of raw data...“ zurückgeführt wird. Laut Nuti und Portes seien nämlich erste Einschätzungen in Bezug auf den Fall des öffentlichen Konsums, höher gewesen.<sup>224</sup> Hierzu ein Zitat zu einem Text Sachs‘ und Liptons aus dem Jahr 1990. Stanley Fischer

---

<sup>217</sup> Simon Johnson, Marzena Kowalska, Poland: The Political Economy of Shock Therapy. In: Stephan Haggard, Steven B. Webb (Hg.), Voting for Reform. Democracy, Political Liberalization and Economic Adjustment (A World Bank Book, New York [u.a.] 1994) 232, [http://books.google.at/books?hl=en&lr=&id=aCm4Rsrl8R8C&oi=fnd&pg=PA185&dq=gradual+shock+therapy&ots=E8qYcIH-xz&sig=ZhzDNLBYw7-Y2FdbF3yY7vEiSKI&redir\\_esc=y#v=onepage&q=gradual%20shock%20therapy&f=false](http://books.google.at/books?hl=en&lr=&id=aCm4Rsrl8R8C&oi=fnd&pg=PA185&dq=gradual+shock+therapy&ots=E8qYcIH-xz&sig=ZhzDNLBYw7-Y2FdbF3yY7vEiSKI&redir_esc=y#v=onepage&q=gradual%20shock%20therapy&f=false), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>218</sup> Belka, Polish Transformation After 5 Years. 19

<sup>219</sup> Kowalik, Economics - Poland. 142

<sup>220</sup> Lipton, Creating a Market Economy in Eastern Europe. 126

<sup>221</sup> Kowalik, Economics - Poland. 142

<sup>222</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 3

<sup>223</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 17

<sup>224</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 18

sieht in diesem Text „...a work of persuasion that is nonetheless fully professional. They aim to persuade us that the first, stabilization, stage of the Polish program was well executed and is causing less pain than might appear from the reported data,...“<sup>225</sup>

Belka und Krajewski teilen die ersten Jahre der wirtschaftlichen Transformation in drei Phasen ein: Die erste Reaktion auf „...the shock treatment,...“ 1990, die 1991-1992 folgende, schwerwiegende Rezession und ab 1993 Wachstum. Bereits in der ersten Phase erfolgte im Zusammenhang mit den gefallen Reallöhnen eine massive Umverteilung von Ressourcen zugunsten der Unternehmen und des Staates. Allerdings gelang die Neuorientierung des Handels in Richtung der EG und 1990 wies die Handelsbilanz einen deutlichen Überschuss auf.<sup>226</sup> Die schmerzhaften Effekte der Reformen waren wohl wesentlich dafür, dass Mazowiecki in der Präsidentschaftswahl Ende des Jahres sehr schlecht abschnitt. Obwohl Wałęsa im Wahlkampf den Balcerowicz-Plan verurteilt hatte, hielt ihn dies nicht davon ab, Balcerowicz als Teil der Bielecki-Regierung zu akzeptieren.<sup>227</sup>

1991 verschärfte sich dann die Rezession und die industrielle Produktion fiel um weitere 12 Prozent. In der Folge konnten viele Firmen ihre Steuern nicht mehr zahlen und die Arbeitslosigkeit schnellte bis Ende des Jahres auf beinahe 12 Prozent empor. Im Zusammenhang mit der Fixierung der Wechselrate konnte außerdem die ausgezeichnete Handels-Performance des letzten Jahres nicht aufrechterhalten werden und auch der interne Markt war nun massiver internationaler Konkurrenz ausgesetzt. Die Folge war eine Budgetkrise, da die Steuereinnahmen 25-28 Prozent geringer als erwartet ausfielen. Während sich 1992 die Lage zu bessern schien, waren das Produktions- und BIP-Wachstum bescheiden und die Arbeitslosigkeit war weiter im Steigen begriffen.<sup>228</sup> Einer der Gründe für diese Entwicklung war, dass die Währungspolitik bis 1991 wohl zu restriktiv war und dadurch die wachsende Realwirtschaft behinderte. Petersen und Sowada gehen davon aus, dass die hier gemachten Fehler mit monetaristischen Ansichten über Inflation in Verbindung gebracht werden können, die diese in erster Linie auf Geldmengenüberschuss zurückführen. Es wird argumentiert, dass selbst bei einer Gültigkeit dieser Annahme für ausgebildete Marktwirtschaften, dies noch nicht notwendigerweise auch etwas über Polen und andere postkommunistische Länder aussagen müsse.<sup>229</sup> Zur Preisexplosion kam es aufgrund der abrupten Einführung eines realistischen Preissystems. Strenggenommen könne also nicht von Inflation die Rede sein.<sup>230</sup>

Die Wahlen vom Oktober 1991 führten zur Rückkehr eines stark fragmentierten Sejm, was zu einem großen Teil auf die Zersplitterung von Solidarność zurückzuführen war. Damit fiel auch die

---

<sup>225</sup> Lipton, *Creating a Market Economy in Eastern Europe*. 134

<sup>226</sup> Belka, *Polish Transformation After 5 Years*. 19-21

<sup>227</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 38 f.

<sup>228</sup> Belka, *Polish Transformation After 5 Years*. 20 f.

<sup>229</sup> Hans-Georg Petersen, Christoph Sowada, *The Process of Monetary Stabilization*. In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), *Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance* (Frankfurt/Main 1995) 48

<sup>230</sup> Petersen, *The Process of Monetary Stabilization*. 50

Bielecki-Regierung und dem „Balcerowicz-Plan“ drohte ein weiteres Mal das Ende. Das Parlament stellte nun nicht mehr die Stimmen für die mit diesem Plan verbundene Gesetzgebung bereit und autoritären Bestrebungen wurde ebenfalls die Unterstützung verwehrt, sodass Reformer in Zukunft ihre Reformvorschläge stärker an die Erfordernisse des demokratischen Kontextes anpassen mussten.<sup>231</sup>

Zunächst war auch die Olszewski-Regierung zu schwach, um ihr Reformprogramm durchzusetzen. Die harsche Kritik des IWF führte zur Ablehnung durch den Sejm, sodass Balcerowicz seinen Budgetvorschlag für 1992, der drastische Budgetkürzungen und eine Erhöhung der Steuern beinhaltete, durchbringen konnte. Die folgenden Preis- und Steuererhöhungen lösten massive öffentliche Proteste aus. Nichtsdestotrotz wurde Balcerowiczs Programm in vielen Punkten fortgeführt, andere Aspekte waren bis Mitte 1992 jedoch klar entschärft worden.<sup>232</sup>

Wie auch Johnson und Kowalska beschreiben, hing die schwierige Lage, in welcher sich die neue Regierung befand, unter anderem mit der Einbindung Polens in den internationalen Kontext zusammen. Die Aussicht auf weitere finanzielle Unterstützung und auf Schuldenreduzierung spielte hier eine wichtige Rolle. Ebenso banden bereits bereitgestellte Mittel Polen an seine Verpflichtungen. Das Assoziierungsabkommen, welches im Dezember 1991 mit der EG geschlossen wurde, hatte außerdem die wichtige Funktion, den Reformkurs zu stützen. Auf diese Weise wurden auch inländische Ansichten darüber geprägt, welche Art von Reformpolitik als vernünftig und verantwortungsvoll angesehen wurde. Des Weiteren ist die Bedeutung der öffentlichen Meinung zu berücksichtigen, besonders da sich ab Anfang 1992 sowohl Reformverlierer als auch -gewinner zunehmend zu organisieren begannen. Die Reformverlierer und ihre Repräsentanten konnten jedoch kein praktikables Alternativprogramm bereitstellen. Nach den Parlamentswahlen hatte keine Proreformkoalition eine Mehrheit, was zur Formierung einer schwachen Exekutive führte. Nach Johnson und Kowalska war dies gut für die Haushalts- und Währungspolitik, wo eine klare Strategie bereits etabliert war, jedoch schlecht für die große Privatisierung, in der kaum Fortschritte erzielt worden waren.<sup>233</sup>

Das Wachstum der polnischen Volkswirtschaft im Jahr 1993, kann in erster Linie auf die inländische Nachfrage zurückgeführt werden. Beobachter blieben zu dieser Zeit skeptisch, da dieses Wachstum deren Ansicht nach möglicherweise auf Steuerrückstände und wachsende zwischenbetriebliche Verpflichtungen, zurückzuführen war. Des Weiteren ging die Privatisierung nur langsam voran und die staatseigenen Betriebe waren in einem schlechten finanziellen Zustand. 1994 stiegen dann jedoch Produktion und Exporte deutlich. Neben der steigenden Produktion half außerdem die erfolgreiche Steuerreform von 1992/1993, das Budgetdefizit zu reduzieren. Hinzu kamen die reale

---

<sup>231</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 41-43

<sup>232</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 45 f.

<sup>233</sup> Johnson, *Poland: The Political Economy of Shock Therapy*. 230-232

Aufwertung des Złoty und die Schuldenschnitte als wichtige Faktoren, um die Schuldenlast des Staates auf ein erträgliches Maß zu bringen. Die jährliche Inflationsrate war zwar selbst noch 1994 nur langsam im Fallen begriffen, durch die Schaffung neuer Jobs stabilisierte sich allerdings nun die Arbeitslosigkeit auf einem hohen Level von knapp 17 Prozent der Arbeiterschaft. Kritisiert wurde in diesem Zusammenhang der inkonsistente Zugang im Bereich der institutionellen Reformen. Während beispielsweise beim Steuersystem und teilweise auch beim Bankensystem, Erfolge erzielt worden waren, ging die große Privatisierung weiterhin nur langsam voran und bestimmte Reformen, wie im Bereich der öffentlichen Finanzen, waren nicht einmal begonnen worden. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sahen Belka und Krajweski außerdem die Reformierung des sozialen Sicherungssystems als eine der Prioritäten an.<sup>234</sup>

Rein was die wirtschaftlichen Grundlagen Polens angeht, gab es laut Sachs Faktoren, wie Humankapital, natürliche Ressourcen, die Verfügbarkeit von Kapital und die geographische und kontaktmäßige Nähe zu Westeuropa, welche Anlass zu Optimismus bezüglich der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung gaben. Wie im weiteren Verlauf geschildert wird, war diese Annahme in mancherlei Hinsicht durchaus gerechtfertigt. Wenn jedoch davon die Rede ist den „...gap in living standards...“ zu verringern,<sup>235</sup> so muss gesagt werden, dass sich leider sehr schnell erwiesen hat, dass das Anwachsen des BIP stattdessen mit einem Anwachsen von Armut und Ungleichheit einherging.

Dessen Warnung vor politischer Instabilität als Quelle einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung ist typisch für die mit rapiden Reformen assoziierten Ideen.<sup>236</sup> Es wurde jedoch bereits darauf hingewiesen, dass der politische Wechsel in Polen eben nicht mit einem Verlassen, sondern nur einer Modifizierung des Reformpfades verbunden war. Diese Modifizierung von wirtschaftlichen Reformkonzepten, sowie auch der politischen Herangehensweise der Reformer, ist mit dem Lernprozess verbunden, der wohl zumindest zum Teil durch den politischen Wechsel induziert wurde.

Einer der wesentlichen Gründe für die Diskreditierung der Schocktherapie, wie sie in Polen durchgeführte wurde, hängt mit den negativen, langfristigen Konsequenzen zusammen. In diesem Zusammenhang wird bei Kowalik auf die beschränkte Aussagekraft des beeindruckenden Wachstums des polnischen Bruttoinlandsproduktes hingewiesen. Ihm zufolge war die Situation etwa 8-9 Jahre nach Beginn der Transformation in sozialen Belangen massiven Belastungen ausgesetzt und „...the high rate of GDP growth in the Polish economy did not bring *trickle-down effects*.“ Der massiv gewachsenen Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit, sowie den reduzierten Reallöhnen und großen Problemen im Wohnungswesen, stand ein relativ geringer Prozentsatz von Reformgewinnern gegenüber. Für 2001 war die Rede von über 8 Millionen Arbeitslosen, etwa einem Drittel der Polen im Erwerbsalter. Von den registrierten Arbeitslosen erhielt lediglich ein Fünftel Beihilfen. Innerhalb

---

<sup>234</sup> Belka, Polish Transformation After 5 Years. 22-24

<sup>235</sup> Lipton, Creating a Market Economy in Eastern Europe. 132

<sup>236</sup> Lipton, Creating a Market Economy in Eastern Europe. 132

der ersten Jahre der Transformation verdoppelte sich die Anzahl, der unter der Armutsgrenze lebenden Polen und nur 5 Prozent der Bevölkerung erhielten Sozialhilfe, obwohl 14 Prozent aufgrund ihres geringen Einkommens dazu berechtigt gewesen wären.<sup>237</sup>

1997 nannten Gregorz Kołodko und Mario Nuti den Glauben, dass der radikale Zugang zu Liberalisierung und Stabilisierung für die zwischen 1994 und 1997 gute Performance der polnischen Wirtschaft verantwortlich sei, „...naive.“ und verweisen auf „Complex, multidimensional processes of change...“. Die ersten, im Rahmen der Schocktherapie ergriffenen Maßnahmen seien „...largely unnecessary or excessive.“ gewesen, was Folgen hatte, die oft verharmlost wurden.<sup>238</sup>

Zu Beginn stellten vor allem die vom IWF gesetzten Kriterien die wichtigsten Performance-Indikatoren dar. Diese Maßstäbe wurden ursprünglich als sehr hart wahrgenommen, das polnische Programm legte jedoch in mehreren Punkten eine „bessere“ Performance hin, als notwendig gewesen wäre.<sup>239</sup> Das Ergebnis waren ein Budgetüberschuss, ein Handelsüberschuss, eine ungewollte Ansammlung von Reserven und zu niedrige Löhne. Ein frühes Ende von Inflation und Rezession konnten, anders als versprochen, nicht erreicht werden. Die weitgehende Liberalisierung des Handels wiederum, war in diesem Ausmaß nicht notwendig. Etwas höhere Zölle hätten helfen können einige der relativ gut funktionierenden Betriebe zu schützen, was sich positiv auf Anstellung, Konsum und Export ausgewirkt hätte. Sobald der ursprünglich unterbewertete Złoty eine Wertsteigerung erfuhr, mussten die Zölle im August 1991 wieder angehoben werden. Ende 1992 kam es außerdem zur Einführung eines Importaufschlages.<sup>240</sup> Orenstein zufolge lassen sich solche Schritte jedoch oft auf den Schutz von „...politically powerful sectoral interests.“ zurückführen. Das noch 1990 sehr wichtige Ziel des Nulldefizites, konnte zu dieser Zeit nicht mehr gehalten werden, da die staatlichen Einnahmen wegbrachen und die steigende Arbeitslosigkeit auch den Staat belastete.<sup>241</sup>

Tatsächlich stieg 1991 das Budgetdefizit rapide an, was vor allem damit zusammenhängt, dass der Staat noch immer sehr stark von der Besteuerung staatlicher Unternehmen abhängig war, deren Profitabilität 1991 deutlich gefallen war. Man hatte Probleme damit gehabt, alternative Einkommensquellen zu finden und die Einführung einiger neuer Steuern sollte, wie beschrieben, erst 1992 und 1993 zu greifen beginnen. Die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung hatten sich zunächst auf Kosten der Subventionen an staatliche Firmen erhöht, als sich die Budgetsituation 1991 jedoch verschlechterte, wirkte sich dies negativ auf die Gesundheitsversorgung und das Bildungssystem aus. Im August musste die Bielecki-Regierung dem Sejm ein überarbeitetes Budgetgesetz präsentieren, um die Ausgaben weiter kürzen zu können.<sup>242</sup> Der Kritikpunkt betreffend die Steuern

---

<sup>237</sup> Kowalik, Economics - Poland. 135-140

<sup>238</sup> Kołodko, The Polish Alternative. V-VII

<sup>239</sup> Johnson, Poland: The Political Economy of Shock Therapy. 200

<sup>240</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 12

<sup>241</sup> Orenstein, Out of the Red. 46

<sup>242</sup> Johnson, Poland: The Political Economy of Shock Therapy. 222-224

hat besonders deshalb Gewicht, da die abnehmenden Profite der staatlichen Unternehmen verbreitet vorausgesagt worden waren.<sup>243</sup>

Davon abgesehen wird darauf hingewiesen, dass Polen zu Beginn der Schocktherapie bereits auf dem Weg zur Stabilisierung gewesen sei. Schon 1988 seien die Preise gestiegen und der Geldüberhang dadurch reduziert worden und auch Subventionen waren bereits Kürzungen ausgesetzt gewesen. Bereits zwischen Oktober und Dezember 1989 fiel die Inflationsrate jeden Monat um 30 Prozent. Neben der teilweise bereits erfolgten Liberalisierung war in Polen und auch in Ungarn die für eine Marktökonomie notwendige Infrastruktur zum Teil bereits entstanden. Beispielsweise war in Polen ein „...two-tiers banking system...“ vorhanden, dessen Fehlen in der GSSR wesentlich für Reformverzögerungen mitverantwortlich war.<sup>244</sup>

Weitere Probleme waren in der Haushaltspolitik aufgetaucht. Während man 1990 einen ungewollten Überschuss erzielte und 1989-1993 die meisten Subventionen gestrichen wurden, stiegen die sozialen Ausgaben bei fallendem BIP von 10 Prozent des BIP auf 21 Prozent. Diese Ausgabensteigerung hatte vor allem mit der „...dead-weight cost of unemployment and above all pensions,...“ zu tun. Die fragwürdige Pensionierungspolitik führte bis 1993 dazu, dass 32 Prozent der erwachsenen polnischen Bevölkerung aus Pensionisten bestand.<sup>245</sup>

Während Vertreter der Reformregierung versuchten diese Daten zu beschönigen, zeigten Untersuchungen der Weltbank, dass das enorme Ansteigen der Arbeitslosenrate keineswegs eine „statistical illusion“ war. Tatsächlich könnte man den Spieß umdrehen und die Frühpensionisten, Arbeitslose, die keine Unterstützungsleistungen mehr erwarten konnten und somit nicht registriert waren, und weitere Gruppen, mit einbeziehen. Hinzu kommt, dass die enorme Umverteilung, die in Polen bereits 1990 erfolgt war, durch die Verwendung von Durchschnittsdaten oft verborgen wurde. Der Gini-Koeffizient von 25 für 1987-88 stieg bis 1993 auf 30 und übertraf damit Tschechien und besonders Ungarn deutlich. In diesem Kontext wird selbst ein Laie folgende Worte Sachs aus dem Jahr 1993 mit Misstrauen aufnehmen: „There has been no significant fall in living standards. Real incomes did not plummet. Unemployment while high, is not soaring to the levels that were feared“<sup>246</sup> Das ist natürlich relativ. Im Vergleich zu einer katastrophalen Entwicklung wie in Russland mag Sachs Aussage zum Beispiel durchaus Sinn machen.

Die meisten Arbeiter scheinen anderer Ansicht gewesen sein, so dass es im Sommer 1992 zu massive Arbeiterunruhen und -streiks kam. Die Suchocka-Regierung, welche den Reformprozess ab Juli 1992 übernahm, war schließlich zumindest teilweise erfolgreich darin, Konflikte zwischen Präsident und Parlament und mit der unzufriedenen Öffentlichkeit beizulegen.<sup>247</sup> Neue Reformansätze

---

<sup>243</sup> Johnson, Poland: The Political Economy of Shock Therapy. 234

<sup>244</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 10 f.

<sup>245</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 9

<sup>246</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 19

<sup>247</sup> Orenstein, Out of the Red. 47 f.

erwiesen sich jedoch als kurzlebig, da die Suchocka-Regierung im Rahmen der Verhandlungen um den Pakt einem Misstrauensvotum zum Opfer fiel.<sup>248</sup>

Die Parlamentswahlen vom September 1993 hatten die Bildung einer Koalition aus dem Bund der Demokratischen Linken (SLD) und der Polnischen Bauernpartei (PSL) zur Folge.<sup>249</sup> Besonders der Erfolg der SLD löste im In- und Ausland einige Befürchtungen aus. Der Plan der neuen Regierung beinhaltete die Anpassung des bisherigen Reformkurses, um eine größere soziale Verträglichkeit sicherzustellen. Das Programm des Finanzministers Grzegorz Kołodko betonte die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums anstatt der rigiden Haushaltspolitik der Vorgängerregierungen und die staatliche Partizipation im Aufbau neuer Institutionen statt des staatlichen Rückzuges. Statt Tempo, sollten nun die Einbeziehung der Interessensgruppen und insbesondere der Arbeiterorganisationen, sowie Beständigkeit, die Glaubwürdigkeit der Reformen sicherstellen. Diese Änderungen wirkten sich vor allem in den Bereichen der Sozialpolitik, auf dem Arbeitsmarkt und in der Privatisierung aus.<sup>250</sup>

Zwischen 1995 und 1997 begann die polnische Wirtschaft dann mit hohem Tempo zu wachsen, während die tschechische Wirtschaft von der Krise geschüttelt wurde und nun stagnierte. Diese Entwicklung führte auch dazu, dass die eher positiven Ansichten in Bezug auf schnelle Privatisierung, überdacht werden mussten. In den späten 1990ern entstand ein neuer Konsens in der „...international development community...“ darüber, dass die Massenprivatisierung enttäuschende Ergebnisse erzielt hatte. Nicht nur die inländischen Akteure, sondern auch die internationalen Finanzorganisationen, haben aufgrund ihrer Empfehlung einer rapiden und umfassenden Privatisierung, für einige der negativen Entwicklungen in den ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften die Verantwortung zu tragen.<sup>251</sup>

### **3.2.3. Tschechoslowakei/Tschechien 1989-1997**

#### *3.2.3.1. Ausgangslage*

Die Ausgangslage der ČSSR unterschied sich in mehreren Punkten stark von der Situation in Polen. In Verbindung mit der vorhandenen Industrie und Infrastruktur bezeichnet Müller-Eschenbach die Tschechoslowakei als eine „...starke Volkswirtschaft...“, welche „...nur in geringem Maße externe und interne Defizite im Hartwährungsbereich aufwies.“ Die Pro-Kopf-Verschuldung machte 1989 mit \$ 757 nur etwa ein Viertel der polnischen und gar nur ein Sechstel der ungarischen Verschuldung aus.

---

<sup>248</sup> Orenstein, Out of the Red. 50 f.

<sup>249</sup> Kenneth Ka-Lok Chan, Poland at the Crossroads: The 1993 General Election. In: Europe-Asia Studies Vol.47, No.1 (1995) 123, <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/153196.pdf?acceptTC=true>, Zuletzt gesichtet am 15.12.2012

<sup>250</sup> Orenstein, Out of the Red. 51 f.

<sup>251</sup> Orenstein, Out of the Red. 124 f.

Auch das vergleichsweise hohe BSP pro Kopf und der vergleichsweise geringe Geldüberhang werden als positive Faktoren genannt.

Auf der anderen Seite war das Land, selbst im Vergleich mit Polen, sehr eng in das Warenaustauschsystem des RGW eingebunden und es bestanden nur wenige Handelsverbindungen zum Westen.<sup>252</sup> Der Anteil des Handels mit anderen ehemals sozialistischen Ländern lag 1989 noch bei 60 Prozent.<sup>253</sup>

Des Weiteren war die Rohstoffabhängigkeit vom Ausland hoch und diese setzte sich in der Wichtigkeit von Waffenexporten fort. Zu Beginn der Reformen, welcher sich bis Mitte der 1990er verzögerte, wurden 95 % des wirtschaftlichen Outputs vom staatlichen Sektor produziert.<sup>254</sup>

Zusammenfassend kann die Ausgangslage als gut bezeichnet werden, was sich auch auf den guten Ausbildungsstand der Arbeiter, den hohen Grad der Industrialisierung und die Wettbewerbsfähigkeit einiger Industriezweige stützt. Im Vergleich zu den meisten anderen ehemaligen Ostblockländern, besonders aber im Vergleich zu Polen, war das interne und externe makroökonomische Ungleichgewicht gering und der Grad der Zentralisierung der Wirtschaft hoch.<sup>255</sup>

### 3.2.3.2. Reformen und Akteure

Nach dem politischen Machtwechsel im Dezember 1989, kam es in der ČSSR zu einer Debatte, zwischen Anhängern gradueller und rapider Formen der Transformation, wobei sich die Debatte auch hier zugunsten der Schocktherapie entschied. Diese Entscheidung für die grundlegenden Richtlinien, wurde von Regierung und Präsident getroffen, wobei der Finanzminister Václav Klaus und weitere um ihn angeordnete Reformpolitiker die wichtigsten Vertreter der „Pro-Schock“-Richtung waren. Auf der anderen Seite standen moderatere Ökonomen um Kouba<sup>256</sup>, sowie der Vizepremier Valtr Komárek<sup>257</sup>, welche ein gradualistisches Vorgehen vertraten. Beispielsweise befürchteten diese, dass die schlagartige Öffnung des Außenhandels zu großen sozialen Problemen führen würde. Während die Reformer um Klaus mit wenigen Ausnahmen alle Betriebe privatisieren wollten, befürworteten die „Gradualisten“ einen differenzierteren Zugang mit einem starken Privatsektor, welcher mit gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, belegschaftseigenen Betrieben, Genossenschaften und Mischformen, kombiniert werden sollte.<sup>258</sup> Komárek wollte sicherstellen, dass ein professionelles Management mit langfristigen Interessen die Betriebe leiten würde und empfahl einen graduellen

---

<sup>252</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 46 f.

<sup>253</sup> Karel Dyba, Jan Svejnar, Stabilization and Transition in Czechoslovakia. In: The Transition in Eastern Europe Vol.1 (1994) 113, <http://www.nber.org/chapters/c6017.pdf>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>254</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 46 f.

<sup>255</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 47-49

<sup>256</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 57 f.

<sup>257</sup> Orenstein, Out of the Red. 100

<sup>258</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 57 f.

Verkauf der Anteile. Seiner Ansicht nach hätte auf diese Weise die Privatisierung unter geringeren Kosten und schneller durchgeführt werden können.

Obwohl sich die beiden Seiten in mancherlei Hinsicht über den Reformkurs einig waren, kann dennoch die Rede von einer Auseinandersetzung sein, ein Konflikt, der im April 1990 von den „Big Bangern“ gewonnen wurde.<sup>259</sup> Václav Klaus, Finanzminister von Ende 1989 bis Juni 1992, kristallisierte sich bald als führender Vertreter der Neoliberalen heraus. Die zunächst dominante und vom Großteil des Bürgerforums unterstützte gradualistische Gruppierung, war vom Reformsozialismus des Prager Frühlings geprägt und vertrat damit eine wirtschaftliche Reformpolitik unter sozialdemokratischen Vorzeichen. Die „Radikalen“, welche nun das Ruder übernahmen teilten diese sozialdemokratischen Werte nicht.<sup>260</sup> Die Demokratische Bürgerpartei (ODS) Klaus‘ spielte dabei, wie Orenstein es ausdrückt, die Rolle einer „...avant-garde party for the market revolution in the Czech lands.“<sup>261</sup>

Laut Müller-Eschenbach konnten sich die radikalen Reformer aufgrund ihres stärkeren politischen Einflusses und der „...einseitigen Befürwortung der radikalreformerischen Strategie durch den International Monetary Fund (IMF),...“ durchsetzen.<sup>262</sup> Orenstein geht etwas genauer auf diese Vorgänge ein und verweist auf Komáreks und später Valeš Unvermögen, ein überzeugendes gradualistisches Programm vorzulegen.<sup>263</sup>

Im Gegensatz zu Polen wurde die neoliberale Strategie in der ČSSR in einem Ausmaß durch Sozialmaßnahmen ergänzt, dass von einem sozialliberalen Zugang die Rede sein kann.<sup>264</sup> Kuehnel nennt das Reformszenario „...a centrist compromise...“ und Musil stimmt zu, dass es sich nicht um „...an extreme neoconservative strategy,...“ gehandelt habe.<sup>265</sup> Diese, sich vom polnischen Zugang stark unterscheidende Strategie, sowie ein schon früh vorhandenes Bewusstsein dafür, dass man die wirtschaftlichen Reformen nicht unabhängig von der politischen Sphäre durchführen können würde, waren für die stabile Reformerrfahrung der Tschechoslowakei entscheidend. Diese Erkenntnis war wesentlich von der ursprünglich schwächeren Position der radikalen Reformer geprägt.

In politischer Hinsicht war die Strategie auf jeden Fall erfolgreich und der „technopol“ Klaus wurde 1992 zum Premierminister der Tschechischen Republik, eine Position, welche er bis 1997 behaupten würde. Die starke sozialpolitische Komponente der Reformen, war allerdings früh durchgesetzt worden und von Klaus‘ Rhetorik und späterer Handlungsweise ausgehend, kann diese

---

<sup>259</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 101

<sup>260</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 68 f.

<sup>261</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 84

<sup>262</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 57 f.

<sup>263</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 69 f.

<sup>264</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 7

<sup>265</sup> Jiří Musil, *Czechoslovakia in the Middle of Transition*. In: *Daedalus* Vol.121, No.2, *The Exit from Communism* (1992) 185, <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/20025438.pdf?acceptTC=true>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

nicht als integraler, ursprünglicher Bestandteil von Klaus' Reformstrategie gesehen werden. Allerdings wurden einige der sozialpolitischen Programme, wie die Niedriglohnpolitik und die Beschränkung der Arbeitslosenzahlen auch später beibehalten.<sup>266</sup> Andererseits wurden zum Beispiel 1995 das Pensionsantrittsalter für Männer und Frauen erhöht und begannen manche sozialen Begünstigungen, wie Kindergelder, an strengere Bedingungen geknüpft zu werden.<sup>267</sup>

Die Parlamentswahlen von 1992 führten zu einer Mehrheit für Klaus' Koalition, sodass der bisher notwendige Ausgleich mit sozialliberal und sozialdemokratisch eingestellten Politikern, in den Hintergrund trat.<sup>268</sup> Zusammen mit der Trennung von der Slowakei 1992, welche die parlamentarischen Mehrheiten zugunsten radikalliberaler Wirtschaftspolitik verschob, kam es ab 1993 zur zunehmenden Anwendung neoliberaler Lösungen. Zwischen 1992 und 1996 hatte die ODS eine starke Mehrheit im Parlament und Partei- bzw. Koalitionsdisziplin sorgten dafür, dass 90 Prozent der Gesetzesvorschläge durch das Parlament kamen. Der Versuch, etablierte Politiken zu ändern, führte jedoch oft zu starkem Widerstand, sodass Klaus seinen Willen oft nur langsam, auf Kosten öffentlicher Unterstützung oder gar nicht durchsetzen konnte.

Als „technopol“ war sich Klaus dieser Einschränkungen seiner Position bewusst und er ging bei seinem Versuch, in der Tschechischen Republik eine neoliberale Sozialpolitik zu implementieren, vorsichtig vor. Er war immer darum bemüht seine Politik in der Öffentlichkeit zu erklären und war dementsprechend präsent in den Medien. Wie oben bereits angesprochen wurde, täuschte die Rhetorik des tschechischen Premiers oft über die in der Praxis angewandte Politik hinweg.<sup>269</sup> Orenstein zufolge, war Klaus sehr gut darin „...to talk like a Friedmanite or Thatcherite liberal and yet act like a social democrat when necessary.“<sup>270</sup>

Verzögert von der anfänglichen Uneinigkeit der beiden Reformlager, kam das „Scenario of the economic reform“ erst im September 1990 durchs Parlament.<sup>271</sup> Die am Runden Tisch entstandene und damit nicht durch eine demokratische Wahl legitimierte Regierung, war sich dieses Mangels an demokratischer Legitimation bewusst und unsicher über die Belastbarkeit der neuen Demokratie, sodass radikale Reformen zunächst verzögert wurden. Auf diese Weise war in der Tschechoslowakei jedoch Zeit, das Reformprogramm intern und in der Öffentlichkeit zu diskutieren, was zu vielen

---

<sup>266</sup> Orenstein, Out of the Red. 61-63

<sup>267</sup> Quotation of the Month: „You Must Have a Message, and Sell It.“ New York Times correspondent Jane Perlez analyzes the charismatic Prime Minister of the Czech Republic. In: Transition. The Newsletter about reforming Economies Vol.6, No.7-8 (The World Bank, Aus “The Fist in the Velvet Glove,” New York Times Magazine. 1995) 9, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1995/08/01/000009265\\_3980625102126/Rendered/PDF/multi\\_page.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1995/08/01/000009265_3980625102126/Rendered/PDF/multi_page.pdf), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>268</sup> Potůček, Havel versus Klaus. 167

<sup>269</sup> Orenstein, Out of the Red. 85-87

<sup>270</sup> Orenstein, Out of the Red. 92

<sup>271</sup> Orenstein, Out of the Red. 101

Anpassungen und der Beschwichtigung der Bedenken von Interessengruppen und der Öffentlichkeit führte.<sup>272</sup>

Dieses Programm setzte sich aus folgenden wesentlichen Punkten zusammen: Austerität in Haushalts- und Währungspolitik, Anpassung rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen an die Marktwirtschaft, Freigabe der inländischen Preise, Kommerzialisierung, Demonopolisierung und Privatisierung der Industrie, sowie Einführung von limitierter interner Konvertibilität und sozialer Sicherungen. Über diese grundlegenden Punkte des Reformprozesses bestand im Prinzip ein Konsens.<sup>273</sup>

Dementsprechend wurden auch hier bestimmte Maßnahmen, wie die Entwertung der Krone gegenüber konvertiblen Währungen und der Beschluss zu einer strikten Haushaltspolitik für 1990, schon kurz nach dem politischen Umbruch im November 1989 eingeführt.<sup>274</sup> Entwertung und fiskale Stabilisierung stellten, zusammen mit der Liberalisierung der Preise, ein Schockreformpaket dar, wie es vom IWF gemeinhin empfohlen wurde.<sup>275</sup> Da in der Tschechoslowakei die staatliche Regulierung der inländischen Preise umfassender gewesen war als in Polen, war deren Freigabe ein vergleichsweise radikaler Schritt. Allerdings hatte die ČSSR nicht mit einem vergleichbar ernsthaften Mangel an makroökonomischer Stabilität zu kämpfen, sodass Stabilisierung und Liberalisierung unproblematischer, aber eigentlich auch weniger notwendig waren. Die Auswirkungen der Schocktherapie waren in mancherlei Hinsicht ähnlich. Die Preise stiegen 1991 stark an, die Inflation stabilisierte sich im Gegensatz zu Polen jedoch schon 1992 bei 11 Prozent. Das Ausmaß der privaten wirtschaftlichen Aktivitäten stieg stark an und das Niveau der Reallöhne stürzte ab.

Hier werden jedoch schon die ersten Unterschiede sichtbar, da in der Tschechoslowakei durch das ...tripartite council for economic and social accord,...“ der soziale Konsens gesichert war und es dadurch nicht ständig zu ausgedehnten Protesten und Streiks kam. Die mit den massiven Lohnverlusten in Zusammenhang stehenden Lohnkontrollen waren in diesem Gremium mit den Gewerkschaftsführern ausverhandelt worden und diese wurden als Zugeständnis im Austausch für die Niedrighaltung der Arbeitslosigkeit gesehen. Dementsprechend blieb zumindest im tschechischen Teil des Landes die Arbeitslosigkeit sehr viel niedriger als in Polen.<sup>276</sup>

Umstritten waren vor allem die beiden folgenden Themen: Einerseits Art und Ausmaß der Privatisierung und andererseits die Dosierung und Abfolge der außenwirtschaftlichen Maßnahmen, wobei letzteres vor allem die Wechselkurspolitik betraf.<sup>277</sup> Der mangelnde Konsens innerhalb der Exekutive in Bezug auf viele Detailfragen war einer der wesentlichen Gründe für den vergleichsweise

---

<sup>272</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 67

<sup>273</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 57

<sup>274</sup> Dyba, *Stabilization and Transition in Czechoslovakia*. 98

<sup>275</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 70

<sup>276</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 80 f.

<sup>277</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 57

späten Start zahlreicher Reformen. Ein großer Teil der Reformen wurde tatsächlich erst im Jänner 1991 auf den Weg gebracht. Diese Maßnahmen waren in vielerlei Hinsicht denen ähnlich, welche von der polnischen Regierung gefasst worden waren.<sup>278</sup>

Das von Vladimír Dlouhý und Klaus aufgesetzte „radikale“ Reformprogramm enthielt im Bereich der Sozialpolitik dieselben Punkte, wie in der „gradualistischen“ Variante. Klaus stand den eher moderaten sozialpolitischen Zielen, die hier gefasst wurden, nicht besonders begeistert gegenüber, da ihm jedoch an der Erhaltung anderer Teile des Gesamtprogrammes mehr lag und der Arbeitsminister Petr Miller hartnäckig an diesen Punkten festhielt, kam es zum Kompromiss. Dementsprechend blieben die strikte Antiinflationspolitik, die radikale Preisliberalisierung und Privatisierung, sowie die Einführung der Konvertibilität in unveränderter Form im Reformprogramm enthalten.<sup>279</sup>

In der frühen Reformphase befand sich also Klaus nicht in einer ausreichend starken Position, um einseitig seine neoliberalen Ansichten durchsetzen zu können. So kam es zum Kompromiss, welcher eine ganze Reihe von Sozialprogrammen beinhaltete. Diese soziale Komponente des Reformprogrammes beinhaltete die Etablierung korporatistisch anmutender Arbeitsmarktinstitutionen, die Beschränkung der Arbeitslosigkeit, die Sicherung von Mindesteinkommen und die Beibehaltung vieler Sozialleistungen.<sup>280</sup>

So war dieses Programm schließlich radikal neoliberal geprägt, soweit makroökonomische Fragen betroffen waren, und in Bezug auf Arbeitsbeziehungen und den Wohlfahrtsstaat sozialdemokratisch ausgerichtet.<sup>281</sup> Die Wirksamkeit der sozialpolitischen Komponente auf die Öffentlichkeit, überzeugte schließlich selbst Klaus bis zu einem gewissen Grad von dieser.<sup>282</sup>

Ziel war hier, neben dem Aufbau eines Sozialversicherungssystems, vor allem die Lösung von Übergangsproblemen. Ein Weg, um ein zu hohes Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu vermeiden, war es, große Unternehmen durch aktive Strukturpolitik, sowie durch Kredite, Zölle und Subventionen zu stützen. Des Weiteren wurden die Bürger, im Zusammenhang mit der Deregulierung der Preise von grundlegenden Gütern und Dienstleistungen, kompensiert. Eine Arbeitslosenversicherung stellte ein weiteres Element des neuen Systems dar, generell wurde jedoch eher eine aktive Arbeitsmarktpolitik betont. Diese beinhaltete unter anderem die Reduzierung des Beschäftigungsgrades, die Verlängerung der Sekundärschulzeit und die Schaffung von Jobs und Beschäftigungsprogrammen. Außerdem wurde die freie Entwicklung der Löhne beschränkt, um verstärkte Inflation und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu vermeiden, was zusammen mit dem starken anfänglichen Anstieg der Inflation zu einem massiven Einbruch der Reallöhne führte.

---

<sup>278</sup> Dyba, *Stabilization and Transition in Czechoslovakia*. 98-100

<sup>279</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 70 f.

<sup>280</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 62

<sup>281</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 72

<sup>282</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 79

Auch wenn im Rahmen der Reformen die Ungleichheit in der tschechoslowakischen bzw. tschechischen Gesellschaft stark anstieg, so waren durch Minimallöhne, Pensionen und Familienzuschüsse zumindest minimale soziale Standards gesichert.<sup>283</sup>

Wie auch im Fall Polens sollte die makroökonomische Stabilisierung durch eine restriktive Finanz- und Kreditpolitik erreicht werden, wobei vier, vom IWF erstellte Indikatoren dazu dienten, die Effizienz der Finanzpolitik zu bestimmen. Eines der wesentlichen Probleme lag dabei im Bankensektor, welcher mit der Zahlungsunfähigkeit zahlreicher staatlicher Firmen konfrontiert war, sodass Altkredite im Bankensektor nicht bedient werden konnten.<sup>284</sup> Die Bedeutung der Umstrukturierung des Bankensystems erkennend, wurden am 1. Jänner 1990 die ersten Rahmenbedingungen zu den diesbezüglichen Reformen verabschiedet.<sup>285</sup> Des Weiteren hatte die Förderung ausländischer Investitionen im tschechoslowakischen Reformprogramm einige Bedeutung, wie sich im Bemühen um die Schaffung positiver Rahmenbedingungen zeigte.<sup>286</sup>

Um den Prozess der Privatisierung zu vereinfachen, waren sich die politischen Entscheidungsträger selbst in der Konfliktsituation der frühen Transformation einig, dass es zu einer „commercialization“, also einer Transformierung der staatseigenen Betriebe in Aktiengesellschaften, kommen sollte, wobei die Anteile zunächst alle an eine staatliche Behörde gingen. Diese Regelung wurde bereits im April 1990 im *Law on State Enterprises* festgelegt und sorgte zunächst für eine Zentralisierung des Privatisierungsprozesses.<sup>287</sup>

Die Privatisierung in der Tschechoslowakei erfolgte nicht nur in Hinblick auf die wirtschaftliche Effizienzsteigerung und die Entlastung des Staatshaushaltes durch die Abschaffung von Subventionen, sondern auch, um das sozioökonomische System an sich zu transformieren. Wie der Privatisierungsminister Thomas Ježek betonte, sollte ein großer Teil der Bevölkerung mit Aktien ausgestattet werden, ein Mittelstand geschaffen werden, ausländische Investitionen angezogen werden und eine Restitution von Privateigentum erfolgen.<sup>288</sup> Die tschechoslowakische Privatisierung kleiner und mittlerer Betriebe verlief recht erfolgreich, wobei letztere Methode einen wichtigen Aspekt darstellte. Die Einnahmen aus der „kleinen“ Privatisierung lassen sich für 1991 in etwa mit dem Ausmaß der ausländischen Direktinvestitionen vergleichen, was deren nicht unerhebliche Bedeutung für die staatlichen Reformpläne deutlich macht.<sup>289</sup> Bei einer Diskussion der tschechischen Privatisierung steht berechtigterweise die Coupon-Methode im Mittelpunkt, es sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die Restitution in Polen ein Tabu-Thema war, sodass sich die tschechische Privatisierung auch in dieser Hinsicht klar vom polnischen Privatisierungsprozess unterschied.

---

<sup>283</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 74 f.

<sup>284</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 72 f.

<sup>285</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 78-80

<sup>286</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 83

<sup>287</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 101

<sup>288</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 84-86

<sup>289</sup> Dyba, *Stabilization and Transition in Czechoslovakia*. 113 f.

Die Privatisierung der meisten mittleren und großen Betriebe war im *Large Privatization Act* vom Februar 1991 geregelt, der die Methode der Coupon-Privatisierung favorisierte.<sup>290</sup> Die größeren staatseigenen Betriebe wurden zunächst entstaatlicht und in Aktiengesellschaften umgewandelt, bevor es zur Privatisierung kam. Hier mussten Privatisierungskonzepte vorgelegt werden, wobei das Privatisierungsministerium über deren Qualität und Umsetzung entschied. Externe Investoren legten etwa 40 % der Vorschläge vor, während sich Unternehmensleitungen lediglich für etwa 25 % dieser Konzepte verantwortlich zeichneten. Allerdings wurden knapp 82 % der letzteren akzeptiert, während externe Investoren mit weniger als 8 % weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz landeten.<sup>291</sup> Hier lässt sich auf den tschechischen Nationalismus hinweisen, von dem das im April 1990 von Klaus und Dlouhý entworfene Reformprogramm durchdrungen war.

Die Massenprivatisierung war zum Teil dazu gedacht, ausländischen Investoren zuvorzukommen, welche die „...disorganized and undervalued Czech economy.“ sonst aufkaufen würden. Generell sollte zunächst immer an Inländer verkauft werden. Im Gegensatz zu Polen, welches seine Märkte sofort in umfassendem Maße öffnete, sollte der tschechoslowakischen Wirtschaft zunächst Zeit zur Anpassung gegeben werden. Dementsprechend war Handelsliberalisierung kein zentraler Bestandteil der ursprünglichen Reformstrategie. Auch wurde im Laufe der nächsten Jahre Klaus' Abneigung gegenüber internationalen Beratern offensichtlich. Gleichzeitig entstanden durch die Bevorzugung inländischer Unternehmer jedoch entsprechende starke Verbindungen Klaus' und seiner Demokratischen Bürgerpartei (ODS) zu einer inländischen Kapitalistenklasse und damit teilweise auch zur alten Nomenklatura. Diese Entwicklung war unter anderem wegen der Einführung des Lustrationsgesetzes für die Reformer politisch gefährlich. Während dieses Instrument Klaus erlaubte sich einiger Rivalen zu entledigen, so gab es auch andere Fälle, in denen er seine radikal antikommunistischen Partner vor den Kopf stoßen musste, um die eigene Klientel zu schützen, sowie auch den tschechischen Charakter der Privatisierung zu erhalten.<sup>292</sup>

Der wahrscheinlich wichtigste Unterschied zur polnischen Privatisierungspolitik war, dass die Massenprivatisierung hier die zentrale Methode zur Umwandlung der großen staatlichen Unternehmen darstellte.<sup>293</sup> Insofern der tschechische Teil des Landes betroffen war, wurden laut Orenstein in zwei Wellen insgesamt 1849 Unternehmen, das heißt 56 Prozent der 3278 für „commercialization“ vorgesehenen Betriebe, teilweise mit der Coupon-Methode privatisiert. Die erste Welle, in der 988 tschechische Unternehmen mit dieser Methode privatisiert wurden, wurde zwischen 1992 und 1993 durchgeführt.<sup>294</sup> Über 8,5 Millionen tschechoslowakischen Bürger sahen sich dazu veranlasst, sich als

---

<sup>290</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 102

<sup>291</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 87 f.

<sup>292</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 78 f.

<sup>293</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 97

<sup>294</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 102

Aktionäre registrieren zu lassen.<sup>295</sup> Die Massenprivatisierung stellte in der Tschechoslowakei die Hauptprivatisierungsmethode dar, wobei letztendlich etwa 50 Prozent der Anteile über Coupons verkauft wurden. Ein Coupon-Heft, welches 1000 Punkte enthielt, konnte dabei für etwa 35 Dollar erworben werden. Auf diese Weise konnten sich erwachsene Bürger entweder direkt an Auktionen beteiligen oder aber ihr Coupon-Heft einem Investitionsprivatisierungsfonds (IPF) übergeben, der diese Mittel dann investierte.<sup>296</sup>

Der günstige Verkauf bzw. die kostenlose Verteilung dieser Coupons, war dazu gedacht die Transformation demokratisch zu legitimieren und die Privatisierung zu beschleunigen. Zum Teil war dieses Vorgehen auch deshalb eine verlockende Option, da das Land weder einen funktionierenden Kapitalmarkt besaß, noch genug inländisches Kapital verfügbar war und der größte Teil der Bevölkerung kaum über Eigentum verfügte.<sup>297</sup> Die meisten der in den Coupons enthaltenen Punkte waren bis November 1992 Unternehmensanteilen zugewiesen worden. Die Erwartungshaltung der tschechoslowakischen Regierung gegenüber der Coupon-Privatisierung war, dass viele staatliche Unternehmen ihre Performance schnell verbessern und aufhören würden, sich auf staatliche Subventionen zu verlassen. Zu dieser Zeit, als die Risse zwischen den beiden Landesteilen, zumindest auf der politischen Ebene, bereits sehr deutlich waren, hatte die tschechische Regierung eine sehr positive Meinung von dieser Form der Privatisierung, während die slowakische Regierung diese als „...slow and less efficient.“ ansah.<sup>298</sup>

In Hinblick auf die politischen Ziele der Coupon-Privatisierung war diese in Tschechien auf jeden Fall erfolgreich. Sie war dazu vorgesehen die Unterstützung der Öffentlichkeit zu mobilisieren, sowie der Regierung zu erlauben im Amt zu bleiben und somit die Stabilität der Reformbemühungen zu gewährleisten. Untersuchungen der öffentlichen Meinung und der Verlauf der politischen Entwicklung zeigen, dass die Massen-Privatisierung, zumindest im Erreichen dieser Ziele, erfolgreich war. Diese Privatisierungsstrategie wurde von 1991 bis 1995 aufrechterhalten und führte zum schnellsten und umfassendsten Privatisierungsprozess in der ganzen Region. Dies war vor allem aufgrund der Wiederwahl der Reformer und der dadurch stabilen politischen Situation möglich.<sup>299</sup> In der Durchführung wurde außerdem auf die Netzwerke Rücksicht genommen, welche zwischen den verschiedenen Firmen bestanden, sodass vermieden werden konnte, durch einen Bankrott Kettenreaktionen auszulösen.<sup>300</sup> Auf der anderen Seite war der übertriebene Schutz maroder Firmen möglicherweise auch einer der Gründe für die spätere Krise.<sup>301</sup>

---

<sup>295</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 87 f.

<sup>296</sup> Orenstein, Out of the Red. 102 f.

<sup>297</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 87-89

<sup>298</sup> Dyba, Stabilization and Transition in Czechoslovakia. 114 f.

<sup>299</sup> Orenstein, Out of the Red. 97-100

<sup>300</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 38

<sup>301</sup> Orenstein, Out of the Red. 63

Weitere Fragen der Transformation betrafen den Aufbau eines leistungsfähigen Binnenmarktes, die Einführung nachhaltiger Regelungen in Preis-, Beschäftigungs- und Lohnpolitik, die Umstrukturierung von Wirtschaft und Außenhandel und die internationale Integration.<sup>302</sup> Die Preisfreigabe, welche im Juli 1990 begann, ging mit der Streichung von Subventionen, der Festlegung von Höchstpreisen und, angesichts der folgenden Preissteigerungen, auch mit der Auszahlung von monatlichen Entschädigungen einher. Etwa 85 % der staatlich fixierten Preise wurden jedoch erst am 1. Jänner 1991 freigegeben. Ähnlich wie in Polen blieben einige Produkte und Dienstleistungen von dieser Freigabe ausgenommen bzw. wurden neu reglementiert.<sup>303</sup>

Eine wichtige Tatsache, die in Bezug auf die Rolle der internationalen Akteure bedacht werden muss, sind die massiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten der verschiedenen ehemaligen Ostblock-Staaten, welche jedoch für eine erfolgreiche Transformation große Finanzmittel benötigten. Dementsprechend war nicht nur die Tschechoslowakei auf ausländische Hilfe angewiesen. Das schwerwiegendste Problem in diesem Bereich waren die Auslandsschulden, deren Bedienung die Reformmöglichkeiten zwangsläufig einschränkte. Gleichzeitig hätte ein Säumigwerden bei den Zahlungen jedoch die Finanzierungsquellen versiegen lassen können. Allerdings waren die Probleme, welchen sich die ČSSR in dieser Hinsicht gegenüber sah, deutlich geringer als in Polen.<sup>304</sup>

Die ausländischen Direktinvestitionen waren von wirtschaftlichen Überlegungen geleitet, sodass risikoreiche Hilfsmaßnahmen von anderen Akteuren, wie dem IWF und der Weltbank, übernommen werden mussten. Der Fonds leistete vor allem bei finanzpolitischen Reformen, also bei der Stabilisierung des Wechselkurssystems und des Zentralbanksystems Unterstützung und beriet die Regierung außerdem bei der Neuordnung der wirtschaftlichen Gesetzgebung.<sup>305</sup>

Oberflächlich betrachtet scheint die Vorgangsweise dieser Organisationen nicht allzu sehr von dem Verhalten gegenüber Polen abgewichen zu sein, es ist allerdings bemerkenswert, dass die internationalen Organisationen im Zusammenhang mit Polen in der Literatur deutlich sichtbarer sind. Dies drückt sich in der vergleichsweise großen Offenheit Polens und der oftmaligen Erwähnung des IWF in der Beschreibung des politischen Prozesses aus, aber auch in der langsameren und lediglich beschränkten externen Liberalisierung der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens. Prominente ausländische Berater wie in Polen, tauchen ebenfalls kaum auf. Die geringere Rolle der besprochenen Organisationen muss wohl auch insofern verstanden werden, als dass in der tschechoslowakischen Föderation und später in Tschechien weniger Bereitschaft bestand, die äußeren Einflüsse zu akzeptieren und diese somit im Diskurs bzw. im Entscheidungsprozess weniger Bedeutung hatten. Eine solche Konstellation könnte so verstanden werden, dass die diesbezügliche Diskrepanz zwischen den beiden Ländern nicht in erster Linie an den konkreten Politiken selbst abzulesen ist. Hier scheinen

---

<sup>302</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 89-102

<sup>303</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 92-94

<sup>304</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 76

<sup>305</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 114

sich vor allem unterschiedliche Geisteshaltungen ausgedrückt zu haben, dabei sollte jedoch nicht der Trugschluss gezogen werden, dass die polnische Entwicklung in jeder Hinsicht radikaler gewesen wäre. Letzendlich waren externe Einflüsse bzw. deren Abwesenheit, nur ein einzelner Faktor im Transformationsprozess.

Die Tatsache, dass Tschechien international als der Musterschüler der Transformation gesehen wurde, hängt einerseits mit dem kurzfristigen Erfolg der Massenprivatisierung zusammen. Andererseits ist jedoch auch die Wirkung von Klaus' Rhetorik nicht zu unterschätzen, der immerhin als das zentrale Symbol des tschechischen Neoliberalismus gesehen wurde. Dessen Unwillen, die sozialdemokratische Seite der Transformation auch nur zur Sprache zu bringen, prägte deren internationale Wahrnehmung.<sup>306</sup> Es ist sicherlich nicht allzu weit hergeholt, hier ein Kalkül anzunehmen.

Wie vor allem im nächsten Kapitel über die Resultate der Reformanstrengungen besprochen werden wird, erreichte die Regierung trotz der konsequenten Reformpolitik nicht alle ihre Ziele.<sup>307</sup> Vor allem die scheinbar erfolgreiche Massenprivatisierung, sollte sich als kostspieliger Fehler erweisen. Der hier evidente Mangel an Regulierung spiegelt ein allgemeines Problem der neoliberalen tschechischen Transformation wider.

### *3.2.3.3. Resultate und Probleme*

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erinnert an die Erfahrungen, welche man ein Jahr früher bei der weitgehenden Liberalisierung der polnischen Volkswirtschaft gemacht hatte. Das Ausmaß der Anpassungsrezession war tatsächlich noch etwas größer als im Nachbarland.<sup>308</sup>

Wie beschrieben wurde in der ČSSR die Liberalisierung aufgrund der politischen Situation erst etwas später gestartet. 85 Prozent der Preise wurden erst ein Jahr nach der umfassenden Liberalisierung der polnischen Preise freigegeben. Erste große Preisreformen und die Streichung vieler Subventionen waren jedoch schon am 9. Juli 1990 erfolgt.<sup>309</sup> Dementsprechend stiegen die Verbraucherpreise 1990 um 18,4 Prozent, was vor allem auf die Beseitigung der negativen Umsatzsteuer im Juli und die Entwertung der Krone im Herbst zurückzuführen war. Der Anstieg um 53,6 Prozent 1991 und der geringe Anstieg in der ersten Hälfte des Jahres 1992 hatte wiederum mit der Liberalisierung von 85 Prozent der Preise am 1. Jänner 1991 und 10 Prozent der Preise im Rest des

---

<sup>306</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 76

<sup>307</sup> Dyba, *Stabilization and Transition in Czechoslovakia*. 101

<sup>308</sup> Franz X. Keilhofer, *Wirtschaftliche Transformation in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik. Das ORDO-liberale Konzept der Wettbewerbsordnung und seine Bedeutung für die wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa (Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen Band 51, Stuttgart [u.a.] 1995)* 334

<sup>309</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 92

Jahres und im darauffolgenden Jahr, zu tun. Zwischen Juli und Oktober wurde dann Preisstabilität erreicht und offizielle Stellen erwarteten für 1992 eine 10- bis 12-prozentige Inflationsrate.<sup>310</sup>

Von der sozialpolitischen Seite her, ging man die Problematik des teurer gewordenen Alltags insofern an, als dass die Höchstpreise für Nahrungsmittel beschränkt wurden. Außerdem wurde jeder tschechoslowakische Staatsbürger mit monatlich 140 Kronen für die Preissteigerungen entschädigt,<sup>311</sup> wobei diese Kompensation vor allem mit den Preissteigerungen vom Juli 1990 zusammenhing. Die 1991er-Steigerungen fanden dann allerdings in einem Kontext statt, in dem die Löhne streng reguliert waren.<sup>312</sup> Zunächst als Antiinflationsmaßnahme vorgesehen, welche bis 1992 wieder abgeschafft werden sollte, wurden die Lohnkontrollen schließlich bis 1995 beibehalten.<sup>313</sup> Zu dieser schwierigen Situation kam noch hinzu, dass die Lebenshaltungskosten 1991 gegenüber dem Vorjahr um 60 Prozent angestiegen waren und für den größten Teil der Bevölkerung keine Einkommensanpassung erfolgt war.<sup>314</sup> Anfang 1992 begannen die Löhne, nach dem scharfen Absturz von 1991, wieder anzusteigen. In Polen fielen die Reallöhne dagegen bis 1993.<sup>315</sup>

Der Preisschock von 1991 wirkte sich in der industriellen Produktion bis Ende 1992 mit einem Verlust von 23, 1 Prozent aus. Besonders nach der Liberalisierung der Preise war von der Seite der Haushalte nur noch eine sehr beschränkte Nachfrage vorhanden und der Zusammenbruch des Intra-RGW-Handels, sowie die Zahlungsunfähigkeit vieler Betriebe, taten ihr Übriges zur Verschlechterung der Lage. Das Bruttoinlandsprodukt fiel zwischen 1990 und 1991 um 15, 9 Prozent, konnte sich aber im darauffolgenden Jahr etwas erholen.<sup>316</sup> Nach der Auflösung der Föderation war dann zumindest die tschechische Wachstumsrate des BIP nur noch leicht negativ.<sup>317</sup>

In Bezug auf den Handel stellte der Faktor RGW einen externen Schock dar. Außerdem führte der Wechsel zu Weltmarktpreisen, der am 1. Jänner 1991 erfolgt war, während der ersten drei Viertel des Jahres zur Verschlechterung der Handelsbedingungen.<sup>318</sup> Zumindest der Außenhandel der OSZE-Länder mit der Tschechoslowakei stieg zwischen 1990 und 1992 jedoch um 200 Prozent an. Eine weitere positive Entwicklung betraf außerdem den Wachstum des privaten Sektors, welcher 1992 bereits einen knapp 20-prozentigen Anteil am tschechischen BIP ausmachte.<sup>319</sup>

Trotz der mit der Transformation verbundenen Schwierigkeiten konnte außerdem die Außenschuld in der ersten Hälfte des Jahres 1992 stabil gehalten werden. Auch das Haushaltsdefizit konnte unter Kontrolle gehalten werden, sodass sich bis Ende 1991 nur ein kleines Defizit aufgebaut

---

<sup>310</sup> Dyba, *Stabilization and Transition in Czechoslovakia*. 109

<sup>311</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 92

<sup>312</sup> Dyba, *Stabilization and Transition in Czechoslovakia*. 109

<sup>313</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 75

<sup>314</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 92

<sup>315</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 75

<sup>316</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 118 f.

<sup>317</sup> Keilhofer, *Wirtschaftliche Transformation*. 335

<sup>318</sup> Dyba, *Stabilization and Transition in Czechoslovakia*. 104

<sup>319</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 118 f.

hatte. Die Entwicklung war dennoch bedenklich, da die frühen Überschüsse auf die gute Performance der Unternehmen und Ertragssteuern zurückzuführen waren. Die Unternehmensprofite begannen jedoch bald zu sinken und die Ausgaben für Gesundheit und Bildung anzusteigen, sodass die staatlichen Ausgaben bald die Einnahmen zu überwiegen begannen.<sup>320</sup>

Während die Gesamtbeschäftigung im Industriesektor der ČSSR bis Mitte 1992 um 25 Prozent zurückging, konnten viele dieser zumindest kurzzeitig Arbeitslosen eine Aufnahme im Privatsektor finden. Besonders während des Krisenjahres 1991 kam es zu einem starken Ansteigen der Selbstständigen, die bevorzugt in Industrie und Handel tätig wurden. Insgesamt gesehen erreichte die Arbeitslosenquote jedoch bereits 1991 mit nur 4,1 Prozent ihre Spitze. Nur ein Jahr später lag diese wieder bei 2,6 Prozent. Diese Zahlen waren jedoch für die slowakische Teilrepublik 3- bzw. 4-mal so hoch.<sup>321</sup>

Schon im Laufe der ersten Reformjahre wurde die Herausbildung einer Zweiklassengesellschaft immer deutlicher. Die Höhe der Einbrüche im Lebensstandard der Bevölkerung waren sowohl von der Regierung als auch von westlichen Experten klar unterschätzt worden. In Reaktion auf diese Entwicklung kam es 1993 im Rahmen der neuen Sozialgesetzgebung unter anderem zur Einführung einer sozialen Fürsorge.<sup>322</sup> Die Reformierung des Bildungs- und Erziehungswesens, sowie die Einführung eines neuen sozialen Sicherungsnetzes, sollten dabei helfen die negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung abzumildern, doch entstanden durch diese teilweise auch neue Problematiken. Beispielsweise kam es durch Regionalisierung und Dezentralisierung des Bildungswesens, die Zulassung kirchlicher und privater Schulen und das Absinken des Bildungsniveaus in staatlichen Schulen, zur Herausbildung einer Zweiklassenbildungsgesellschaft.<sup>323</sup>

Trotz deren vergleichsweise beschränkter Größenordnung, gewannen außerdem auch die ausländischen Direktinvestitionen eine langfristige Bedeutung, indem oft einseitig bestimmte Branchen und Regionen gefördert wurden. Dies traf einerseits auf die Konzentration der Investitionen im Handel zu, was mit geringer Kapitalausstattung und der Schaffung von nur wenigen Arbeitsplätzen in Zusammenhang stand, und andererseits auf das regionale Gefälle Prag-Slowakei. Während viele Investitionen in Tschechien und eben besonders in Prag erfolgten, konnte die Slowakei nur einen geringen Anteil des ausländischen Kapitals auf sich vereinigen. Außerdem wurden hier durch Produktionseinbrüche in der Landwirtschaft und durch die Konversion der Rüstungsindustrie besonders im sozialen Bereich große Probleme verursacht.<sup>324</sup>

Sofern die Entwicklung der Unternehmen in der Transformation betroffen ist, so muss auf das starke Ansteigen der Schulden zwischen diesen hingewiesen werden. Während diese Ende 1990 8,4

---

<sup>320</sup> Dyba, Stabilization and Transition in Czechoslovakia. 102

<sup>321</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 120

<sup>322</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 122-124

<sup>323</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 107

<sup>324</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 143

Prozent der im Gesamten an Unternehmen vergebenen Kredite ausmachten, stieg diese Zahl bis Ende 1991 auf über 28 Prozent, was eine Belastung für den Staat und die Banken darstellte. Gleichzeitig erklärt sich dadurch aber auch, dass es trotz der externen Schocks und der restriktiven makroökonomischen Politik, kaum zum Bankrott staatlicher Unternehmen gekommen war. Die Regierung teilte den Banken aus den zu erwartenden Einnahmen aus der Privatisierung zusätzliche Mittel zu, welche vor allem dazu gedacht waren, die Kapitalisierung der Banken zu erhöhen und teilweise auch dazu, vielversprechende Unternehmen zu stützen.<sup>325</sup>

Es wurde bei der Beschreibung des Reformverlaufs in Polen bereits auf Bedenken hingewiesen, die gegenüber den *Privatization Investment Funds* (IPFs) bestanden. Dyba und Svejnar wiesen schon Anfang 1992 auf die mangelnde Regulierung und Kontrolle dieser Fonds hin. Diese waren schnell in großer Zahl entstanden, da die Gründungshürden eher gering waren. Während einige Teil seriöser Organisationen, wie etwa von Banken, waren, handelte es sich bei anderen um sogenannte „fly-by-night organizations“, also eher zweifelhafte, z.B. finanziell nicht fundierte Organisationen. Diesbezügliche Bedenken sind auch deshalb wichtig, da nur 28 Prozent der Coupon-Punkte direkt von Individuen investiert wurden, während der Rest der Punkte von 43 IPFs eingesetzt wurden, um im Auftrag verschiedener Investoren um Unternehmensanteile mitzubieten. Anfang Jänner 1992 garantierte eine Reihe von IPFs den Käufern der Coupon-Hefte, am Ende des Jahres das Mehrfache des Wertes ausbezahlen. Innerhalb weniger Wochen hatten nicht mehr „nur“ 1,5 Millionen, sondern 8,5 Millionen Personen Hefte erworben. Den Fonds wurde schon bald klar, dass der Wert der Hefte unter den neuen Umständen geringer als erwartet ausfiel, sodass einige schon früh das Handtuch warfen. Erst 1992 kam es schließlich zur Verabschiedung eines Gesetzes zur Regulierung der Fonds. Die große Bedeutung der Massenprivatisierung blieb dennoch in mehrerer Hinsicht problematisch. Sowohl die sehr breite Verteilung der Eigentümerschaft, als auch unzureichende Unternehmensführung, welche inhärente Merkmale dieser Privatisierungsmethode waren, sind in diesem Zusammenhang zu nennen.<sup>326</sup> Hinzu kommt noch, dass dem staatlichen Budget im Rahmen dieser Methode keine Ressourcen zugeführt wurden.<sup>327</sup> Schon während der ersten Privatisierungswelle wurde klar, dass die kaum regulierten IPFs für Betrug anfällig waren, als große Summen zum Vorteil einiger Weniger außer Landes geschafft wurden. Die Fonds waren außerdem oft im Besitz staatlicher Unternehmen, wie von Banken und Versicherungsgesellschaften, sodass „Webs of cross-ownership...“ entstanden, welche sich unter anderem durch ihre Intransparenz auszeichneten.<sup>328</sup>

Nach einigen Jahren wurde klar, dass die Performance vieler der, durch die Coupon-Privatisierung transformierten Firmen, enttäuschend war. Heute ist weithin anerkannt, dass diese Methode der Privatisierung nur bedingt für mehr Effizienz sorgt und gleichzeitig neue Probleme

---

<sup>325</sup> Dyba, *Stabilization and Transition in Czechoslovakia*. 112 f.

<sup>326</sup> Dyba, *Stabilization and Transition in Czechoslovakia*. 114-116

<sup>327</sup> Careja, *Policy Coherence and Economic Reforms*. 69

<sup>328</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 104

verursacht. Gleichzeitig zeigt sich hier auch, dass die Stabilität eines Transformationsprozesses eben auch dazu führen kann, dass fehlerhafte Politiken lange nicht korrigiert werden. Des Weiteren kann Stabilität die Entwicklung korrupter Netzwerke erleichtern und „reform learning“ verhindern.<sup>329</sup>

Klaus' Medienstrategie, welche antikommunistische und antilinke Rhetorik beinhaltete, sorgte dafür, dass die frühen Privatisierungsskandale der öffentlichen Überprüfung entgingen. Hinzu kam, dass die justizielle Kontrolle praktisch nicht vorhanden war. Nur das Oberste Kontrollbüro (NKU) hätte den Privatisierungsprozess theoretisch überwachen können, dieses war jedoch abhängig von der Regierung. Weitere Faktoren, die der Korruption freien Lauf ließen und Reformfehler unkorrigiert ließen, waren ein schwaches Parlament und mangelhafter Journalismus.

Erst während des Jahres 1994, als die zweite Welle der Massenprivatisierung bereits im Gange war, begannen Korruptionsskandale auf höchster Ebene aufgedeckt zu werden. Im Zusammenhang mit dem Lízner-Skandal, kamen die Bemühungen korrupter Geschäftsleute ans Licht, den Privatisierungsprozess zu beeinflussen. In diese Vorgänge war eine beträchtliche Anzahl von ehemaligen und amtierenden Regierungsbeamten involviert und es besteht die Möglichkeit, dass die Beeinflussung des Werts von Aktien die übliche Praxis darstellte. Selbst Klaus stand in diesem Zusammenhang unter Verdacht.<sup>330</sup>

1995 führten dessen Versuche, den Wohlfahrtsstaat und das System von korporatistisch geregelten Arbeitsbeziehungen in seinem Sinne zu reformieren, zum Konflikt mit den Gewerkschaften, zu Arbeiterunruhen und zur Stärkung der Opposition.<sup>331</sup> Ein diesbezüglicher Fall war zum Beispiel die fehlgeschlagene Privatisierung des Gesundheitsversicherungssystems.<sup>332</sup> Schon die Skandale von 1994 hatten eine deutliche Schwächung der öffentlichen Unterstützung für den Privatisierungsprozess zur Folge gehabt, doch erst die Wirtschafts- und Bankenkrise von 1996, die unzureichende Reaktion der Klaus-Regierung darauf und das Bekanntwerden weiterer Privatisierungsskandale in Klaus' Demokratischer Bürgerpartei (ODS), beendeten Ende 1997 die Ära Klaus. Erst jetzt konnten dringend notwendige Maßnahmen, wie die Bankenprivatisierung und die Einführung adäquater Kontrollmechanismen erfolgen. Auch die Einrichtung einer Kommission zur Überwachung des zutiefst korrupten Wertpapiermarktes, war seit langem überfällig.<sup>333</sup> Die Sorgen um den Mangel an Transparenz und dysfunktionale bzw. fehlende Kontrollen im tschechischen Kapitalmarkt, welche auch von internationaler Seite zur Sprache gebracht wurden, wurden lange ignoriert. Klaus lehnte entsprechende Eingriffe, mit Verweis auf angebliche Überregulierung und übermäßige staatliche Intervention, ab.<sup>334</sup>

---

<sup>329</sup> Orenstein, Out of the Red. 99 f.

<sup>330</sup> Orenstein, Out of the Red. 105-109

<sup>331</sup> Orenstein, Out of the Red. 63 f.

<sup>332</sup> Orenstein, Out of the Red. 87

<sup>333</sup> Orenstein, Out of the Red. 109-111

<sup>334</sup> Orenstein, Out of the Red. 105

Der Zusammenbruch des tschechischen Reformprojekts, wurde manchmal mit der großzügigen Sozialpolitik in Verbindung gebracht. Es wird jedoch für den tschechischen Fall oft argumentiert, dass die Transformation sowohl neoliberale als auch sozialpolitische Ansätze beinhaltete, die über ihre Ziele hinausschossen. Letzteres beinhaltete etwa die übermäßige Verhinderung von Unternehmensbankrotten. Ein weiterer Faktor, der nun so gar nicht in den Schock-Gradualismus-Dualismus passen will, war der wirtschaftliche Nationalismus, in dessen Rahmen besonders tschechische Unternehmen bevorzugt wurden.<sup>335</sup>

### **3.2.4. Vergleichende Zusammenfassung**

Beide Länder waren zunächst von gewissen grundlegenden Gemeinsamkeiten des realsozialistischen Systems geprägt, Polen hatte allerdings schon während der letztendlich gescheiterten Reformen der 70er und 80er mit sichtbaren wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten zu kämpfen. In Polen blieben jedoch auch nach der Verhängung des Kriegsrechts Reformanhänger am Ruder, während in der ČSSR nach 1968 eine „Normalisierung“ unter konservativen Vorzeichen einsetzte, die erst von der Perestroika gestört wurde.

Dementsprechend durchlief Polen, ähnlich wie Ungarn, eine eher evolutionäre Übergangsphase, welche im Rahmen des „Runder Tisch“-Abkommens vom April 1989 beendet wurde und zu radikalen wirtschaftlichen und graduellen politischen Reformen führte. Dieses Verhältnis war im tschechoslowakischen Fall umgekehrt. Hier wurde das reformunwillige orthodoxe Regime durch Massendemonstrationen hinweggefegt. Die wirtschaftlichen Reformen wurden laut Juchler, im Gegensatz zur Umwandlung des politischen Systems, etwas zögerlich angegangen.<sup>336</sup>

Bei den wirtschaftlichen Reformen zeigen sich die Unterschiede vor allem bei der „großen“ Privatisierung. Polen bevorzugte traditionelle Methoden, wie Direktverkauf, Auktionen, Emissionen von Aktien und den Verkauf an Management und Beschäftigte. Im kleineren Nachbarland verließ man sich dagegen auf die Massen- bzw. Coupon-Privatisierung, welche schneller wirksam wurde und politisch profitabler war. Deren erste Phase war im Winter 1993 abgeschlossen. In Polen dagegen, welches nur beschränkt auf diese Form der Privatisierung zurückgegriffen hatte, ging der Privatisierungsprozess im Vergleich eher stockend voran.<sup>337</sup>

Beide Länder durchliefen eine schwere Anpassungskrise, welche stärker als erwartet ausfiel. Diese beinhaltete einen Wachstumseinbruch und große Reallohnverluste. Die ČSSR hatte jedoch aufgrund der besseren Ausgangslage und des geringeren sozialen Drucks vergleichsweise geringe Inflations- und Budgetprobleme. Polen schaffte es zwar schon 1992, und damit vor der

---

<sup>335</sup> Orenstein, Out of the Red. 63

<sup>336</sup> Juchler, Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens. 330-332

<sup>337</sup> Juchler, Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens. 333

Tschechoslowakei, wieder positives Wachstum zu erreichen, die Arbeitslosenrate lag jedoch Ende dieses Jahres bei 14 Prozent im Vergleich zu nur 5 Prozent. Diese interessanten Unterschiede lassen sich einerseits auf den um etwa ein Jahr verschobenen Beginn der meisten Reformen zurückführen und andererseits auf die durch die Trennung entstandenen Probleme. Die Regierung verfolgte jedoch, entgegen der neoliberalen Rhetorik mancher der zentralen Akteure, wie besonders Václav Klaus‘, nur teilweise einen radikalen Reformkurs. Am ehesten traf dies noch für die Währungs- und Haushaltspolitik zu. Dass an einem stabilen Wechselkurs festgehalten wurde, obwohl ein inflationärer Aufwertungseffekt einsetzte, verschlechterte jedoch die Exportbedingungen und behinderte das Wirtschaftswachstum. In diesen Bereichen war Polen flexibler, wie es sich in der Aufgabe des festen Wechselkurses im Mai 1991 oder der defizitären Budgetpolitik, zeigte. In der Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik, sowie bei der Unternehmensrestrukturierung, verfolgte Polen dagegen einen härteren Kurs als die Tschechoslowakei, wo die Sozialpartner schon früh in die Reformen miteinbezogen wurden.<sup>338</sup> Wie in Bezug auf den tschechoslowakischen Reformkompromiss ja schon beschrieben wurde, so hatte Klaus jene Teile seines Reformprogramms gerettet, welche ihm am wichtigsten waren. Dementsprechend macht es Sinn, davon auszugehen, dass Klaus in Bezug auf die strikte Antiinflationpolitik, sowie die radikale Preisliberalisierung und Privatisierung, eher unflexibel war.<sup>339</sup>

Im Kontext der tschechischen Massenprivatisierung wurde die Restrukturierung in vielen Fällen hinausgeschoben, während in Polen nur gut organisierte Branchen die Umgestaltung verzögern konnten. Damit blieben in Polen die Lohnsteigerungen geringer und stieg die Produktivität stärker an, was die Wettbewerbssituation verbesserte. Allerdings waren die sozialen Kosten der Transformation in Tschechien geringer. Tatsächlich blieb die Arbeitslosenquote auch nach dem hier untersuchten Zeitraum gering.<sup>340</sup> Ende 1993 lag die Arbeitslosigkeit in Polen bei 15,7 Prozent und in der Tschechischen Republik bei 3,5 Prozent.<sup>341</sup>

Die Einkommensungleichheit stieg in beiden Ländern stark an, die Armutsrate blieb jedoch in der Tschechischen Republik vergleichsweise gering, wohingegen die diesbezüglich schlechtere polnische Situation deutlich instabiler war, wodurch die Konfliktaustragung schnell in mehr oder weniger große Streiks abdriftete.<sup>342</sup>

Zusammen mit der populären Massenprivatisierung und der Vermeidung eines technokratischen Reformzugangs, gelang es in Tschechien, die breite Unterstützung der Bevölkerung zu mobilisieren. Die neoliberale Rhetorik Klaus‘ überdeckte dabei die umfassende soziale Komponente der reformierten tschechoslowakischen Wirtschaft, welche in der frühen Phase der Reformen

---

<sup>338</sup> Juchler, Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens. 333-335

<sup>339</sup> Orenstein, Out of the Red. 70f .

<sup>340</sup> Juchler, Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens. 333-335

<sup>341</sup> Stanisława Golinowska, Andrzej Ochocki, Reforms and Social Conditions in Central and Eastern Europe 1989-1993. In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance (Frankfurt/Main 1995) 281-284

<sup>342</sup> Juchler, Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens. 333-335

eingeführt worden war. Nach der Trennung von der Slowakei 1992, begann Klaus damit, Tschechien in eine stärker marktorientierte Richtung zu bewegen. Diese teilweise erfolgreiche Politik, vor allem aber die ab 1996 einsetzende Krise, führten 1997 zum Rücktritt Klaus'.<sup>343</sup>

Insofern die grundlegenden volkswirtschaftlichen Indikatoren betroffen sind, so war der Rückgang des BIP von 1989-1993 in Polen mit 15 Prozent etwas geringer, als in der Tschechischen Republik mit 21 Prozent. Beide Länder konnten sich, zusammen mit Ungarn, aber immer noch mehr oder weniger eindeutig von den anderen Reformländern absetzen. In Polen wurden außerdem Zeichen der wirtschaftlichen Erholung schon 1992 und damit früher als in den Vergleichsländern sichtbar.

In Bezug auf die Inflation bestanden in Polen einige Zeit Befürchtungen, dass es zur Hyperinflation kommen könnte und 1990 lag die Inflation bei knapp 600 Prozent. Diese konnte aber unter Kontrolle gebracht werden. In Tschechien und der Slowakei dagegen, stieg die Inflation nur langsam und die jährliche Inflationsrate lag 1993 bei 20 Prozent. Ende desselben Jahres war die gesamtwirtschaftliche Lage Tschechiens besser, als in den anderen ostmitteleuropäischen Ländern und auch der Fall der Löhne erfolgte langsamer.<sup>344</sup>

Der Anteil der öffentlichen Sozialausgaben am BIP nahm in der Region zu, obwohl dieses dort überall im Sinken begriffen war. Die Ausgaben waren dazu gedacht, die Härten der sich verschlechternden Lage abzufedern. Der geringste Anstieg war dabei in der Tschechoslowakei festzustellen, wo die Ausgaben schon vor 1989 relativ hoch waren.<sup>345</sup>

Da die postkommunistischen Länder verschiedene Standards für eine Fixierung des sozialen Minimums heranzogen, werden hier die Standards des MONEE-Projekts verwendet. In dessen Rahmen wurde davon ausgegangen, dass 45 Prozent der Kaufkraft eines 1989er-Durchschnittslohns, unter dem sozialen Minimum liegt. Wiederum davon ausgehend, lebten 1991 in Polen 38,8 Prozent der Bevölkerung unter dieser Linie und im tschechischen Teil der ČSSR 21,3 Prozent, wobei sich diese Werte, ausgehend von 1989, in beiden Ländern verdoppelt hatten.<sup>346</sup>

Der Gini-Koeffizient, welcher die Ungleichheit in der Einkommensverteilung misst, lag zwischen 1989 und 1993 bei 0,4-0,54 für ein typisches westliches Land, während dieser für Ostmitteleuropa 0,2-0,3 betrug. Die Ungleichheit war in dieser Region im Schnitt also deutlich niedriger. Während dieser Koeffizient in Tschechien bis 1992 im Fallen begriffen war, hatten in Polen neun von zehn Dezilen der Bevölkerung an Einkommen verloren, während nur das zehnte Dezil hier stark gewonnen hatte. Die tschechische Entwicklung erklärt sich durch die effiziente Lohnkontrolle, die hohe Besteuerung der Einkommen und den kleinen Privatsektor, während bezüglich Polen auf die hohe Arbeitslosigkeit und den starken Fall der Löhne verwiesen werden muss.<sup>347</sup>

---

<sup>343</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 62 f.

<sup>344</sup> Golinowska, *Reforms and Social Conditions*. 281-284

<sup>345</sup> Golinowska, *Reforms and Social Conditions*. 284 f.

<sup>346</sup> Golinowska, *Reforms and Social Conditions*. 287 f.

<sup>347</sup> Golinowska, *Reforms and Social Conditions*. 290 f.

## 4. Die Reformdebatte in Polen und der Tschechoslowakei/Tschechien von 1989-1997

### 4.1. Leitbegriffe der Reformdebatte

#### 4.1.1. Theorie, Strategie und Politik – Neoklassisch, Radikal, Neoliberal ?

Andreas Pickels Einteilung der beiden wichtigsten Positionen im Reformdiskurs, soll zu Beginn dieses Kapitels helfen, den Überblick zu bewahren. Die jeweilige theoretische Basis bildeten neoklassische bzw. evolutionäre Konzepte, während sich strategisch gesehen die Schocktherapie und der Gradualismus gegenüberstanden. Politisch-ideologisch wiederum, waren die beiden Hauptströmungen, denen die Reformakteure anhängen, neoliberal bzw. sozial-demokratisch geprägt. Hierbei handelt es sich natürlich lediglich um Idealtypen.<sup>348</sup>

Im Folgenden wird genauer auf die Spezifika dieses Dualismus und damit auch auf die Gründe eingegangen, welche die oftmalige Wahl einer radikalen Reformstrategie, wie sie in Polen und der Tschechoslowakei erfolgte, bedingten. Es ist hervorzuheben, dass die Vertreter des Gradualismus, anders als die „Big Banger“, keinen Katalog von zu ergreifenden Politikmaßnahmen bereitstellen konnten. Dies lässt sich auf theoretische Annahmen und normative Grundsätze zurückführen. Letzteres betraf etwa die Zurückweisung des Laissez-faire-Kapitalismus. Trotz solcher Unstimmigkeiten bestand in Bezug auf viele Problemstellungen ein weitgehender Konsens.<sup>349</sup> Es hakte eher an grundlegend unterschiedlichen Einstellungen in sozialen und psychologischen Fragen. Dies betrifft zum Beispiel Fragen sozialer Gerechtigkeit und unterschiedliche Anschauungen betreffend die menschliche Fähigkeit, sich an externe Stimuli anzupassen.<sup>350</sup> Ebenso war der übermäßige Glaube an die vorrangige Rolle von Marktkräften, ein wesentlicher Konfliktpunkt.<sup>351</sup> Vor allem betonte man die zu erwartenden hohen Kosten der Reformen auf der gemäßigten Seite stärker und es wurde ein langsamerer, selektiverer, sequenzierter Zugang, vertreten. Die Logik dabei war, dass die rapide institutionelle Transformierung, zu wirtschaftlichen Problemen und politischen Konflikten, führen würde. Dementsprechend würden sich die Reformer dazu gezwungen sehen, Reformen abubrechen oder rückgängig zu machen und folglich an Glaubwürdigkeit einbüßen. Die gradualistische Position betonte die Bedeutung von sozialem Wissen und begrüßte, im Gegensatz zu ihrem Gegenüber, die Rolle, welche der demokratische Prozess in der Transformation spielte.<sup>352</sup>

---

<sup>348</sup> Pickel, Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities. 222 f.

<sup>349</sup> Pickel, Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities. 226

<sup>350</sup> Smith, Shock Therapy or Gradualism? 692

<sup>351</sup> Smith, Shock Therapy or Gradualism? 696

<sup>352</sup> Pickel, Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities. 226

Pickel gibt jedoch zu bedenken, dass Punkte, welche man einer theoretischen Position positiv anrechnen kann, den Anforderungen einer Reformstrategie widersprechen können. Denn politisches Handeln erfordert eine Vereinfachung der Realität und die Reduzierung des zugrundeliegenden Konzepts auf einige wenige Variablen. Die gradualistische Sicht war von der Komplexität und den Unvorhersehbarkeiten des Reformprozesses geprägt, die radikalen Reformer auf der anderen Seite konnten einen konkreten Reformplan anbieten. Die aus politischen Gründen notwendigen Vereinfachungen, wurden unter anderem durch das Argument gerechtfertigt, dass die Konsequenzen der Reformen ohnehin nur bis zu einem gewissen Grad voraussehbar seien. Während die Schockstrategie dadurch aus der politischen Perspektive attraktiver war, so sagt dieser Umstand noch nichts über deren Realisierbarkeit aus. Tatsächlich wurden die Transformationsprojekte in den postkommunistischen Ländern, lange vor Erreichen ihrer Zielvorgaben, durch unvorhergesehene Konsequenzen von ihrem Pfad abgebracht. Allerdings zeigt sich am Beispiel ähnlicher Transformationsprogramme in den lateinamerikanischen Ländern, dass auch andere Reformkonstellationen zum Misserfolg führen konnten.<sup>353</sup>

Eine weitere Problemstellung betrifft die Frage der Anwendbarkeit. Die Anwendung der radikalen Strategie im ostmitteleuropäischen, postkommunistischen Kontext stellte praktisch die Ausweitung einer für „Dritte Welt“-Länder entwickelten Strategie dar. Man kann also berechtigte Zweifel vorbringen, ob diese Übertragung, angesichts der länderspezifischen Umstände, angebracht war. Des Weiteren müssen die Unterschiede innerhalb des ehemaligen Ostblocks bedacht werden. Man sah sich in der Tschechischen Republik und in Polen einer politischen Kultur gegenüber, welche rapide Reformen ermöglichte. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Implementierung in anderen Ländern, wie in Russland, aufgrund schlechter Ausgangsbedingungen möglicherweise von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Paradoxerweise könnten positive Ausgangsbedingungen, wie sie in der Tschechoslowakei vorherrschten, einen radikalen Zugang unnötig machen, während dessen Anwendung in einem Land wie Russland notwendig, aber kaum durchführbar war.<sup>354</sup>

Bezeichnenderweise stellt Phillips für den Kontext internationaler Finanzhilfe eine ähnliche Problemstellung fest. Zwischen dieser Hilfe und dem Wirtschaftswachstum besteht nämlich oft eine negative Korrelation. In Ländern mit funktionierenden Institutionen und guter Wirtschaftspolitik ist die Hilfe dagegen durchaus effektiv. Unglücklicherweise sind es aber meist gerade die Länder, welche diese Bedingungen erfüllen, die Länder, die die Hilfe weniger dringend brauchen als die Länder, die dies nicht tun. Erste tendieren nämlich ohnehin dazu „...to use *all* their resources more efficiently.“ und in solchen Ländern bestehen meist auch in kultureller und sozialer Hinsicht Bedingungen, welche Wirtschaftswachstum fördern.<sup>355</sup>

---

<sup>353</sup> Pickel, *Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities*. 226 f.

<sup>354</sup> Pickel, *Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities*. 227 f.

<sup>355</sup> Phillips, *Reforming the World Bank*. xii f.

Die Transformation beruhte also in den meisten Ländern zunächst auf der neoklassischen Basis.<sup>356</sup> Genauer gesagt wurde diese oft von der Schocktherapie dominiert, welche sich wiederum der neoklassischen marginalistischen Wirtschaftsanalyse bediente.<sup>357</sup> Dies bedeutet, dass die Literatur zwischen 1989 und 1994, hauptsächlich von makro- und mikroökonomische Standardfragen, wie Stabilisierung und Privatisierung, dominiert war. Institutionellen, verwaltungstechnischen und organisatorischen Fragen wurde dagegen nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt,<sup>358</sup> was eine der wesentlichen Verfehlungen der Schocktherapie darstellt. Zum Teil lassen sich diese Lücken in der Herangehensweise aber auch darauf zurückführen, dass man sich in den Wirtschaftswissenschaften vor 1989 weit stärker mit quantitativer als mit struktureller Wirtschaftspolitik beschäftigt hatte.<sup>359</sup> Eine entscheidende Tatsache findet sich hier bereits angedeutet: Neoklassische Volkswirtschaftslehre ist keine Theorie, die die Transformation eines Systems zum Objekt hat; Douglass North zufolge ist sie nicht einmal eine Theorie wirtschaftlichen Wandels. Bedenkt man dies, kann es nicht mehr besonders überraschen,<sup>360</sup> dass während der Transformation in vielen Ländern Probleme auftauchten bzw. für auftauchende Probleme dann keine passenden Lösungsansätze vorhanden waren.<sup>361</sup> Laut Careja habe das neoliberale Paradigma keine klare Beschreibung darüber enthalten, wie die verschiedenen Reformelemente miteinander interagieren. Es manifestierte sich vielmehr in der Setzung von politischen Handlungen, mit dem Ziel bestimmte wirtschaftliche Vorstellungen zu verwirklichen.<sup>362</sup>

Die starke Bedeutung der mathematisch und statistisch gestützten Auseinandersetzung mit ökonomischen Szenarien macht die teilweise sehr unbewegliche Haltung mancher Neoliberaler verständlicher. Wie Smith beschreibt, gingen zumindest deren radikaleren Vertreter davon aus, dass es lediglich ein einziges korrektes Reformszenario geben könne. Kritik wurde nicht selten der angeblich mangelnden Befähigung ihrer Ökonomen-Kollegen zugeschrieben. Die Kenntnis des Kontextes lässt die Annahme zu, dass sich hier, zumindest als Teilaspekt, differierende Ansichten über die Zentralität mathematischer Methoden, ausgedrückt finden. Wie bereits ausführlich beschrieben wurde, muss aber auch bedacht werden, dass die Gemäßigten, wie etwa im Fall der Tschechoslowakei, keinen überzeugenden, umfassenden und kohärenten Plan, bereitstellen konnten.<sup>363</sup>

Nicht selten ging man während der ersten Jahre der Transformation davon aus, dass sich individuelles Verhalten und informelle Strukturen schnell an neu etablierte Institutionen anpassen würden. Diese Annahme wurde jedoch gemacht, ohne sich ausreichend mit dem soziologischen,

---

<sup>356</sup> Aligica, *The neoliberal revolution in Eastern Europe*. 217 f.

<sup>357</sup> Marangos, *The Political Economy of Shock Therapy*. 43

<sup>358</sup> Aligica, *The neoliberal revolution in Eastern Europe*. 217 f.

<sup>359</sup> Aligica, *The neoliberal revolution in Eastern Europe*. 207

<sup>360</sup> Pickel, *Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities*. 224

<sup>361</sup> Pickel, *Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities*. 231

<sup>362</sup> Careja, *Policy Coherence and Economic Reforms*. 29

<sup>363</sup> Smith, *Shock Therapy or Gradualism?* 700

kulturellen und historischen Kontext beschäftigt zu haben.<sup>364</sup> Wie auch Jan Winiecki bemerkte, war die neoklassische Theorie alleine zur erfolgreichen Durchführung der Transformationen nicht ausreichend. Darüber hinaus wäre auch die ernsthafte Beschäftigung mit der teilweisen Kontinuität von Elementen der kommunistischen Systeme notwendig gewesen.<sup>365</sup>

In Polen spricht gerade die technokratisch geprägte Implementierung der Reformen, durch ein von demokratischer Politik isoliertes Reformteam, dafür, dass diese Bedenken berechtigt waren. Die Notwendigkeit zur Durchführung des Programms in einem derartigen Kontext, erklärt sich unter anderem durch den Unwillen, sich mit nichtwirtschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen. In der Argumentation der Vertreter eines technokratischen Zugangs, spielte aber eher der Verweis auf, dem Wandel entgegengestellten Interessengruppen, eine wichtige Rolle. Dieser Argumentationsgang war nicht neu, sondern war im westlichen Neoliberalismus schon in ähnlicher Form zur Anwendung gekommen. Der feste Glaube an diese Ideologie war nicht selten vom Glauben an die breite Steigerung des Wohlstandes und die Stabilisierung der jungen Demokratien begleitet, was helfen kann, augenscheinliche Unstimmigkeiten in der Argumentation aufzudröseln.<sup>366</sup>

Przeworski warnte aber schon früh davor, dass die Isolation der Reformer sich wahrscheinlich im sozialen Bereich negativ auswirken würde, glaubte jedoch, dass dies nicht einfach nur zum Sturz der Neoliberalen, sondern auch zu einem unentschlossenen Hin- und Herschwenken, zwischen radikalen und moderateren Reformen und schließlich zum Fall der Demokratie führen würde.<sup>367</sup> Murrell und Poznanski hegten, ebenso wie auch Stark und Bruszt, Zweifel daran, dass die Konstruktion neuer Wirtschaften anhand eines rigiden Entwurfes möglich sei. Stattdessen vertraten diese einen eher evolutionär geprägten Zugang. Aus dieser Perspektive gesehen, hätten die Transformationen einen langen Zeitraum benötigt.<sup>368</sup> Dieser Prozess wird nicht notwendigerweise als Übergang von einem System, zu einem anderen gesehen, sondern als Vorgang mit offenem Ende, welcher mit der Hilfe von kleinteiligen Reformen und vergleichsweise langsam durchgeführt werden sollte. Diese Ansicht erklärt sich daraus, dass man davon ausging, dass Korrekturen notwendig sein würden.<sup>369</sup>

Die Annahme, dass die Transformation im Zeichen radikaler Marktideen erfolgt sei, wird von Aligica und Evans bestritten. Bryan Caplan verweist auf die aus der Theorie stammende Annahme vom Marktversagen, welche der Selbstkritik der Disziplin entstamme. Weiter wird argumentiert, dass

---

<sup>364</sup> Aligica, *The neoliberal revolution in Eastern Europe*. 205

<sup>365</sup> Smith, *Shock Therapy or Gradualism?* 698

<sup>366</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 14 f.

<sup>367</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 17 f.

<sup>368</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 20

<sup>369</sup> Pickel, *Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities*. 224

selbst Befürworter der Vorrangigkeit des Marktes, wie Jeffrey Sachs und Milton Friedman, davon ausgehen würden, dass die Performance des Marktes in vielen Bereichen suboptimal sei.<sup>370</sup>

Marktversagen ist allerdings ein mehrdeutiger Begriff. Zum Beispiel ist er als rein allokativer Effekt definiert, sodass die Bewertung der Verteilung von Wohlstand und Einkommen überhaupt nicht inbegriffen ist.<sup>371</sup> Konzepte, die Marktversagen darin sehen, dass bestimmte normative Vorgaben von Fairness und Gerechtigkeit nicht erfüllt werden,<sup>372</sup> sind wiederum kontrovers. Argumente, welche in diesem Zusammenhang gemacht werden, sind gelinde gesagt problematisch. Es wird etwa darauf hingewiesen, dass der Markt vernünftigerweise nicht für eine gerechte Einkommensverteilung in Anspruch genommen werden könne, sodass er in dieser Hinsicht auch nicht versagen könne.<sup>373</sup> Während also ein hoher Grad an Ungleichheit umgangssprachlich als Marktversagen verstanden wird, sieht die Mainstream-Ökonomie diesen Begriff eher im Zusammenhang mit Ineffizienz.<sup>374</sup> Die beschriebene Ansicht funktioniert aber nur so lange, wie ergänzende Sozialprogramme helfen, die Konsequenzen neoliberaler Transformationsstrategien abzufedern. Dieses war aber im polnischen Kontext kaum vorhanden und die soziale Komponente des tschechoslowakischen Reformprogrammes kam nur aufgrund der schwächeren politischen Position von Klaus' Gruppierung zustande.

Des Weiteren weisen Aligica und Evans auf die Österreichische Schule, als einzige weit rechts stehende Theorie-Richtung, hin. Die Ausrichtung der Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler sei dagegen Mitte-Links.<sup>375</sup> Die weiter oben gemachten Beobachtungen über die polnischen Wirtschaftswissenschaftler, bestätigen die letzte Aussage. Ebenso wurde bereits gezeigt, dass die Reformen in beiden untersuchten Ländern „von oben“ durchgeführt wurden und die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler nicht zu dieser kleinen Elite gehörten. Insofern lässt sich die Vermutung anstellen, dass die Bedeutung dieser Beobachtung für die Reformpraxis eher gering war.

---

<sup>370</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 142 f.

<sup>371</sup> Alan J Auerbach, Martin S. Feldstein (Hg.), Handbook of public economics. Band 3 (o.O. 2002), xiii, [http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite\\_note-13](http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite_note-13), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012; Engelbert Theurl, Hannes Winner, Rupert Sausgruber (Hg.), Kompendium der österreichischen Finanzpolitik (Wien [u.a.] 2002) 37 f., [http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite\\_note-14](http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite_note-14), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>372</sup> Peter Thuy, 50 Jahre Soziale Marktwirtschaft: Anspruch und Wirklichkeit einer ordnungspolitischen Konzeption. In: Martin Leschke (Hg.) [u.a.], ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 49 (o.O. 1998) 281-312, 287, [http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite\\_note-15](http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite_note-15), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>373</sup> Susanne Hartnick, Kontrollprobleme bei Spendenorganisationen: ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und den USA (2007) 53, Fn.8, [http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite\\_note-16](http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite_note-16), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>374</sup> John O. Ledyard, Market Failure. In: Steven N. Durlauf, Lawrence E. Blume, The New Palgrave Dictionary of Economics (2008<sup>2</sup>) [http://en.wikipedia.org/wiki/Market\\_failure#cite\\_note-1](http://en.wikipedia.org/wiki/Market_failure#cite_note-1), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012; Paul Krugman, Robin Wells, Economics. (New York 2006), [http://en.wikipedia.org/wiki/Market\\_failure#cite\\_note-krugman-2](http://en.wikipedia.org/wiki/Market_failure#cite_note-krugman-2), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>375</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 142 f.

Außerdem hat der, seit etwa 1980 entstandene, neue Konsens, der von Aligica und Evans beschworen wird, zu einer Verschiebung der Balance in Richtung einer Laissez-faire Position geführt.<sup>376</sup> Turnovec nennt, zumindest für das Tschechien der ersten Hälfte der 1990er, explizit „...neo-liberal theories...“ als einflussreichste Strömung.<sup>377</sup> Aligicas und Evans‘ Hinweis, dass „...standard neoclassical Western ideas.“ die Basis der wirtschaftlichen Transformation darstellten, kann also wohl als richtig angesehen werden, wobei aber bedacht werden muss, dass der Mainstream zu dieser Zeit zunehmend einen neoliberalen Anstrich erhielt.<sup>378</sup> Hinzu kommt, dass es unter anderem, die vom Mainstream abweichenden Instrumente sind, welche neoliberale Wirtschaftspolitik kennzeichnen. Dies schließt zum Beispiel staatliche Eingriffe, wie im Bereich der Löhne, mit ein.<sup>379</sup>

Damit können also, die hier behandelten wirtschaftlichen Transformationen, als in der Theorie neoklassisch und in der Implementierung neoliberal gesehen werden. Die Grundlagen waren dem neoklassischen Mainstream entnommen, es wurden jedoch Instrumente verwendet, welche die Standardperspektive nicht oder nur beschränkt empfahl. Diese Annahme ist konsistent mit der geringen Bedeutung von Theorie, welche mehrmals aufgezeigt wurde. Sie ist außerdem konsistent mit der Verschiebung, welche im neoklassischen Mainstream stattgefunden hatte. Abweichungen lassen sich jedoch in manchen Fällen wohl eher durch praktische Zwänge der jeweiligen Reformsituation erklären, als als Ausdruck ideologischer Abweichungen vom Mainstream.

#### **4.1.2.Schocktherapie gegen Gradualismus ?**

Schon früh wurden die ersten Bedenken laut, dass die gleichzeitige Reformierung der politischen und der wirtschaftlichen Sphäre dazu führen würde, dass die Reformpolitiker von den Reformverlieren abgewählt und die Transformation entsprechend behindert oder gar gestoppt werden könnte. Von neoliberaler Seite wurde deshalb dafür plädiert, so viele Reformen wie möglich, so schnell wie möglich durchzuführen.<sup>380</sup> Die Notwendigkeit für simultane Reformen wurde auch insofern als notwendig angesehen, ald dass zwischen den verschiedenen Reformelementen viele Interdependenzen existierten. Demzufolge konnte eine Restrukturierung nicht ohne ein effektives Preissystem begonnen werden, dieses konnte nicht ohne eine unbeschränkt umtauschbare Währung existieren, diese war wiederum ohne eine Öffnung der Wirtschaft unmöglich und ohne Restrukturierung wären wiederum die inländischen Unternehmen im neuen internationalen Kontext nicht konkurrenzfähig gewesen.<sup>381</sup>

---

<sup>376</sup> Boettke, The Austrian School of Economics. 452

<sup>377</sup> Turnovec, Economics-Czech Republic. 56

<sup>378</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 75

<sup>379</sup> Orenstein, Out of the Red. 13

<sup>380</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 18

<sup>381</sup> Marangos, The Political Economy of Shock Therapy. 44

Die Vorteile, die in diesem sogenannten „Big Bang“- oder „One Stroke“-Zugang gesehen wurden, drehten sich zum Einen um das Erreichen einer kritischen Masse von privatisierten Unternehmen und den Effizienzgewinn, welchen man sich davon erwartete. Des Weiteren würde dieser Zugang die Glaubwürdigkeit der Reformen stützen, den Gegnern der Reformen keine Zeit zur Organisation und zum Widerstand geben, Spekulation und Hortung verringern und die positiven Auswirkungen schneller spürbar machen.<sup>382</sup> Zusätzlich wurde argumentiert, dass das schnelle Kappen der Verbindungen zum alten System, die Umkehr der Reformen für die Nachfolgeregierungen schwierig machen würde. Ebenso wurde die Isolation der Regierung oder zumindest der Wirtschaftsreformer vorgeschlagen.<sup>383</sup>

Es gab natürlich auch Kritik an diesen Ansichten, was zum Beispiel die Annahme betrifft, dass die genannten Teile der Reformen zeitgleich durchgeführt werden könnten bzw. dass die Auswirkungen von zeitlichen Abweichungen verkraftbar seien. Die Kritik drehte sich um die Sorge, dass der „Big Bang“-Zugang die Interdependenzen der verschiedenen Teile von Reformpaketen nicht berücksichtige. Gradualistische Lösungsansätze legten daher Wert darauf, Minimalreformen so zu gruppieren, dass innerhalb jeder Gruppe starke Interdependenzen bestanden, die Unabhängigkeit zwischen den verschiedenen Reform-Gruppen jedoch gewahrt blieb. Weitere Vorteile, welche der gradualistischen Strategie zugeschrieben werden, sind die Vermeidung allzu hoher Kosten, welche vor allem das Regierungsbudget belasten würden, die Vermeidung einer starken Reduzierung des Lebensstandards, die Möglichkeit von Experimenten und Strategie-Adjustierungen und langsamer, aber stetiger Ansehensgewinn.<sup>384</sup>

Wie bereits gezeigt wurde ist anzuzweifeln, dass auch die Vertreter des Gradualismus von der neoklassischen Theorie als Basis ausgingen. Während angesprochen wurde, dass kaum irgendwelche Reformvorschläge rundweg abgelehnt wurden, so bringen doch einige Meinungsverschiedenheiten ganz grundlegende Unterschiede zum Ausdruck. Dies betrifft zum Beispiel die Zweifel an der Übertragbarkeit des grundlegenden westlichen Marktmodells. Es wird davon ausgegangen, dass es sich bei der neoklassischen Annahme lediglich um ein Ideal handelt, wobei in der Praxis je nach System verschiedene Abweichungen von dieser angenommenen Norm existieren. Pickel geht so weit, zu sagen, dass es angesichts des bereits vorhandenen Wissens über tiefgehenden sozialen Wandel und besonders über post-koloniale Modernisierungserfahrungen, „...dangerously reductionist and simplistic...“ sei, die Installierung westlicher Institutionen in den Mittelpunkt zu stellen.<sup>385</sup> In diesen wenigen Worten finden sich sehr treffend die wichtigsten Vorteile und Nachteile der Schockstrategie, wie sie von Pickel neben den Gradualismus gestellt wird, ausgedrückt. Was politisch wünschenswert ist, muss eben nicht zwangsläufig auch funktionieren.

---

<sup>382</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 75 f.

<sup>383</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 18

<sup>384</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 75-77

<sup>385</sup> Pickel, Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities. 224-226

Die Etablierung des „...common core of market institutions...“ war aber, was oft als Priorität betont wurde. 1990 schreibend, wiesen Sachs und Lipton, die zwei zentralen wirtschaftlichen Berater von Solidarność, auf „...the overwhelming attraction of the Western European example.“ hin. Obwohl auf derselben Seite dieses Textes auf das Variantenreichtum westlicher Modelle hingewiesen wird, wird die diesbezügliche Ausrichtung zunächst zurückgestellt.<sup>386</sup> Dies bedeutete zumindest für die Anfangsphase der Reformen oft, dass die Reformen im Geiste besonders liberaler Modelle erfolgten. Im polnischen Fall etwa, setzte sich die frühe Entscheidung für ein skandinavisches Modell schließlich doch nicht durch.

Was im weiteren Verlauf noch genauer ausgeführt werden wird ist hier bereits gut sichtbar: Die Neigung neoliberal eingestellter Akteure, die wirtschaftliche Reformen in den Mittelpunkt zu stellen und dabei politische und soziale Aspekte weitgehend zu ignorieren. Dabei wirken die Argumente oft seltsam zwiespältig. Die konfliktreiche Implementierung ähnlicher Reformen in Lateinamerika wird zwar angedeutet, der Schluss daraus ist jedoch, trotz der vielfältigen Interpretationsmöglichkeiten, dass Reformen in Ostmitteleuropa, mit „...decisive actions...“ durchgezogen werden müssten.<sup>387</sup>

Die starke Betonung eines hohen Reformtempos in der Rhetorik, hängt also scheinbar mit negativen Erfahrungen zusammen, die man mit den zögerlichen Reformanstrengungen lateinamerikanischer Länder, gemacht hatte.<sup>388</sup> Des Weiteren wird auf die angeblich ungünstige Konstellation aus schwacher Demokratie und wirtschaftlichen Problemen hingewiesen, was zu einer populistischen Reaktion führen würde. Die mögliche Verlangsamung oder gar der Stopp der industriellen Restrukturierung durch Reformverlierer und politischen Populismus wird also angesprochen, jedoch nur als Gefahr und nicht als Anlass, den Reformzugang zu hinterfragen. Versprechen von „...low-cost paths to reform.“, werden ebenso als illusorisch abgetan, wie alternative Zugänge.

Stattdessen wird argumentiert, dass viele Probleme, als auf strukturelle Gründe zurückführbar, fehlinterpretiert würden, wenn die Lösung doch Austerität im makroökonomischen Bereich sei. Radikale Reformen seien auch deswegen zu bevorzugen, da ostmitteleuropäische Bürokratien kaum Erfahrung in marktwirtschaftlichen Belangen hatten. Es sei naiv von diesen zu erwarten, dazu in der Lage zu sein, komplexe neoklassische Theorien in die Praxis umsetzen zu können.<sup>389</sup>

In dieser Aussage deutet sich einerseits das Vertrauen in die ordnende Kraft der Märkte an, andererseits zeigt sich aber auch eine Haltung, welche den beschränkten Nutzen neoklassischer Theorie im Transformationskontext akzeptiert. Es scheint hier jedoch eher von spezifischen Theorien die Rede zu sein, als von den grundlegenden neoklassischen Prämissen, welche im Umwandlungs-

---

<sup>386</sup> Lipton, *Creating a Market Economy in Eastern Europe*. 75

<sup>387</sup> Lipton, *Creating a Market Economy in Eastern Europe*. 75; 87

<sup>388</sup> Pickel, *Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities*. 226 f.

<sup>389</sup> Lipton, *Creating a Market Economy in Eastern Europe*. 87-89

prozess der behandelten Länder offensichtlich präsent waren. Kowalik spricht diese Diskrepanz in Bezug auf Polen insofern an, als dass er auf die Rolle des Washington Consensus als Ersatz-Paradigma hinweist.<sup>390</sup> Entscheidungen über wirtschaftspolitische Fragen folgten oft politischen oder ideologischen Richtlinien, wobei diese natürlich für Polen und die Tschechoslowakei unterschiedlich waren.

Zweifel an der Sinnhaftigkeit des „Big Bang“, wurden auch auf der gradualistischen Seite manchmal mit dem gewaltigen Ausmaß und der hohen Komplexität des Reformpaketes verbunden. In diesem Zusammenhang lässt sich die Vermutung aufstellen, dass die Diskursteilhaber in einigen Fällen aneinander vorbeigeredet haben dürften. Während Sachs die beschränkten Kapazitäten ostmitteleuropäischer Demokratien, als Rechtfertigung für eine simplifizierte Herangehensweise verwendete, diente dieser Umstand auf der anderen Seite als Argument gegen ein zu hohes Tempo.

Ein zentrales Argument betraf außerdem die sozialen Folgen und die Gegenreaktion, wobei kritisiert wurde, dass sich die Neoliberalen über ersteres kaum den Kopf zerbrachen. Des Weiteren sei aufgrund der Betonung von Geschwindigkeit oft aus den Augen verloren worden, dass schnelle Reformen nicht immer möglich bzw. wünschenswert seien.<sup>391</sup>

Auf der anderen Seite wurde dagegen gerne auf begrenzte Reformen hingewiesen, welche angeblich durch die gradualistische Strategie herbeigeführt worden waren,<sup>392</sup> womit wohl auf Länder wie Russland und die Ukraine verwiesen wird. Orenstein weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Gradualismus immer „...somewhat of a straw man, constructed by radical neoliberal theorists...“ gewesen sei. Niemand habe je dafür argumentiert die Wirtschaftsreformen des „Big Bang“ einfach langsam durchzuführen. Vielmehr lasse sich der gradualistische Zugang als vom Institutionalismus beeinflusst sehen.<sup>393</sup>

Der Ton der Debatte war oft unwissenschaftlich und manche Aussagen machen den Eindruck von Schnellschüssen, denen es an Substanz mangelte. Einige der folgenden Aussagen wirken eher wie politisch-ideologische Stellungnahmen, die zum größten Teil durch ideologische Prädispositionen erklärbar sein sollten und/oder an das internationale Publikum gerichtet sind. Lipton und Sachs etwa argumentierten zu Beginn der Transformation in Polen, ...that gradualism was akin to “putting a fire out slowly”<sup>394</sup> Ähnliche Kommentare verglichen die Situation mit einem Abgrund, den man nicht mit zwei Sprüngen überqueren könne.<sup>395</sup> Während diese Metaphern, zumindest in Bezug auf Polen, nicht

---

<sup>390</sup> Kowalik, Economics-Poland. 145

<sup>391</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 19

<sup>392</sup> Gros, Economic Transition in Central and Eastern Europe. 5

<sup>393</sup> Orenstein, Out of the Red. 17

<sup>394</sup> Zeniewski, Neoliberalism, Exogenous Elites. 985 f.

<sup>395</sup> Vladimir Popov, Shock therapy versus gradualism: The end of the debate. (Explaining the magnitude of transformational recession), In: Comparative Economic Studies, Vol.42, No.1 (Institute of European and Russian Studies (EURUS), 2000) 3, <http://fir.nes.ru/~vpopov/documents/TR-REC-full.pdf>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

völlig unpassend sind, so impliziert die Wortwahl doch auch den Glauben an die Übertragbarkeit und einen Mangel an Respekt für die Vertreter der Alternativstrategie.

Ebenso ist die Assoziierung des Gradualismus mit marktfeindlichen und restaurativen Kräften, politischen Interessen zuzuschreiben und kann nicht als objektive Aussage über die Strategie an sich gesehen werden. Pickel wendet dasselbe Argument auch bei Klaus an, da hier eine klare Diskrepanz zwischen radikaler Rhetorik und der Umsetzung bestand.<sup>396</sup>

Ähnlich vorhersagbar verlief auch die Debatte um die Erfolge der ostasiatischen Staaten und die möglichen Lehren, die daraus vielleicht für Ostmitteleuropa gezogen werden hätten können. Die Anhänger des neoliberalen Zugangs lehnten die Übertragbarkeit der dortigen Erfahrungen für die post-sozialistische Transformation ab. Die Schocktherapie war jedoch zuerst für den lateinamerikanischen Kontext gedacht. Careja argumentiert in Hinblick auf diese Problematik, dass in Bezug auf die Übertragbarkeit von Reformkonzepten, mit zweierlei Maßstab gemessen wurde.<sup>397</sup> Unabhängig davon, wie letztendlich die Reformpolitik in der Praxis aussah, Reformverschreibungen zeichneten sich auf jeden Fall durch ihre Gleichförmigkeit aus. An solchen Widersprüchen zeigt sich, dass es oft um ideologisch „richtige“ und nicht unbedingt um länderspezifisch geeignete Reformkonzepte ging.

Von Seiten des Neo-Strukturalismus und des Evolutionismus wurden dagegen ostasiatische Erfolgsrezepte als Argument dafür gesehen, den entwickelnden Staat zurück ins Bild zu bringen.<sup>398</sup> Stark und Bruszt etwa gehen davon aus, dass die Reformer nicht über alle Informationen verfügen und sich deshalb zusätzlich auf Input aus anderen Teilen der Gesellschaft verlassen müssen. Dadurch würde gleichzeitig die Rechenschaftspflicht der Reformer, gegenüber einer möglichst breiten Vertretung der Gesellschaft, sichergestellt werden. Dabei wird des Weiteren davon ausgegangen, dass Regierungen, welche durch „...networks of deliberation and policy-making...“ beschränkt sind und infolgedessen konstant zu Verhandlungen gezwungen sind, bessere Politik machen. Stark und Bruszt vertreten hier also einen ähnlichen Standpunkt wie Orenstein. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass ihrer Analyse zufolge z.B. Ungarn hinter Tschechien zurückliegen hätte müssen. Hinzu kommt die spätere tschechische Finanzkrise, welche weitere Fragen aufwarf.<sup>399</sup> Außerdem ist an dieser Stelle an Orensteins Konzept von der korrigierenden Funktion der „policy alternation“ zu erinnern, welche als Erklärungsmodell für die Besserung der polnischen Wirtschaftsentwicklung und die tschechische Krise verwendet wird.<sup>400</sup> Przeworski, Pereira und Maravall brachten 1993 ein ähnliches Argument vor: „We find that subjecting the reform strategy to the competitive interplay of political forces is superior on three essential grounds: it improves policy, it builds support for the

---

<sup>396</sup> Pickel, *Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities*. 231 f.

<sup>397</sup> Careja, *Policy Coherence and Economic Reforms*. 29 f.

<sup>398</sup> Careja, *Policy Coherence and Economic Reforms*. 30 f.

<sup>399</sup> Careja, *Policy Coherence and Economic Reforms*. 39 f.

<sup>400</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 94 f.

continuation of reforms, and it helps consolidate democratic institutions.”<sup>401</sup> Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass demokratische Bedingungen nur dann negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Performance haben, wenn diese mit einem schlecht funktionierenden Rechtsstaat einhergehen. Tatsächlich sieht Popov 80 Prozent aller Unterschiede im wirtschaftlichen Output als, durch das Demokratie-Rechtsstaats-Verhältnis, durch die jeweiligen Ausgangsbedingungen und durch die Inflation, verursacht an.<sup>402</sup>

Die Erfolge von Regierungen, die nach 1993 die Reformen abseits der Schockstrategie vorantrieben, wurden oft dem bereits Erreichten oder externen Trends, zugeschrieben. Ebenso wird der Annahme widersprochen, dass die Kosten der Transformation durch einen graduellen Zugang oder eine staatliche Förderung der Nachfrage reduziert werden hätten können. Verschiedene Länder, die Reformen eher graduell durchführten, wurden in der Debatte je nach Performance oft selektiv verwendet, um die Argumentation für oder gegen einen graduellen Zugang mit positiven bzw. negativen Ergebnissen stützen zu können.<sup>403</sup> Selbst Kołodko, dessen Rhetorik sich in vielen Punkten klar von der Balcerowiczs unterschied, lehnte es ab mit „...some kind of gradualism...“ assoziiert zu werden, was als Hinweis darauf verstanden werden kann, dass sich, zumindest im polnischen Kontext, eine negative Prägung des Begriffes durchgesetzt hatte.<sup>404</sup> Hinzu kommt, dass Balcerowicz beide Begriffe ausgiebig verwendete<sup>405</sup> und Kołodko den Begriff möglicherweise auch deshalb ablehnte, da der Diskurs übermäßig durch Fragen des Tempos geprägt war. „Gradualismus“ spiegelt diesen Fokus nämlich gewissermaßen genauso wider, wie der Begriff der „Schocktherapie“.

Der Schock-Gradualismus-Gegensatz in der Debatte täusche laut Kołodko außerdem über die Tatsache hinweg, dass ohnehin nur ein beschränktes Spektrum von wirtschaftlichen Instrumenten vorhanden gewesen sei und die dadurch zur Verfügung stehenden Optionen durch die länderspezifischen Umstände noch weiter beschränkt wurden. Die Bereiche, in denen die Möglichkeit für rapide Reformen gesehen wurde, umfassen unter anderem die Preisliberalisierung, die Stabilisierung, die Vereinheitlichung der Wechselrate und Maßnahmen zur Förderung der Privatwirtschaft. In den meisten anderen Bereichen und besonders in Bezug auf institutionelle Reformen, sei dagegen mehr Zeit zu einer qualitativ hochwertigen Durchführung notwendig. Anstatt jedoch eine Alternativstrategie zu empfehlen, sind Kołodko und Nuti der Meinung, dass eine weitere Ausdifferenzierung der Maßnahmen notwendig gewesen wäre. Nicht nur an dieser Stelle, zeigt sich

---

<sup>401</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 19

<sup>402</sup> Popov, Shock therapy versus gradualism. 37

<sup>403</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 3 f.

<sup>404</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 14

<sup>405</sup> Richard Hirschler, Leszek Balcerowicz Defends the Shock Therapy. Interview with the man behind the Polish stabilization program, In: Transition. The Newsletter about reforming Economies Vol.3, No.8 (The World Bank, 1992) 4-6, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2010/04/23/000333037\\_20100423004958/Rendered/PDF/538740NEWS0tra10Box345627B01PUBLIC1.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2010/04/23/000333037_20100423004958/Rendered/PDF/538740NEWS0tra10Box345627B01PUBLIC1.pdf), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

gut, dass Kritik an den Reformen noch nicht bedeutete, dass man die Kritiker in einen „gradualistischen“ Topf werfen oder allgemein als „...Third Way seekers...“ charakterisieren sollte.<sup>406</sup>

Ein weiteres Argumentationsmuster bringt das Scheitern radikaler Reformprogramme mit mangelnder internationaler Unterstützung in Verbindung. Nach Marangos materialisierten sich die Versprechen von „...substantial funding...“, nicht in ausreichendem Maße „...and this encouraged the transition governments to ignore the recipe of shock therapy forced by the IMF and World Bank...“.<sup>407</sup> Die Zurückhaltung der Geldgeber mag hier einen wichtigen Faktor dargestellt haben, doch auch in der Tschechoslowakei war man mit diesem Problem konfrontiert und schlug dennoch schon sehr früh einen stärker auf den sozialen Aspekt Rücksicht nehmenden Reformpfad ein. Wie oben gezeigt wurde, hing die Entwicklung in der Tschechoslowakei eher mit den innenpolitischen und weniger den internationalen Gegebenheiten, zusammen. Ein Land wie Polen, welches international vergleichsweise gut integriert war, setzte stärker auf internationale Mittel, sodass deren Ausbleiben wohl eher Auswirkungen auf die Reputation der Reformer hatte, besonders da diese es verabsäumt hatten, die negativen Auswirkungen ausreichend zu berücksichtigen. Mehr internationale Mittel hätten nicht zwangsläufig zu diesbezüglichen Änderungen führen müssen, ihr Ausbleiben beschleunigte aber möglicherweise das Ende des Balcerowicz-Plans. Marangos zufolge war nämlich „...economic aid mainly political aid...“<sup>408</sup>

Gerade in neuerer Literatur, teilweise aber auch schon früher, wird außerdem in Frage gestellt, wie zielführend diese Debatte um das Tempo der Reformen wirklich war. Wie Kornai schon 1991 feststellte: “It is not simply a matter of whether one wants the process to occur quickly or slowly but a matter of what is feasible.”<sup>409</sup>

Nur in Bezug auf wenige der zu reformierenden Aspekte der betroffenen Volkswirtschaften lässt sich für das Tempo als entscheidender Faktor, argumentieren. Oft kam eher ein gemischten Zugang zur Anwendung und nur sehr selten wäre eine klare Bevorzugung des Einen oder des Anderen möglich gewesen. Zum Beispiel hängt ein langsamerer Abbau von Subventionen mit einer geringeren Inflationsrate, aber auch einer entsprechend höheren Belastung des Budgets zusammen. Letzteres kann problematisch für andere Reformziele sein und ein derartiger Abbau der Subventionen mag später zu einer Erhöhung der Inflation führen. Die Tschechoslowakei hatte die Ressourcen, die Subventionen länger zu erhalten, als man dies bei Klaus‘ typischer Rhetorik erwarten würde. Polen dagegen, hatte weder die Zeit, noch die Ressourcen, die Reduktion der Subventionen zu verzögern.<sup>410</sup>

---

<sup>406</sup> Kolodko, *The Polish Alternative*. 14 f.

<sup>407</sup> Marangos, *The Political Economy of Shock Therapy*. 65 f.

<sup>408</sup> Marangos, *The Political Economy of Shock Therapy*. 66

<sup>409</sup> János Kornai, *Stated Meeting Report – Privatization: The Great Problem of Transition in Eastern Europe*. In: *Bulletin of the American Academy of Arts and Sciences* Vol.44, No.8 (1991) 35, <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/3824678.pdf?acceptTC=true>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>410</sup> Kolodko, *The Polish Alternative*. 15

Ein hohes Tempo der Privatisierung hat natürlich negative Auswirkungen auf die staatlichen Einnahmen, die, wie gezeigt wurde, stark von der Besteuerung der großen Unternehmen abhingen. Des Weiteren interpretierte Kołodko die nur geringe Verbesserung der Unternehmenseffizienz in polnischen Unternehmen insofern, als dass die Position der Insider in der frühen Transformationszeit noch stärker war. Gleichzeitig würden sich jedoch auch die Auswirkungen der Privatisierung früher zeigen.<sup>411</sup> Damit wird wohl auf die schnellere Anpassung an die neuen Umstände hingewiesen, was zumindest vom internationalen Umfeld positiv wahrgenommen wurde.

Eine schnelle Einführung der Konvertibilität führt zu einer schnellen Reintegration in die Weltwirtschaft, gleichzeitig ist jedoch eine umso stärkere Entwertung der einheimischen Währung notwendig, wobei dies unabhängig vom jeweiligen Wechselkursmodell ist. Die Folgen sind erhöhte Inflation und schlechte Handelsbedingungen.

Auch eine schnelle Abschaffung der Handelsbarrieren, richtet ebenso viel Schaden an, wie sie positive Auswirkungen hat. Einerseits ist dieser Teil der Liberalisierung zwar wichtig für die Förderung des inländischen Wettbewerbs und es werden bessere Bedingungen für ausländische Investitionen geschaffen, doch gleichzeitig erhöht sich die Arbeitslosigkeit umso stärker und werden Aktivitäten, welche zumindest im inländischen Kontext noch relativ effizient gewesen wären, stark behindert. Folglich sehen Kołodko und Nuti in diesen vier Bereichen „...no obvious superiority of speedy or gradual change; the best choice depends both on trade-offs actually available and on government preferences.“<sup>412</sup>

Die tiefgehenden Umwälzungen, welche vom Balcerowicz-Team in Gang gesetzt wurden, wurden als notwendig, also als „...a necessary but not a sufficient condition for the recent Polish achievements“ charakterisiert. Kołodko und Nuti stellen hier vor allem die Qualität und nicht etwa die Geschwindigkeit der Reformen infrage. Es sei nicht plausibel, dass vor allem das Reformpaket vom Jänner 1990 für die späten Erfolge verantwortlich sei, da auch anderen Staaten einen ähnlichen Reformstart unter identischen externen Bedingungen gehabt hätten und dennoch weniger erfolgreich waren.<sup>413</sup> Bei Lektüre dieser Argumente sollte im Hinterkopf behalten werden, dass diese einem Forschungspapier entnommen wurden, welches 1997 veröffentlicht wurde, kurz nach dem Ende von Kołodkos erster Periode als polnischer Finanzminister.<sup>414</sup>

Vladimir Popov macht die Performance der verschiedenen Reformländer in erster Linie von den Ausgangsbedingungen abhängig und schätzt die Geschwindigkeit der Liberalisierung ebenfalls als einen Faktor von lediglich sekundärer Bedeutung ein. Die Rezession wird hier als „...supply-side phenomenon...“ beschrieben, welche nicht zwangsläufig durch marktbezogene Reformen gelöst werden hätte müssen. Der Stärke bzw. Schwäche staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen wird

---

<sup>411</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 16

<sup>412</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 16

<sup>413</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 4

<sup>414</sup> Kołodko, The Polish Alternative. v

dagegen eine hohe Bedeutung zugemessen. Von den, mit schwachen Institutionen verbundenen Problemen, waren jedoch eher die GUS-Länder und weniger die ostmitteleuropäischen Länder betroffen.<sup>415</sup>

Am Beispiel von Ländern, wie Russland oder der Ukraine, wird jedoch klar, dass die potenziellen Auswirkungen eines übertriebenen Staatsabbaus verheerend sein können. Dies betrifft beispielsweise die zunehmende Unfähigkeit des Staates, grundlegende öffentliche Güter und Dienstleistungen zu liefern, sowie wirtschaftliche Aktivitäten zu regulieren und umfasst außerdem ein drastisches Anwachsen der Schattenwirtschaft, einen Einbruch der Steuereinnahmen und viele andere Probleme. Das Bruttoinlandsprodukt, welches in allen Transformationsländern zunächst einen drastischen Einbruch erfuhr, stellt hier einen aussagekräftigen Faktor dar. Dieser lässt sich vor allem auf den Einbruch der Steuereinnahmen zurückführen, was besonders angesichts der zentralen Rolle des Staates in Bezug auf die Bereitstellung der öffentlichen Dienstleistungen und der großen Sozialtransfers, schmerzhaft war. In den ostmitteleuropäischen Ländern konnte diese Reduktion jedoch aufgehalten werden. In Polen etwa sanken die budgetären Ausgaben nur vor dem Start der Übergangsphase, stiegen, sobald diese erst gestartet war, jedoch wieder an.<sup>416</sup>

Insofern die weitere Entwicklung der Schock-Gradualismus-Debatte betroffen ist, argumentierte Orenstein Anfang der 2000er, dass die meisten Wissenschaftler zu dieser Zeit darin übereinstimmten, dass manche Reformen schnell und andere langsamer durchgeführt werden könnten. Die Trennlinie, die er sieht, verläuft eher zwischen „...efficiency-oriented economic theories and cohesion-oriented political-sociological theories...“.<sup>417</sup> Die Implementierung von gradualistischen und von rapiden Reformen änderte sich im Rahmen des Lernprozesses beider Gruppen, wobei hier vor allem von Polen die Rede ist, dass eine politisch weit turbulenter Transformation durchlief.<sup>418</sup>

Zu der Zeit, als die Reformen zuerst auf den Weg gebracht wurden, hatte die Schock-Gradualismus-Debatte jedoch nur wenig Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess.<sup>419</sup> Einige der Gründe dafür, wie etwa die Gegensätze zwischen wissenschaftlichen Maßstäben und politischen Anforderungen, wurden bereits ausführlich angesprochen. In dieser Phase standen wirtschaftswissenschaftlichen Fragen gegenüber ideologischen und politischen Fragen jedenfalls oft im Hintergrund.

Erst Mitte der 1990er wurde der Diskurs dann wichtiger. Über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet, war dagegen ohnehin die Kombination von graduellen und radikalen Elementen die

---

<sup>415</sup> Popov, Shock therapy versus gradualism. 25 f.

<sup>416</sup> Popov, Shock therapy versus gradualism. 26-28

<sup>417</sup> Orenstein, Out of the Red. 17

<sup>418</sup> Orenstein, Out of the Red. 58

<sup>419</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 17-20

Regel. Zunächst war die Situation aber von den Umwälzungen des Übergangs und der Frage geprägt, welche *Handlungen* gesetzt werden sollten, um mit dessen Herausforderungen zurechtzukommen.<sup>420</sup>

Diese Debatte war also von nur beschränkter Bedeutung für die Reformpraxis und sie erschöpfte sich schließlich. Die ursprüngliche Idee ist jedoch erhalten geblieben und es konnte festgestellt werden, dass die spezifische Sequenzierung der Reformen durchaus von Bedeutung ist. Beispielsweise sind institutionelle Reformen notwendig, um durch Privatisierung positive Effekte erzielen zu können. Es ist allerdings schwer aus solchen Erkenntnissen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Die langfristig gesehen vergleichbare Performance einiger „front-runners“ wird von Careja als Hinweis darauf verstanden, dass der Gradualismus nicht zwangsläufig einfach als die *bessere* Reformmethode gesehen werden kann.<sup>421</sup>

Careja geht zwar oft vom wirtschaftlichen Wachstum als Maßstab aus, was die Aussagekraft ihrer Beobachtungen teilweise schmälert, gleichzeitig ist es jedoch sicher richtig, dass die Situation oft komplexer war, als „shock vs. gradualism“ impliziert. Die neoliberale Transformation in Tschechien etwa wurde von einer starken sozialen Komponente ergänzt. Während diese Komponente aus dem ursprünglichen gradualistischen Reformprogramm übernommen wurde, so wäre es doch, wie gezeigt wurde, nicht richtig, die tschechische Transformation als einen gradualistischen Prozess zu sehen.

## **4.2.Václav Klaus und Leszek Balcerowicz – Diskursanalyse anhand von Ego-Dokumenten zentraler Transformationsakteure**

### **4.2.1.Methodischer Ansatz**

Dieses Unterkapitel hat zum Zweck eine Anzahl von Personendokumenten mithilfe des diskursanalytischen Ansatzes nach Michel Foucault zu untersuchen. Hier wird mithilfe des Kontextes, welcher im Laufe dieser Diplomarbeit etabliert wurde, noch eine Ebene tiefer gegangen werden. Es wird davon ausgegangen, dass die radikale Position anhand von Vaclav Klaus‘ und Leszek Balcerowiczs Darstellungen noch weit ausführlicher und präziser veranschaulicht werden kann. Den bisher gezeigten Perspektiven der Politiker und Wissenschaftler, welche die Transformation zu den unterschiedlichsten Zeitpunkten, aus den unterschiedlichsten Positionen, auf die unterschiedlichste Weise kommentierten, soll eine direkt auf die Quellen gerichtete Perspektive hinzugefügt werden. Zunächst aber ein kurzer Exkurs zu Foucaults Diskursanalyse und einigen ihrer Spezifika.

Michael Imhof zufolge nimmt der Begriff des Diskurses eine Mittelstellung zwischen de Saussures Begriffen von *langue* und *parole* ein. Der erste Begriff steht dabei für „...den

---

<sup>420</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 17-20

<sup>421</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 80 f.

überindividuellen Gebrauch von Sprache als Umgangssprache und dem ihr zugrundeliegenden Sprachsystem“, während *parole* für den individuellen Sprachgebrauch steht.<sup>422</sup> Ziel der Diskursanalyse ist es herauszufinden, wie der Diskurs funktioniert „...welche Repräsentation er bezeichnet, welche Elemente er abtrennt und heraushebt, wie er analysiert und komponiert, welches Spiel der Ersatzmöglichkeiten ihm gestattet, seine Rolle als Repräsentation zu sichern.“ Ziel ist eine Kritik, nicht ein Kommentar.<sup>423</sup> Foucault bringt die Natur der Diskursanalyse aussagekräftig auf den Punkt: „Analyse der Meinungen mehr als des Wissens, der Irrtümer mehr als der Wahrheit, nicht der Gedankenformen, sondern der Mentalitätstypen.“<sup>424</sup>

Hier besteht natürlich ein besonderes Interesse an den Diskurspositionen der beiden behandelten Individuen, also an ihrer jeweiligen ideologischen Position. Im Rahmen der Diskursanalyse kann diese als Ergebnis der Involviertheit des Individuums in verschiedene Diskurse und deren Verarbeitung durch dasselbe gesehen werden.<sup>425</sup>

Einzelne Texte und Textteile können dabei als Diskursfragmente aufgefasst werden, wobei in diesen Spezialdiskurse und Teile des Interdiskurses erscheinen. Wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Diskurse machen dabei den gesamtgesellschaftlichen Diskurs aus.<sup>426</sup>

Für die folgende Analyse ist der Verweis auf die Wirkung von Diskursen zentral. Diese dienen nämlich bestimmten Zwecken und sie üben über ihre Institutionalisiertheit Machtwirkungen aus.<sup>427</sup> Besonders weil die neoliberale Prägung des Reformdiskurses der frühen 1990er in der Tschechoslowakei und in Polen stark, wenn nicht gar dominant war, muss dieser hinterfragt werden.

#### 4.2.2. Václav Klaus

Václav Klaus wurde am 19. Juni 1941 in Prag in eine kleinbürgerliche Familie geboren. Ab 1963 studierte er an der Ökonomischen Fachschule Prag Außenhandel und begann, sobald er seinen Abschluss hatte, am Wirtschaftsinstitut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften zu arbeiten. Die vorübergehende Öffnung in den 1960ern ermöglichte ihm weiterführende Studien in Italien und den USA. 1970 verlor Klaus jedoch aus politischen Gründen seine Stellung an der Akademie und war anschließend von 1971 bis 1986 an der Tschechoslowakischen Staatsbank beschäftigt. Zwischen 1988 und 1989 konnte er durch seine Beschäftigung am Prognoseinstitut der

---

<sup>422</sup> Michael Imhof, „Einen besseren als Stöcker finden wir nicht“ : diskursanalytische Studien zur christlich-sozialen Agitation im deutschen Kaiserreich. (Dokument 2.pdf, o.O. 1999) 16, <http://oops.uni-oldenburg.de/volltexte/1999/711/pdf/kap1.pdf>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>423</sup> Imhof, Diskursanalytische Studien. 19

<sup>424</sup> Imhof, Diskursanalytische Studien. 23

<sup>425</sup> Siegfried Jäger, Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. 14, [http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte\\_einer\\_Kritischen\\_Diskursanalyse.htm](http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>426</sup> Imhof, Diskursanalytische Studien. 32

<sup>427</sup> Jäger, Theoretische und methodische Aspekte. 4

Tschechischen Akademie der Wissenschaften zu reformorientierten polnischen Kollegen Kontakte knüpfen. Als sich die „Samtene Revolution“ langsam anbahnte, war Klaus außerdem wirtschaftspolitischer Sprecher des Bürgerforums. Von 1989 bis 1992 nahm er dann den Posten des Finanzministers ein, eine Zeit, in der er eine radikale Wirtschaftsreform konzipierte. Die Sammelbewegung des Bürgerforums zerfiel Anfang 1991 in eine Reihe von Parteien, wobei sich Klaus' Demokratische Bürgerpartei (ODS) in der nächsten Parlamentswahl durchsetzen konnte. Als neuer Ministerpräsident war er wesentlich in die Auflösung der Tschechoslowakei im Oktober 1992 involviert. Seine Koalition konnte ihre starken Wahlergebnisse 1996 nicht wiederholen, durch Zugeständnisse an die Sozialdemokraten war jedoch die Bildung einer Minderheitsregierung möglich. Die sich verschlechternde Wirtschaftslage seit Ende 1996 und Korruptionsaffären, ließen diese jedoch Ende November 1997 zerbrechen und Klaus musste im Zusammenhang mit einer Spendenaffäre zurücktreten. Auch in seiner eigenen Partei war er mit zunehmender Unzufriedenheit über seinen autoritären Führungsstil konfrontiert, hier aber konnte er sich halten. Zwischen 2003 und 2008 war er Staatspräsident, eine Position welche er aufgrund seiner Wiederwahl immer noch hält.<sup>428</sup>

#### 4.2.3.Ego-Dokumente - Václav Klaus

##### 4.2.3.1.Finance Minister of Czechoslovakia Speaks on Economic Reform<sup>429</sup> (April 1990)

Auf der alljährlichen Konferenz der Weltbank über Entwicklungsökonomie in Washington D.C., lieferte der damalige tschechoslowakische Finanzminister eine Grundsatzrede, welche sich mit dem Übergangsprozess der Tschechoslowakei beschäftigte. Die Rede wurde für die Veröffentlichung im *Transition*-Newsletter entsprechend aufbereitet und zusammengefasst.

Es ist zu bedenken, dass diese Rede Ende April 1990 gehalten wurde, eine Zeit, in der in der jungen Demokratie eine erste Verschiebung hin zu neoliberaler Wirtschaftspolitik erfolgte.<sup>430</sup> Der für Wirtschaftsfragen zuständige Erste Stellvertretende Premierminister Valtr Komárek, vertrat einen vorsichtigeren, graduellen Reformzugang, der allerdings nur in mancherlei Hinsicht von Klaus' Ideen abwich. Auch er plante die Etablierung einer Marktwirtschaft nach westlichem Muster. Vor allem die

---

<sup>428</sup>Munzinger. Wissen, das zählt. Václav Klaus (Internationales Biographisches Archiv 15/2008 vom 8.April 2008 (fa), Ergänzt um Nachrichten durch MA-Journal bis KW 26/2012),

<http://www.munzinger.de/search/portrait/Vaclav+Klaus/0/19441.html>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>429</sup>Finance Minister of Czechoslovakia Speaks on Economic Reform. In: Socialist Economies in Transition. Vol.1, No.2 (The World Bank, Aus der Grundsatzrede bei der jährlichen Konferenz der Weltbank zur Entwicklungsökonomie, 1990) 1-2, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2010/04/14/000334955\\_20100414024858/Rendered/PDF/538260NEWS0tra10Box345627B01PUBLIC1.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2010/04/14/000334955_20100414024858/Rendered/PDF/538260NEWS0tra10Box345627B01PUBLIC1.pdf), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>430</sup>Orenstein, Out of the Red. 68 f.

weniger angebotsorientierte Politik, die Betonung von demokratischer Kontrolle<sup>431</sup> und die Absicht 51 Prozent der Unternehmensanteile in staatlicher Kontrolle zu belassen, könnten jedoch Anlass zum Konflikt mit Klaus gegeben haben. In jedem Fall wurde Komárek im April 1990, im Rahmen eines sich verschlechternden Verhältnisses zu Klaus, von seinem Posten abgelöst.<sup>432</sup>

In der Rede betonte Klaus zunächst die historischen Bindungen seines Landes an die internationalen Finanzinstitutionen und den Willen seiner Regierung zur Mitgliedschaft im IWF und in der Weltbank. In Verbindung damit versicherte er den Willen seiner Regierung, das Land in eine Marktwirtschaft umzubauen.

Die Kommentare in Bezug auf die internationalen Institutionen sind natürlich bis zu einem gewissen Grad der Zusammensetzung des Publikums geschuldet, aber gleichzeitig darf nicht vergessen werden, dass dem Wirtschaftswissenschaftler Klaus die Bedeutung der technischen und finanziellen Unterstützung bewusst war, welche besonders IWF und Weltbank zu bieten hatten. Trotz seiner weiter oben aufgezeigten, wirtschaftsnationalistischen Ansichten,<sup>433</sup> muss auch an die Flexibilität dieses tschechischen Politikers erinnert werden.<sup>434</sup> Zumindest an Pragmatik und politischem Gespür mangelte es Klaus auf jeden Fall nicht. Sein Werben um die Unterstützung der radikale Reformstrategien befürwortenden internationalen Institutionen kann auch als ein Strategem im Kampf um innenpolitische Dominanz, verstanden werden. Während die tatsächlichen Auswirkungen der Involvierung dieser Institutionen auf den tschechoslowakischen bzw. tschechischen Reformprozess und die Entwicklung der innenpolitischen Konstellation kaum zu quantifizieren sind, argumentieren Haggard und Webb für eine zumindest stützende Funktion von Konditionalität.<sup>435</sup> Bedenkt man die konfliktreiche tschechoslowakische Innenpolitik der frühen 90er,<sup>436</sup> so tat Klaus gut daran, sich dieser Unterstützung, wenn auch nur implizit, zu versichern.

Im Folgenden soll versucht werden einen der Schlüsselkommentare dieser Rede, soweit wie möglich, in seine Einzelteile zu zerlegen und nach seinen Implikationen zu fragen: „In this respect, our intentions are quite clear, and we don't want to repeat our attempts in the 60's to introduce some hybrid system between central planning and market economy. We are not interested in a third road,“ Dieser Kommentar bringt die Ablehnung eines „third ways“ also klar mit dem fehlgeschlagenen Experiment eines Marktsozialismus in Verbindung. Klaus verweist jedoch auch darauf, dass es immer noch jene gäbe, „...who dream that it's possible to muddle through, to revise just some segments of the existing system.“

---

<sup>431</sup> Munzinger. Wissen, das zählt. Valtr Komárek (Internationales Biographisches Archiv 27/1993 vom 28.Juni 1993 (mi)), <http://www.munzinger.de/search/portrait/Valtr+Komarek/0/19314.html>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>432</sup> Orenstein, Out of the Red. 100 f.

<sup>433</sup> Orenstein, Out of the Red. 78 f.

<sup>434</sup> Orenstein, Out of the Red. 92

<sup>435</sup> Haggard, Introduction. 25 f.

<sup>436</sup> Orenstein, Out of the Red. 62

Zunächst ist bemerkenswert, dass die Ablehnung einer „third road“ eine von der Österreichischen Schule vertretene Haltung war.<sup>437</sup> Hier soll diese, in Verbindung mit den Reformversuchen der sozialistischen Zeit, die Favorisierung einer reinen Marktwirtschaft gegenüber einem Hybridmodell ausdrücken. Der Begriff der „third road“ nimmt dabei klar Bezug auf das gegensätzliche Paar, welches vom sozialistischen Kommunismus und der kapitalistischen Marktwirtschaft gebildet wird. Es kann angenommen werden, dass hier dieser dritte Weg einerseits auf die Idee einer „regulierten Marktwirtschaft“ verweist, wie sie 1968 in der ČSSR angedacht wurde,<sup>438</sup> und andererseits auf die Reformkonzepte der Konkurrenten, welchen sich Klaus 1990 gegenüber sah. In diesem Zusammenhang muss außerdem darauf hingewiesen werden, dass Klaus sein Publikum, ob bewusst oder unbewusst, täuscht, wenn von „our“ und „we“ die Rede ist. Fakt ist, dass die Reformpolitik umstritten war. Klaus sprach jedoch auf dieser Konferenz als tschechoslowakischer Finanzminister, sodass Teile des Publikums von einem innenpolitischen Konsens ausgegangen sein müssen.

Der zweite Teil des Zitates ist deutlich unklarer, in dem diejenigen beschrieben werden, welche davon träumen würden, nur Teile des existierenden Systems zu reformieren. Es wird hier vollkommen offengelassen, um wen es sich dabei handelt und keineswegs angesprochen, dass Viele, welche mit der neoliberalen Agenda Klaus‘ nicht einverstanden waren, sich tatsächlich in hohen Positionen befanden. Komárek ist dabei nur ein Beispiel. Auch mit dem Arbeitsminister Petr Miller musste sich Klaus später arrangieren, um sein Programm durchzubringen.<sup>439</sup> Statt also diese Situation entsprechend darzustellen, entschloss er sich, der internationalen Gemeinschaft ein vereinfachtes Bild zu präsentieren und seine Konkurrenten als Reformblockierer, oder zumindest als zögerlich, darzustellen. Diese werden zwar nicht explizit als Teil der alten Nomenklatura dargestellt, die Assoziation ist jedoch recht einfach herstellbar, wenn vom alten System und dessen unvollständiger Transformation die Rede ist. Des Weiteren kommt ein typisch neoliberales Argument zum Einsatz, wenn der Redner seine Gegner als Träumer darstellt.<sup>440</sup> Unabhängig davon, was für einen Effekt sich Klaus von dieser Rhetorik politisch erwartete, so kann doch angenommen werden, dass hier auch seine Überzeugungen eine Rolle spielten.

Viel spricht dafür, dass das Bild des geschickten, durchsetzungsfähigen Politikers auf Klaus zutrifft. Die implizite Assoziierung der vage dargestellten Reformgegner mit dem Sozialismus war mit einiger Wahrscheinlichkeit beabsichtigt. Dafür spricht auch, dass er sich später in dieser Hinsicht als sehr flexibel erwies. Während manche seiner Gegner, wie etwa Komárek, mithilfe des

---

<sup>437</sup> Aligica, The neoliberal revolution in Eastern Europe. 145

<sup>438</sup> Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei. 20

<sup>439</sup> Orenstein, Out of the Red. 70 f.

<sup>440</sup> Smith, Shock Therapy or Gradualism. 700

Lustrationsgesetzes aus der Politik gedrängt wurden,<sup>441</sup> scheute sich Klaus nicht davor, die eigene Klientel zu schützen.<sup>442</sup>

In Anbetracht des, nur kurz zurückliegenden Endes des Kalten Krieges, ist es nicht allzu überraschend, dass das Schüren solcher Ängste, nicht nur im internationalen Kontext, ankam. Klaus' Verhalten zeigt jedoch, dass es ihm in erster Linie darum ging, sein neoliberales Wirtschaftsprogramm durchzubringen, ohne es dabei zu einem Ausverkauf der tschechoslowakischen Wirtschaft kommen zu lassen.<sup>443</sup> Bedenkt man, wie die Transformation im Detail ablief, so zeigt sich recht gut, wie sich Klaus Bewegungsfreiheit gegenüber dem internationalen Kontext verschaffte, indem er gewisse Reformrealitäten kaum zur Sprache brachte.

Im Anschluss fasste der tschechoslowakische Finanzminister die, seiner Ansicht nach, wichtigsten Probleme zusammen, wobei der Mittelteil der Aussage hier von besonderem Interesse ist: „... , how to preserve the momentum of the reform, how to build and keep the necessary political and social consensus...“ Dieses Fragment alleine, sagt natürlich nicht sehr viel aus und sollte deshalb im Zusammenhang mit dem folgenden Zitat gesehen werden: „Second, there is no sense delaying a comprehensive reform program until every detail is clarified;“ Die Äußerung der Sorge um ein Versanden des Reformprozesses war ein fester Bestandteil der Rhetorik radikaler Reformakteure. Allerdings deutet sich im zweiten Teil des oberen Zitates schon an, warum Klaus manchmal als „technopol“<sup>444</sup> bezeichnet wurde. Im Gegensatz zu anderen zentralen tschechischen und polnischen Reformakteuren, war ihm die Bedeutung der öffentlichen Debatte schon früh bewusst. Hier muss jedoch bedacht werden, dass die Erhaltung des Konsenses wesentlich dem, parallel zu Klaus' und Dlouhýs Reformpaket geschnürten, sozialpolitischen Paket Petr Millers zu verdanken war. Ein Paket, welches politisch, nicht jedoch ideologisch, im Sinne Klaus' war.<sup>445</sup>

Der erste Teil des oben diskutierten Zitates, macht dagegen etwas stutzig: “How to unfold the process of economic transformation, how to sequence it, ...“ Die Frage der Ablaufplanung würde man nämlich eher mit der gradualistischen Strategie in Verbindung bringen. Dieser Punkt fällt im Kontext dieser Rede dann auch klar aus dem Rahmen. Das Argument, dass es keinen Sinn habe, die Reformen zu verschieben, bis das kleinste Detail feststehe, scheint der Erwähnung von *sequencing* sogar direkt zu widersprechen. In einem Text von 1991 wiederum, lehnte Klaus diese klar ab: „I am deeply convinced that the idea of sequencing is just a technocratic or rationalistic notion on unrealistic beliefs in social engineering, in scientific control of the reform process, and in the fine tuning of reforms“<sup>446</sup>

---

<sup>441</sup> Munzinger. Wissen, das zählt. Valtr Komárek

<sup>442</sup> Orenstein, Out of the Red. 78 f.

<sup>443</sup> Orenstein, Out of the Red. 78 f.

<sup>444</sup> Orenstein, Out of the Red. 61-63

<sup>445</sup> Orenstein, Out of the Red. 70 f.

<sup>446</sup> Keilhofer, Wirtschaftliche Transformation. 331

Eine Erklärung für diese Unstimmigkeit könnte sein, dass das sogenannte "sequencing" des Reformprozesses im Diskurs schon früh begann, mit graduellen Reformen assoziiert zu werden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede, fasste er die Erfahrungen zusammen, welche man in den vergangenen zwei Dekaden in Ostmitteleuropa mit Reformen gemacht hatte. Ein weiteres, für neoliberale Reformansichten typisches Argument, betrifft die negativen Auswirkungen bruchstückhafter Reformen. Klaus warnte davor, dass deren Auswirkungen möglicherweise negativer sein könnten, als das System einfach im alten Zustand zu belassen. Hier ist erwähnenswert, dass der Wortlaut im Prinzip derselbe ist, wie später in Bezug auf fehlgeschlagene Reformen.<sup>447</sup> Hier wurden unvollständige Reformen, wie oben erläutert wurde, mit angeblich gradualistischen Reformprogrammen, in Verbindung gebracht.<sup>448</sup> Man darf also annehmen, dass es sich hierbei, zumindest zum Teil, um einen Seitenhieb gegen die Reformabsichten der innenpolitischen Konkurrenz handelte.

Der zweite und der dritte Punkt, betreffen vor allem die Warnung, vor einem Verschieben des Reformstartes, sowie den Hinweis darauf, dass die richtige Abfolge der Reformen von großer Bedeutung ist. In Bezug auf Ersteres sollte bedacht werden, dass die Vertreter der tschechischen Variante des Schocks zu dieser Zeit noch mit innenpolitischer Uneinigkeit zu kämpfen hatten. Tatsächlich kam das „Scenario of the economic reform“ erst im September 1990 durch das Parlament.<sup>449</sup>

Einer der zentralen Punkte auf der Liste betraf den Mangel an Transparenz, was ex post gesehen seltsam anmutet. Ob es sich dabei lediglich um ein Lippenbekenntnis handelte, welches mit einem Auge auf das, die internationalen Finanzinstitutionen repräsentierende Publikum, gemacht wurde, oder Transparenz im Laufe der Transformation begann, einen niedrigeren Stellenwert einzunehmen, in jedem Fall scheint deren Priorität nicht so hoch gewesen zu sein, wie in der behandelten Rede impliziert wurde. Die durch die nach innen gewandte Natur der Privatisierung entstandene Korruption, könnte einfach eine unbeabsichtigte Konsequenz dargestellt haben. Das typische, übermäßige Vertrauen in Marktmechanismen und die Ablehnung von passenden Regulierungsmaßnahmen, stellt dabei aber auf jeden Fall einen weiteren wichtigen Teil der Gleichung dar. Zusätzlich muss bedacht werden, dass Klaus sein Ansehen und den Erfolg seines Reformprojekts, durch den offeneren Umgang mit den Defekten desselben, als gefährdet angesehen haben muss.

Des Weiteren warnte Klaus vor einer sogenannten „trap of decentralization“. Diese Warnung lässt sich wohl in erster Linie darauf zurückführen, dass Klaus als Wirtschaftswissenschaftler, welcher mit den Standardideen des neoklassischen Mainstreams vertraut war, klar war, dass die internationalen Reformakteure Dezentralisierung und damit auch eine Verringerung der Staatsquote als eines der

---

<sup>447</sup> Gros, Economic Transition in Central and Eastern Europe. 5

<sup>448</sup> Orenstein, Out of the Red. 17

<sup>449</sup> Orenstein, Out of the Red. 101

wesentlichen Reformziele ansehen mussten. Wie er jedoch aufzeigt, müssten zunächst die Grundlagen des Systems geändert werden, bevor eine Dezentralisierung erfolgen könne, wenn sich diese nicht in erster Linie negativ auswirken sollte. Während also Klaus in vielerlei Hinsicht typisch neoklassische Ideen vertrat und in sein Reformprogramm inkludierte, hatte er keine Illusionen darüber, dass sich eine sozialistische Volkswirtschaft über Nacht in eine Marktwirtschaft nach westlichem Muster verwandeln könnte. Wie angesprochen wurde, sind es jedoch gerade diese Abweichungen vom, ohnehin bereits verstärkt von radikalliberalen Einflüssen geprägten, neoklassischen Mainstream, welche neoliberale Politik kennzeichnen.<sup>450</sup> Dennoch müssen Abweichungen dabei nicht unbedingt im Sinne dieser Einflüsse stehen. Oft drückt sich in diesen einfach eine pragmatische Anpassung an die realen Verhältnisse aus, teilweise handelte es sich aber tatsächlich um besonders radikale Reformen. In Bezug auf die Dezentralisierung etwa, hatten polnische Reformer mit starkem Widerstand gegen ihre Privatisierungsbemühungen zu kämpfen, was teils mit dem Rückzug des Staates in den 80ern zu tun hatte.<sup>451</sup> Wie man nun zu den weitreichenden Privatisierungszielen der polnischen und tschechoslowakischen Reformer auch stehen mag, Klaus hatte auf jeden Fall Grund, eine schnelle Dezentralisierung als problematisch anzusehen.

Des Weiteren wurden in der Rede der Privatisierungsprozess und die damit verbundenen Probleme, wie zum Beispiel der akute Kapitalmangel, angesprochen. Große Teile der tschechoslowakischen Volkswirtschaft sollten in wenigen Monaten privatisiert werden, was ja im Prinzip auch gelang. Der *Transition*-Mitarbeiter kommentierte dies, ebenso wie die, im Anschluss verkündete Absicht, eine sehr schnelle und umfassende Preisliberalisierung durchzuführen, folgendermaßen: „His view on price reform was similarly radical: ‘All prices must be changed at the very early stage of the reform.’“ Orenstein weist darauf hin, dass zwischen Klaus‘ Rhetorik und, wie Keilhofer es nennt, der „...‘stillen‘ Durchsetzung...“ der Reformen, ein wesentlicher Unterschied auszumachen ist. Wie jedoch in der Literatur und auch von Klaus selbst, dargelegt wird, war sein Einfluss in den ersten Jahren beschränkt. Die soziale Komponente des Szenarios war nicht Teil seiner Pläne. Die Mittel der „...‘gradueller‘ Beschränkungen...“ des Schockprogramms, welche im Rahmen eines klassischen Interventionismus implementiert wurden, könnten ebenfalls auf diese für Klaus unangenehme Lage verweisen. Wahrscheinlicher ist es aufgrund der bisher gemachten Beobachtungen jedoch, dass hier die wirtschaftsnationalistischen Befürchtungen eine Rolle spielten. Das betrifft die nur beschränkte Handelsliberalisierung und Regelungen, welche Kapitalexpert in der Praxis beinahe ausschlossen.<sup>452</sup>

In diesem eröffnenden Abschnitt der Diskursanalyse wurde vor allem auf Basis der im länderspezifischen Teil unternommenen Kontextualisierung ein erster Versuch unternommen, einige

---

<sup>450</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 13

<sup>451</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 112 f.

<sup>452</sup> Keilhofer, *Wirtschaftliche Transformation*. 332

der über Klaus bekannten Informationen weiter zu illustrieren und wiederum die Grundlagen für eine weitere Vertiefung dieser Erörterung in den folgenden Abschnitten zu bieten.

#### 4.2.3.2. *No Third Way Out – Creating A Capitalist Czechoslovakia*<sup>453</sup> (Juni 1990)

Dieses frühe Interview John H. Funds mit Václav Klaus stammt von der Website des *Reason*-Magazins und wurde im Februar 1990 in New York geführt. Dieses wird von der *Reason Foundation – free minds and free markets* monatlich herausgegeben, deren Ziel die Schaffung einer „...free society by developing, applying, and promoting libertarian principles, including individual liberty, free markets, and the rule of law.“ ist. Des Weiteren erinnert folgender Kommentar an die weiter oben gemachten Beobachtungen zum polnischen Forschungskontext: „Together, our top-tier think tank and political and cultural magazine reach a diverse, influential audience, advancing the values of choice, individual freedom and limited government.“<sup>454</sup> „Influential audience“ lässt dabei besonders an die polnische Transformation als Elitenprojekt denken. Dies betrifft nicht nur die technokratische Herangehensweise des „Balcerowicz-Teams“, sondern auch die Bildung von klar neoliberal ausgerichteten Think Tanks in den frühen 1990ern. CASE etwa konnte eine beeindruckende Reihe von Sponsoren und Mitgliedern aufweisen.<sup>455</sup> Bedenkt man zusätzlich die typische, unkritische Rhetorik von Freiheit, Individualismus, freiem Markt usw., lässt sich davon ausgehen, dass das *Reason*-Magazin ein konservativ neoklassisches Weltbild vertritt und damit, wirtschaftspolitisch gesehen, rechts vom Mainstream steht.

Wie schon in der vorhergehenden Rede, betont Klaus zunächst seine Botschaft von einer „...market economy without any adjectives.“ Ähnlich den bereits bekannten Äußerungen, wird auf den Fehlschlag eines „...socialism with a human face.“ in den 1960ern, hingewiesen. Seiner Aussage nach, sei seine Botschaft für alle Gruppen dieselbe. Es wurde jedoch bereits die Vermutung aufgestellt, dass Klaus seine Rhetorik dem jeweiligen Publikum anpasste. Insofern soll dieses Interview, besonders in Hinblick auf die bereits untersuchte, etwa zur selben Zeit gehaltene Rede, auf diesbezügliche Anzeichen überprüft werden. Eine erste Ähnlichkeit findet sich bereits im relativ angrifflichen Ton. „To pursue a so-called Third Way is foolish.“ etwa, klingt ähnlich, wie die, ebenfalls indirekt gehaltene Bemerkung, dass manche Personen von einer lediglich teilweisen Transformation „träumen“ würden.<sup>456</sup> Es ist klar, dass innenpolitische Konkurrenten gemeint sind, sodass nicht

---

<sup>453</sup> John Fund, *No Third Way Out. Creating A Capitalist Czechoslovakia*, In: *Reason* (Interview mit Václav Klaus, Juni 1990) <http://reason.com/archives/1990/06/01/no-third-way-out/singlepage>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>454</sup> Reason Foundation. *free minds and free markets. About Reason Foundation*, <http://reason.org/about/>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>455</sup> Kowalik, *Economics-Poland*. 144 f.

<sup>456</sup> Finance Minister of Czechoslovakia Speaks on Economic Reform. 1

unbedingt zu erwarten war, dass Klaus seinen Stil gegenüber einem Publikum ändern würde, welches ohnehin mehr oder weniger mit ihm übereingestimmt haben dürfte.

Eine Bemerkung wiederum, die der Interviewer in Bezug auf eine Frage machte, welche Klaus beim „Council on Foreign Relations breakfast“ gestellt wurde, veranlasste diesen zu folgender Äußerung: „To talk about planning an economic system is to talk in old terms, and I find myself sometimes having to teach Westers about what the market really means. They often don't realize that they might need a little of a market revolution in their own countries. Während Klaus die Frage, welche Art von wirtschaftlichem System er denn plane, auf eine bestimmte Art und Weise auffasste, lassen sich aus seiner Erklärung gegenüber John Fund ebenfalls einige Schlüsse ziehen. Erstens handelt es sich hier nun tatsächlich um eine Art von Rhetorik, wie sie in der, im April desselben Jahres gehaltenen Rede, nicht auftauchte. Klaus vertrat hier die Idee, dass sich auch der Westen an der in der Tschechoslowakei praktizierten, freien Marktwirtschaft ein Beispiel nehmen könne.<sup>457</sup> Zweitens zeigt sich hier abermals eine ideologische Fixiertheit und überzogene Selbstsicherheit, wie sie schon im obigen Kontext bis zu einem gewissen Grad nachgezeichnet wurde. Und drittens wird anhand dieses Kommentars die besondere Radikalität von Klaus' Haltung, oder zumindest seiner Rhetorik, klar. Sachs stellte die Entscheidung für eine der vielen Varianten westlicher Marktdemokratien lediglich zurück und auch in anderen Punkten vertrat er weniger extreme Ansichten. Klaus Rhetorik spricht dagegen dafür, dass für ihn nur ein reiner Laissez faire-Kapitalismus das Idealbild darstellte. Wie zu Beginn dieser Arbeit ausführlich erläutert wurde, handelt es sich dabei um eine sehr weit zurückreichende Ansicht, die auf Smith und besonders die Wirtschaftswissenschaftler zurückgeht, welche später die „linke“ Komponente aus Smiths Werk entfernten. Was ja auch ein wesentlicher Grund dafür ist, dass besonders Anhänger von Friedman, Hayek und anderen, als dem konservativ neoklassischen Zweig zugehörig, gesehen werden.

Außerdem betont Klaus hier, stärker als bisher gezeigt werden konnte, dass zwar die spezifische Anordnung von Reformen zur Debatte stehe, nicht jedoch „...speed and direction...“, womit die klare Bevorzugung einer tschechoslowakischen Schocktherapie ausgedrückt wird. Was sich jedoch schon schwerer erklären lässt, ist Klaus' „...fear that our neighbours—Hungary and Poland—may be falling into what I call a „reform trap,“ in which partial reforms can turn out to be worse than none at all.“ Gerade wenn man bedenkt, dass die ursprüngliche Variante einer neoliberalen Schocktherapie in Polen implementiert wurde, ist Sorge um dessen Reformprogramm schwer zu verstehen, besonders da zu dieser Zeit, die nur langsam vor sich gehende Privatisierung, noch kein Thema gewesen sein dürfte. Tatsächlich wurden die meisten Reformen in der Tschechoslowakei erst etwa ein Jahr nach dem polnischen Reformstart auf den Weg gebracht.

Der Interviewer wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Klaus' empfohlen habe, mit der Abschaffung von Wohnungssubventionen bis zu den Juni-Wahlen zu warten. Dieser beantwortete

---

<sup>457</sup> Stroehlein, Three Vaclavs.

die Frage damit, dass sein Budget „...very tough.“ sein würde, aber auch damit, dass seine Regierung von niemandem gewählt worden sei. Hier zeichnete sich also bereits einer der Faktoren ab, welcher in der Tschechoslowakei, zu einem relativ langsamen Reformstart geführt hatte. Orenstein spricht in diesem Zusammenhang manchmal davon, dass Klaus‘ Rhetorik über die in der Praxis angewandte Politik hinweggetäuscht habe.<sup>458</sup> Während dies bis zu einem gewissen Grad sicher zutrifft, muss darauf hingewiesen werden, dass der bisher entstandene Eindruck eher dem, eines überzeugten Neoliberalen entspricht, der sich pragmatisch an die politische Entwicklung anpasste; eine Möglichkeit, welche Orenstein mit Verweis auf Klaus‘ spätere Versuche, den sozialliberalen Kompromiss zu beseitigen, selbst impliziert.<sup>459</sup>

Im weiteren Verlauf wird dann etwas klarer, warum Klaus die Nachbarländer der Tschechoslowakei in eine „Reformfalle“ tappen sah. Während der tschechoslowakische Finanzminister abermals die Bedeutung klarmacht, die die Mitgliedschaft im IWF für sein Land hatte, äußerte er auch Sorge um die wirtschaftlichen Reformvorgaben der internationalen Finanzorganisationen. Des Weiteren lehnte er klassische Entwicklungshilfe ab, da er wisse, „...what it has done to other countries. For us, it would bring inflation and a certain timidity in the making of economic policy. It could allow us to delay needed economic treatments and send us into the reform trap.“ Was Klaus keineswegs ablehnte, war aber zum Beispiel technische Unterstützung, wie etwa bei der Stabilisierung des Wechselkurssystems.<sup>460</sup> Auch an die von verschiedenen Seiten ins Feld geführte Kritik, dass Konditionalität bedeute, sich einem „one-size-fits-all“-Zugang der internationalen Institutionen beugen zu müssen, muss hier erinnert werden.<sup>461</sup>

Drei Jahre später illustrierte er im Detail, was er mit der „reform trap“ meinte. Es gäbe Länder, welche in einen „...vicious circle of incomplete and incorrect reform measures,...“ gefallen seien. Seine Argumentation dreht sich dabei um die, im Reformdiskurs oft genannten Problematiken, wie Hyperinflation, Arbeitslosigkeit und ein wachsendes Budgetdefizit. Bemerkenswert ist jedoch, dass Klaus zu diesem Zeitpunkt diese Befürchtungen nicht mehr explizit mit den Nachbarländern der Tschechischen Republik in Verbindung brachte. Stattdessen sprach er an, dass es auch Länder gebe, welche Erfolg „...in avoiding the fall into the reform trap;...“, gehabt hätten. Auf diese Weise würden positive wirtschaftliche Resultate, politische Stabilität und eine Fortführung der Reformen möglich.<sup>462</sup> Wie jedoch von Orenstein festgestellt wird, kann Stabilität auch dazu führen, dass notwendige Korrekturen nicht durchgeführt werden.<sup>463</sup> Zwischen 1995 und 1997 begann dann die polnische

---

<sup>458</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 87

<sup>459</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 85 f.

<sup>460</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 114

<sup>461</sup> Żukrowska, *It’s the economy, stupid!* 35

<sup>462</sup> Václav Klaus, *Interplay of Political and Economic Reform Measures in the Transformation of Postcommunist Countries*. (Rede bei der Heritage Foundation am 15.10.1993) 1,

<http://www.policyarchive.org/handle/10207/bitstreams/12625.pdf>, Zuletzt gesichtet am 08.12.2012

<sup>463</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 99 f.

Volkswirtschaft mit hohem Tempo zu wachsen, während die tschechische Wirtschaft von der Währungs- und Bankenkrise getroffen wurde.<sup>464</sup>

Die Ideologie, welcher sich die ODS bis zur Krise bediente war ein, mit nationalistischen und konservativen Elementen kombinierter Neoliberalismus. Dieser Konservatismus beinhaltete, wie Hanley zeigt, eine Perspektive, in welcher nicht nur der freie Markt und Parteien, sondern auch die Funktion der internationalen Organisationen als „tried and tested“ angesehen wurden.<sup>465</sup> Klaus' Haltung gegenüber dem Währungsfond und der Weltbank kann also als Ausdruck einer Vermischung des konservativen und des nationalistischen Elements, verstanden werden.

Klaus geht außerdem auf die Frage des innenpolitischen Konflikts ein, der ihm zufolge vor allem mit der Frage des Tempos, wie etwa in Bezug auf die Privatisierung, zu tun habe. Was die grundlegenden Reformen betraf, gäbe es jedoch einen breiten Konsens, was auch mit den bisher gemachten Forschungsergebnissen mehr oder weniger übereinstimmt.<sup>466</sup> An diesem Punkt drängt es sich jedoch auf, auf die spannungsgeladene und oft unsachliche Austragung des Diskurses rückzuverweisen, wie er sich etwa in der verzerrten Darstellung des Gradualismus ausdrückt. Es gibt gute Gründe dafür, warum immer wieder auf einen weitgehenden Konsens verwiesen wird, aber es geht dabei eben in erster Linie um den wirtschaftspolitischen Konsens, wobei es doch oft gerade die ökonomistische Engführung von Reformprogrammen war, welche von vielen Oppositionellen beanstandet wurde.

Auf die Frage hin, ob die Tschechoslowaken ausländische Investitionen begrüßen, oder ihnen Widerstand leisten würden, äußerte sich Klaus sehr positiv und auch in einem Interview mit dem Spiegel vom Oktober 1992 brachte Klaus eine ähnliche Haltung zum Ausdruck: „Ich kann keine Anzeichen dafür entdecken, dass Deutschland uns aufkaufen möchte. Und was die Geschäftsbeziehungen angeht, haben wir hier ausländische Investoren, die wir auch unbedingt brauchen.“<sup>467</sup> In der Praxis stammten jedoch 82 % aller akzeptierten Privatisierungskonzepte von den Unternehmensleitungen, während die deutlich zahlreicheren Vorschläge externer Investoren letztlich nur 7,4 % ausmachten.<sup>468</sup> Wie anhand der Zahlen bereits angedeutet wurde, war besonders die Coupon-Privatisierung als Werkzeug gedacht, um die Wirtschaft möglichst tschechisch zu belassen.<sup>469</sup>

Die folgenden Fragen des Interviewers drehten sich eher um den Werdegang des Reformpolitikers und seine Rolle in den Ereignissen des Novembers 1989. Das Interview knüpft erst gegen Ende wieder an Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung an, wenn gefragt wird, wie Klaus Finanzminister wurde. Seiner Aussage zufolge habe es einfach niemand anders für den Job gegeben,

---

<sup>464</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 124 f.

<sup>465</sup> Hanley, *Blue Velvet*. 47

<sup>466</sup> Fischer, *The Process of Socialist Economic Transformation*. 104

<sup>467</sup> Kein Doppelhaus. Spiegel-Interview mit dem tschechischen Premier Vaclav Klaus, In: *Der Spiegel* 43/1992 (19.10.1992) <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679882.html>, Zuletzt gesichtet am 08.12.2012

<sup>468</sup> Müller-Eschenbach, *Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei*. 87 f.

<sup>469</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 78 f.

da ein Mangel an Humankapital bestanden habe: „I have to both run the Finance Ministry now and also serve as the ministry’s chief economist. It is an impossible situation.“ Wie auch bei anderen von Klaus‘ Aussage, bestehen hier verschiedene Interpretationsmöglichkeiten. Die beschriebene Situation erscheint plausibel, wenn man bedenkt, dass die tschechoslowakische Situation vergleichsweise lange, vergleichsweise repressiv blieb und moderne Standardökonomie nur an der Akademie der Wissenschaften in Prag gelehrt wurde.<sup>470</sup> Des Weiteren stellt Klaus seine zentrale Position im Reformprozess heraus, Anlass sich als Außenseiter darzustellen sah er dagegen anscheinend noch nicht. Das mag sich dadurch erklären, dass die Interessengegensätze, welche einen großen Teil der Phase zwischen 1990 und 1992 prägten,<sup>471</sup> zu dieser Zeit noch nicht voll entwickelt gewesen sein dürften.

Im Großen und Ganzen bestätigen sich also einige der bisher gemachten Beobachtungen, einige seiner Ansichten bringt Klaus jedoch offener zum Ausdruck. Besonders sein Mangel an Zutrauen zu den Möglichkeiten der, von den Finanzinstitutionen angebotenen Finanzhilfe und die damit zusammenhängende Sorge um ein Versanden des Transformationsprozesses, hätte er wohl vor so manch‘ anderem Publikum nicht so offen geäußert. Außerdem ist hier der tschechische Wirtschaftsnationalismus in seiner Komplexität besser sichtbar. Besonders im Fall der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens, kann man mit einiger Berechtigung angezweifelt werden, dass neoliberales Gedankengut in erster Linie von außen importiert wurde.

#### 4.2.3.3. Klaus on Conservative Ideology, Slovak Issue<sup>472</sup> (März 1992)

Dieses Interview mit dem tschechischen Finanzminister, der zu diesem Zeitpunkt bereits etwa ein Jahr Vorsitzender der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) war, stammt ursprünglich aus *Zemědělské Noviny*, einer tschechischen Tageszeitung und erschien zunächst am 9. März 1992 im Tschechischen unter dem Titel „Today, Conservatism Is a Revolutionary Position in Our Country“. Geführt wurde das Interview von Katerina Sladkova und Petr Novacek. Ins Englische übersetzt, erschien dieses im *JPRS Report East Europe* vom 6. April 1992.<sup>473</sup> Es handelt sich hierbei um eine Publikation der US-Regierung. Neben dem *Joint Publications Research Service* (JPRS) war außerdem das *Foreign Broadcast Information Service* (FBIS) involviert. Die Natur dieser Veröffentlichung erklärt sich folgendermaßen: „All information has been obtained from foreign radio and television broadcasts,

---

<sup>470</sup> Turnovec, Economics - Czech Republic. 53 f.

<sup>471</sup> Hanley, Sticking Together. 426

<sup>472</sup> Klaus on Conservative Ideology, Slovak Issue. In: JPRS Report East Europe, JPRS-EER-92-042. Ursprüngliche Veröffentlichungsform: Katerina Sladkova, Petr Novacek, „Today, Conservatism Is a Revolutionary Position in Our Country“ In: *Zemědělské Noviny* (Tschechisches Interview mit Václav Klaus, 09.03.1992) 1, 4 (Englische Übersetzung, 06.04.1992) 2-4, <http://www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA334756>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>473</sup> Klaus on Conservative Ideology, Slovak Issue. 2

news agency transmissions, newspapers, books, and periodicals...Items from foreign language sources are translated;...<sup>474</sup>

In erster Linie drehte sich das Gespräch um parteipolitische Entwicklungen, die kommenden Parlamentswahlen und die Slowakei. Zunächst wird Klaus jedoch auf seine Selbstdarstellung als Konservativer angesprochen. Die Frage, wie sich dieser Konservatismus ausdrücke, wird mit der Bedeutung traditioneller Werte beantwortet, wenn auch nicht genauer auf diese Werte eingegangen wird. Klaus weist außerdem darauf hin, dass diese Art von Haltung im postkommunistischen Kontext revolutionär und radikal sei, da diese Werte „...from scratch.“ neu eingeführt werden müssten.

Andrew Stroehlein hat in diesem Zusammenhang einige hilfreiche Beobachtungen gemacht. Wie er beschreibt, sah Klaus den Versuch Václav Havels und anderer, das Bürgerforum als breite, zivilgesellschaftliche Bewegung zu erhalten, als naiv an. Ein System von politischen Parteien stellte er dagegen als eine „normale“, seit Jahrhunderten etablierte Praxis dar. Bezieht man zusätzlich Klaus', von neoklassischen Ansichten geprägten Ambitionen mit ein, so wird die Gründung der ODS und seine ablehnende Haltung gegenüber dem Konzept der Zivilgesellschaft, verständlicher. Einerseits ist der Begriff des Individuums für diese Denkrichtung zentral und andererseits konnte Klaus viele seiner politischen Pläne im Bürgerforum nicht verwirklichen.<sup>475</sup> Martin Potůček kommentiert dies folgendermaßen: „He presents himself as a methodological individualist who is contesting the need for analyzing human forms of collectivism by other means than those based only on analyses of individuals' self-centered intentions and the activities stemming from them. Klaus even has doubts about the ontological status of human communities and contests that people would be willing to associate due to other than egotistical reasons.“<sup>476</sup> Der Konservatismus Klaus' drückte sich unter anderem in der oft erwähnten Ablehnung eines „Third Way“ und sonstiger „Experimente“ aus. Stattdessen wurde propagiert, sich an bewährte Konzepte des Westens zu halten.<sup>477</sup> Ebenso weist Hanley darauf hin, dass es diesem „...neoliberal conservatism...“ eigen war, den freien Markt auf unspezifische Weise mit dem tschechischen Nationalcharakter in Verbindung zu bringen.<sup>478</sup> Seltsam mutet an, dass ja auch die Massenprivatisierung keineswegs eine traditionelle und erprobte Privatisierungsform darstellte. Insofern ist es naheliegend, dass Klaus primär soziale bzw. sozialistische Experimente meinte.

Im Anschluss leitete der Interviewer zur nächsten Frage über, indem er darauf hinwies, wie nachdrücklich der ODS-Vorsitzende diese Werte, sowie die Interessen seiner Partei, vertrete. Klaus gab sich diesbezüglich überrascht. Er sei der einzige Repräsentant der ODS in der Regierung „...and when it comes to voting I look around for allies in trepidation.“ Die „...former loyal and friendly

---

<sup>474</sup> JPRS Report East Europe, JPRS-EER-92-042. 59

<sup>475</sup> Stroehlein, Three Vaclavs.

<sup>476</sup> Potůček, Havel versus Klaus. 165 f.

<sup>477</sup> Stroehlein, Three Vaclavs.

<sup>478</sup> Hanley, Blue Velvet. 47 f.

atmosphere...“, habe sich besonders ab Anfang 1992 geändert. Die Art und Weise, wie Klaus seine Position und die Position seiner Partei hier darstellte, passt gut zur Selbstdarstellung als Außenseiter gegenüber einer abgehobenen intellektuellen Elite.<sup>479</sup> Diese Darstellung entsprach durchaus den damaligen Umständen. Klaus mag seine isolierte Position überdramatisiert haben, aber zwischen 1989 und 1992, hatte er tatsächlich nur beschränkten Einfluss. Die ehemaligen Spitzen des Bürgerforums verkörperten den tschechoslowakischen Sozialliberalismus, womit eine ideologische Kluft zu Klaus und der ODS bestand. Wie aus der Literatur und auch aus Klaus‘ Darstellung hervorgeht, war erstere Strömung in diesen Jahren noch dominant.<sup>480</sup>

Auf die Frage hin, ob er nicht befürchte, dass der erfolgsversprechende Kurs der ODS Karrieristen anlocken würde, gab Klaus eine vertraut klingende Antwort: „Nothing can be done about that, it is quite natural.“ Wie zur Genüge gezeigt wurde, vertraten viele der neoliberal eingestellten Reformer, in Bezug auf negative Auswirkungen der Transformation, eine diesen Umstand lediglich passiv akzeptierende Haltung. Andere schoben „trickle-down economics“ vor. Klaus behauptete jedoch weiterhin, dass die ODS im Gegensatz zum aufgelösten Bürgerforum, alles tue, um „...‘self appointed‘ politicians.“ im Zaum zu halten. Konkret wird auf den demokratischen Auswahlprozess der ODS-Wahlkandidaten hingewiesen. Hier besteht ein klarer rhetorischer Widerspruch, wenn innerhalb eines Absatzes „Nothing can be done...“ auf „...every effort...“ prallt. In Anbetracht der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ist man dazu geneigt, ersterem mehr Gewicht beizumessen.

Diese Widersprüche lassen sich im Verlauf des Gesprächs noch mehrmals feststellen. Wie der Interviewer bemerkte, hatte sich die ODA weder der ODS noch der damaligen Koalition, angeschlossen. Diesen Umstand bedauernd, weist Klaus darauf hin, dass er es begrüßen würde „...to see many of them in leading positions.“ Einige Fragen vorher war er darauf angesprochen worden, dass die ODS oft als „elevator to power.“ gesehen würde. Dies beantwortete er mit der bereits umrissenen Selbstdarstellung als Außenseiter und der Bemerkung, er habe oftmals das Gefühl „...of being absolutely powerless.“ Einerseits wird die Darstellung seiner Partei, als ein Vehikel zur Einflussgewinnung und zur Bedienung der Klientel, abgelehnt. Andererseits werden den ODA-Spitzen einige Absätze später implizit attraktive Positionen angeboten und wird auf deren „...personal ambitions.“ als trennender Faktor hingewiesen. Während es in sich schlüssig sein mag, ehrgeizigen Politikern Positionen anzubieten, bestehen Widersprüche zu vorhergehenden Argumenten. Es ist z.B. eine Sache, nicht für einen 100-prozentig effektiven Filter gegenüber „careerists“ bzw. „...‘self-appointed‘- politicians...“ garantieren zu wollen und eine völlig andere Sache, Personen Positionen anzubieten, deren angebliche „...personal ambitions.“ er selbst in den Vordergrund gestellt hatte. Was hier vor allem auffällt, ist die mangelnde Definiertheit dieser Begriffe, sodass unklar bleibt, ob die drei genannten Begriffe überhaupt etwas miteinander zu tun haben. Nicht nur hier entsteht der Eindruck,

---

<sup>479</sup> Hanley, Blue Velvet. 46 f.

<sup>480</sup> Hanley, Sticking Together. 426

dass Klaus weniger eine persönliche Überzeugung bzw. eine Überzeugung der Partei zum Ausdruck bringt, als vielmehr der Erwartungshaltung des Interviewers bzw. des Publikums entsprechend antwortet.

Ähnlich verhält es sich mit der Darstellung der ODA als elitäre Partei ohne Basis. Die ODS sei dagegen „expressly more democratic as a result of the fact that it is established consistently from below.“ Von der Seite des Interviewers wurde in Reaktion darauf schnell und präzise festgestellt, dass die ODS lediglich von „...a single personality – yourself.“, repräsentiert würde. Wie auch Hanley feststellt: „Despite its democratic and representative mechanisms, which sometimes checked Klaus on internal matters, the Civic democratic Party was from the outset dominated by the charismatic and forceful leadership of its founder.“<sup>481</sup> Die offensichtliche Schwäche in diesem Vergleich sehend, wies Klaus darauf hin, dass die Art und Weise der Repräsentation einer politischen Partei und ihre grundlegenden Strukturen und Mechanismen, zwei unterschiedliche Dinge seien. Wie sich jedoch auch hier zeigt, werden bestimmte Angelegenheiten gar nicht erst angesprochen, wenn sie nicht vom Interviewer aufgebracht werden oder in einem anderen Zusammenhang zur Sprache kommen.

Der Ton, dessen sich Klaus auch in diesem Interview bediente, entspricht in etwa den bisher gemachten Beobachtungen. Allerdings rücken jetzt die Parteien und der Wettbewerb der ODS mit diesen, in den Fokus. Während er sich gegenüber den ehemaligen Spitzen des Bürgerforums als Außenseiter darstellte, wird auf den elitären, von persönlichen Ambitionen geprägten Charakter der ODA hingewiesen. Deren Anschuldigungen, die ODS nehme die Transformation lediglich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wahr, wird in noch beißenderem Tonfall als gewöhnlich abgewehrt: „I consider this to be a classic example of tasteless criticism of the ODS.“ Klaus weist darauf hin, dass er aufgrund seiner Profession und seines derzeitigen Amtes natürlich in erster Linie mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigt sei. Es gehe jedoch aus seinen Texten und dem ODS-Wahlprogramm klar hervor, dass es sich um „...evil misrepresentation.“ handele. Wie wieder und wieder gezeigt wurde, handelt es sich bei der Vernachlässigung nichtwirtschaftlicher Themen jedoch oft um eine legitime Kritik neoklassisch beeinflusster Politik. Allerdings ist die länderspezifische Reformpraxis ein eigenes Thema.

Dieses Interview lässt einige nähere Blicke auf die, sich nach der Trennung des Bürgerforums langsam entwickelnde Parteienlandschaft und die dadurch entstandenen Trennlinien, zu. Hier stehen besonders die Ansichten Klaus‘ und seiner Partei im Mittelpunkt. In dieser Hinsicht ist vor allem zu bemerken, dass Klaus sich Doppelstandards bedient, da generell nur auf eigene Stärken bzw. gegnerische Schwächen hingewiesen wird.

---

<sup>481</sup> Hanley, Blue Velvet. 46

#### 4.2.3.4. *Interplay of Political and Economic Reform Measures in the Transformation of Postcommunist Countries*<sup>482</sup> (Oktober 1993)

Klaus' vehemente Entgegnung gegenüber der von *Zemědělské Noviny* angesprochenen Anschuldigung, war insofern fundiert, als dass Klaus zumindest die politischen Aspekte der Transformation, durchaus berücksichtigte. In einer Rede bei der „Heritage Foundation“ im Oktober 1993 etwa, wies er darauf hin, dass die „...systemic transformation...“ kein „...exercise in applied economics or in applied political science;...“ sei. Vielmehr habe man es mit einem Prozess zu tun, in den Menschen involviert sind und welcher „...new groups of gainers and losers, ...“<sup>483</sup> erzeuge. Diese Aussage scheint tatsächlich ein klares Bewusstsein für die sozialen Konsequenzen der Transformation, zum Ausdruck zu bringen. Das bedeutete jedoch nicht zwangsläufig auch, dass Klaus abfedernde Sozialmaßnahmen guthieß.

Besonders in Verbindung mit einer etwas spezifischeren Formulierung wird nämlich klar, dass implizit auch vom Individuum, im Sinne der neoklassischen Volkswirtschaftslehre, die Rede ist: „The reformers must accept that this process involves not just them but millions of human beings with their own dreams, preferences, and priorities. The role of politicians in it must be, therefore, rather limited.“<sup>484</sup> Ebenso wird die Behauptung aufgestellt, dass „...human nature...“ keine „...brave new worlds“...“ wolle, ein weiterer Hinweis auf die neoklassische Fundiertheit dieser Aussagen. Wie zu Beginn dieser Arbeit gezeigt wurde, hat sich in der neoklassischen Mikroökonomie bis heute eine recht simple Ansicht von der Natur des Menschen gehalten. Das Individuum handelt demnach kalkuliert und unter rationalen Gesichtspunkten, mit dem Ziel, den Profit bzw. Nutzwert für sich zu maximieren.<sup>485</sup> Des Weiteren weist die Ablehnung von „brave new worlds“ auf Klaus' konservative, aber seiner Ansicht nach realistische Perspektive, hin. An dieser Argumentationslinie lässt sich gut die Vermischung von neoklassischen Ansichten und nationalistischen bzw. konservativen Haltungen erkennen, wie sie zum Beispiel von Hanley beschrieben wird. Der ideologische Diskurs, welcher ursprünglich von der ODS entwickelt worden war, sei ihm zufolge eine „...innovative synthesis of Hayekian neo-liberalism and aspects of Czech nationalism.“ Ebenso wird im selben Zusammenhang auf das Vertrauen hingewiesen, welches diese Ideologie in „...‘tried and tested‘ and ‚standard‘ forms of organization, ...“ hegte.<sup>486</sup>

Das starre, ideologisch verfestigte Bild vom Individuum ist besonders deshalb problematisch, weil hier immer der Glaube an eine „unsichtbare Hand“ oder das „Hinuntertröpfeln“ des Reichtums

---

<sup>482</sup> Václav Klaus, *Interplay of Political and Economic Reform Measures in the Transformation of Postcommunist Countries*. (Rede bei der Heritage Foundation am 15.10.1993)

<http://www.policyarchive.org/handle/10207/bitstreams/12625.pdf>, Zuletzt gesichtet am 08.12.2012

<sup>483</sup> Klaus, *Interplay of Political and Economic Reform Measures*. 1

<sup>484</sup> Klaus, *Interplay of Political and Economic Reform Measures*. 3

<sup>485</sup> Hunt, *History of Economic Thought*. 130 f.

<sup>486</sup> Hanley, *Blue Velvet*, 47

mitschwingt, was jegliche Umverteilung von oben nach unten, unnötig machen würde. Gut sichtbar wird dies auch an der selektiven Verwendung Adam Smiths in derselben Rede: „We accept Adam Smith’s teaching. His vision of a free, democratic, and efficient civic society, where the citizen,...is the king, is our vision.“<sup>487</sup> Der Teil von Smiths Arbeit, welcher in der Tradition der Arbeitswerttheorie steht, wird nämlich vollkommen ausgeblendet.<sup>488</sup>

Eine weitere Aussage Klaus‘, nämlich bezüglich der „...unrealistic beliefs in social engineering, in scientific control of the reform process, and in the fine tuning of reforms.“<sup>489</sup> deutet außerdem an, dass die Ermahnung, es handle sich beim Reformprozess nicht um eine Übung in angewandter Wirtschafts- und Politikwissenschaft, auch im Sinne einer Kritik an alternativen Reformideologien verstanden werden kann.

Im Verlauf der vorliegenden Rede legte Klaus seine politische Philosophie und Rhetorik offen und systematisch dar, was es erlaubt, mehr zu tun als lediglich gebetsmühlenartig auf die Kluft zwischen Klaus‘ Rhetorik und Reformpraxis hinzuweisen.

„To be successful, the political leaders must formulate and sell to the citizens of the country a positive vision of a future society.“ Die Formulierung müsse dabei „...straightforward (not fuzzy);...“ sein, sie müsse motivieren und die „...hearts of men and women...“ ansprechen; „...clear words...“ seien ebenso notwendig, wie die Darlegung der Vision in einer Idealform. Dies sei notwendig, „... because the compromises belong to reality, not to images or visions);...“<sup>490</sup> Klaus stellt in keiner anderen der vorliegenden Quellen seine im öffentlichen Kontext verwendete Rhetorik, auf ähnlich systematische Weise dar. Wie Klaus selbst darlegt, handelt es sich beim, im Folgenden dargestellten Kern seiner „message“, um eine Vision, von derer er sich bewusst war, dass sie der Realität wohl nicht standhalten würde können. Im Prinzip also eine recht ähnliche Einstellung, wie sie auch aus der Wahlkampf rhetorik in gefestigten Demokratien, bekannt ist.

Die Kernelemente der Botschaft werden teilweise klarer ausformuliert, als es in bisher behandelten Quellen der Fall war. Die Vision „...must explicitly reject all forms of „third ways,“ which are based on incompatible combinations of different worlds.“ Die Ablehnung von „third ways“ wird hier ebenso genannt, wie der eben diskutierte Fokus auf das Individuum und die Betonung von „...proven, conservative principles.“<sup>491</sup> Was hier zu denken gibt, ist die Tatsache, dass die in der Vision enthaltene Ablehnung eines Hybridmodells, bzw. von „sozialistischen“ Elementen, in direkter Verbindung mit Klaus‘ Darlegung seiner Kommunikationsweise genannt wird. Es scheint sich also bei ersterem in erster Linie um ein rhetorisches Element zu handeln. Die Reformpraxis ab 1992 spricht

---

<sup>487</sup> Klaus, Interplay of Political and Economic Reform Measures. 2

<sup>488</sup> Hunt, History of Economic Thought. 49-63

<sup>489</sup> Keilhofer, Wirtschaftliche Transformation. 331

<sup>490</sup> Klaus, Interplay of Political and Economic Reform Measures. 2

<sup>491</sup> Klaus, Interplay of Political and Economic Reform Measures. 2

jedoch dafür, dass die konkreten Reformen, zumindest als groben Rahmen, durchaus diese Vision zur Grundlage hatten.

Diese Rede vor der „Heritage Foundation“ abschließend, weist Klaus darauf hin, dass die Anpassungskrise, „...by introduction and implementation of rational macroeconomic policies, based on conservative foundations.“, überwunden werden könne. „Monetarism, not Keynesianism; fixed rules, not finetuning; balanced budget, not fiscal activism; self-reliance, not dependence on foreign mercenaries:...”<sup>492</sup> Mit Blick darauf ist es zunächst verwirrend, dass Klaus einige Absätze vorher darauf hinwies, dass “Reform blueprints...loose, unpretentious, and flexible.”<sup>493</sup> sein müssten. Mit „fixed rules“ ist wohl lediglich die Etablierung neuer rechtlicher Grundlagen gemeint.

Dagegen bleibt unklar, was im Detail mit der flexiblen Handhabung der Reformpläne gemeint ist. Bei der Lektüre des entsprechenden Absatzes entsteht eher der Eindruck, dass damit eine ideologische Position zum Ausdruck gebracht wird. Es sei „...impossible to centrally plan the origin and rise of a free society and of a market economy.“ Die Träume von “...social engineers of all ideological colors to organize or to mastermind the whole process of a systemic transformation in a rigid way are false, misleading, and dangerous.” Im weiteren Verlauf ist vom neoklassischen Bild des Individuums, von der tschechischen Transformation und der beschränkten Rolle von Politikern in dieser die Rede. Vor allem kommen in Klaus‘ Darstellungen also eher Befürchtungen bezüglich einer zu starken staatlichen Rolle und eines Rückfalls in kommunistische Wirtschaftspolitik zum Ausdruck und nicht unbedingt konkrete Problematiken.

Die meisten Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Geschwindigkeit könnten laut Klaus, einfach dadurch aufgelöst werden, indem Regeländerungen, welche schnell erfolgen müssten, und institutionellen Änderungen, welche mehr Zeit benötigen würden, klar unterschieden würden. Auf den ersten Blick hat man es hier mit einer Haltung zu tun, welche weniger feindselig gegenüber dem Gradualismus zu sein scheint. Die Unterschiede zwischen den Ideen der beiden Lager, werden hier jedoch stark vereinfachend, auf Fragen der Geschwindigkeit heruntergebrochen.

Allerdings vertrat Klaus auch in Bezug auf demokratiepolitische Fragen eine eher graduelle bzw. evolutionäre Ansicht. „Democracy is indispensable and attempts to ignore it in the name of easier and faster reforms are futile and ineffective.“ Eine Haltung, welche in der Praxis in den demokratischen Strukturen der ODS sichtbar ist.<sup>494</sup> Dies scheint auch eine Antwort auf den Reformdiskurs zu sein, in dem demokratische Regeln oft als problematisch angesehen wurden, da kritische Interessensgruppen ermöglichen könnten, den Reformprozess zu stoppen oder zu verlangsamen.<sup>495</sup>

---

<sup>492</sup> Klaus, Interplay of Political and Economic Reform Measures. 3

<sup>493</sup> Klaus, Interplay of Political and Economic Reform Measures. 3

<sup>494</sup> Hanley, Blue Velvet. 46

<sup>495</sup> Orenstein, Out of the Red. 1-4

In diesem Dokument wird also besonders schön ersichtlich, dass die Zuordnung zu den Konzepten “Schock” und “Gradualismus“ nur beschränkt hilfreich ist. Während einerseits Klaus‘ Rhetorik stark von neoklassischen Ideen bestimmt war und die graduelle Seite hier eine kritischere Haltung vertrat, so sind doch auch konservative, nationalistische und demokratiefreundliche Aspekte vorhanden. Er bediente sich also Elementen beider Strategien, wobei jedoch immer auch klar bleibt, dass „übermäßige“ Regulierung bzw. eine allzu großzügige Sozialpolitik, nicht im Sinne Klaus‘ waren. Er weist in dieser Rede zwar darauf hin, dass einerseits dereguliert und liberalisiert werden müsste und auf der anderen Seite „...constraints and limits of the decision-making spaces of participating agents.“, festgelegt werden müssten; wie aber bereits festgestellt wurde, hatten Regulierung und Transparenz in der Praxis eine vergleichsweise geringe Bedeutung. Dies muss nicht bedeuten, dass es sich bei der Nennung dieser Reformaspekte von Beginn an um Lippenbekenntnisse handelte, es wird hier eher vermutet, dass Klaus sich der explosiven Bedeutung der Korruption für das Reformprojekt und sein politisches Ansehen bewusst war.<sup>496</sup>

#### 4.2.3.5. *Wohlfahrt untergräbt Moral*<sup>497</sup> (Mai 1996)

Das im Folgenden besprochene Interview wurde am 27. Mai 1996 von den Spiegel-Redakteuren Erich Follath und Renate Hanusova geführt. In diesem Fall soll vor allem nach der sich ändernden Wahrnehmung der tschechischen Transformation und der Person des Václav Klaus gefragt werden.

Zunächst wird die weitverbreitete Rückwendung der Wählerschaft an postkommunistische Parteien, wie sie etwa in Polen 1993 eintrat,<sup>498</sup> angesprochen. Klaus zufolge sei die Tatsache, dass es sich bei der Tschechischen Republik um eine Ausnahme handelte, vor allem auf die tiefe Verwurzelung der Demokratie, sowie die schnellen Wirtschaftsreformen zurückzuführen. Es ist die Rede davon, dass „...sofort klare Zukunftsvisionen entwickelt.“ wurden, unter anderem betreffend die „...kompromisslose Marktwirtschaft ohne jede Koketterie mit sozialistischen Elementen vom „Dritten Weg“. Diese Ansicht ist bekannt und zur Genüge genannt worden. Allerdings äußert Klaus seine Ansichten zur Sozialpolitik nun vergleichsweise offen. Dies ist unter anderem in folgendem Zitat sichtbar: „Man darf als Reformier keine nutzlosen sozialen Konzessionen machen. Man darf sich nicht mit Halbheiten zufriedengeben, muss auch unpopuläre, schmerzhaft Maßnahmen durchsetzen.“

Klaus war sich aber der Komplexität des Reformprozesses und anscheinend auch der Tatsache bewusst, dass die Neoklassik keine Theorie wirtschaftlichen Wandels, darstellte.<sup>499</sup> Anzeichen dafür

---

<sup>496</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 105

<sup>497</sup> Erich Follath, Renate Hanusova, *Wohlfahrt untergräbt Moral*. Der tschechische Premier Vaclav Klaus über Reformen, soziale Härten und das Problem mit den Deutschen, In: *Der Spiegel* 22/1996 (27.05.1996) <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8928992.html>, Zuletzt gesichtet am 08.12.2012

<sup>498</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 122 f.

<sup>499</sup> Pickel, *Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities*. 224

sind seine frühe Involviertheit in den politischen Prozess, sowie Aussagen, die nicht nur in diesem Interview gemacht wurden, so wie etwa: „Es ist unmöglich, ein ideales Marktsystem am Reißbrett zu entwerfen und dann „einzuführen“. und „Zu privatisieren, zu deregulieren und zu liberalisieren ist mehr als eine Übung in angewandter Volkswirtschaft,...“. Wie jedoch der Reformverlauf zwischen 1992 und der Krise zeigt, hielten ihn diese Einsichten nicht davon ab, sich von grundlegenden neoklassische Ideen leiten zu lassen, wenn er die politische Freiheit dazu hatte. In diesem Licht muss auch die oben zitierte Aussage zu den „...nutzlosen sozialen Konzessionen...“ betrachtet werden, denn seit dem Wahlsieg der ODS 1992 und Klaus' Aufrücken in die Position des Premierministers befand er sich politisch in einer stark verbesserten Position. In mancherlei Hinsicht begannen in dieser Zeit Klaus' radikale Rhetorik und die Reformrealität stärker übereinzustimmen.<sup>500</sup> Wie jedoch von den Interviewern angesprochen wird, galt dies nur in manchen Bereichen.

Diese wiesen darauf hin, dass Klaus' Kritiker behaupten würden, die „...Privatisierung sei nur auf dem Papier ganz durchgeführt,...“ Ebenso wird darauf hingewiesen, dass das Konkursgesetz kaum angewendet würde und dass sich die Privatisierungsfonds größtenteils im Besitz von Banken befinden würden, welche wiederum immer noch im Staatsbesitz seien. Letzteres erwiderte Klaus in ungewöhnlich defensiver Weise: „Das wird bald zügig in Angriff genommen. Aber Privatisierung der Wirtschaft heißt doch nicht 100 Prozent, nicht sofort...“ Während einige von Klaus' Aussagen zu dieser Haltung passen, wie etwa, dass institutionelle Änderungen, im Gegensatz zu „Changes of rules,...“, mehr Zeit benötigen würden,<sup>501</sup> muss daran erinnert werden, dass dieses Interview mehr als fünf Jahre nach dem Start der Reformen, geführt wurde und dass die Bankenprivatisierung schon kurz nach dem Zerschlagen der Regierung 1997, durchgeführt wurde.<sup>502</sup> Es ist anzunehmen, dass die Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik<sup>503</sup> bereits so umfassend geworden waren, dass Klaus nicht mehr fähig oder nicht mehr willens war, die Privatisierung der Banken zu vervollständigen.

Zur seltenen Anwendung des Konkursgesetzes im tschechoslowakischen bzw. tschechischen Kontext gibt es verschiedene Ansichten. Careja weist zum Beispiel darauf hin, dass durch das Vermeiden von Bankrotts, die durch Netzwerke verbundenen Firmen, vor Kettenreaktionen geschützt wurden.<sup>504</sup> Es gibt jedoch auch Grund zur Annahme, dass der Schutz ineffizienter Firmen einer der Gründe für die spätere Krise war.<sup>505</sup> Von Klaus selbst wird auf jeden Fall nie darauf hingewiesen, dass es darum ging, diese Art von Kettenreaktionen zu vermeiden. Klaus meinte dazu, dass die Tschechische Republik es sich gar nicht leisten könne, unrentable Betriebe aus dem Budget zu

---

<sup>500</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 85 f.

<sup>501</sup> Klaus, *Interplay of Political and Economic Reform Measures*. 2

<sup>502</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 109-111

<sup>503</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 104

<sup>504</sup> Careja, *Policy Coherence and Economic Reforms*. 38

<sup>505</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 63

subventionieren. Die direkte Frage zur seltenen Anwendung des Konkursgesetzes wird dabei implizit verneint, lässt jedoch Interpretationsspielraum.

Im weiteren Verlauf, kam Klaus' „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ zur Sprache, was vom Interviewer zum Anlass genommen wurde, nach der Verantwortung des Staates gegenüber den „...sozial Schwachen?“ zu fragen. In Erwiderung zitierte er Ludwig Erhard, welcher der Meinung war, dass „...Sozialpolitik im alten Sinne...“, umso entbehrlicher würde, „Je erfolgreicher die Wirtschaftspolitik,...“ sei. Eine Aussage, welche klar in Richtung „trickle-down economics“ geht, was, wie bemerkt wurde, inzwischen besser zur Reformpraxis passte.

Ein Beispiel dafür, ist die Frage, ob eine primär am Wachstum ausgerichtete Politik nicht dem öffentlichen Gesundheitswesen schade. Klaus redete die Klagen der Patienten und Ärzte klein, gab jedoch zu, dass „...Tschechien vor einer Umwälzung des Gesundheitssystems...“ stehe, da es sich bald nicht mehr bezahlen lassen würde. Die vor allem 1996 und 1997 durchgeführten Reformen, berücksichtigten jedoch den regionalen und lokalen Level nicht ausreichend und die Aktivitäten von Pharma-Firmen wurden nur unzureichend reguliert.<sup>506</sup> Potůček weist außerdem darauf hin, dass die betroffenen Berufsgruppen relativ einflussreich waren,<sup>507</sup> was zu einem Patt führte. Das transformierte tschechische System, litt unter hohen Kosten und dem Unwillen oder der Unfähigkeit der Regierung, einen klaren Rahmen bzw. eine klare Richtung vorzugeben.<sup>508</sup>

Im Großen und Ganzen bestätigt sich in der Rhetorik Klaus', wie sie sich im sechsten tschechischen Reformjahr präsentierte, dass politische Stabilität für Reformanstrengungen nicht unbedingt förderlich sein muss. Klaus spricht sensible Sachverhalte, wie Fragen der Sozialpolitik, sehr offen und nicht unbedingt im Sinne seiner politischen Interessen, an. Zu diesem Zeitpunkt hatte Klaus bereits versucht, den sozialliberalen Kompromiss in einigen Punkten aufzuweichen und hatte eine dementsprechende Reaktion provoziert. Während er hier immer noch versuchte, potentielle Probleme klein zu reden, so liegen bestimmte seiner ideologischen Ansichten nun offener zutage, anstatt lediglich verklausuliert zum Ausdruck gebracht zu werden.

Außerdem war dieses Interview stärker von Kritik gekennzeichnet, besonders insofern Prestigeprojekte, wie die Massenprivatisierung, betroffen waren. Ebenso werden in einem *New York Times*-Artikel von 1995, die Aufweichung des sozialliberalen Kompromisses durch Klaus, sowie die Verzögerungen in der Restrukturierung von großen Betrieben, angesprochen.<sup>509</sup> Wie Orenstein

---

<sup>506</sup> Martin Potůček, Health Policy Reforms in the Czech and Slovak Republics. As a Political Process, In: Janos Matyas Kovacs (Hg.), Small Transformations. The Politics of Welfare Reform – East and West. (Münster [u.a.] 2003) 63, [http://books.google.de/books?hl=de&lr=&id=JGMrdKmG33EC&oi=fnd&pg=PA62&dq=czech+failed+health+system+reforms&ots=UlxMmM2OF-&sig=YagFPhzwdw7U4Ems\\_2wt5KiZu48#v=onepage&q&f=false](http://books.google.de/books?hl=de&lr=&id=JGMrdKmG33EC&oi=fnd&pg=PA62&dq=czech+failed+health+system+reforms&ots=UlxMmM2OF-&sig=YagFPhzwdw7U4Ems_2wt5KiZu48#v=onepage&q&f=false), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>507</sup> Potůček, Health Policy Reforms. 64

<sup>508</sup> Potůček, Health Policy Reforms. 69

<sup>509</sup> Quotation of the Month: „You Must Have a Message, and Sell It.“ 9 f.

beschreibt, blieben Reformfehler unkorrigiert und wurde zügellose Korruption, unter anderem durch ein schwaches Parlament und mangelhaften Journalismus, möglich. Erst nach 1994 begannen Korruptionsskandale auf höchster Ebene aufgedeckt zu werden.<sup>510</sup> Solche Entwicklungen, aber auch die simple Tatsache, dass manche Teile der Reformen inzwischen in einem fortgeschrittenen Entwicklungsstand waren (oder eben nicht), mag den kritischeren Ton in den genannten Quellen erklären.

#### 4.2.4. Leszek Balcerowicz

Leszek Balcerowicz wurde am 19. Jänner 1947 in Lipno, im nördlichen Zentralpolen, geboren. Er studierte nach seinem Schulabschluss bis 1970 an der Fakultät für Außenhandel der Warschauer Hochschule für Planung und Statistik. Zwischen 1972 und 1974 absolvierte er an der St. John's University in New York, ein wirtschaftswissenschaftliches Postgraduiertenstudium, was seine Promovierung zum Dr. econ. zur Folge hatte. Zwischen 1978 und 1980, war er außerdem Mitarbeiter der Abteilung für Wirtschaftspolitik am Institut für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus. Ein Entwurf für radikale Reformen, welchen seine Arbeitsgruppe 1980 vorlegte, wurde von der Parteiführung abgelehnt. Balcerowicz, der seit 1969 Mitglied der *Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei* (PZPR) war, verfügte über zahlreiche internationale Kontakte und hielt im Ausland viele Vorträge, was wohl wichtige Faktoren für seine Desillusionierung gegenüber dem Kommunismus, waren. Dementsprechend stellte er sich der *Solidarność* als Wirtschaftsberater zur Verfügung und trat nach der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981, aus der Partei aus. Im Rahmen des politischen Wandels und der Gespräche am „Runden Tisch“, wurde Balcerowicz schließlich zum ersten Finanzminister Polens. Um die polnische Wirtschaft so schnell wie möglich sanieren zu können, wurde, in Zusammenarbeit mit dem IWF, der Balcerowicz-Plan erarbeitet. Trotz des Regierungswechsels Anfang 1991 änderte sich an seiner Position in der Regierung nichts und der kontroverse Reformplan wurde im Prinzip unverändert fortgeführt. Nach einer Reihe kurzlebiger Regierungen, der Zersplitterung der Parteienlandschaft und im Zuge steigender Unzufriedenheit, gewann die postkommunistische SLD die Sejm-Wahl 1993 überlegen. Balcerowicz war nach der 1991er-Wahl an die nunmehrige *Warsaw School of Economics* zurückgekehrt und er war in dieser Zeit auch als Berater der ukrainischen und der russischen Regierung tätig. Ab April 1995 wurde er als Vorsitzender der *Freiheitsunion* (UW) wieder in der Politik tätig. Im September 1997 konnte diese immerhin 13,4 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Die *Wahlaktion Solidarität* (AWS) bildete mit der UW eine Regierungskoalition, in der Balcerowicz erneut Finanzminister und Vizepremier war. Wirtschaftliche Probleme und die mangelhafte Bilanz des Premiers Jerzy Buzeks und seines Finanzministers, veranlassten die UW 2000 zum Koalitionsbruch. Balcerowicz wechselte

---

<sup>510</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 105-109

daraufhin auf die Gouverneursposition der polnischen Zentralbank. Dadurch war er mit der schwierigen Vorbereitung der Euroeinführung beschäftigt und er wurde in diesen Jahren in einen politischen Konflikt um das polnische Bankensystem verwickelt. Seine Amtszeit endete im Jänner 2007.<sup>511</sup>

#### 4.2.5. Ego-Dokumente - Leszek Balcerowicz

4.2.5.1. Leszek Balcerowicz: „Vielen Firmen droht die Pleite“ – Finanzminister Leszek Balcerowicz über die polnischen Wirtschaftsreformen<sup>512</sup> (Mai 1990)

Das, diesem Teil der Analyse zugrundeliegende Interview wurde im Mai 1990, also bereits einige Monate nach Start der polnischen Reformen, von Reinhardt, K. und Pollack, M. vom Spiegel, geführt.

Ein Vergleich drängt sich zu Beginn des zweiten Teils der Diskursanalyse sofort auf. Balcerowicz wies nämlich darauf hin, dass es keine Möglichkeit gäbe die Hyperinflation zu vermeiden, ohne einen Rückgang der Reallöhne zu riskieren. Dieser Zusammenhang sei vor der Bevölkerung auch nicht verheimlicht worden. Ähnlich argumentierte auch Klaus: „Telling the truth, not promising things which cannot be realized, and guarding credibility of reform programs and of politicians who realize them are absolute imperatives.“<sup>513</sup> Die Situation war jedoch für Balcerowicz, im Gegensatz zur tschechischen Lage, stärker von der schlechten makroökonomischen Lage Polens geprägt, was sich vor allem in gallopiertender Inflation und in hohen Auslandsschulden ausdrückte.<sup>514</sup>

Hiermit kann außerdem bereits die Vermutung in den Raum gestellt werden, dass sich Balcerowicz und Klaus' Ansichten in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Reformfortschritts in mancherlei Hinsicht ähnelten. Einerseits zeigt sich hier wieder die typische Sorge um den ungehinderten Fortschritt der Reformen, andererseits drückt sich darin aber auch eine bejahende Haltung gegenüber der Demokratie aus.

In diesem Punkt waren Balcerowicz's Ansichten also eher moderat, was teilweise wohl damit zusammenhängt, dass er Teil des „Mazowiecki-Camps“ war. Dieses war zunächst in *Ruch Obywatelski – Akcja Demokratyczna* (ROAD), also der *Bürgerbewegung für Demokratische Aktion* organisiert und war vor allem darum bemüht, das kontroversielle wirtschaftliche Reformprogramm am

---

<sup>511</sup> Munzinger. Wissen, das zählt. Leszek Balcerowicz (Internationales Biographisches Archiv 04/2007 (hu), Ergänzt um Nachrichten durch MA-Journal bis KW 14/2012), <http://www.munzinger.de/search/go/document.jsp?id=00000019243>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012 (nicht mehr vollständig zugänglich)

<sup>512</sup> K. Reinhardt, M. Pollack, „Vielen Firmen droht die Pleite“ Finanzminister Leszek Balcerowicz über die polnischen Wirtschaftsreformen. In: Der Spiegel 5/1990 (29.01.1990) <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499627.html>, Zuletzt gesichtet am 08.12.2012

<sup>513</sup> Klaus, Interplay of Political and Economic Reform Measures. 3

<sup>514</sup> Belka, Polish Transformation After 5 Years. 13 f.

Laufen zu halten. Die Partei war in Reaktion auf die Gründung von Wałęsas *Zentrumsallianz* (PC) im Juli 1990 aus der Taufe gehoben worden. Schon im Dezember desselben Jahres organisierten sich viele von Mazowieckies Anhängern in der *Demokratischen Union* (DU) neu, nachdem dieser eine klare Niederlage in den Präsidentschaftswahlen erlitten hatte.<sup>515</sup> Wie gezeigt wurde, vertraten die beiden Gruppierungen in demokratiepolitische Fragen unterschiedliche Ansichten.<sup>516</sup> Dieser kurze Exkurs soll daran erinnern, dass die polnische Transformationszeit politisch unbeständig und Balcerowicz Position nie ähnlich gefestigt war, wie die des tschechischen Finanzministers und Premiers. Im weiteren Verlauf der Analyse soll unter anderem im Auge behalten werden, wie Balcerowiczs Sicht auf politische Vorgänge und Herangehensweise an diese im Vergleich aussahen.

Um die genannten Probleme unter Kontrolle zu bekommen, kam es, wie Balcerowicz schilderte, zur Abwertung des Złoty, zur Preisliberalisierung und gleichzeitig eingeführten Lohnbeschränkungen, sowie einer Verteuerung der Kredite. Die Alternativlosigkeit dieser Maßnahmen in den Raum stellend, kommentierte er: „Andere Maßnahmen können die Inflation nicht beenden.“ Erwähnenswert ist dabei, dass zum Beispiel die sofortige Einführung der Konvertibilität selbst im Lichte der Politikempfehlungen des Washington Consensus, als radikal angesehen wurde.<sup>517</sup> Die Betonung der Krise und der Zwänge, welche diese mit sich bringe, stellt einen weiteren Punkt dar, welcher im Verlauf dieses Unterkapitels behandelt werden soll. Es wird davon ausgegangen, dass dieses Thema in Balcerowiczs Rhetorik eine große Rolle spielte.

Im Folgenden äußerte sich der polnische Finanzminister zur „...Belebung der Produktion,...“, welche für die zweite Hälfte des Jahres erwartet wurde. Eine recht positive Einschätzung, welche sich jedoch bald als Fehleinschätzung herausstellte.<sup>518</sup> Anstatt des erwarteten 5-prozentigen Falls der Produktion, war man nach zwei Jahren bei der fünffachen Zahl angelangt. In Bezug auf den Anstieg der Arbeitslosigkeit war die Sicht jedoch schon realistischer, wenn der Arbeitsminister Jacek Kuron mit einer Schätzung von einer Million Arbeitslosen für 1990 zitiert wird. Balcerowicz widersprach dieser Einschätzung auch gar nicht, wies jedoch darauf hin, dass genügend freie Stellen verfügbar seien. Kowalik schrieb 2002 davon, dass versprochen worden sei, dass die Arbeitslosigkeit lediglich temporär sein würde, „...but it is permanent and on a much higher level now.“<sup>519</sup>

Im sich entwickelnden Interview wurde anschließend im Zusammenhang mit der Streichung von Subventionen, welche besonders auf die Bauern negative Auswirkungen hatte, wieder mit der vorgeblichen Alternativlosigkeit der Maßnahmen argumentiert. Balcerowicz zeigte sich jedoch bereit, in Bezug auf die Preise von Agrarprodukten „...durch Interventionskäufe allzu große Preisschwankungen auszugleichen.“ Auch den explosiven Anstieg des Mehlpreises, beantwortete er damit,

---

<sup>515</sup> Szczerbiak, *The Polish centre-right's (last?) best hope*. 58

<sup>516</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 32 f.

<sup>517</sup> Johnson, *Poland: The Political Economy of Shock Therapy*. 194 f.

<sup>518</sup> Belka, *Polish Transformation After 5 Years*. 19

<sup>519</sup> Kowalik, *Economics-Poland*. 142

dass man sich bewusst sei, dass „...es Preise gibt, die man sozial oder gesellschaftlich sensibel nennen könnte.“ Notfalls würde man eingreifen.

Man sollte sich hier jedoch nicht täuschen lassen. Die Signalisierung von Kompromiss-bereitschaft in gewissen Fällen, bedeutet noch nicht, dass die Sozialpolitik in der Anfangsphase der Reformen von großer Bedeutung gewesen wäre.<sup>520</sup> Hans-Jürgen Wagener nennt es „...common knowledge that the transformation of the social security system was not among the priority objectives of reform policy...“<sup>521</sup>

Im Vergleich zu der vorhergehenden Auswahl an Ego-Dokumenten, werden hier außerdem die internationalen Institutionen und deren Finanzhilfe, stärker angesprochen. Hier findet sich auch die Frustration radikaler Reformer mit der mangelnden internationalen Unterstützung ausgedrückt,<sup>522</sup> wenn von Balcerowicz die bürokratischen Hürden und Verzögerungen angesprochen werden, „...- so, als ob in Polen der Zeitfaktor total unbedeutend wäre.“ Die stärkere Bedeutung der internationalen Institutionen für Polen ist in der Literatur leicht ersichtlich. Bei Belka und Petersen ist etwa von den „...strong mental and political ties of its intellectuals with the Western world“<sup>523</sup> die Rede und Zukrowska weist auf die technischen und finanziellen Vorteile dieser Verbindungen, aber auch auf die Beschränkung des politischen Spielraums, durch die enge Einbindung in den internationalen Kontext, hin.<sup>524</sup> Tatsächlich setzte der IWF seine Unterstützung 1991 aus, bevor positive wirtschaftliche Entwicklungen ab Ende 1992, diesen dazu veranlassten, die Finanzhilfe im März 1993 wieder aufzunehmen.<sup>525</sup> Die Zurückhaltung von Mitteln könnte in diesem Fall damit zu tun gehabt haben, dass in Polen, anders als in der Tschechoslowakei, der feste Wechselkurs im Mai 1991 aufgegeben wurde und zeitweise eine defizitäre Budgetpolitik betrieben wurde.<sup>526</sup>

Abschließend wurde Balcerowicz darauf hingewiesen, dass er „...in der politischen Diskussion oft der polnische Milton Friedman genannt“ würde und dass andere „...ihre Politik mit dem Sparkurs von Frau Thatcher in England“ vergleichen würden. Dieser entgegnete, dass es sich dabei lediglich um Etiketten handle und dass er diese Tätigkeit anderen überlassen würde. In diesem Zusammenhang sollte die Neigung des „Mazowiecki-Camps“, die „right-wing“ oder „centre-right“ Bezeichnung im Gegensatz zu den Anhängern Wałęsas abzulehnen, obwohl diese die Bezeichnung in wirtschaftspolitischer Hinsicht eher verdient gehabt hätten, bedacht werden.<sup>527</sup>

---

<sup>520</sup> Golinowska, Public Social Expenditure. 143

<sup>521</sup> Hans-Jürgen Wagener, The Welfare State in Transition Economies and Accession to the EU. In: West European Politics Vol.25, No.2 (2002) 156, <http://dx.doi.org/10.1080/713601579>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

<sup>522</sup> Marangos, The Political Economy of Shock Therapy. 66

<sup>523</sup> Sowada, The Polish Stabilization Program. 25

<sup>524</sup> Visvizi, A country is never left on its own. 89 f.

<sup>525</sup> Ka-Lok Chan, Poland at the Crossroads. 125

<sup>526</sup> Juchler, Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens. 333-335

<sup>527</sup> Szczerbiak, The Polish centre-right's (last?) best hope. 58

4.2.5.2. Leszek Balcerowicz Defends the Shock Therapy – Interview with the man behind the Polish stabilization program<sup>528</sup> (September 1992)

Dieses, aus dem *Transition*-Newsletter der Weltbank stammende Interview, wurde vom Herausgeber Richard Hirschler geführt. Balcerowicz war zu diesem Zeitpunkt seit über neun Monaten aus seinem Amt als polnischer Finanzminister ausgeschieden und hatte gerade seine Memoiren – *800 Days: Controlled Shock* – veröffentlicht.

Hirschler sprach zunächst die theoretische Debatte an, in welcher die Schocktherapie von einigen Ökonomen mit übermäßigen sozialen Härten für große Teile der Bevölkerung verbunden wurde. Auf die Frage hin, ob Balcerowicz die Reformen noch einmal auf dieselbe radikale Weise durchführen würde, bleibt dieser dabei, auf den Mangel an Alternativen zu verweisen. Allerdings scheint ihn zu dieser Zeit eine Erkenntnis eingeholt zu haben, welche Klaus schon früh verinnerlicht hatte: Die Vernachlässigung der politischen Komponente. „But I would be careful about using the term ‘shock therapy’ and would distinguish between different phases of the transition process.“ Diese Aussage deutet die Vernachlässigung der politischen Sphäre zwar lediglich an, in jedem Fall wird aber klar, dass er sich gewisser Kommunikationsfehler bewusst war. Dementsprechend muss natürlich auch davon ausgegangen werden, dass der Begriff schon sehr früh negativ konnotiert war.

In derselben Antwort wird außerdem auf die Bestandteile des Reformprogramms, also die makroökonomische Stabilisierung, die mikroökonomische Liberalisierung und die institutionelle Transformation, eingegangen. Hier zeigt sich bereits relativ klar der enge Horizont, mit dem das Reformteam an die wirtschaftliche Transformation heranging. Die Sozialpolitik wird kein einziges Mal erwähnt, obwohl durchaus von den negativen Auswirkungen der Reformen, die Rede war.

Die Stabilisierung könne mithilfe von Instrumenten, wie Budgetmaßnahmen und der Adjustierung des Wechselkurses und des Zinssatzes, theoretisch schnell erreicht werden. Auf die schlechten Ausgangsbedingungen verweisend ist wieder die Rede davon, dass dieser Zugang für Polen „...the only sensible approach...“ gewesen sei. Wie schon im oben behandelten Interview, wird auch hier der Faktor Zeit angesprochen, ein Faktor der im polnischen Kontext eben nicht ausreichend vorhanden gewesen sei, um eine „...time-consuming gradualist strategy.“ anwenden zu können. „When inflation is low, as was the case in Hungary, a more gradualistic healing process might be appropriate.“ Dieser Kommentar ist, soweit es Balcerowicz betrifft, einer der wenigen, in dem sich

---

<sup>528</sup> Richard Hirschler, Leszek Balcerowicz Defends the Shock Therapy. Interview with the man behind the Polish stabilization program, In: *Transition. The Newsletter about reforming Economies* Vol.3, No.8 (The World Bank, 1992) 4-6, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2010/04/23/000333037\\_20100423004958/Rendered/PDF/538740NEWS0tra10Box345627B01PUBLIC1.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2010/04/23/000333037_20100423004958/Rendered/PDF/538740NEWS0tra10Box345627B01PUBLIC1.pdf), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

zumindest indirekt Kompromissbereitschaft zeigt. Es wird jedoch kaum auf die Spezifika eingegangen. Die Tatsache, dass nur von der Inflation die Rede ist, bedeutet, dass Fragen der Liberalisierung, außen vor gelassen werden. Dass eine schnelle Stabilisierung notwendig sei, war aber nicht nur im polnischen Reformkontext relativ unumstritten. Solche gelegentlich eingebauten Kommentare, sollten wohl Kompromissbereitschaft signalisieren, was aber für die Praxis keine Bedeutung gehabt haben wird. Immerhin ist klar von einer hypothetischen Situation die Rede.

Grzegorz Witold Kołodko, ein spätere polnischer Finanzminister, vertrat in einigen Punkten moderatere Ansichten. Die ersten Maßnahmen seien „...largely unnecessary or excessive.“ gewesen und die Folgen dieses Zuganges seien oft verharmlost worden.<sup>529</sup> Speziell werden dabei die zu niedrigen Löhne und eine zu schnelle und umfassende Liberalisierung des Handels genannt. Höhere Zölle hätten zum Beispiel Anstellung, Konsum und Exporte stützen können.<sup>530</sup>

Besonders die radikale Handelsliberalisierung lässt sich aus dem rhetorischen Vergleich kaum herauslesen. Fakt ist jedoch, dass Ende 1989 und Anfang 1990 innerhalb weniger Wochen eine rapide Liberalisierung der Preise und des Handels stattfand,<sup>531</sup> eine Liberalisierung, welche in Ungarn und auch in Polen später startete und eher graduell erfolgte. Diesbezüglich ist auch wichtig, dass die meisten Zolltarife in Polen schon im Rahmen der Anfang 1990 gestarteten Umsetzung des Balcerowicz-Plans, außer Kraft gesetzt worden waren.<sup>532</sup> Die wesentlich mit diesen Maßnahmen zusammenhängende Rezession hatte das Land von 1991 bis 1992 im Griff. Vor allem die im Vergleich zu Tschechien hohe Arbeitslosigkeit<sup>533</sup> dürfte Anlass zu heftiger Kritik und Unzufriedenheit gegeben haben. Noch 2002 tat Kowalik in schneidendem Tonfall die Aussagekraft eines steigenden Bruttoinlandproduktes ab und wies auf die acht Millionen Arbeitslosen hin.<sup>534</sup> Wie auch immer die Situation im Jahr 2012 zu bewerten ist, zumindest phasenweise waren prozentual gesehen weit mehr Polen als Tschechen den sozialen Härten der Transformation ausgesetzt.

Balcerowicz formulierte seine Sicht in Bezug auf die Handhabung von Zollbarrieren folgendermaßen: „, Conversely, the elimination tariff barriers can be a more gradual process.“ Kurz davor wird darauf hingewiesen, dass „...quantitative restrictions...“ schneller beseitigt werden könnten, was in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei auch geschehen sei. Wie auch bei Klaus teilweise festgestellt werden konnte, bleibt Balcerowicz hier etwas schwammig. In jedem Fall wird jedoch suggeriert, dass die Handelsliberalisierung in den drei Ländern in ähnlichem Tempo implementiert worden sei und dadurch auch, dass „..., the elimination of trade barriers...“ in Polen graduell erfolgt sei. Es trifft jedoch weder das eine noch das andere auf Polen zu. Alternativ könnte die

---

<sup>529</sup> Kołodko, The Polish Alternative. VII

<sup>530</sup> Kołodko, The Polish Alternative. 12

<sup>531</sup> Sachs, The Economic Transformation of Eastern Europe. 7

<sup>532</sup> Żukrowska, It's the economy, stupid! 34 f.

<sup>533</sup> Belka, Polish Transformation After 5 Years. 20 f.

<sup>534</sup> Kowalik, Economics-Poland. 135-140

Aussage, dass die Entfernung von Handelsbarrieren auch graduell erfolgen könnte, als indirektes Eingeständnis gesehen werden, dass diesbezügliche Reformen in Polen zu schnell erfolgt waren. In jedem Fall aber wird ein falscher Eindruck erzeugt. Die Interpretation wird noch zusätzlich dadurch erschwert, dass die Argumente lediglich hypothetisch sind. Liberalisierung „...could be accomplished rapidly.“ und die Abschaffung von Handelsbarrieren „...can be a more gradual process.“, sodass über die Faktenlage eigentlich gar keine Aussage gemacht wird.

Im anschließenden Absatz, wies Balcerowicz dann darauf hin, dass er in Bezug auf institutionelle Reformen nie den Schockzugang empfohlen hätte. Die Unmöglichkeit einer schnellen Privatisierung, auf welche im Besonderen hingewiesen wird, war jedoch, wie gezeigt worden ist, ohnehin eher ein Konsensthema. Es mag aber sein, dass sich hier nicht so sehr der Reformdiskurs der Ökonomen und Politiker, sondern eher der Widerstand gegen den Privatisierungsprozess in der Arbeiterschaft und im Sejm widerspiegelte.<sup>535</sup>

Auf die schwierige Entscheidung angesprochen, welche der Verluste machenden Betriebe man Bankrott gehen lassen könne, ohne deren „...real potentials,...“ zu kennen, ging Balcerowicz zunächst auf die typischen Schritte, also die Streichung der Subventionen und die Auferlegung von „...hard budget constraints...“ ein. Abermals wird die Nennung der Standardmaßnahmen jedoch mit der Nennung möglicher Ausnahmen kombiniert, was Sensibilität für die sozialen Härten zeigt, bzw. kommunizieren soll: „I would not deny though, that in a few cases bankrupt companies should be bailed out. For example, some small Polish townships could be ruined if the local enterprise – the sole source of jobs, social services, and financial support for the population – were to go bankrupt.“ Wie Hirschler bemerkt, seien solche Fälle jedoch „...rather exceptional ventures.“

Die schlechte wirtschaftliche Situation beschreibend, wies der Reformpolitiker auf den externen Schock des einbrechenden RGW-Handels hin, ebenso wie auf die Tatsache, dass die ökonomische Situation sich schon vor den politischen Umwälzungen, verschlechtert hatte: „... , so production with or without reforms would likely have fallen further.“ Zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Rezession, meinte er: „... , they are recalling an economic situation that was unsustainable.“ Balcerowicz nennt hier durchaus wichtige Punkte, bis zu einem gewissen Grad werden jedoch die eigene Reformpolitik und mögliche darin gemachte Fehler umschifft.

Ein Argument, wie es auch im allgemeinen Reformdiskurs auftaucht, ist die klare Ansage, dass seiner Meinung nach die jeweiligen Regierungen versuchen sollten, „...to churn out as many difficult decisions as possible in the early stages of transition, when the public is more inclined to accept special measures.“ Später würden Interessensgruppen „...painful, but necessary, decisions.“ erschweren. Das isolierte Vorgehen eines technokratischen Reformteams, welches die Reformen so schnell wie nur möglich implementieren wollte, ist gerade für die polnische Transformation

---

<sup>535</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 98 f.

kennzeichnend.<sup>536</sup> Während die tschechische Reformfahrung sich in puncto Arbeitslosigkeit und auch in der Art der politischen Handhabung unterschied, sollte nicht vergessen werden, dass dort auch die wirtschaftliche Lage weit besser war. Dennoch ist bezeichnend, wie oft, nicht nur in der polnischen Transformation, die sozialen Härten als unvermeidbar zur Seite gewischt wurden.<sup>537</sup> Im Verlauf des Interviews wird außerdem auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche durch eine wachsende Anzahl an Reformverlierern entstanden seien, die nun soziale Unterstützung in Anspruch nehmen mussten. Die Setzung der Prioritäten kommt dabei aber klar zum Ausdruck: „Another major difficulty is to contain or reduce social expenditures.“ Es entsteht also nicht unbedingt der Eindruck, dass soziale Fragen auch nur im Entferntesten auf gleicher Ebene mit wirtschaftlichen behandelt wurden. Wie an verschiedenen Stellen beleuchtet wurde, verkam die wirtschaftliche Transformation in manchen Punkten nicht selten zum Selbstzweck, was ja auch einer der Gründe dafür war, dass die Sozialausgaben so stark anstiegen.

Was ebenfalls in Frage gestellt werden muss, ist die Ansicht, dass „...not giving in to any interest group or pressure groups“ nur positive Auswirkungen für die Entwicklung des fraglichen Staates hat. Es gibt inzwischen genug Forschungsmeinungen, welche auf potentielle Vorteile von „...competitive interplay of political forces...“<sup>538</sup> hinweisen.

Als Balcerowicz im weiteren Verlauf danach gefragt wurde, was er von der Empfehlung halte, „...vigorous public investments...“ zur wirtschaftlichen Belebung einzusetzen, bestand dieser darauf, dass man strukturelle Probleme nur durch strukturelle Politik lösen könne, womit wohl vor allem die Etablierung der zentralen Marktinstitutionen angesprochen wird. Die Nennung des Faktors Geschwindigkeit ist hier ebenfalls wieder präsent, wobei anhand dieses Zitates besonders deutlich wird, wie sehr dieser im Vordergrund stand: „I see no other way but to speed up the process, to make it as fast as possible.“ Ganz im Gegensatz dazu kamen Kołodko und Nuti zum Schluss, dass in den meisten Reformfragen keine „...obvious superiority of speedy or gradual change...“ existiere. Die Wahl habe vielmehr mit den Ausgangsbedingungen und den Präferenzen der jeweiligen Regierung zu tun.<sup>539</sup>

Bevor dieser Teil der Diskursanalyse mit einer erneuten Diskussion einiger neuer Erkenntnisse abgeschlossen wird, soll zunächst noch folgendes Zitat in den Raum gestellt werden, welches Balcerowicz gegen Ende des Interviews machte: „There are even psychological issues to consider: system transformation will require overcoming old habits, such as unproductive work attitudes and negative attitudes toward income differentiation.“ In dieser unkritischen, unreflektierten Äußerung, kommt das Streben nach „Normalität“,<sup>540</sup> um es vereinfacht auszudrücken, zum Ausdruck. Denn wenn konservative neoklassische Theorien für etwas bekannt sind, dann sind dies die Akzeptanz des

---

<sup>536</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 25 f.

<sup>537</sup> Kołodko, *The Polish Alternative*. 3

<sup>538</sup> Careja, *Policy Coherence and Economic Reforms*. 19

<sup>539</sup> Kołodko, *The Polish Alternative*. 16

<sup>540</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 1-4

kapitalistischen Systems als universell gültig und der Glaube an die Fixiertheit gewisser Charakteristika der Natur des Menschen.<sup>541</sup>

Die Sicht der Bevölkerung auf diese Fragen mag jedoch eine andere gewesen sein. Immerhin wird selbst im Bild, welches neoklassische Grundideen vom Individuum zeichnen, nicht in erster Linie auf dessen Wert als produktive Arbeitskraft hingewiesen, was auch schwer wäre, da sich diese nicht unbedingt viel Mühe damit gibt, Arbeitsverhältnisse überhaupt zu behandeln. Besonders in Bezug auf „...income differentiation...“, wie es euphemistisch ausgedrückt wird, stellt sich die Frage, warum der Großteil der Bevölkerung überhaupt ein Interesse daran gehabt haben sollte, diese zu akzeptieren. Besonders im Rahmen steigender Arbeitslosigkeit und Ungleichheit, erscheinen solche Kommentare eher wie Hohn.

Zusammenfassend ist zunächst auf die Ironie von Balcerowicz's Äußerung hinzuweisen, in der er auf den negativ konnotierten Begriff der „Schocktherapie“ verweist. Im Text wird der Begriff dann nämlich ebenso oft verwendet, wie das Gegenstück des „Gradualismus“. In Klaus' Rhetorik tauchten diese wiederum kaum auf, was Fragen aufwirft. Diese sind nämlich auch in der Literatur wichtig, wenn der Reformdiskurs besprochen wird. Es mag sein, dass sich hier die unterschiedliche Denkweise der beiden Reformpolitiker ausdrückt. Die sich sehr viel eher mit konkreten ökonomischen Fragestellungen auseinandersetzen. Die Rhetorik von Balcerowicz ist ein Grund dafür, dass sich hier der Reformdiskurs und seine Begrifflichkeit stärker widerspiegelt. Andererseits bzw. zusätzlich kann eine Erklärung für die unterschiedliche Begrifflichkeit auch sein, dass es sich in erster Linie um polnische Begriffe handelte, welche erst später durch den wissenschaftlichen und politischen Diskurs auf den allgemeinen Kontext übertragen wurden. Hinzu kommt, dass Polen gegenüber dem Ausland offener war, während die Konzepte Klaus' und der ODS unter anderem von nationalistischen Ansichten geprägt waren, was einen eigenen Abdruck in der Ausdrucksweise der tschechischen Reformvertreter hinterlassen haben muss. Möglicherweise wollte man sich auch in der Begrifflichkeit von den anderen Ländern bzw. den internationalen Institutionen absetzen.

Wie schon erwähnt, war ein wesentliches Kennzeichen von Balcerowicz's Rhetorik der viel offensichtlichere Abdruck, den seine Profession in ihr hinterließ. Anders als bei Klaus, ist bei ihm in erster Linie von den konkreten Wirtschaftsreformen die Rede und man bekommt einen klaren Eindruck davon, warum Klaus als „technopol“ im Gegensatz zu „technocrat“, bezeichnet wurde. Klaus war sich sehr viel früher darüber im Klaren, wie groß die Rolle der politischen Sphäre war: „Most postcommunist countries started the transformation without established political parties (and without positive visions as well, and were, therefore, unable to establish a basic, sufficiently strong pro-reform consensus and to start introducing necessary reform steps.“<sup>542</sup> Auch bei Sczerbiak und Hanley wird auf das Scheitern der *Wahlaktion Solidarność* und des damit verbundenen intellektuellen Milieus

---

<sup>541</sup> Hunt, History of Economic Thought. 127 f.

<sup>542</sup> Klaus, Interplay of Political and Economic Reform Measures. 2

hingewiesen, die es versäumten, ein „...coherent and inclusive ideological narrative...“ zu entwickeln, welches der Gruppe programmatischen und ideologischen Zusammenhalt geben hätte können.<sup>543</sup>

Die in mancherlei Hinsicht mangelhafte Vermittlung der Reformen, ist bei Balcerowicz offensichtlich. Die Erwähnung möglicher Ausnahmeregelungen angesichts sozialer Folgen, scheint eher einen rhetorischen Schutzschild zu bilden und kann eine systematisch dargelegte Zukunftsvision nicht ersetzen. Andererseits wurde ja bereits dargelegt, dass die polnische innenpolitische Konstellation, nicht vergleichbar war. Man hätte vielleicht eher von Mazowiecki eine den politischen Anforderungen entsprechende Rhetorik erwarten können.

#### 4.2.5.3. *Lessons and Consequences of the Left's Victory in Poland*<sup>544</sup> (Oktober/November 1993)

Dieses Interview mit *Transition*, welches etwa ein Jahr nach dem ersten Interview veröffentlicht wurde, wurde abermals vom Herausgeber Richard Hirschler geführt. Es fand im Kontext des Wahlsieges der linken Opposition in den Parlamentswahlen von 1993 statt. Eine ähnliche Entwicklung konnte zu dieser Zeit, wie der Interviewer in der Eröffnungsfrage bemerkte, auch in anderen postkommunistischen Ländern beobachtet werden: „Is the pendulum of history swinging to the left again in Central and Eastern Europe?“

Abermals brachte der ehemalige Finanzminister in Antwort auf diese Frage eine pro-demokratische Haltung zum Ausdruck: „Democracy can be shortsighted, but dictatorship is often blind.“ Es kann also wohl angenommen werden, dass er der neuen Regierungskoalition, bestehend aus dem *Bund der Demokratischen Linken* (SLD) und der *Polnischen Bauernpartei* (PSL),<sup>545</sup> ablehnend, oder zumindest skeptisch, gegenüberstand.

Szczerbiak zufolge, definierte sich die polnische Rechte jedoch nicht in erster Linie über die Wirtschaftspolitik, wie dies in vielen westlichen Demokratien der Fall war. Mitte-Links und Mitte-Rechts hätten sich in dieser Hinsicht kaum unterschieden. Wirtschaftliche Fragen seien im Wettkampf liberaler und ländlich ausgerichteten Parteien lediglich sekundär gewesen.<sup>546</sup> Orenstein vertritt aber durchaus die Meinung, dass die neue Koalition Stabilität und sozialen Zusammenhalt über wirtschaftliche Effizienz gestellt habe.<sup>547</sup> Allerdings wurde im Gegensatz zu den Befürchtungen, welche sich in Balcerowicz's Rhetorik ausdrückten und die auch im Ausland existierten, die

---

<sup>543</sup> Hanley, *Sticking Together*. 428

<sup>544</sup> Richard Hirschler, *Lessons and Consequences of the Left's Victory in Poland*. Interview II with Leszek Balcerowicz, In: *Transition*. The Newsletter about reforming Economies Vol.4, No.8 (The World Bank, 1993) 1-3, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1993/10/01/000009265\\_3971113150922/Rendered/PDF/multi\\_page.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1993/10/01/000009265_3971113150922/Rendered/PDF/multi_page.pdf), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>545</sup> Ka-Lok Chan, *Poland at the Crossroads*. 123

<sup>546</sup> Szczerbiak, *The Polish centre-right's (last?) best hope*. 60

<sup>547</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 25 f.

Reformstrategie keineswegs aufgegeben, sondern lediglich dahingehend modifiziert, dass die übermäßige Betonung von Tempo nicht mehr an erster Stelle stand und die Interessensgruppen stärker mit einbezogen wurden. Die Änderungen wirkten sich vor allem in der Sozialpolitik, auf dem Arbeitsmarkt und in der Privatisierung, aus.<sup>548</sup>

Wie Kołodko, der den Posten des Finanzminister zwischen 1994 und 1997 innehatte, im Jahr 1998 kommentierte, sei die Effizienz der gewählten Vorgehensweise entscheidend gewesen und nicht etwa „...the dose of radicalism or gradualism.“ Man habe sich in diesen Jahren bemüht, die negativen sozialen Effekte der Reformen abzufedern. Außerdem habe sich die neue Politik bezüglich der Industriepolitik unterschieden und in der Tatsache, dass man institutionellen Arrangements größere Aufmerksamkeit geschenkt habe. Hierbei ist besonders der, auf den Bau dieser Institutionen Bezug nehmende Satz sehr aussagekräftig: „Those were introduced simultaneously with further privatization and liberalization, to facilitate the emerging private capital, assist in capital formation, and help to improve efficiency without an a priori assumption that the market will do the job.“ Auf Stiglitz verweisend, wurde außerdem kritisiert, dass oft Reformmethoden und –ziele durcheinandergebracht worden seien. Ziel der Wirtschaftspolitik dürften jedoch nicht „...fiscal prudence, or stable exchange rates, or low taxation, or deregulation.“ sein. „These are the means that should ensure the final goal: sustainable development and the well-being of the people.“<sup>549</sup>

Es wird also klar die Fortsetzung der Reformen vertreten. Allerdings wird auch betont, dass die soziale Verträglichkeit und Institutionen im Vordergrund standen und nicht etwa das Reformtempo und der Markt. Unabhängig davon, wie genau die Umsetzung aussah, schon alleine die Tatsache, dass Bereitschaft bestand, sowohl in Bezug auf die Reformmethoden, als auch in Bezug auf die gleichmäßigere Gewichtung der verschiedenen Reformbereiche, zu differenzieren, unterscheidet Kołodko in seiner Rhetorik stark von Balcerowicz.

In jedem Fall war letzterer Reformpolitiker 1993 eher skeptisch gegenüber der linken Regierungskoalition. Wie er argumentierte seien aber zum Teil „Non-economic issues...“ Grund für den Sieg der linken Parteien. Unter anderem wird dabei die übermäßige Fragmentierung des Parlaments genannt, die durch ein neues Wahlgesetz behoben worden sei. Auf letzterem liegt dann auch die Betonung: Die Wahlsieger seien dazu fähig gewesen „...to organize themselves and profit from the new electoral law.“ Szczerbiak bietet hier eine aussagekräftigere und vor allem detailliertere Erklärung. Die Rechte sei von „...weak party organizations with a lack of mass membership, social implantation or financial or organizational resources, combined with the lack of a culture of organizational self-discipline.“, charakterisiert gewesen. Die SLD dagegen, war hier weit besser aufgestellt.<sup>550</sup>

---

<sup>548</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 51 f.

<sup>549</sup> Kołodko, *The Polish Alternative*. 4 f.

<sup>550</sup> Szczerbiak, *The Polish centre-right's (last?) best hope*. 61

Es mag also richtig sein, dass vor allem nichtwirtschaftliche Fragen die Wahl-Performance der alten Koalition geschwächt hatten. Ironischerweise könnte man Balcerowicz's diesbezügliche Argumentation im Sinne des moderaten Reformlagers auslegen, welches die Isolation der Reformer und die Einführung der Reformen, im Sinne wirtschaftlicher Fragen, kritisierte. Eine Tatsache, welche von ihm, im Gegensatz zu Klaus, auch gar nicht bestritten wurde. Lediglich die konkreten Problemstellungen, welche er für den Sieg der Opposition verantwortlich machte, zeigen, dass er seine Einstellung wohl eher nicht geändert hatte. Während angedeutet wurde, dass es mit den wirtschaftlichen Reformen keine Probleme gäbe, wurden konkrete soziale Fragen oder politische Fehler kaum erwähnt.

Dies zeigt sich auch in der abermaligen Nennung der wirtschaftlich kritischen Lage zu Beginn der postkommunistischen Zeit. Es habe keine andere Wahl gegeben, als eben ein radikales ökonomisches Reformprogramm zu starten. Dieses Argument mag in Bezug auf die Stabilisierung zutreffen, es ist jedoch nicht selbstverständlich, dass auch die blitzartige Preis- und Handelsliberalisierung notwendig gewesen wäre. Besonders die sich plötzlich zu Ungunsten der inländischen Betriebe ändernde Konkurrenzsituation ist ein offensichtliches Gegenargument.

Wie schon im Interview vom September 1992 zeigte er auch hier wenig Verständnis für die Reformverlierer: „Those who feel they are in limbo often look with envy at the new winners.“ Neid als niedriges Motiv wird verwendet, um die Anliegen der Reformverlierer zu diskreditieren. Ebenso kann man diesen Kommentar als indirekte Kritik am alten System und seinen Werten verstehen. Der ehemalige Finanzminister hielt zumindest nicht sehr viel vom sozialistischen Streben nach Gleichheit. Was nicht überraschend ist, da selbst noch das, erst 1996 gegründete *Solidarność-Wahlbündnis* (AWS), vor allem von „...nostalgic anti-communism...“ zusammengehalten wurde.<sup>551</sup> Wie außerdem Ash kommentierte, kann Balcerowicz's Argumentation im Sinne der „Normalisierung“ in Osteuropa gesehen werden.<sup>552</sup>

Gerechtfertigt wird dies unter anderem mit dem Hinweis darauf, dass alternative Lösungswege noch riskanter für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung sein hätten können. Es wird aber ein klischeehaftes Bild von gradualistischen Konzepten kommuniziert, wenn von „...delaying crucial economic decisions and necessary adjustment...“ die Rede ist. Wie am Beispiel Kołodko gezeigt wurde, war die Situation etwas komplexer, als dies von Balcerowicz suggeriert wurde. Dessen hier zitierte Zeichnung des „Gradualismus“ ist vereinfacht und ein gutes Beispiel für die Argumentationsweise mancher Neoliberaler, wie sie unter anderem von Orenstein beschrieben wird.<sup>553</sup> Zumindest in Balcerowicz's Fall mag auch die eigene Besessenheit von Tempo auf die Konkurrenz projiziert worden sein.

---

<sup>551</sup> Hanley, *Sticking Together*. 428

<sup>552</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 1-4

<sup>553</sup> Orenstein, *Out of the Red*. 17

Darüber hinaus enthält das Interview das Argument, dass Tempo notwendig sei, um „safeguards“ gegen eine Umkehr der Reformen zu etablieren. Außerdem gibt es Anzeichen dafür, dass ein gewisses Bewusstsein für die Problematik mangelnder oder vom Staat kontrollierter Wirtschaftsregulation vorhanden war. Es wird im Zusammenhang mit der Entstaatlichung der Banken auf „...independent supervisory boards“ hingewiesen, allerdings wird dieser Punkt zusammen mit anderen vor allem in Hinblick auf die Verhinderung einer Umkehr der Reformen genannt.

Hirschler fragte Balcerowicz außerdem nach seiner Meinung zu Wachstumsfragen, genauer gesagt ob Wachstum nicht eine Notwendigkeit sei, um mit wachsenden sozialen Spannungen fertig werden zu können und ob die ostmitteleuropäischen Staaten Wachstum und Stabilisierung gleichzeitig betreiben könnten.

Balcerowicz beantwortete die Frage, indem er darauf hinwies, dass es nicht genug sei „...to just speak glowingly about growth. The question is, what kind of economic strategy is best to put the country on the path of long-term growth? Only concentrated supply-side measures supplemented by a stable macroeconomy will bring the situation under control.“ Eine sich auf die Nachfrage konzentrierende Wirtschaftspolitik, versage dagegen überall.

In diesen Aussagen spiegelt sich die internationale Entwicklung der wirtschaftlichen Theorie und Politik deutlich wider. Die Diskreditierung keynesianischer Wirtschaftspolitik, in deren Rahmen die Zurückzahlung von Schulden als sekundär angesehen wurde<sup>554</sup> und welche mit unflexiblen Wechselkursen zu kämpfen hatte,<sup>555</sup> hatte einerseits die Inkorporation keynesianischer Ideen in die Neoklassische Synthese und schließlich deren Auflösung darin zur Folge.<sup>556</sup> Während kontrovers ist, welche Ausformung neoklassischer Theorie genau ihren Einfluss im ehemaligen Ostblock entfalten konnte, so gewann doch infolge der Schwächung des Keynesianismus besonders die Chicagoer Schule an Einfluss.<sup>557</sup> Klaus drückte ganz klar seine Bewunderung für den, mit dem Monetarismus verbundenen Thatcherismus aus und wie oben gezeigt wurde, ist auch bei Balcerowicz der monetaristische, angebotsorientierte Standpunkt offensichtlich. Unter anderem wurden von den Vertretern dieser Politik die Senkung der Staatsausgaben und die Deregulierung betrieben.<sup>558</sup>

Abermals zeigt sich, dass in Balcerowicz's Rhetorik die konservativ-neoklassische Theorie deutlicher oder zumindest anhand anderer Anhaltspunkte ersichtlich ist als bei Klaus. Der tschechische Politiker kommunizierte sein Ideengebäude für die tschechische Transformation anhand weiter zurückreichender Konzepte und eher anhand der philosophischen Grundlagen, während Balcerowicz mehr die zeitgenössische Ausprägung neoklassischer Politikempfehlungen verwendet. Die Zuordnung der Rhetorik zu Theorie und Ideologie, fällt bei einer direkten Behandlung ökonomischer Fragen und

---

<sup>554</sup> Hoover, A History of Postwar Monetary Economics. 412

<sup>555</sup> James, Geschichte Europas im 20.Jahrhundert. 363-365

<sup>556</sup> Hunt, History of Economic Thought. 476 f.

<sup>557</sup> James, Geschichte Europas im 20.Jahrhundert. 375

<sup>558</sup> Duden Wirtschaft von A bis Z

aufgrund deren Dominanz bei Balcerowicz jedoch deutlich leichter. Dies liegt auch an der höheren Komplexität der Ideologie der ODS und der recht unbekümmerten Perpetuierung von Stereotypen bei Balcerowicz.

#### **4.2.6. Vergleichende Gesamtanalyse – „technopol“ und „technocrat“**

Wie bereits etabliert wurde, ist es Ziel der Diskursanalyse, herauszufinden wie der Diskurs funktioniert „...welche Repräsentation er bezeichnet, welche Elemente er abtrennt und heraushebt, wie er analysiert und komponiert, welches Spiel der Ersatzmöglichkeiten ihm gestattet, seine Rolle als Repräsentation zu sichern.“ Ziel ist eine Kritik, nicht ein Kommentar.<sup>559</sup> Diese Perspektive im Auge behaltend, werden im Folgenden die wichtigsten rhetorischen Muster, die sich bei Klaus und Balcerowicz auf die eine oder Weise zeigen, in Kurzform nebeneinander gestellt werden.

Einer der ersten Unterschiede, welcher in der personenbezogenen Diskursanalyse festgestellt werden konnte, betrifft die Formulierung bestimmter, im ostmitteleuropäischen Reformkontext wichtiger Konzepte. Ein grundlegendes unterscheidendes Merkmal ist dabei, dass die Begriffe der „Schocktherapie“ und des „Gradualismus“ bei Klaus kaum auftauchen, während diese für Balcerowicz zum Standardvokabular gehören. Die zentralen begrifflichen Elemente von Klaus‘ radikal neoliberaler Rhetorik, die Propagierung einer „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ und die Ablehnung des „Dritten Weges“, weisen zwar einige Elemente des Schock-Gradualismus-Gegensatzes auf, so zeigen sich doch in der weitergehenden Analyse, ebenso viele Unterschiede wie Ähnlichkeiten.

Beide signalisierten von Zeit zu Zeit Kompromissbereitschaft in Bezug auf Alternativkonzepte, die Darstellung dieser Strategien ist jedoch meist vereinfacht und geschieht lediglich am Rande. Viele der Argumente sprechen eher gegen die Annahme, dass in der Reformpolitik auf lange Sicht ein Kompromiss möglich gewesen wäre. In Tschechien kam es natürlich zum Kompromiss, dieser ging aber nicht in erster Linie von Klaus aus.

Der wichtigste Punkt, in welchem die beiden Reformpolitiker eine ähnliche Einstellung hatten und welcher mit den Ansichten der Gegner kompatibel war, war die klare Unterstützung einer demokratischen Transformation. Im tschechischen Kontext war diese Einstellung jedoch Teil eines komplexen Ideologiegebildes, welches auch nationalistische und als konservativ bezeichnete Elemente umfasste. Gerade das nationalistische Element war in Klaus‘ Rhetorik und Politik deutlich wichtiger, als im polnischen Kontext. Dies drückt sich zu einem großen Teil in der Praxis aus, in Balcerowicz's Rhetorik kann dieser Unterschied jedoch höchstens am Fehlen nationalistischer Rhetorik, wie sie stellenweise bei Klaus auftaucht, ausgemacht werden. Bei ihm kann wiederum die neoliberale Rhetorik, welche den wirtschaftlichen Reformen der frühen Transformation nur unzureichend gerecht

---

<sup>559</sup> Imhof, Diskursanalytische Studien. 19

wird, auch als Weg gesehen werden, der neuen tschechischen Nation ein neues Selbstverständnis aufzuprägen.

Die Rolle der internationalen Finanzinstitutionen wird bei beiden kaum diskutiert, was nur logisch ist, wenn man die problematische Bedeutung einer solchen Rhetorik für den politischen Popularitätswettbewerb bedenkt. Einer der wenigen Anhaltspunkte, welchen man mit der größeren Bedeutung dieser Institutionen in Polen in Verbindung bringen kann, ist das Fehlen nationalistischer Rhetorik bei Balcerowicz. Außerdem deutet die rapide Liberalisierung des Handels auf deren stärkere Involvierung hin, direkt angesprochen wird deren genaue Bedeutung in diesem Kontext jedoch nicht. Am ehesten lässt sich deren stärkerer Einfluss wohl noch daran ablesen, dass Balcerowicz vor allem von konkreten ökonomischen Reformen im Sinne der vorgefertigten Konzepte spricht, wie sie vom internationalen institutionellen Kontext empfohlen wurden. Klaus und die ODS dagegen vereinnahmten Elemente dieser Konzepte für Tschechien und bauten sie in ein komplexes Ideologiegebilde ein.

Während also die Argumente beider Politiker klar neoklassisch grundiert sind, so drückt sich dies unterschiedlich aus. Die unterschiedliche Begrifflichkeit wurde bereits oberflächlich angesprochen, es gibt jedoch noch jede Menge weiterführende Punkte zu nennen. Klaus blieb in seiner Ablehnung bestimmter Ideen immer vage, es kann jedoch sicher von antisozialistischen bzw. antisozialdemokratischen Nuancen die Rede sein und er spricht oft auch politische und institutionelle Fragen an, welche hiermit in Verbindung stehen. Für Balcerowicz dagegen standen konkrete ökonomische Fragen und ein möglichst hohes Tempo im Vordergrund. Ebenso betonte er die Krise der polnischen Wirtschaft und die angeblich bestehende Alternativlosigkeit der Schockstrategie besonders stark. Zumindest soweit die scheinbar zentrale Bedeutung dieser Polemik betroffen ist, kann man den Vergleich mit der vehementen Ablehnung eines „Third Ways“ ziehen. Das Argument der Alternativlosigkeit ist bei Klaus auf den ersten Blick nicht vorhanden, allerdings darf nicht vergessen werden, dass er immer wieder „Experimente“ ablehnte, Reformgegner als „Träumer“ bezeichnete und klar für eine, auf „erprobten“ Konzepten aufbauende Transformation eintrat. Die tschechische Transformation war also ebenfalls zu einem großen Teil auf Standardreformrezepten aufgebaut, wenn auch in einer eigenen Konfiguration.

Soweit die sozialen Härten betroffen waren, so argumentierte Balcerowicz auch hier vom Standpunkt der unvermeidbaren und auch unvermeidbarerweise schmerzhaften Transformation aus. Ansonsten werden Fragen der Sozialpolitik kaum erwähnt. Klaus blieb in den frühen Jahren der tschechischen Transformation eher indirekt und es konnte lediglich im letzten analysierten Interview eine ähnlich offene Ablehnung von sozialen Konzessionen festgestellt werden.

Bei beiden Reformpolitikern deutet sich an einigen Stellen das Konzept der „trickle-down economics“ an, es ist jedoch in beiden Fällen weit davon entfernt den Kern der Argumentation zu bilden. Lediglich im gerade genannten Interview machte Klaus ein klares Bekenntnis zu diesem.

Eine weitere Parallele ist außerdem die Kluft zwischen Rhetorik und Praxis. Während diese bei Klaus bereits ausführlich diskutiert wurde, so ist diese bis zu einem gewissen Grad auch bei Balcerowicz vorhanden. Während Klaus im späteren Verlauf der Reformen manche seiner Ansichten offener darzulegen begann, was anhand der Diskursanalyse alleine jedoch nur unzureichend festgestellt werden konnte, so entsteht bei Balcerowicz in Bezug auf manche Aspekte der Reformpolitik der Eindruck, dass er versuchte diese zu verschleiern bzw. seine Ansichten als differenzierter darzustellen, als sich dies in der Praxis ausdrückte.

Der Vergleich ist jedoch schwierig, da sich Balcerowicz in dieser Zeit immer klar als Ökonom sah und sich als solcher ausdrückte. Argumente, welche außerhalb dieses Bereiches standen, wirken oft recht simpel und isoliert vom ökonomischen Ideengebäude. Klaus hingegen sprach nur selten konkrete ökonomische Fragen an, was soweit geht, dass kaum jemals vom zentralen Projekt der Massenprivatisierung die Rede war. Der Fokus liegt meist eher auf der politischen Entwicklung und soziologischen Fragen. Wenn von Wirtschaft die Rede ist, so meist in einer sehr breiten Form, die oft über rein wirtschaftliche Fragen hinausgeht.

## **5.Epilog**

Die Thesen, welche zu Beginn dieser Arbeit aufgestellt wurden und nun geprüft werden konnten, drehten sich um folgende Annahmen: Die grundlegende Bedeutung neoklassischer Theorie und die Anwendung einer radikalen Reformstrategie. Des Weiteren wurde angenommen, dass diese Prägung sich im Wesentlichen durch die wirtschaftliche Notlage, das ideologische Vakuum und die dominierende Bedeutung des neoklassischen Paradigmas im Westen, erklären lässt.

Die tschechoslowakische Wirtschaft durchlief zwar, ebenso wie die anderen postkommunistischen Transformationsländer, eine Anpassungskrise, das Land musste jedoch, anders als Polen, nicht mit einem ernsthaften makroökonomischen Ungleichgewicht zurechtkommen. Ansonsten haben sich diese Thesen grob gesagt bestätigt, da die krisenhafte Situation nicht alleine an der wirtschaftlichen Ausgangslage festgemacht werden kann. Auch die politisch-ideologische Situation war insofern krisenhaft, als dass zusammen mit dem Kommunismus sozialdemokratische Variationen des kapitalistischen Wirtschaftssystems diskreditiert waren. Von einem „Vakuum“ kann jedoch nicht die Rede sein, da der neoklassische Mainstream schon vor der Wende bis zu einem gewissen Grad in den ostmitteleuropäischen Ländern Fuß gefasst hatte.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Ländern war auf jeden Fall aber die stärkere Bedeutung der internationalen Institutionen und einiger zentraler, externer Akteure im polnischen Kontext, während die Tschechoslowakei bzw. Tschechien stärker von einer Art

Wirtschaftsnationalismus geprägt waren, welcher unter anderem zu einer langsameren Handelsliberalisierung führte.

Wie lässt sich nun aber die gegenwärtige Lage der beiden behandelten Länder beurteilen? Diese Frage kann hier natürlich nicht zufriedenstellend beantwortet werden, dennoch soll versucht werden einen kurzen Ausblick zu geben, der gewissermaßen auch als Hinweis auf weitere interessante Literatur und als Abschluss dienen soll.

Es wurden in der Forschung bereits viele verschiedene Indikatoren dazu verwendet, um „outcomes of reforms“ zu bestimmen. Wachstum oder Sinken des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf, die Ausgangsbedingungen, Geschwindigkeit und Tiefe der Reformen, Institutionen, Staatsführung und staatliche Kapazität und viele andere. Insofern schnelle und durchdringende Reformen betroffen sind, so stimmen die meisten Autoren in Bezug auf deren positive Auswirkungen auf Wachstum und Restrukturierung überein, deren sozialer Verträglichkeit<sup>560</sup> bzw. deren angebliche Alternativlosigkeit, standen und stehen jedoch in der Kritik. In der Darstellung des Diskurses hat sich dieser Punkt als eines der zentralen Konfliktthemen erwiesen und dementsprechend soll erneut kurz die Auseinandersetzung mit diesen Fragen erfolgen, um dann abschließend über einige der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren und der Sicht Klaus<sup>6</sup> und Balcerowicz in Bezug auf diese, zu reflektieren. Dies wird auch deshalb als wünschenswert gesehen, da es sich bei der Sozialpolitik bzw. bei den damit verbundenen Themen um Punkte handelte, welche von Klaus und Balcerowicz kaum angesprochen wurden.

Einige der Daten Juchlers dazu zeigen, dass Polen schon 1992 und damit vor der Tschechoslowakei wieder positives Wachstum erreichen konnte, die Arbeitslosigkeit war jedoch Ende dieses Jahres mit 14 Prozent deutlich höher als die 3 Prozent der tschechischen Teilrepublik. Die diesbezüglich positivere Entwicklung in Tschechien, kann einerseits darauf zurückgeführt werden, dass dessen Unternehmen unter geringerem Druck standen, aber auch auf dessen relativ aktive Beschäftigungspolitik. Auch die Armutsrate blieb in der Tschechischen Republik vergleichsweise gering, und das trotz der in beiden Ländern stark gestiegenen Einkommensungleichheit.<sup>561</sup>

Dies sollte aber nicht zwangsläufig als Urteil über die Sozialpolitik verstanden werden, denn der Anteil der öffentlichen Sozialausgaben am BIP osteuropäischer Länder stieg an, und das, obwohl das BIP selbst im Sinken begriffen war.<sup>562</sup> Auch Wagener stellte in einem 2011 erschienenen Artikel die Annahme in Frage, dass die Transformation eine vom „...welfare state to the nightwatchman state.“ gewesen sei. Die negativen sozialen Auswirkungen könnten zwar nicht verneint werden, die Beschwörung des „...neo-liberal spectre of a wholesale abolition of the welfare state.“ sei dagegen

---

<sup>560</sup> Careja, Policy Coherence and Economic Reforms. 22 f.

<sup>561</sup> Juchler, Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens. 333-335

<sup>562</sup> Stanisława Golinowska, Andrzej Ochocki, Reforms and Social Conditions in Central and Eastern Europe 1989-1993. In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance (Frankfurt/Main 1995) 284 f.

keineswegs gerechtfertigt. Der staatliche Kollaps und die damit verbundenen massiven Probleme würden in erster Linie nur Russland, die Ukraine und Moldawien betreffen. Tschechien, die Slowakei, Polen, Ungarn, Slowenien und Kroatien seien dagegen fast völlig von dieser Problematik verschont geblieben. „All the horror stories about transformation-induced alcoholism, falling life expectancy, deteriorating health status and appalling income inequalities are true for the CIS region,..., but much less so for ECE.“ Die baltischen und die meisten ex-jugoslawischen Staaten nehmen diesbezüglich eine Mittelposition ein.<sup>563</sup>

Mit Verweis auf das Wachstum des BIPs spricht Careja die relativ erfolgreiche Performance von Estland, Ungarn, Polen und Tschechien an, und weist auf die Anwendung unterschiedlicher Strategien hin. Auch hätte sich Tschechien von der Krise von 1996/97 wieder erholen können.<sup>564</sup>

Nimmt man jedoch die Daten des *Human Development Index* (HDI) von 2008 zum Maßstab, so konnte sich Slowenien mit einem HDI von 0,910 deutlich von Polen (0,862) und Tschechien (0,885) absetzen und Kuba wies, trotz eines Bruchteils des BIPs per Kopf, immer noch einen HDI von 0,826 auf, was höher ist als die entsprechende Kennzahl für Mexiko und Bulgarien. Die Korrelation des HDI mit dem BIP ist jedoch immer noch recht hoch. Die diesbezügliche Verbindung des *Subjective Well-Being-Indexes* (SWB) mit dem BIP ist dagegen schwächer. Und hier zieht dann interessanterweise ein armes Land wie Kirgistan mit Slowenien gleich. Tschechien und Polen liegen auf etwas niedrigeren Rängen, während die Mongolei vor Kirgistan und Slowenien den 57. Platz auf der Liste einnimmt.<sup>565</sup> Bezeichnenderweise haben diese beiden Länder eine niedrige Arbeitslosigkeit gemeinsam. Der Wert für Kirgistan von 2007 war 3,3 Prozent<sup>566</sup> und der Wert für die Mongolei 2008 2,8 Prozent,<sup>567</sup> während Polen<sup>568</sup> und Tschechien<sup>569</sup> im selben Zeitraum mit deutlich höheren Arbeitslosenraten zu kämpfen hatten. Während man vorsichtig damit sein sollte hier voreilige Schlüsse zu ziehen, so sollen diese Daten doch zumindest daran erinnern, dass „Erfolg“ relativ ist.

Wie man also sehen kann, gibt es eine ganze Reihe von Arten die Transformation und deren Resultate zu interpretieren. Václav Klaus und Leszek Balcerowicz hatten diesbezüglich einen eigenen Zugang, ein Zugang, welcher den internationalen Reformdiskurs und zu unterschiedlichen Zeiten den polnischen und den tschechoslowakischen bzw. tschechischen Reformdiskurs dominierte. Laut Orenstein fand besonders in der polnischen Transformation „reform learning“ statt und Careja verweist auf die mannigfaltigen Zugänge, welcher man sich in der Forschung inzwischen bedient.

Wie es scheint hat diese Ausdifferenzierung manche der Reformakteure jedoch wenig bis gar nicht berührt. In einem Gespräch, welches ein Journalist des deutschen *Handelsblatts* dieses Jahr mit

---

<sup>563</sup> Wagener, *The Welfare State in Transition Economies*. 170

<sup>564</sup> Careja, *Policy Coherence and Economic Reforms*. 47

<sup>565</sup> Kołodko, *A two-thirds of success*. 334-337

<sup>566</sup> Eva Berié (red.) [u.a.], *Der Fischer Weltalmanach 2011. Zahlen-Daten-Fakten* (Frankfurt/Main 2010) 281

<sup>567</sup> Berié, *Der Fischer Weltalmanach 2011*. 339

<sup>568</sup> Berié, *Der Fischer Weltalmanach 2011*. 386

<sup>569</sup> Berié, *Der Fischer Weltalmanach 2011*. 479

Klaus führte, nannte er den Ansatz der EU, die Krise mit mehr Gemeinschaftlichkeit und einer größeren staatlichen Rolle zu bekämpfen, „...fast schon kommunistisch.“ Es ist außerdem „...von der unproduktiven und viel zu paternalistischen Sozialen Marktwirtschaft...“ Europas die Rede.<sup>570</sup> Das Einzige was sich an Klaus' Rhetorik geändert zu haben scheint, ist die größere Offenheit, mit der er seine Ansichten nun äußert und die Ziele seiner neoliberal geprägten Kritik. Davon abgesehen werden neue, spezifische Phänomene immer noch in dieselben Formen gepresst.

Balcerowicz wiederum bringt ebenfalls immer noch Konzepte zur Anwendung, welche seit langer Zeit äußerst kontrovers sind. In einer *Presse am Sonntag* vom Juni meinte er, dass er die Polen dazu mobilisieren wolle, in Bezug auf BIP pro Kopf innerhalb von 20-25 Jahren mit Deutschland gleichzuziehen.<sup>571</sup>

Wirft man einen Blick auf weitere aktuelle Interviews, so entsteht auch dort, zumindest in Bezug auf die Transformation, nicht der Eindruck, dass Balcerowicz und Klaus ihren Horizont inzwischen erweitert hätten. Gerade in Klaus' Rhetorik scheint sich eher das Gegenteil auszudrücken. Potůček geht gar so weit zu sagen, dass Klaus' Art Politik zu machen sehr an die kommunistische Vergangenheit erinnerte. Er nennt diesbezüglich die Priorität der Wirtschaft auf Kosten anderer Bereiche, den stark zentralisierten Staat, die Unterschätzung professioneller Expertise und die Vernachlässigung moralischer und ethischer Fundamente des sozialen Lebens.<sup>572</sup>

Gerade die übermäßige Priorisierung wirtschaftlicher Fragen, wie sie im Laufe dieser Arbeit in den verschiedensten Ausformungen immer wieder auftauchte und im Epilog ein weiteres und letztes Mal diskutiert wurde, stellt eine wesentliche Erkenntnis und Kritik an der Transformationspolitik und -forschung inländischer und internationaler Akteure dar.

Was gerade im diskursanalytischen Teil versucht worden ist, war die „Analyse der Meinungen mehr als des Wissens, der Irrtümer mehr als der Wahrheit, nicht der Gedankenformen, sondern der Mentalitätstypen.“<sup>573</sup> Es wird hier argumentiert, dass diese Punkte in der langwierigen Aufarbeitung der Ego-Dokumente im Wesentlichen erfolgreich berücksichtigt werden konnten und um den endgültigen Abschluss zu finden, soll hier noch einmal Timothy Garton Ash zitiert werden, welcher die Situation 1990 vielleicht am passendsten zusammenfasste und dabei gewissermaßen wohl auch eine mehr oder weniger generalisierbare Aussage über den Mentalitätstyp des radikalen Reformers

---

<sup>570</sup> Tschechischer Präsident erkennt in der EU kommunistische Züge. In: Tagesanzeiger (Aus Namensartikel für Handelsblatt, 27.07.2012) <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Tschechischer-Praesident-erkennt-in-der-EU-kommunistische-Zuege/story/16252071>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>571</sup> Michael Laczynski, Weihnachtsmänner in der Politik sind sehr gefährlich. In: Die Presse (Interview mit Leszek Balcerowicz, 02.06.2012) <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/762742/Weihnachtsmaenner-in-der-Politik-sind-sehr-gefaehrlich>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

<sup>572</sup> Potůček, Havel versus Klaus. 170

<sup>573</sup> Imhof, Diskursanalytische Studien. 23

machte: „This is no Third Way. It is not „socialism with a human face.“ It is the idea of „normality“ that seems to be sweeping triumphantly across the world.”<sup>574</sup>

## 6. Bibliographie

### 6.1. Wissenschafts- und Theoriegeschichte (Autoren in alphabetischer Reihenfolge)

- Paul Dragos Aligica, Anthony J. Evans, The neoliberal revolution in Eastern Europe. Economic ideas in the transition from Communism, (Cheltenham [u.a.] 2009)
- Alan J Auerbach, Martin S. Feldstein (Hg.), Handbook of public economics. Band 3 (o.O. 2002), xiii, [http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite\\_note-13](http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite_note-13), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Mark Blaug, The Formalist Revolution of the 1950s. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 395-410  
<http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>,  
Zuletzt gesichtet am 05.12.2012
- Taylor C. Boas, Jordan Gans-Morse, Neoliberalism: From New Liberal Philosophy to Anti-Liberal Slogan. In: Studies in Comparative International Development. Vol.44, No.2 (2009)  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel\\_seit\\_etwa\\_1980](http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel_seit_etwa_1980), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Peter J. Boettke, Peter T. Leeson, Postwar Heterodox Economics. The Austrian School of Economics, 1950-2000, In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 445-453  
<http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>,  
Zuletzt gesichtet am 05.12.2012
- Phillip Cagan, Monetarism. In: Steven N. Durlauf, Lawrence E. Blume, The New Palgrave Dictionary of Economics (2008<sup>2</sup>) [http://de.wikipedia.org/wiki/Monetarismus#cite\\_note-1](http://de.wikipedia.org/wiki/Monetarismus#cite_note-1),  
Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Craufurd D. W. Goodwin, Economics and Economists in the Policy Process. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 606-621  
<http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>,  
Zuletzt gesichtet am 05.12.2012

---

<sup>574</sup> Orenstein, Out of the Red. 4

- William Greider, The Education of David Stockman, In: The Atlantic (Dezember 1981)  
[http://en.wikipedia.org/wiki/Trickle\\_down\\_economics#cite\\_note-7](http://en.wikipedia.org/wiki/Trickle_down_economics#cite_note-7), <sup>^</sup>  
<http://www.theatlantic.com/doc/198112/david-stockman/5>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Elemér Hankiss, Brilliant Ideas or Brilliant Errors? Twelve Years of Social Science Research in Eastern Europe, In: Max Kaase, Vera Sparschuh, Agnieszka Wenninger (Hg.), Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe. Handbook on Economics, Political Science and Sociology (1989-2001) (Berlin [u.a.] 2002) 17-24
- G. C. Harcourt, Prue Kerr, Keynes and the Cambridge School. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 343-359  
<http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>,  
Zuletzt gesichtet am 05.12.2012
- Susanne Hartnick, Kontrollprobleme bei Spendenorganisationen: ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und den USA (2007) 53, Fn.8,  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite\\_note-16](http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite_note-16), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Kevin D. Hoover, A History of Postwar Monetary Economics and Macroeconomics. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 411-427  
<http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>,  
Zuletzt gesichtet am 05.12.2012
- E. K. Hunt, History of Economic Thought. A Critical Perspective (New York 2002<sup>2</sup>)
- Harold James, Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914-2001 (München 2004, Original: New York 2003)
- János Mátyás Kovács, Business as (Un)usual. Notes on the Westernization of Economic Sciences in Eastern Europe, In: Max Kaase, Vera Sparschuh, Agnieszka Wenninger (Hg.), Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe. Handbook on Economics, Political Science and Sociology (1989-2001) (Berlin [u.a.] 2002) 26-33
- Tadeusz Kowalik, Economics - Poland. In: Max Kaase, Vera Sparschuh, Agnieszka Wenninger (Hg.), Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe. Handbook on Economics, Political Science and Sociology (1989-2001) (Berlin [u.a.] 2002) 135-151
- Paul Krugman, Robin Wells, Economics. (New York 2006),  
[http://en.wikipedia.org/wiki/Market\\_failure#cite\\_note-krugman-2](http://en.wikipedia.org/wiki/Market_failure#cite_note-krugman-2), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- John O. Ledyard, Market Failure. In: Steven N. Durlauf, Lawrence E. Blume, The New Palgrave Dictionary of Economics (2008<sup>2</sup>)  
[http://en.wikipedia.org/wiki/Market\\_failure#cite\\_note-1](http://en.wikipedia.org/wiki/Market_failure#cite_note-1), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Maria Cristina Marcuzzo, The “First” Imperfect Competition Revolution. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 294-307

<http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>,  
Zuletzt gesichtet am 05.12.2012

- Douglas Martin, Jude Wanniski, 69, Journalist Who Coined the Term „Supply-Side Economics,” Dies. In: New York Times (31.08.2005), [http://en.wikipedia.org/wiki/Supply-side\\_economics#cite\\_note-4](http://en.wikipedia.org/wiki/Supply-side_economics#cite_note-4), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Denis P. O’Brien, Classical Economics. In: Warren J. Samuels, Jeff E. Biddle, John B. Davis (Hg.), A Companion to the History of Economic Thought (Oxford [u.a.] 2003) 112-129, <http://thegrovelibraryng.com/admin/a2/b31xxx/c42kk/Samuels%20%20Companion%20to%20the%20History%20of%20Economic%20Thought%20%28Blackwell,%202003%29.pdf>,  
Zuletzt gesichtet am 05.12.2012
- Werner Plumpe, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart. (München 2010)  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel\\_seit\\_etwa\\_1980](http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel_seit_etwa_1980), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Andreas Renner, Die zwei „Neoliberalismen“. In: Fragen der Freiheit – Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft. Heft 256 (Oktober/Dezember 2000)  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel\\_seit\\_etwa\\_1980](http://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus#Bedeutungswandel_seit_etwa_1980), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Ernesto Screpanti, Stefano Zamagni, An outline of the history of economic thought. In: Oxford University Press, 2<sup>nd</sup> Edition (2005) 163-173,  
<http://www.compilerpress.ca/ElementalEconomics/380%20Thought/Articles/Screpanti%20%20Zamagni%20Introduction.htm>, Zuletzt gesichtet am 05.12.2012
- Narcís Serra, Shari Spiegel, Joseph E. Stiglitz, Introduction: From the Washington Consensus Towards a New Global Governance. In: Narcís Serra, Joseph E. Stiglitz (Hg.), The Washington Consensus Reconsidered. Towards a New Global Governance (The Initiative for Policy Dialogue Series, Oxford [u.a.] 2008) 3-13
- Joseph E. Stiglitz, Is there a Post-Washington Consensus Consensus? In: Narcís Serra, Joseph E. Stiglitz (Hg.), The Washington Consensus Reconsidered. Towards a New Global Governance (The Initiative for Policy Dialogue Series, Oxford [u.a.] 2008) 41-56
- Erich Streissler, Ökonomie: Auf Sand gebaut. In: Die Presse am Sonntag (22.04.2012) 24
- Engelbert Theurl, Hannes Winner, Rupert Sausgruber (Hg.), Kompendium der österreichischen Finanzpolitik (Wien [u.a.] 2002) 37 f.,  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite\\_note-14](http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite_note-14), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Peter Thuy, 50 Jahre Soziale Marktwirtschaft: Anspruch und Wirklichkeit einer ordnungspolitischen Konzeption. In: Martin Leschke (Hg.) [u.a.], ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 49 (o.O. 1998) 281-312, 287,  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite\\_note-15](http://de.wikipedia.org/wiki/Marktversagen#cite_note-15), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- František Turnovec, Economics - Czech Republic. In: Max Kaase, Vera Sparschuh, Agnieszka Wenninger (Hg.), Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe. Handbook on Economics, Political Science and Sociology (1989-2001) (Berlin [u.a.] 2002) 50-64
- Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. (Aus: Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2009,

<http://www.bpb.de/wissen/8IYYNC>, Mannheim 2009<sup>4</sup> ),  
[http://de.wikipedia.org/wiki/Angebotspolitik#cite\\_note-Stichwort:\\_Angebotspolitik-1](http://de.wikipedia.org/wiki/Angebotspolitik#cite_note-Stichwort:_Angebotspolitik-1), Zuletzt  
gesichtet am 06.12.2012

- Encyclopædia Britannica, Monetarism,  
<http://www.britannica.com/EBchecked/topic/389146/monetarism>, Zuletzt gesichtet am  
06.12.2012

## 6.2. Wirtschaft und Politik (Autoren in alphabetischer Reihenfolge)

- Krzysztof Bandasz, Book reviews: The Neoliberal Revolution in Eastern Europe. Economic Ideas in the Transition from Communism, In: The European Journal of the History of Economic Thought Vol.18, No.3 (2011) 465-468,  
<http://dx.doi.org/10.1080/09672567.2011.588001>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Marek Belka, Stefan Krajewski, Polish Transformation After 5 Years – Some General Remarks. In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance (Frankfurt/Main 1995) 13-24
- Romana Careja, Policy Coherence and Economic Reforms in Central and Eastern Europe. The Great Transformation (Politica Band 79, Hamburg 2010)
- Karel Dyba, Jan Svejnar, Stabilization and Transition in Czechoslovakia. In: The Transition in Eastern Europe Vol.1 (1994) 93-122, <http://www.nber.org/chapters/c6017.pdf>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Stanley Fischer, Alan Gelb, The Process of Socialist Economic Transformation. In: Journal of Economic Perspectives Vol.5, No.4 (1991) 91-105,  
<http://www.jstor.org/stable/pdfplus/1942867.pdf?acceptTC=true>, Zuletzt gesichtet am  
06.12.2012
- Stanislaw Golinowska, Public Social Expenditure. In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance (Frankfurt/Main 1995) 143-163
- Stanislaw Golinowska, Andrzej Ochocki, Reforms and Social Conditions in Central and Eastern Europe 1989-1993. In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance (Frankfurt/Main 1995) 263-300
- Daniel Gros, Alfred Steinherr, Economic Transition in Central and Eastern Europe. (Cambridge [u.a.] 2004<sup>2</sup>)
- Stephen Haggard, Stephen B. Webb, Introduction. In: Stephan Haggard, Steven B. Webb (Hg.), Voting for Reform. Democracy, Political Liberalization and Economic Adjustment (A World Bank Book, New York [u.a.] 1994) 1-36,  
[http://books.google.at/books?hl=en&lr=&id=aCm4RsrI8R8C&oi=fnd&pg=PA185&dq=gradual+shock+therapy&ots=E8qYcIH-xz&sig=ZhzDNLBYw7-Y2FdbF3yY7vEiSKI&redir\\_esc=y#v=onepage&q=gradual%20shock%20therapy&f=false](http://books.google.at/books?hl=en&lr=&id=aCm4RsrI8R8C&oi=fnd&pg=PA185&dq=gradual+shock+therapy&ots=E8qYcIH-xz&sig=ZhzDNLBYw7-Y2FdbF3yY7vEiSKI&redir_esc=y#v=onepage&q=gradual%20shock%20therapy&f=false),  
Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

- Seán Hanley, Blue Velvet: the rise and decline of the new Czech right. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics Vol.20, No.3 (2004) 28-54, <http://dx.doi.org/10.1080/1352327042000260797>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Seán Hanley, Aleks Szczerbiak, Tim Haughton, Brigid Fowler, Sticking Together. Explaining Comparative Centre-Right Party Success in Post-Communist Central and Eastern Europe, In: Party Politics Vol.14, No.4 (SAGE Publications 2008) 407-434, <http://ppq.sagepub.com/content/14/4/407.full.pdf>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Richard Hirschler, "Economic Neoliberalism Became Almost Irrelevant..." Poland's Grzegorz W. Kołodko on New Trends in Development Strategies. In: Transition. The Newsletter about reforming Economies Vol.9, No.3 (The World Bank, 1998) 1-4, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1998/06/01/000009265\\_3980901093245/Rendered/PDF/multi\\_page.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1998/06/01/000009265_3980901093245/Rendered/PDF/multi_page.pdf), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Simon Johnson, Marzena Kowalska, Poland: The Political Economy of Shock Therapy. In: Stephan Haggard, Steven B. Webb (Hg.), Voting for Reform. Democracy, Political Liberalization and Economic Adjustment (A World Bank Book, New York [u.a.] 1994) 185-241, [http://books.google.at/books?hl=en&lr=&id=aCm4RsrI8R8C&oi=fnd&pg=PA185&dq=gradual+shock+therapy&ots=E8qYciH-xz&sig=ZhzDNLBYw7-Y2FdbF3yY7vEiSKI&redir\\_esc=y#v=onepage&q=gradual%20shock%20therapy&f=false](http://books.google.at/books?hl=en&lr=&id=aCm4RsrI8R8C&oi=fnd&pg=PA185&dq=gradual+shock+therapy&ots=E8qYciH-xz&sig=ZhzDNLBYw7-Y2FdbF3yY7vEiSKI&redir_esc=y#v=onepage&q=gradual%20shock%20therapy&f=false), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Jakob Juchler, Die Transformationsprozesse Polens und Tschechiens im Vergleich. In: Wirtschaft und Gesellschaft 25.Jahrgang, Heft 3 (1999) 329-360, [http://wug.akwien.at/WUG\\_Archiv/1999\\_25\\_3/1999\\_25\\_3\\_0329.pdf](http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/1999_25_3/1999_25_3_0329.pdf), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Kenneth Ka-Lok Chan, Poland at the Crossroads: The 1993 General Election. In: Europe-Asia Studies Vol.47, No.1 (1995) 123-145, <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/153196.pdf?acceptTC=true>, Zuletzt gesichtet am 15.12.2012
- Franz X. Keilhofer, Wirtschaftliche Transformation in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik. Das ORDO-liberale Konzept der Wettbewerbsordnung und seine Bedeutung für die wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Mittel- und Osteuropa (Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen Band 51, Stuttgart [u.a.] 1995)
- Grzegorz W. Kołodko, A two-thirds of success. Poland's post-communist transformation 1989-2009, In: Communist and Post-Communist Studies 42 (2009) 325-351, <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0967067X09000403#>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Grzegorz W. Kołodko, D. Mario Nuti, Research for Action 33: The Polish Alternative. Old Myths, Hard Facts and New Strategies in the Successful Transformation of the Polish Economy (UNU/WIDER Publications, Helsinki 1997) [http://www.wider.unu.edu/publications/working-papers/previous/en\\_GB/rfa-33/files/82530852556053245/default/RFA33.pdf](http://www.wider.unu.edu/publications/working-papers/previous/en_GB/rfa-33/files/82530852556053245/default/RFA33.pdf), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- János Kornai, Stated Meeting Report – Privatization: The Great Problem of Transition in Eastern Europe. In: Bulletin of the American Academy of Arts and Sciences Vol.44, No.8 (1991) 32-40, <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/3824678.pdf?acceptTC=true>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

- David Lipton, Jeffrey Sachs, Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland. In: Brookings Papers on Economic Activity Vol.1990, No.1 (1990) 75-147, <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/2534526.pdf?acceptTC=true>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- John Marangos, The Political Economy of Shock Therapy. In: Journal of Economic Surveys Vol.16, No.1 (2002) 41-76, <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1467-6419.00159/pdf>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Jiří Musil, Czechoslovakia in the Middle of Transition. In: Daedalus Vol.121, No.2, The Exit from Communism (1992) 175-195, <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/20025438.pdf?acceptTC=true>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Gordon P. Müller-Eschenbach, Die Zukunftsperspektive der Tschechischen Republik und der Slowakei zwei Jahre nach Spaltung der CSFR. Eine volkswirtschaftlichen Analyse (Reihe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Band 18, Regensburg [u.a.] 1995)
- Klaus Müller, Hans-Georg Petersen, Towards a Reformulation of the Role of Tax and Social State in the Polish Transformation Process. In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance (Frankfurt/Main 1995) 131-141
- Mitchell A. Orenstein, Out of the Red. Building Capitalism and Democracy in Postcommunist Europe (Development and Inequality in the Market Economy, Ann Arbor 2006<sup>3</sup>)
- Hans-Georg Petersen, Christoph Sowada, The Process of Monetary Stabilization. In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance (Frankfurt/Main 1995) 47-75
- Andreas Pickel, Neoliberalism, gradualism and some typical ambiguities and confusions in the transformation debate. In: New Political Economy Vol.2, No.2 (1997) 221-235, <http://dx.doi.org/10.1080/13563469708406298>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Vladimir Popov, Shock therapy versus gradualism: The end of the debate. (Explaining the magnitude of transformational recession), In: Comparative Economic Studies, Vol.42, No.1 (Institute of European and Russian Studies (EURUS) ,2000) 1-57, <http://fir.nes.ru/~vpopov/documents/TR-REC-full.pdf>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Martin Potůček, Havel versus Klaus: Public policy making in the Czech republic. In: Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice Vol.1, No.2 (1999) 163-176, <http://dx.doi.org/10.1080/13876989908412622>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Martin Potůček, Health Policy Reforms in the Czech and Slovak Republics. As a Political Process, In: Janos Matyas Kovacs (Hg.), Small Transformations. The Politics of Welfare Reform – East and West. (Münster [u.a.] 2003) 62-71, [http://books.google.de/books?hl=de&lr=&id=JGMrdKmG33EC&oi=fnd&pg=PA62&dq=czech+failed+health+system+reforms&ots=UlxMmM2OF-&sig=YagFPhzwdw7U4Ems\\_2wt5KiZu48#v=onepage&q&f=false](http://books.google.de/books?hl=de&lr=&id=JGMrdKmG33EC&oi=fnd&pg=PA62&dq=czech+failed+health+system+reforms&ots=UlxMmM2OF-&sig=YagFPhzwdw7U4Ems_2wt5KiZu48#v=onepage&q&f=false), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Jeffrey Sachs, The Economic Transformation of Eastern Europe: the Case of Poland. In: Economics of Planning Vol.25, No.1 (1992) 5-19,

[http://download.springer.com/static/pdf/216/art%253A10.1007%252FBF00366287.pdf?auth66=1354976791\\_ef48a592d2a5ea74c6338b6960d65069&ext=.pdf](http://download.springer.com/static/pdf/216/art%253A10.1007%252FBF00366287.pdf?auth66=1354976791_ef48a592d2a5ea74c6338b6960d65069&ext=.pdf), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012

- Catherine Samary, The Social Stakes of the Great Capitalist Transformation in the East. In: *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* Vol.17, No.1 (2009) 5-39, <http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/09651560902778345>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Alan Smith, Shock Therapy or Gradualism? Economic Controversies with Political Undercurrents, In: *Slavonic & East European Review* Vol.72, No.4 (1994) 692-701, <http://www.jstor.org/stable/pdfplus/4211639.pdf?acceptTC=true>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Christoph Sowada, The Polish Stabilization Program: “Balcerowicz-Plan”, In: Marek Belka, Hans-Georg Petersen (Hg.), *Economic Transformation in Poland. Reforms of Institutional Settings and Macroeconomic Performance* (Frankfurt/Main 1995) 25-46
- Jadwiga Stachura, Politics is crucial for changes. In: Katarzyna Żukrowska (Hg.), *Transformation in Poland and in the Southern Mediterranean. Sharing Experiences* (Warschau 2010) 44-68
- Andrew Stroehlein, Three Vaclavs. In: *Central Europe Review* Vol.1, No.10 (1999) <http://www.ce-review.org/99/10/stroehlein10.html>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Aleks Szczerbiak, The Polish centre-right’s (last?) best hope: the rise and fall of Solidarity Electoral Action, In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Vol.20, No.3 (2004) 55-79, <http://dx.doi.org/10.1080/1352327042000260805>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Anna Visvizi, A country is never left on its own, others can be helpful. In: Katarzyna Żukrowska (Hg.), *Transformation in Poland and in the Southern Mediterranean. Sharing Experiences* (Warschau 2010) 69-90
- Hans-Jürgen Wagener, The Welfare State in Transition Economies and Accession to the EU. In: *West European Politics* Vol.25, No.2 (2002) 152-174, <http://dx.doi.org/10.1080/713601579>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Peter Zeniewski, Neoliberalism, Exogenous Elites and the Transformation of Solidarity. In: *Europe-Asia Studies* Vol.63, No.6 (2011) 977-994, <http://dx.doi.org/10.1080/09668136.2011.585750>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Katarzyna Żukrowska, It’s the economy, stupid! In: Katarzyna Żukrowska (Hg.), *Transformation in Poland and in the Southern Mediterranean. Sharing Experiences* (Warschau 2010) 19-43
- Kein Doppelhaus. Spiegel-Interview mit dem tschechischen Premier Vaclav Klaus, In: *Der Spiegel* 43/1992 (19.10.1992) <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13679882.html>, Zuletzt gesichtet am 08.12.2012
- Quotation of the Month: „You Must Have a Message, and Sell It.“ *New York Times* correspondent Jane Perlez analyzes the charismatic Prime Minister of the Czech Republic. In: *Transition. The Newsletter about reforming Economies* Vol.6, No.7-8 (The World Bank, Aus

“The Fist in the Velvet Glove,” New York Times Magazine. 1995) 9-10, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1995/08/01/000009265\\_3980625102126/Rendered/PDF/multi\\_page.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1995/08/01/000009265_3980625102126/Rendered/PDF/multi_page.pdf), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

### 6.3.Ego-Dokumente in der Diskursanalyse (Reihenfolge wie im Volltext)

- Finance Minister of Czechoslovakia Speaks on Economic Reform. In: Socialist Economies in Transition. Vol.1, No.2 (The World Bank, Aus der Grundsatzrede bei der jährlichen Konferenz der Weltbank zur Entwicklungsökonomie, 1990) 1-2, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2010/04/14/000334955\\_20100414024858/Rendered/PDF/538260NEWS0tra10Box345627B01PUBLIC1.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2010/04/14/000334955_20100414024858/Rendered/PDF/538260NEWS0tra10Box345627B01PUBLIC1.pdf), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- John Fund, No Third Way Out. Creating A Capitalist Czechoslovakia, In: Reason (Interview mit Václav Klaus, Juni 1990) <http://reason.com/archives/1990/06/01/no-third-way-out/singlepage>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Klaus on Conservative Ideology, Slovak Issue. In: JPRS Report East Europe, JPRS-EER-92-042. Ursprüngliche Veröffentlichungsform: Katerina Sladkova, Petr Novacek, “Today, Conservatism Is a Revolutionary Position in Our Country” In: Zemědělské Noviny (Tschechisches Interview mit Václav Klaus, 09.03.1992) 1, 4 (Englische Übersetzung, 06.04.1992) 2-4, <http://www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc?AD=ADA334756>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Václav Klaus, Interplay of Political and Economic Reform Measures in the Transformation of Postcommunist Countries. (Rede bei der Heritage Foundation am 15.10.1993) <http://www.policyarchive.org/handle/10207/bitstreams/12625.pdf>, Zuletzt gesichtet am 08.12.2012
- Erich Follath, Renate Hanusova, Wohlfahrt untergräbt Moral. Der tschechische Premier Vaclav Klaus über Reformen, soziale Härten und das Problem mit den Deutschen, In: Der Spiegel 22/1996 (27.05.1996) <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8928992.html>, Zuletzt gesichtet am 08.12.2012
- K. Reinhardt, M. Pollack, “Vielen Firmen droht die Pleite” Finanzminister Leszek Balcerowicz über die polnischen Wirtschaftsreformen. In: Der Spiegel 5/1990 (29.01.1990) <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13499627.html>, Zuletzt gesichtet am 08.12.2012
- Richard Hirschler, Leszek Balcerowicz Defends the Shock Therapy. Interview with the man behind the Polish stabilization program, In: Transition. The Newsletter about reforming Economies Vol.3, No.8 (The World Bank, 1992) 4-6, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2010/04/23/000333037\\_20100423004958/Rendered/PDF/538740NEWS0tra10Box345627B01PUBLIC1.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2010/04/23/000333037_20100423004958/Rendered/PDF/538740NEWS0tra10Box345627B01PUBLIC1.pdf), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Richard Hirschler, Lessons and Consequences of the Left’s Victory in Poland. Interview II with Leszek Balcerowicz, In: Transition. The Newsletter about reforming Economies Vol.4, No.8 (The World Bank, 1993) 1-3, [http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1993/10/01/000009265\\_3971113150922/Rendered/PDF/multi\\_page.pdf](http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/1993/10/01/000009265_3971113150922/Rendered/PDF/multi_page.pdf), Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

#### 6.4.Sonstiges (Autoren in alphabetischer Reihenfolge)

- Eva Berié (red.) [u.a.], Der Fischer Weltalmanach 2011. Zahlen-Daten-Fakten (Frankfurt/Main 2010)
- Michael Imhof, „Einen besseren als Stöcker finden wir nicht“ : diskursanalytische Studien zur christlich-sozialen Agitation im deutschen Kaiserreich. (Dokument 2.pdf, o.O. 1999) 13-38, <http://oops.uni-oldenburg.de/volltexte/1999/711/pdf/kap1.pdf>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Siegfried Jäger, Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. [http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte\\_einer\\_Kritischen\\_Diskursanalyse.htm](http://www.diss-uisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm), Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Michael Laczynski, Weihnachtsmänner in der Politik sind sehr gefährlich. In: Die Presse (Interview mit Leszek Balcerowicz, 02.06.2012) <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/762742/Weihnachtsmaenner-in-der-Politik-sind-sehr-gefaehrlich>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- David A. Phillips, Reforming the World Bank. Twenty Years of Trial – and Error (Cambridge [u.a.] 2009)
- Munzinger. Wissen, das zählt. Leszek Balcerowicz (Internationales Biographisches Archiv 04/2007 (hu), Ergänzt um Nachrichten durch MA-Journal bis KW 14/2012), <http://www.munzinger.de/search/go/document.jsp?id=00000019243>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Munzinger. Wissen, das zählt. Václav Klaus (Internationales Biographisches Archiv 15/2008 vom 8.April 2008 (fa), Ergänzt um Nachrichten durch MA-Journal bis KW 26/2012), <http://www.munzinger.de/search/portrait/Vaclav+Klaus/0/19441.html>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Munzinger. Wissen, das zählt. Valtr Komárek (Internationales Biographisches Archiv 27/1993 vom 28.Juni 1993 (mi)), <http://www.munzinger.de/search/portrait/Valtr+Komarek/0/19314.html>, Zuletzt gesichtet am 06.12.2012
- Reason Foundation. free minds and free markets. About Reason Foundation, <http://reason.org/about/>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012
- Tschechischer Präsident erkennt in der EU kommunistische Züge. In: Tagesanzeiger (Aus Namensartikel für *Handelsblatt*, 27.07.2012) <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Tschechischer-Praesident-erkennt-in-der-EU-kommunistische-Zuege/story/16252071>, Zuletzt gesichtet am 07.12.2012

## **Abstract**

In den frühen 1990ern kam es unter anderem in Polen und in der Tschechoslowakei zur umfassenden Transformation des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems, nämlich zur Transformation in kapitalistische Demokratien. Der Fokus dieser Diplomarbeit liegt dabei darauf wirtschaftswissenschaftliche und ideologische Fragen mit der Darstellung der Reformpraxis und einer Diskursanalyse zentraler Akteure, zu verbinden. Gemeinsam dienen diese Teilbereiche des Themas zur Darstellung des Reformdiskurses im Rahmen des Rechtsruckes in Wirtschaftswissenschaft und -politik ab den 1980ern. Einige der wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden bearbeiteten Fallbeispielen, betreffen die vergleichsweise konfliktreiche Austragung ideologischer Differenzen zu Beginn der Reformen in der tschechoslowakischen Innenpolitik, im Gegensatz zum sofortigen Start der polnischen Reformen im Zeichen der „Schocktherapie“ und der hohen Instabilität der dortigen Transformation. Zentrale Elemente der tschechoslowakischen Transformation waren die vergleichsweise starke sozialpolitische Komponente, sowie die rapide Coupon-Privatisierung. Auf polnischer Seite hatte man es dagegen mit hoher Arbeitslosigkeit und starkem Widerstand gegen die Privatisierung, als wichtige Konfliktthemen, zu tun. In der Rhetorik und Argumentation der beiden zentralen Reformpolitiker, Václav Klaus und Leszek Balcerowicz, ist die neoklassische Grundierung klar sichtbar, wobei das Gesamtpaket jedoch, je nach dem jeweiligen Reformkontext, eine eigene Prägung aufweist. Rhetorik und Argumentation spiegeln dabei nur bis zu einem gewissen Grad die länderspezifischen Reformprogramme wider, bei Klaus ist diese Kluft jedoch signifikanter und ist gegen Ende des untersuchten Zeitraumes eine zunehmende Konvergenz zwischen Rhetorik und Praxis feststellbar. Die wirtschaftliche Transformation und Anpassung an das vorherrschende Paradigma der Marktdemokratie ist inzwischen erfolgreich beendet, wenn man Maßstäbe wie Wirtschaftswachstum und Anpassung an „Normalität“ als „Erfolg“ gelten lassen will.

## **Persönliche Informationen**

Name: Matthias Holl

Nebenwohnsitz: 1160 Wien, Grundsteingasse 7

Hauptwohnsitz: 3350 Haag, Schudutz 25

Geburtsort: Steyr, am 05.06.1985

E-Mail-Adresse: [holl.699@gmx.at](mailto:holl.699@gmx.at)

Telefon-Nr.(Haag): 07434/44530

Mobiltelefon-Nr.(Haag/Wien): 0660/4866071

## **Lebenslauf**

Vorschule: 1991/92

Volksschule: 1992/93-1995/96

Hauptschule: 1996/97-1999/00

HTL Steyr: 2000/01-2005/06 >> Matura: 9.Juni 2006

Bundesheer: 2006-2007

Studium: 1.10.2007-2012 (im 10.Semester) und laufend

Studien: Geschichte/ Politikwissenschaft

Im Rahmen der Absolvierung des Diplomstudiums der Geschichte und des Bachelorstudiums der Politikwissenschaft, wurde in den letzten Jahren einerseits ein Schwerpunkt in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und andererseits in Europäischer Außenpolitik gesetzt. Fragen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und der Demokratisierung wurden in der Kleinen Bachelorarbeit und darauf aufbauend in der Bachelorarbeit bearbeitet. Die vorliegende Diplomarbeit in Geschichte, baut wiederum auf einer Forschungsseminararbeit zum „Neoliberalismus in der Transformation Mittel- und Osteuropas“ auf.